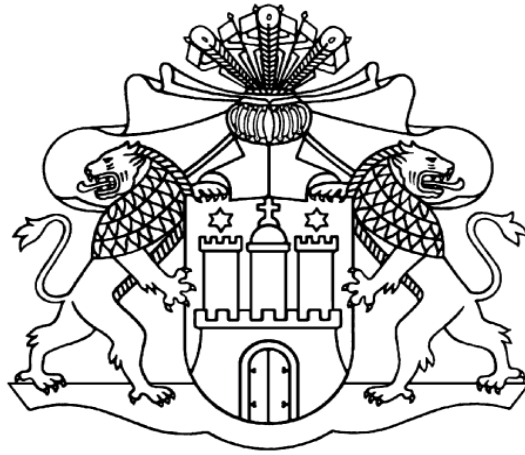


Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan – Entwurf 2017/2018

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie

Inhaltsverzeichnis

Einzelplan 6.2

	Seite
1 Vorwort zum Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie	1
2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Einzelplans 6.2 Behörde für Umwelt und Energie	7
2.1 Ergebnisplan des Einzelplans 6.2 Behörde für Umwelt und Energie	7
2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans 6.2 Behörde für Umwelt und Energie	8
3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans 6.2 Behörde für Umwelt und Energie	9
4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans 6.2 Behörde für Umwelt und Energie	13
4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)	13
4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 290 Steuerung und Service	13
4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	14
4.1.2.1 Produktgruppe 29011 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen	14
4.1.2.2 Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I	19
4.1.2.3 Produktgruppe 29013 Zentrale Programme	21
4.1.2.4 Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS	23
4.1.2.5 Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II	26
4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	28
4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	28
4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	28
4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	29
4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	31
4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 291 Umweltschutz	31
4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	31
4.2.2.1 Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz	31
4.2.2.2 Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst	38
4.2.2.3 Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft	45
4.2.2.4 Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U	52
4.2.2.5 Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U	55
4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	58
4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	63
4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	63
4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	63
4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	65
4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	65
4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	66
4.3.2.1 Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz	66
4.3.2.2 Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün	70
4.3.2.3 Produktgruppe 29212 Energie	75
4.3.2.4 Produktgruppe 29213 Naturschutz	81
4.3.2.5 Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE	89
4.3.2.6 Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE	93
4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	96
4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	99
4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	100
4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	100

Inhaltsverzeichnis Einzelplan 6.2

	Seite
4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	103
4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 293 Immissionsschutz und Betriebe	103
4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	103
4.4.2.1 Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe	103
4.4.2.2 Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB	110
4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	113
4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	113
4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	113
4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	114
5 Ergebnis- und doppische Finanzpläne der Aufgabenbereiche	115
5.1 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	115
5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	115
5.1.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service	116
5.2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	117
5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	117
5.2.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	118
5.3 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	119
5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	119
5.3.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	120
5.4 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	121
5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	121
5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	122
	123
Anlage 1 Stellenplan (blaues Papier)	
Anlage 2 Wirtschaftspläne (rosa Papier) Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	221
Anlage 3 Übersicht über institutionelle Förderung	
3.1 Übersicht über institutionelle Förderung über 100.000 Euro	231
3.2 Übersicht über institutionelle Förderung bis zu 100.000 Euro	232
Anlage 4 Übersicht über Beteiligungen	
4.1 Bäderland Hamburg GmbH (BLH)	233
4.2 Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW)	237
Anlage 5 Übersicht über die Verwendung der Abwasserabgabe	241
Anlage 6 Übersicht über Umorganisation auf Ebene von Einzelplänen	243

1 Vorwort zum Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Aufgrund der haushalterischen Behördenneuorganisation zum 01.01.2016 und den damit einhergehenden neuen Stammdatenstrukturen werden in den Spalten „Ist 2014“ und „Ist 2015“ keine Werte ausgewiesen. Um die Änderungen und neuen Strukturen jedoch besser nachvollziehen zu können, ist dem Einzelplan eine manuell erstellte Anlage beigelegt. In dieser sind die historischen Werte 2014 und 2015 in der neuen Produktgruppenstruktur abgebildet.

Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Mit dem konsequenten Schutz von Umwelt, Natur und Klima nimmt die Behörde für Umwelt und Energie eine vordringliche Aufgabe in der wachsenden, sich verdichtenden Stadt wahr. Umwelt-, Klima- und Naturschutz sichern die natürlichen Grundlagen des Lebens und Wirtschaftens, tragen wesentlich zu Lebensqualität und Wohlstand aller Menschen in der Stadt bei und schaffen neue Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs. Sie sind Querschnittsaufgaben, die mit zeitgemäßer Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Industriepolitik Hand in Hand gehen. Erfolgreiche Schritte in diesem Bereich steigern die Attraktivität Hamburgs und verschaffen der Stadt einen echten Standortvorteil in der Städtekonkurrenz. Die Menschen in Hamburg sollen in ihrer Umgebung Natur erleben und Erholung finden können. Sie sollen vor gesundheitsgefährdenden Umweltbelastungen geschützt sein. Die BUE arbeitet für die Sicherung und Weiterentwicklung der Stadtnatur und des Stadtgrüns, für Schutz und Qualitätsverbesserung der Gewässer, für Luftreinhaltung und Lärminderung. Die BUE gestaltet aktiv die Energiewende in Hamburg, mit dem Ziel einer umwelt- und klimaverträglichen, langfristig sicheren Versorgung der Stadt. Die BUE plant und koordiniert die Klimaschutzaktivitäten der Stadt, mit denen Hamburg seine globale Verantwortung wahrnimmt und eine führende Rolle unter den Metropolen anstrebt.

Für die Aufgabenfelder der Behörde bedeutet das:

- Für eine ökologisch verträgliche Stadtentwicklung muss der Schwerpunkt auf der Innenverdichtung liegen. Für die Natur in der Stadt und für die Lebensqualität der Menschen müssen Landschaftsachsen, grüne Ringe und Biotopverbund erhalten und weiterentwickelt werden. Um Hamburgs Naturkapital zu erhalten, bedürfen Flächenverluste der Kompensation durch Investitionen in die Qualität von Natur und Grün.
- Die BUE bereitet die Ausweisung von drei neuen Naturschutzgebieten vor. Für die Pflege von Parks und Naturschutzgebieten werden ebenso zusätzliche Mittel bereitgestellt wie für den Erhalt des Straßenbaumbestands. Bedeutende Einzelprojekte der Grünplanung sind die langfristige Entwicklung des Parkfriedhofs Ohlsdorf, die neue Landschaftsachse Horner Geest und die Erweiterung von Pflanzen und Blumen um eine Parkfläche auf der bisherigen Marseiller Straße.
- Die Präzisierungen des Europäischen Gerichtshofs zur Wasser-Rahmenrichtlinie haben den Gewässerschutz gestärkt. Die BUE wird den gesetzlichen Auftrag, einen guten ökologischen Zustand für alle Hamburger Gewässer zu erreichen, intensiv verfolgen. Die Ausweisung eines neuen Trinkwasserschutzgebiets Eidelstedt-Stellingen dient dazu, die hohe Qualität der Trinkwasserversorgung zu sichern.
- Die BUE als Aufsichtsbehörde über die Stadtreinigung will die Abfallmengen weiter

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

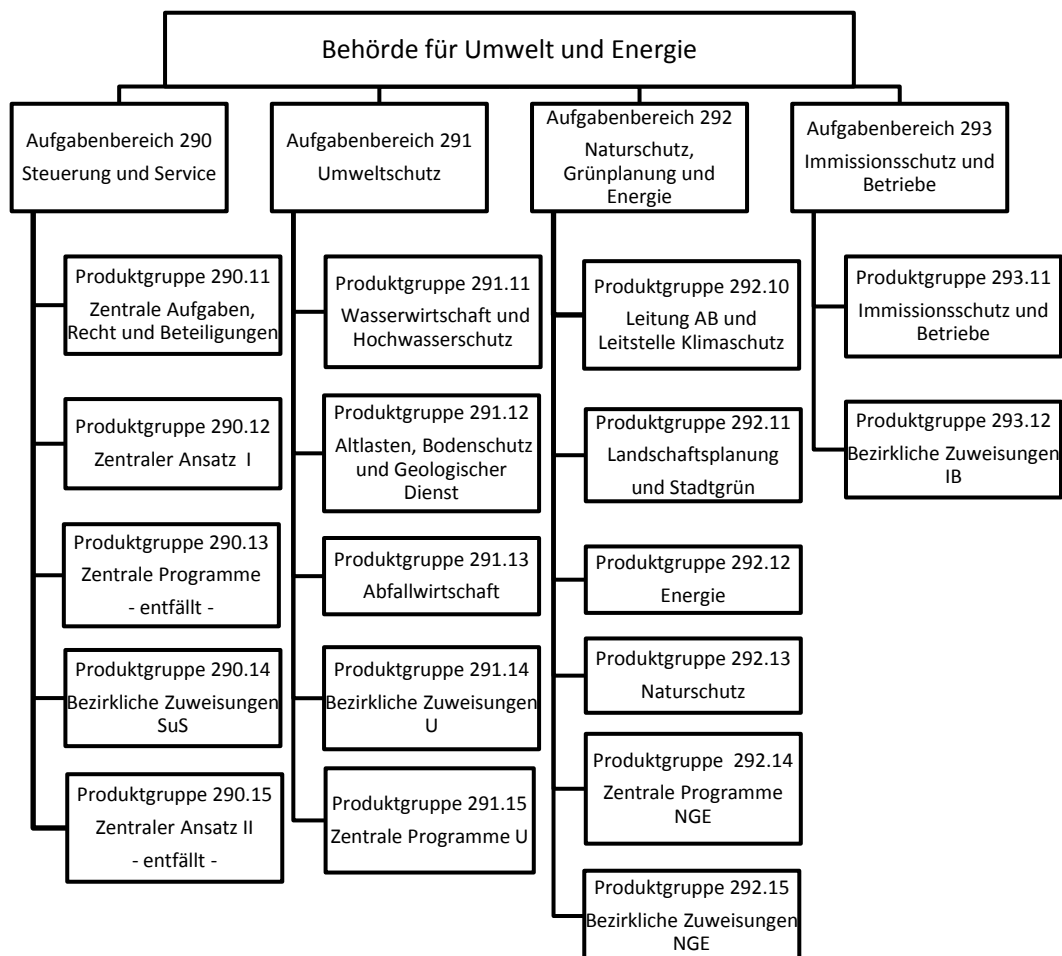
reduzieren und die Recyclingquote steigern. Ein hohes Niveau des Sauberkeitsbildes der Stadt soll gesichert werden. Die Ausweitung von Reinigung und Winterdienst auf Fahrradwegen ist ein Beitrag zur Entwicklung der Fahrradstadt Hamburg. Entsprechend der Verantwortung der Hafenstadt für den Meeresschutz wird das Angebot für die fachgerechte Entsorgung und das Recycling von Schiffsabfällen weiter verbessert.

- Die BUE wird 2017 einen neuen Luftreinhalteplan vorlegen.
- Die BUE wird 2018 die Fortschreibung des Hamburger Lärmaktionsplans vorlegen. Viele Maßnahmen der Luftreinhaltung dienen zugleich dem Lärmschutz.
- Die Stadt Hamburg ist Akteur der Energiewende, unter anderem mit dem kommunalen Versorger Hamburg Energie, der Stadtreinigung und der städtischen Stromnetzgesellschaft. Wichtige Handlungsfelder sind die Steigerung der Energieeffizienz, die Modernisierung der Energienetze und die Integration wachsender Anteile Erneuerbarer Energien, insbesondere bei der Wärmeversorgung. Die Energiewende im Wärmebereich ist eine ökologische und soziale Notwendigkeit. Neben Umwelt- und Klimaschutz sind langfristige Versorgungs- und Kostensicherheit gleichwertige Ziele für den Senat, um die Energiewende im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Die Entscheidung zur Nachfolgelösung für das Kohle-Heizkraftwerk Wedel soll 2016 fallen.
- Die vollständige Rekommunalisierung der Energienetze, die bis 2019 abgeschlossen sein soll, eröffnet der Stadt zusätzliche Handlungsperspektiven. Die Zielsetzungen des Volksentscheids über die Energienetze vom 22. September 2013 werden vollständig verwirklicht. Mit dem bei der BUE neu geschaffenen Energienetzbeirat gibt es erstmals ein fest institutionalisiertes Forum für die Beteiligung von Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Gruppen.
- Hamburg hat sich auf das Ziel verpflichtet, die CO₂-Emissionen der Stadt bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren (gegenüber dem Basisjahr 1990). Die BUE wird den im Dezember 2015 verabschiedeten Klimaplan mit Blick auf dieses Ziel und auf das 80-Prozent-Ziel für 2050 weiterentwickeln.
- Den bereits eingetretenen und zukünftig zu erwartenden Folgen des Klimawandels trägt die BUE Rechnung durch die Anpassung des Hochwasserschutzes, durch die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten entsprechend EU-Recht und durch Anstrengungen zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas.

Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, den Personalbestand in der Hamburgischen Verwaltung kontinuierlich zu reduzieren. Die BUE leistet hierzu durch Rückführung der in den Produktgruppen geplanten Arbeitskapazitäten (ausgewiesen in Vollzeitäquivalenten) ihren Beitrag. Der Abbau von Vollzeitäquivalenten wird durch aufgabenkritische Maßnahmen flankiert.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Organisations- und Aufgabenstruktur



Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Übersicht über die ausgegliederten Bereiche

Zur Behörde für Umwelt und Energie gehört das folgende Sondervermögen:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	6.200	3.710		-

Einrichtung	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2017	2018	2017	2018
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	3.300	2.800		

Der Wirtschaftsplan und die Erläuterungen befinden sich in Anlage 2.

Personalkosten

Die zu veranschlagenden Personalkosten mit Ausnahme der Sonstigen Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter ergeben sich aus dem Produkt der Plan-Vollzeitäquivalente (Plan-VZÄ) und den von der Finanzbehörde ermittelten Personalkostenverrechnungssätzen. Dabei wird individuell für jedes Planjahr ein um die folgenden Faktoren aktualisierter Verrechnungssatz angewendet:

- Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassungen 2015/2016,
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2017,
- Altersstruktureffekte.
- Anpassung der Zuschlagsätze für Zuführungen zu Versorgungsrückstellungen aufgrund des versicherungsmathematischen Gutachtens,
- Anpassung der Zuschlagsätze für Beihilfe/Heilfürsorge an die Kostenentwicklung.

Um die Personalkosten verursachungsgerecht in den jeweiligen Produktgruppen abzubilden, werden Zuschläge auf die Bezüge und Entgelte des aktiven Personals angewandt. Die bis 2016 ermittelten Werte der Versorgungszuschläge waren mithilfe einer Überschlagsrechnung auf der Grundlage eines Gutachtens von Herrn Prof. Pfeiffer (Universität Oldenburg) ermittelt worden. Auf Basis einer erstmaligen Ableitung des Zuführungsaufwandes zu den Versorgungsrückstellungen für aktives Personal durch ein versicherungsmathematisches, verbindlichen Standards entsprechendes Gutachten der Firma AON Hewitt erfolgt eine Erhöhung der Zuschlagssätze mit dem Haushaltsplan 2017/2018.

Dieses führt in den Ergebnisplänen im Vergleich zu den Vorjahren zu erhöhten Versorgungskosten.

Desweiteren sind die bisherigen Werte für die Beihilfe- und Heilfürsorgezuschläge (Kosten für

Sozialleistungen) unter Berücksichtigung der entlastenden Wirkung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge und der aktuellen Kostenentwicklung angepasst worden.

Im Einzelplan 9.2 erfolgt keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen oder für die Änderung von Beitragssätzen der Sozialversicherung für die Haushaltsjahre 2017ff.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann.

Die Stellenpläne werden als Anlage zum jeweiligen Einzelplan:

- für die Behörden und Ämter auf blauem Papier,
- für die Landesbetriebe gemäß § 106 Absatz 1 LHO und die Hochschulen auf rosa Papier in den einzelnen Wirtschaftsplänen dargestellt.

Sie sind wie folgt unterteilt und abgebildet:

1. Behörden und Ämter nach Aufgabenbereichen,
2. Stellenpool des jeweiligen Einzelplans mit SXX
3. Landesbetriebe mit LXX
4. Hochschulen mit HXX

Die Stellenangaben enthalten alle, bis zum Datenabzug (Juni 2016) für den Druck des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/2018, wirksam gewordenen Buchungen.

Nicht enthalten sind die vom Senat beantragten Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen.

Diese Veränderungen sind summarisch in der nachstehenden Tabelle und im Einzelnen als Anhang zum jeweiligen Stellenplandruck ausgewiesen.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Überblick über Stellenbestand und -veränderungen

Stellenplanentwurf 2017/2018 (einschließlich Landesbetriebe gemäß §106 Absatz 1 LHO):

Aufgabenbereich (2##), Landesbetrieb (L##)	Stellenzahl*	Neue Stellen**)		Stellenhebungen**)		Umwandlungen**)	
		2017	2018	2017	2018	2017	2018
290 Steuerung und Service	137,98	-	-	-	-	-	-
291 Umweltschutz	200,95	-	-	-	-	-	-
292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	143,34	-	-	-	-	-	-
293 Immissionsschutz und Betriebe	159,19	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand der wirksam gewordenen Stellenveränderungsbuchungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs 2017/2018

***) wie vom Senat beantragt

Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen und Verrechnung interner auf externe Produkte (Ergebnis 2)

Die Verpflichtungsermächtigungen werden auf Produktgruppenebene dargestellt. Im Haushaltsplan 2015/2016 waren die geplanten Verpflichtungsermächtigungen aus technischen Gründen noch dem Einzelplan jeweils als gesonderte Anlage beigefügt.

Die Verrechnung der Erlöse und Kosten der internen auf die der externen Produkte (Ergebnis 2) werden mit dem Haushalt 2017/2018 erstmalig geplant. So wird eine Vollkostendarstellung im Plan auf den Produkten nach dem Integrierten Produktrahmen erreicht.

Bürgerschaftliche Ersuchen

entfällt

Zuwendungen

Die rechtlichen Grundlagen der Vergabe von Zuwendungen finden sich in § 46 LHO und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften. Das Verfahren innerhalb der BUE ist durch behördeninterne Regelungen, die auch Zustimmungsvorbehalte vorsehen, geregelt. Danach liegt die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Zuwendungsverfahrens bei den zuständigen Aufgabenbereichen. Diese haben die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften des Zuwendungsrechts – insbesondere der Verwaltungsvorschriften – sicherzustellen.

Die Behörde für Umwelt und Energie gewährt Zuwendungen für Projektförderungen und institutionelle Förderungen. Zuschüsse zur Ressourceneinsparung sowie zur Nutzung regenerativer Energiequellen, die bisher vom Aufgabenbereich 265 in der BSU gewährt worden sind, werden seit 2014 durch die Hamburgische Investitions- und Förderbank abgewickelt.

2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			26.689	29.632	29.956	30.300	30.652
2. Erlöse aus Transferleistungen			2.263	3.775	4.895	3.923	2.688
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			1.778	12.756	11.786	11.088	10.464
6. Erlöse aus Verrechnungen			1.446	2.452	2.491	2.475	2.483
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			133.184	145.968	145.003	136.738	134.693
8. Personalkosten		0	41.473	44.976	45.663	45.579	44.499
a) Kosten für Entgelte			21.186	21.664	21.929	21.867	21.097
b) Kosten für Bezüge		0	11.256	11.039	11.267	11.258	11.213
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			87	339	339	339	339
d) Kosten für Sozialleistungen		0	4.705	4.961	5.023	5.018	4.838
e) Kosten für Versorgungsleistungen			4.239	6.972	7.105	7.096	7.011
9. Kosten für Transferleistungen			6.562	7.659	7.445	8.004	7.995
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			45.751	47.084	46.471	46.112	45.972
12. Sonstige Kosten			688	6.093	5.605	5.250	5.191
13. Kosten aus Verrechnungen			2.182	3.694	3.772	3.798	3.855
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-197.664	-206.860	-204.831	-197.694	-195.918
15. Erlöse aus Beteiligungen				0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				8.037	7.107	6.404	5.620
20. Zinsen und ähnliche Kosten				2	2	2	2
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				-8.039	-7.109	-6.406	-5.622
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)		0	-197.664	-214.898	-211.939	-204.099	-201.539
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)		0	-197.664	-214.898	-211.939	-204.099	-201.539
28. Globale Mehrkosten			9.076	20.041	21.866	19.593	17.227
29. Globale Minderkosten				-5.646	-5.653	-8.119	-7.922
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)		0	-206.740	-229.293	-228.152	-215.573	-210.844

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			30.728	33.907	35.351	34.724	33.840
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	188.307	203.383	204.590	192.034	186.817
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-157.579	-169.477	-169.239	-157.310	-152.977
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen			11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			740	20	20	20	20
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			3.581	2.173	2.174	2.174	2.174
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			2.419	2.684	1.784	1.784	1.784
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen			37.689	48.328	44.990	46.468	45.636
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			1.024	846	851	852	879
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen				-1.121	-996	-1.538	-1.137
15. Saldo aus Investitionen			-32.973	-41.890	-37.783	-38.720	-38.316
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-190.552	-211.367	-207.022	-196.030	-191.293

3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

Aufgabenbereich 290 AB Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)							
Erlöse			2.566	3.370	2.948	2.911	2.918
Kosten		0	33.851	27.225	26.534	26.004	25.207
Zentraler Ansatz I							
Erlöse							
Kosten			2.868	8.481	6.267	1.578	2.986
Zentrale Programme							
Erlöse							
Kosten			3				
Bezirkliche Zuweisungen SuS							
Erlöse							
Kosten			72	72	72	72	72
Zentraler Ansatz II (GMK)							
Erlöse							
Kosten			-3.050				
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-31.177	-32.407	-29.924	-24.743	-25.347

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen aus Investitionen			38	-1.098	-972	-1.514	-1.113
Saldo aus Investitionen			-38	1.098	972	1.514	1.113

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Aufgabenbereich 291 AB Umweltschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz							
Erlöse			16.988	27.608	27.477	27.165	26.906
Kosten		0	73.856	85.414	85.833	84.662	84.461
Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst							
Erlöse			234	405	388	375	364
Kosten		0	15.549	17.448	18.339	18.059	16.953
Abfallwirtschaft							
Erlöse			1.922	2.423	2.422	2.422	2.422
Kosten		0	39.468	41.880	41.974	42.038	41.819
Bezirkliche Zuweisungen U							
Erlöse							
Kosten			6.464	6.241	6.388	5.554	5.631
Zentrale Programme U							
Erlöse							
Kosten			1.204	1.459	2.108	1.765	1.426

Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-117.398	-122.007	-124.353	-122.116	-120.599
---	--	---	----------	----------	----------	----------	----------

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen			11.040	11.020	11.020	11.020	11.020
Auszahlungen aus Investitionen			31.567	40.440	41.157	41.461	41.593
Saldo aus Investitionen			-20.527	-29.420	-30.137	-30.441	-30.573

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Aufgabenbereich 292 AB Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz							
Erlöse				180	180	180	180
Kosten		0	903	1.243	1.267	1.284	1.225
Landschaftsplanung und Stadtgrün							
Erlöse			1.812	2.928	4.044	3.084	1.857
Kosten		0	8.592	13.937	13.977	13.238	12.691
Energie							
Erlöse				0	0	0	
Kosten		0	8.154	8.921	8.327	7.947	7.764
Naturschutz							
Erlöse			404	978	969	962	956
Kosten		0	7.753	7.638	7.674	7.677	7.549
Zentrale Programme NGE							
Erlöse							
Kosten			9.302	13.629	15.766	15.036	11.342
Bezirkliche Zuweisungen NGE							
Erlöse							
Kosten			22.025	24.167	22.767	18.938	19.004
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-54.514	-65.449	-64.585	-59.895	-56.582

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen			700				
Auszahlungen aus Investitionen			12.603	13.543	8.593	9.768	8.831
Saldo aus Investitionen			-11.903	-13.543	-8.593	-9.768	-8.831

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Aufgabenbereich 293 AB Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Immissionsschutz und Betriebe							
Erlöse			8.251	10.723	10.699	10.687	10.685
Kosten		0	11.849	20.093	19.929	19.447	18.942
Bezirkliche Zuweisungen IB							
Erlöse							
Kosten			52	59	59	59	59
Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten		0	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen aus Investitionen			505	25	25	25	25
Saldo aus Investitionen			-505	-25	-25	-25	-25

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
Saldo gegebene Darlehen							

--

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 290 Steuerung und Service (BUE)

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen

- 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR),
- 290.12 Zentraler Ansatz,
- 290.14 Bezirkliche Zuweisungen Steuerung und Service.

Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplan 2016:

Die Produktgruppe 290.13 Zentrale Programme entfällt zum Doppelhaushalt 2017/2018. In der Produktgruppe waren lediglich die Abschreibungen für „Kfz-Ersatzbeschaffungen“ ermächtigt. Im Zuge der Dezentralisierung der investiven Ermächtigungen für die Kfz-Ersatzbeschaffung (Auszahlungen für Investitionen) werden auch die Abschreibungen auf die betroffenen Produktgruppen aufgeteilt.

Die Produktgruppe 290.14 Geoinformation und Vermessung [26 (1) LHO] wurde zwar in Anlage 5 zur Drucksache 21/1392 (Umsetzung der Neustrukturierung der Behörden) aufgeführt, jedoch im Epl. 6.2 nie ausgeprägt und mit Ermächtigungen/ Veranschlagungen versehen.

Die Produktgruppe 290.15 (in den Erläuterung zur Drs. 21/1392: 290.16) Zentraler Ansatz II entfällt, da der Haushaltsplan 2017/2018 ermöglicht, Globale Mehr- und Globale Minderkosten in einer Produktgruppe in differenzierten Kontenbereichen zu planen. Daher erfolgt die Planung dieser Kosten insgesamt wieder in einem Zentralen Ansatz (PG 290.12).

Zentrale Aufgabe des Aufgabenbereichs ist die Beratung der Behördenleitung und der Fachämter bei der Definition von Aufgaben und Prioritäten, die Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen und Dienstleistungen in Intendanz-, Rechts- und Beteiligungsangelegenheiten in der Zuständigkeit der BUE sowie die Unterstützung bei der Umsetzung und dem Vollzug der Aufgaben durch die Fachämter der Behörde. In diesem Aufgabenbereich wird die Vertretung der Behörde gegenüber anderen Behörden und den Assistenzeinheiten des Senats in Intendanz-, Rechts- und Beteiligungsangelegenheiten und die Funktion des Beauftragten für den Haushalt wahrgenommen.

Aufgabenschwerpunkte sind:

- Intendanzaufgaben,
- Rechtliche Beratung der Behördenleitung, der Fachämter und im Rahmen der Fachaufsicht der Bezirksverwaltung,
- Rechtsaufsicht über Wasser- und Bodenverbände in Hamburg,
- Unternehmensaufsicht über eine Vielzahl von Unternehmen in den Bereichen Ver- und Entsorgung u. a.: Hamburger Wasserwerke GmbH, Hamburger Stadtentwässerung, Stadtreinigung Hamburg AöR, Bäderland Hamburg GmbH, Hamburger Friedhöfe AöR,
- Darstellung des zentralen Ansatzes für den Einzelplan.

Die BSW und BUE nehmen Intendanz-, Rechts- und Beteiligungsangelegenheiten überwiegend im Rahmen eines gemeinsamen Dienstleistungsmodells am Standort Wilhelmsburg (Shared-Service) wahr. Die BUE erbringt sog. Shared-Service-Dienstleistungen für die BSW insbesondere in den Bereichen Personalservice und –entwicklung, IT sowie im Rahmen der Beteiligungsverwaltung. Die BUE empfängt Shared-Service-Dienstleistungen von der BSW insbesondere in den Bereichen des Inneren Dienstbetriebs und der Betriebswirtschaft sowie in Vergabeangelegenheiten. Dadurch werden folgende Zielsetzungen erreicht:

- sparsamer Ressourceneinsatz,
 - Reduzierung teilungsbedingter Mehrbedarfe,
 - Wunsch der Beschäftigten, eingespielte Bereiche zu erhalten,
 - Know-how-Erhalt,
 - Nutzung der räumlichen Nähe zur behördenübergreifenden fachlichen Zusammenarbeit,
 - Vermeidung von internen Umzügen,
 - Begrenzung von Umbaumaßnahmen,
 - Vermeidung zeitlicher Verzögerungen bei der Wahrnehmung von Fachaufgaben und Projekten.
- Die entstehenden Kosten werden über Fremdbewirtschaftung und haushaltsrelevante Verrechnungen abgebildet. Die Personalkosten der Shared-Service-Bereiche werden jeweils vollständig in dem Aufgabenbereich Steuerung und Service der Behörde berücksichtigt, dem die Shared-Service-Einheit zugeordnet ist. Gleichzeitig werden in dieser Behörde Erlöse aus haushaltsrelevanten Verrechnungen veranschlagt, denen Erstattungen für entstandene Personalkosten in gleicher Höhe im Einzelplan der jeweils anderen Behörde gegenüberstehen.

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

4.1.2.1 Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

Diese Produktgruppe bildet alle originären Produkte des Aufgabenbereichs ab.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			2.566	3.370	2.948	2.911	2.918
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			9.004	8.295	8.413	8.730	8.561
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>			4.317	3.654	3.654	3.836	3.836
<i>davon IT-Kosten</i>			2.107	2.090	2.136	2.127	2.127
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>			160	175	175	176	176
3. Personalkosten		0	9.203	9.471	9.607	9.638	9.562
<i>a) Kosten für Entgelte</i>			2.949	2.935	2.939	3.040	3.039
<i>b) Kosten für Bezüge</i>		0	4.041	3.707	3.792	3.729	3.680
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>			43	44	44	44	44
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>			789	790	796	811	808
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>			1.381	1.996	2.036	2.014	1.991
4. Kosten für Transferleistungen			236	236	236	236	236
5. Kosten aus Abschreibungen			12.800	4.795	3.825	2.922	2.312
6. Sonstige Kosten			2.609	4.426	4.451	4.476	4.533
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-31.285	-23.853	-23.584	-23.092	-22.287
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				2	2	2	2
10. Finanzergebnis				-2	-2	-2	-2
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-31.285	-23.854	-23.585	-23.093	-22.289
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-31.285	-23.854	-23.585	-23.093	-22.289
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-31.285	-23.854	-23.585	-23.093	-22.289

Erlöse:

Die Steigerung der Erlöse basiert im Wesentlichen auf Erlösen aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Shared-Service Leistungen gegenüber der BSW.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Hier sind im Wesentlichen Kosten für Miete, Mietnebenkosten und Aufwendungen für die Instandhaltung des Gebäudes in Höhe von 3.703 Tsd. EUR (2017 und 2018) sowie Kosten der Informationstechnologie in Höhe von 2.090 Tsd. EUR (2017) und 2.136 Tsd. EUR (2018) geplant. Ferner beinhaltet dieser Kontenbereich Kosten für den inneren Dienstbetrieb, wie etwa die Unterhaltung der Bibliothek oder der Hausdruckerei. Die gesunkenen Kosten aus Verwaltungstätigkeit erklären sich aus den gesunkenen Mietkosten. Zwar sind aufgrund einer Neuermessung des Dienstgebäudes am Standort Wilhelmsburg die Mietkosten insgesamt gestiegen, doch gleichzeitig ergibt sich aus der Neuberechnung der Flächenaufteilung zwischen BUE und BSW ein niedrigerer

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Anteil der BUE an der Gesamtmiete.

Kosten für Transferleistungen:

Kosten für Transferleistungen werden wesentlich (2017-2020 je 211 Tsd. Euro) für Projekte zum Produkt Nachhaltigkeit aufgewendet.

Kosten für Abnutzung - Abschreibungen:

Die Kosten für Abnutzungen - Abschreibungen entstehen schwerpunktmäßig durch Abschreibungen auf in der Vergangenheit gewährte Investitionszuschüsse, die pauschal aktiviert worden sind. Der Bestand an aktivierten Investitionszuschüssen wurde von 2015 zu 2016 durch Übertragungen an andere Verwaltungseinheiten erheblich reduziert. In der Folge sind auch die geplanten Kosten für Abnutzung - Abschreibungen gesunken.

Die neu zugehenden Investitionszuschüsse werden dezentral in den jeweils zuständigen Fachproduktgruppen aktiviert und ersetzen sukzessive die alten, pauschalen Ansätze.

Sonstige Kosten:

In den gestiegenen Sonstigen Kosten sind die Kosten aus Haushaltsrelevanten Verrechnungen für in Anspruch genommene Shared-Service-Leistungen der BSW enthalten. Es handelt sich um Personalkostenerstattungen. Aufgrund der gestiegenen Personalkosten durch geänderte Kosten für Versorgungsleistungen sowie Tarif- und Besoldungsanpassungen bei der BSW steigen auch die Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen bei der BUE.

In diesem Kontenbereich sind Aufwandsentschädigungen für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. veranschlagt.

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

Z1: Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Behörde und der der BUE zugeordneten öffentlichen Unternehmen sowie bei der Wahrnehmung ministerieller Aufgaben. Ferner Unterstützung der Ämter in deren Aufgabenwahrnehmung durch Bereitstellung derner notwendigen Serviceunterstützung (K* B_290_01_007 bis B_290_01_010) (*Kennzahlen)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_290_11_007 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Endgeräte je VZÄ des Bereichs Informationstechnologie	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	64,7	64,7	64,7	64,7
B_290_11_008 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Beschäftigten je VZÄ des Bereichs Personalservice und Personalentwicklung, -planung und -controlling	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	62,5	62,5	62,5	62,5
B_290_11_009 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Beschäftigten je VZÄ des Bereichs Interner Service	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	22,8	22,8	22,8	22,8
B_290_11_010 Anteil von Frauen in Führungspositionen in der BUE	%	k.A.	k.A.	k.A.	40	40	40	40

Die Kennzahlen aus der Haushaltsplanung 2015/2016 haben sich im Laufe der Bewirtschaftung als ungeeignet erwiesen und wurden ersetzt bzw. sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Am Standort Wilhelmsburg werden Intendantenaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von jeweils einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Der Wert zur Kennzahl B_290_11_010 ist ein Mindestwert.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Ressourcensteuerung und Controlling	INT							
Erlöse				42	228	232	236	239
Kosten				2.007	2.662	2.704	2.716	2.701
Saldo Jahresergebnis 1 Ressourcensteuerung und Controlling				-1.965	-2.434	-2.472	-2.480	-2.462
Erlöse				-/-	-228	-232	-236	-239
Kosten				-/-	-2.662	-2.704	-2.716	-2.701
Saldo Jahresergebnis 2 Ressourcensteuerung und Controlling				-/-	0	0	0	0
Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung	INT							
Erlöse				295	1.361	1.369	1.336	1.355
Kosten				2.389	3.518	3.627	3.727	3.629
Saldo Jahresergebnis 1 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung				-2.094	-2.157	-2.257	-2.391	-2.274
Erlöse				-/-	-1.361	-1.369	-1.336	-1.355
Kosten				-/-	-3.518	-3.627	-3.727	-3.629
Saldo Jahresergebnis 2 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung				-/-	0	0	0	0
IT	INT							
Erlöse				619	658	673	682	656
Kosten				3.615	3.728	3.749	3.753	3.728
Saldo Jahresergebnis 1 IT				-2.996	-3.070	-3.076	-3.071	-3.071
Erlöse				-/-	-658	-673	-682	-656
Kosten				-/-	-3.728	-3.749	-3.753	-3.728
Saldo Jahresergebnis 2 IT				-/-	0	0	0	0
Personal	INT							
Erlöse				908	555	571	579	595
Kosten				2.459	2.125	2.167	2.200	2.143
Saldo Jahresergebnis 1 Personal				-1.551	-1.570	-1.596	-1.621	-1.548
Erlöse				-/-	-555	-571	-579	-595
Kosten				-/-	-2.125	-2.167	-2.200	-2.143
Saldo Jahresergebnis 2 Personal				-/-	0	0	0	0
Interner Service	INT							
Erlöse				676	39	39	39	39
Kosten				9.117	8.305	8.344	8.562	8.570
Saldo Jahresergebnis 1 Interner Service				-8.441	-8.265	-8.305	-8.522	-8.531
Erlöse				-/-	-39	-39	-39	-39
Kosten				-/-	-8.305	-8.344	-8.562	-8.570
Saldo Jahresergebnis 2 Interner Service				-/-	0	0	0	0
Präsidialangelegenheiten, Innenrevision	INT							
Erlöse				26				
Kosten				1.006	1.524	1.544	1.549	1.538
Saldo Jahresergebnis 1 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision				-980	-1.524	-1.544	-1.549	-1.538
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-	-1.524	-1.544	-1.549	-1.538
Saldo Jahresergebnis 2 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision				-/-	0	0	0	0
Pauschalisierte Abschreibungen	INT							
Erlöse					528	64	38	33
Kosten				12.745	4.770	3.802	2.898	2.300
Saldo Jahresergebnis 1 Pauschalisierte Abschreibungen				-12.745	-4.241	-3.738	-2.860	-2.268
Erlöse				-/-	-528	-64	-38	-33
Kosten				-/-	-4.770	-3.802	-2.898	-2.300
Saldo Jahresergebnis 2 Pauschalisierte Abschreibungen				-/-	0	0	0	0

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Nachhaltige Entwicklung	713							
Erlöse								
Kosten				490	556	560	562	560
Saldo Jahresergebnis 1 Nachhaltige Entwicklung				-490	-556	-560	-562	-560
Erlöse				-/-	574	567	568	540
Kosten				-/-	3.419	3.485	3.539	3.591
Saldo Jahresergebnis 2 Nachhaltige Entwicklung				-/-	-3.401	-3.479	-3.533	-3.611
GL Schadenersatzleistungen	241							
Erlöse								
Kosten				10	11	11	11	11
Saldo Jahresergebnis 1 GL Schadenersatzleistungen				-10	-11	-11	-11	-11
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 GL Schadenersatzleistungen				-/-	-11	-11	-11	-11
GL Aufwandsentschädigung	031							
Erlöse								
Kosten				14	26	26	26	26
Saldo Jahresergebnis 1 GL Aufwandsentschädigung				-14	-26	-26	-26	-26
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 GL Aufwandsentschädigung				-/-	-26	-26	-26	-26

Das Produkt Pauschalisierte Abschreibungen enthält auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Im Weiteren vgl. Erläuterungen zu 4.1.2.1.2.

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			147,50	117,53	116,10	115,10	112,30

Um Synergieeffekte zu nutzen, werden - wie im Vorwort zum Aufgabenbereich 290 dargestellt - bestimmte Intendantaufgaben im Rahmen eines gemeinsamen Dienstleistungsmodells am Standort Wilhelmsburg wahrgenommen. Mit dem Haushaltsjahr 2017 werden die VZÄ und damit auch die Personalkosten für die technischen Nachwuchskräfte bei der fachlich zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen ausgewiesen.

4.1.2.2 Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 6.2 übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Mit dem Haushaltsplan 2017/2018 ist es möglich, die Globalen Mehr- und Globalen Minderkosten in einer Produktgruppe in differenzierten Kontenbereichen zu planen. Diese Produktgruppe enthält daher nun auch die zuvor in der Produktgruppe 290.15 Zentraler Ansatz II geplanten Globalen Minderkosten.

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten				0	0	0	0
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>				0	0	0	0
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen				-224	-423	-731	-958
6. Sonstige Kosten				4.515	4.052	3.733	3.676
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit				-4.291	-3.629	-3.002	-2.718
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				4.291	3.290	2.459	1.863
10. Finanzergebnis				-4.291	-3.290	-2.459	-1.863
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)				-8.582	-6.919	-5.461	-4.581
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)				-8.582	-6.919	-5.461	-4.581
16. Globale Mehrkosten			2.868	5.545	5.001	4.236	6.327
17. Globale Minderkosten				-5.646	-5.653	-8.119	-7.922
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-2.868	-8.481	-6.267	-1.578	-2.986

Die Globalen Minderkosten werden geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung im jeweiligen Haushaltsjahr durch Sollübertragungen in die sachlich zutreffenden Kontenbereiche.

Die Globalen Mehrkosten, Sonstigen Kosten sowie Kosten des Finanzergebnisses beinhalten Verstärkungsmittel für unvorhergesehene Bedarfe des Einzelplans.

Die negativen Abschreibungen resultieren aus den Globalen Minderauszahlungen, die in den Investitionen des Aufgabenbereichs geplant werden.

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Ziele definiert.

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Kennzahlen definiert.

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrale Verstärkungsmittel	992							
Erlöse								
Kosten				2.868	14.351	12.343	10.428	11.866
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Verstärkungsmittel				-2.868	-14.351	-12.343	-10.428	-11.866
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Verstärkungsmittel				-/-	-14.351	-12.343	-10.428	-11.866
Globale Minderkosten	992							
Erlöse								
Kosten					-5.870	-6.076	-8.850	-8.880
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten					5.870	6.076	8.850	8.880
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten				-/-	5.870	6.076	8.850	8.880

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Einzelplan der BUE übertragen.

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Vollzeitäquivalente geplant.

4.1.2.3 Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

In dieser Produktgruppe werden zum Haushalt 2017/2018 keine Ermächtigungen mehr geplant. Siehe auch Vorwort zum Aufgabenbereich.

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			3				
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-3				
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-3				
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-3				
16. Globale Mehrkosten							
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-3				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zentrale Programme	992							
Erlöse								
Kosten				3				
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Programme				-3				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Programme				-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.4 Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In dieser Produktgruppe sind die Ermächtigungen, Kosten zu verursachen geplant, die den Bezirksamtern in Form einer Zweckzuweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Konkret handelt es sich um die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie um Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor und Schadenersatzleistungen, die dem Aufgabenbereich der BUE zuzuordnen sind.

Ersatzvornahmen (51 Tsd. EUR)

Hamburg Mitte = 9,80% = 5 Tsd. Euro,
Altona = 19,61% = 10 Tsd. Euro,
Eimsbüttel = 19,61% = 10 Tsd. Euro,
Hamburg Nord = 13,73% = 7 Tsd. Euro,
Wandsbek = 9,80% = 5 Tsd. Euro,
Bergedorf = 17,65% = 9 Tsd. Euro,
Harburg = 9,80% = 5 Tsd. Euro.

Schadenersatzleistungen (21 Tsd. EUR)

Hamburg Mitte = 0,00% = 0 Tsd. Euro,
Altona = 33,33% = 7 Tsd. Euro,
Bezirk Eimsbüttel = 19,05 = 4 Tsd. Euro,
Hamburg Nord = 23,81% = 5 Tsd. Euro,
Wandsbek = 23,81% = 5 Tsd. Euro,
Bergedorf = 0,00% = 0 Tsd. Euro,
Harburg = 0,00% = 0 Tsd. Euro.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			72	51	51	51	51
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				21	21	21	21
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-72	-72	-72	-72	-72
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-72	-72	-72	-72	-72
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-72	-72	-72	-72	-72
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-72	-72	-72	-72	-72

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Hier werden die Zweckzuweisungen an die Bezirke für Ersatzvornahmen geplant.

Sonstige Kosten:

Hier werden die Zweckzuweisungen an die Bezirke für Schadenersatzleistungen geplant.

4.1.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckzuweisungen							
Kosten Zweckzuweisung Schadenersatz u. Ersatzv.			72	72	72	72	72
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			72	72	72	72	72

--

**4.1.2.4.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der
Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS**

In der Produktgruppe sind keine Verpflichtungsermächtigungen geplant.

4.1.2.5 Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

4.1.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

In dieser Produktgruppe werden ab dem Haushaltsjahr 2017 keine Ermächtigungen mehr geplant. Siehe auch Vorwort zum Aufgabenbereich.

4.1.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit							
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)							
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)							
16. Globale Mehrkosten			-3.050				
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			3.050				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Globale Minderkosten	992							
Erlöse								
Kosten				-3.050				
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten				3.050				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten				-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			38	23	24	24	24
Summe sonstige Investitionen			-38	-23	-24	-24	-24
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen						-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen				-1.121	-996	-1.538	-1.137

Summe Investitionsmittel			-38	1.098	972	1.514	1.113
---------------------------------	--	--	------------	--------------	------------	--------------	--------------

Die sonstigen Investitionen enthalten ab dem Haushaltsplan 2017/2018 nur noch investive Zuschüsse für Freibäder. Bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2016 wurden an dieser Stelle zusätzlich die Auszahlungsermächtigungen für die „Kfz-Ersatzbeschaffung“ geplant. Diese werden zum Haushaltsplan 2017/2018 dezentralisiert und in den einzelnen Aufgabenbereichen geplant. Außerdem werden hier die Globalen Minderauszahlungen geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Diese werden unterjährig aufgelöst, um die pauschalen Einsparvorgaben zu konkretisieren.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

Im Aufgabenbereich werden keine Darlehen geplant.

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Aufwandsentschädigung							
Erlöse							
Kosten			14	26	26	26	26
Saldo GL Aufwandsentschädigung			-14	-26	-26	-26	-26
GL Schadenersatzleistungen							
Erlöse							
Kosten			10	11	11	11	11
Saldo GL Schadenersatzleistungen			-10	-11	-11	-11	-11
Summe Gesetzliche Leistungen			-24	-37	-37	-37	-37

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereiches Steuerung und Service stehen im Zusammenhang mit Aufwandsentschädigungen für Abgeordnete, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. sowie Schadenersatzleistungen.

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR), sonstige Kosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigungen betreffend Steuerung und Service der Produktgruppen 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR) der BUE und 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) der BSW, Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) zu verursachen, sind gegenseitig deckungsfähig, soweit sich Intendanz- und Fachaufgaben für die Behörde für Umwelt und Energie und die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen im Rahmen des gemeinsamen Dienstleistungsmodells (Shared Service) verändern.

Mit der Deckungsfähigkeit zwischen Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) soll der Finanzierung des Wilhelmsburger Verwaltungsmodells bei einer Veränderung der Kostenstrukturen in den Shared Service-Bereichen die notwendige Flexibilität eingeräumt werden.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe 290.12 Zentraler Ansatz I, globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar. In dieser Produktgruppe sind im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" zentrale Verstärkungsmittel der BUE zur Übertragung in andere Aufgabenbereiche und Produktgruppen veranschlagt. Dies ist erforderlich, da sich im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung der BUE unvorhergesehene Bedarfe ergeben können, die unterjährig im Epl. 6.2 auszugleichen sind.

Die Übertragbarkeit ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der BUE i.d.R. mehrjährige Maßnahmen und Programme abgewickelt werden. Bspw. werden in diesem Rahmen Gutachten und Untersuchungen beauftragt, für deren Abwicklung die Resteübertragung zwingende Voraussetzung ist. Die Übertragbarkeit dient somit der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Mittel.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie in der Behörde für Umwelt und Energie, die durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze vom 3. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 108) neu geordnet wurden, dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege des Sollübertrags Änderungen der nach Kontenbereichen veranschlagten Erlöse und Kosten sowie der Ein- und Auszahlungen zwischen den Aufgabenbereichen 286 Steuerung und Service (BSW) und 290 Steuerung und Service (BUE) vorgenommen werden; eine Rücknahme dieser Änderungen ist zulässig.

Mit der Ermächtigung soll es ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen der Behördenneuordnung (z.B. bei der Wahrnehmung der Intendanz- und Rechtsangelegenheiten im Rahmen des gegenseitigen Shared-Service-Modells) unterjährig zu berichtigen.

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 291 Umweltschutz

Der Aufgabenbereich 291 Umweltschutz besteht aus den folgenden Produktgruppen:

Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Produktgruppe 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst

Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft

Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U

Produktgruppe 291.15 Zentrale Programme U

Das Amt für Umweltschutz ist Oberste Landesbehörde für die Umsetzung des Wasser-, des Bodenschutz- und des Abfallrechts. Es ist zuständig für übergeordnete und ministerielle Angelegenheiten im Bereich der Wasserwirtschaft, des Bodenschutzes und der Abfallwirtschaft. Dazu gehören die Mitwirkung an der Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene und die Vertretung Hamburgs in den Gremien der Bund/Länderarbeitsgemeinschaften Wasser (LAWA), Boden (LABO) und Abfall (LAGA).

Für die Aufgabenfelder des Amtes bedeutet dies unter anderem:

* Erhalt und Verbesserung Hamburgs als „Grüne Stadt am Wasser“ u.a. durch den Schutz und die Bewirtschaftung aller Gewässer, die Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Wasserrahmen-, der EG-Meeresstrategie, der Badegewässer- und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, Überwachung und Schutz der Grundwasservorkommen, Sicherung und Verbesserung der Gewässerfunktionen, Verbesserung des ökologischen Zustands der Unterelbe auf Hamburger Gebiet, Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsplanung, Genehmigungen auf der Grundlage von Fachinformationssystemen.

Das Amt für Umweltschutz ist Fachaufsicht für Hamburg Wasser und Auftraggeber des LSBG für die Bereiche Wasserbau und Hochwasserschutz.

* Maßnahmen zum Schutz des Bodens, wie Gefährdungsabschätzung und Anordnung von Untersuchungen und Sanierungen für Flächen mit Boden- und Grundwasserbelastungen, Förderung der Flächenbereitstellung für Wohnungsbau und Gewerbe im Rahmen des Flächenrecyclings, Altlastensanierung auf städtischen Flächen als Realisierungsträger, Unterstützung bei der Planung, Ausschreibung, Vergabe und Durchführung von Dekontaminations- und Sicherungsmaßnahmen, Einbringen von Bodenschutzaspekten in Bau- und Planungsverfahren, Identifizierung schutzwürdiger Böden, Schaffung von Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen in Form von Fachinformationssystemen (FIS) mit dem Ziel der Steigerung der ökologischen Qualität und der Lebensqualität, u.a. durch den sorgsamen Umgang mit unbelasteten und belasteten Böden.

* Abfallwirtschaftsplanung, fachliche Steuerung der Stadtreinigung Hamburg mit den Themenschwerpunkten kommunale Abfallentsorgung, Wegereinigung und Winterdienst sowie ergänzender Maßnahmen und Programme zur Optimierung der Sauberkeit der Stadt, Wahrnehmung zentraler Vollzugsaufgaben u.a. in den Bereichen nationale und internationale Nachweisverfahren, Schiffsentsorgung sowie Genehmigung und Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen.

* Information und Beratung bei geowissenschaftlichen Fragestellungen für die Erkundung von Lagerstätten und Rohstoffen, Geothermie (Erdwärme), Speicherpotenziale im tiefen Untergrund sowie für geowissenschaftliche Aufgaben beim Boden- und Grundwasserschutz, bei der Altlastensanierung, beim Bodendenkmal-, Natur- und Landschaftsschutz, Durchführung der geologischen Landesaufnahme und Führen des zentralen geologischen Archivs (Bohrarchiv).

* Fachaufsicht über den Bereich Umweltuntersuchungen des Instituts für Hygiene und Umwelt.

Der Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Verantwortung für die Stärkung und Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes in Hamburg u. a. den ökologischen Zustand der Hamburg prägenden Wasser- und Grünflächen zu verbessern. Um dies zu erreichen, sollen zusätzliche Maßnahmen realisiert werden, die auch sichtbare Wirkung entfalten.

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

4.2.2.1 Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Schwerpunkte der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sind:

Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, insbesondere durch die weitere Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie, der EG-Badegewässerrichtlinie, der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie und des Hamburger Beitrags zum Maßnahmenprogramm für den Bewirtschaftungsplan der Elbe. Entwicklung der Gewässer als Lebensraum unter Beibehaltung ihrer vielfältigen Nutzungen.

Sicherstellung des Hochwasserschutzes (Überflutungs-, Binnenhochwasser- und Sturmflut-/Küstenschutz) und Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. Verbesserung der innerstädtischen Gewässer durch Erneuerung und Sicherung der Ufermauern, Sedimententnahme zur Sicherung der Fahrtiefen und der Vorflut als Beitrag zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Infrastruktur.

Schutz und Sicherung der Grundwasservorkommen als Ressource für die öffentliche Trinkwasserversorgung.

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			16.988	27.608	27.477	27.165	26.906
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			44.402	44.894	44.673	43.101	43.022
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	4.399	4.518	4.580	4.712	4.491
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			2.552	2.517	2.520	2.601	2.433
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	929	866	910	923	937
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>		0	543	520	518	542	484
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			375	615	632	646	637
4. Kosten für Transferleistungen			147	279	279	279	279
5. Kosten aus Abschreibungen			24.908	35.723	36.301	36.570	36.669
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555

Erlöse:

Die Produktgruppe erzielt Erlöse u.a. aus dem Bereich Grundwassergebühr. Zu Beginn jeden Jahres erfolgen Gebührenerhöhungen. Die Erlöse sind Schwankungen unterworfen, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dass Zahlungspflichtige Gebührenerhöhungen zum Anlass nehmen, ihre jeweils erlaubten Fördermengen unter Kostenaspekten einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Die ab dem Haushaltsjahr 2017 deutlich erhöhten Erlöse lassen sich durch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erklären, welche erstmalig im Rahmen dieses Doppelhaushalts geplant werden. Bis zum Haushaltsjahr 2015 wurde ein pauschaler Sonderposten für in der Vergangenheit erhaltene Investitionszuschüsse (vorrangig vom Bund) zentral in der Produktgruppe 260.01 ausgewiesen. Im Rahmen der Umorganisation zum Haushalt 2016 wurde dieser teilweise aufgelöst und sachgerecht auf andere fachlich zuständige Produktgruppen

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

aufgeteilt. Die Sonderposten werden parallel zu den Abschreibungen aufgelöst. Die Höhe dieser Erlöse beträgt in 2017 ca. 10,7 Mio. Euro und sinkt mit den fortlaufenden Haushaltsjahren kontinuierlich ab.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Der wesentliche Anteil der Kosten im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ liegt bei den von der FHH zu tragenden Sielbenutzungsgebühren für die Entwässerung von Gewässerflurstücken, öffentlicher Wege und öffentlicher Hochwasserschutzanlagen. Die Gebühren werden aufgrund der ermittelten versiegelten und an das Sielnetz angeschlossenen Fläche multipliziert mit dem Gebührensatz pro m² berechnet. Dabei liegt der Hauptanteil bei den öffentlichen Wegen mit knapp 25 Mio. Euro jährlich. Mittel in Höhe von 1,1 Mio. Euro für die Entwässerung öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen wurden zuständigkeitshalber an den Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie übergeleitet.

Einen weiteren Kostenschwerpunkt bilden die Kosten für Unterhaltung, Betrieb und Bewirtschaftung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen und der dazugehörigen Nebenanlagen und Grundstücke, die im Zuständigkeitsbereich der BUE und im Zuständigkeitsbereich der Hamburg Port Authority (HPA) liegen. Berücksichtigt sind ebenfalls Kosten für die Deichverteidigung einschl. Miete und Unterhaltung von Stützpunkten, für die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden sowie für den konsumtiven Anteil des Hochwasserschutzprogramms.

Des Weiteren sind Mittel veranschlagt für die Erstattung an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen und die Erstattung an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen. Hier wurde der Ansatz im Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit zugunsten des AB 293 Immissionsschutz und Betriebe für die Erstattung an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen um ca. 1,77 Mio. Euro abgesenkt. Gleichzeitig wurden die Ansätze im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Personalkosten gegenüber den Vorjahren aufgrund zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) aufgestockt. Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.2.2.1.5).

Kosten für Transferleistungen:

Der Kontenbereich Kosten für Transferleistungen wurde um 132 Tsd. Euro erhöht, der Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit entsprechend abgesenkt. Die Mittel werden für Zuweisungen Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe sowie Zuweisungen Hamburgs für die Finanzierung des Sekretariats Meeresschutz benötigt. Die Mittel waren im vorangegangenen Doppelhaushalt als Kosten aus Verwaltungstätigkeit veranschlagt.

Kosten für Abschreibungen:

Die Abschreibungskosten entstehen hauptsächlich aus dem Bestand aus Hochwasserschutzanlagen, insbesondere Deiche, Hochwasserschutzwände, Schleusen, Sperrwerke, Schöpfwerke, Deichsiele, Tore und Dammbalkensperren. Gegenüber der Haushaltsplanaufstellung 2015/2016 haben sich die Abschreibungskosten stark erhöht, was zum überwiegenden Teil auf verringerte Nutzungsdauern von Hochwasserschutzanlagen zurückzuführen ist. Weiterhin erhöhen sich die Abschreibungen analog zu den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aufgrund der Dezentralisierung von in der Vergangenheit gewährten Investitionszuschüssen, die bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2015 pauschal beim ehemaligen Aufgabenbereich 260 aktiviert worden waren.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				13.008	11.208
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können, die sich im Zusammenhang mit der Unterhaltung und dem Betrieb wasserwirtschaftlicher Bauwerke, Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigungsanlagen ergeben.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Z 1: Sicherstellen einer nachhaltigen Nutzung und ganzheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer durch Erarbeitung und Durchsetzen fachlicher Vorgaben zu Plan- und Wasserrechtsverfahren, Gewässerüberwachung und -management (B_291_11_021-B_291_11_022)

Z 2: Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Gewässer für Fische und andere aquatische Lebewesen, Gewährleistung der Mindestwasserführung, einer hinreichenden Eigendynamik sowie die Vermeidung von hydraulischem Stress, Schaffung/Erhalt von standorttypischen Gewässerstrukturen, Anpassung bzw. Reduzierung der Gewässerunterhaltung, Reduzierung von Nähr- und Schadstoffeinträgen sowie von Sauerstoffdefiziten, Gewährleistung von Schutz und nachhaltigem Gebrauch des Grundwassers gem. EG-Wasserrahmenrichtlinie und EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (B_291_11_021-B_291_11_022)

Z3: Erhalt bzw. Erreichen der mindestens guten Qualität der EG-Badegewässer (B_291_11_023)

Z4: Verbesserung der Schadstoffsituation der Elbe -insbesondere der Sedimente- durch Initialisierung und fachliche Begleitung von Sanierungsmaßnahmen und Ursachenforschung (B_291_11_024)

Z5: Sicherstellen einer nachhaltigen Nutzung und ganzheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer durch Erteilung wasserrechtlicher Genehmigungen (B_291_11_025)

Z6: Vorbeugender Grundwasserschutz zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung (B_291_11_026)

Z7: Umsetzung Bauprogramm Hochwasserschutz (HWS) (B_291_11_027-B_291_11_028)

Z8: Erhalt, Betrieb und Grundinstandsetzung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen (B_291_11_029)

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_11_021 Anzahl wasserwirtschaftlicher Stellungnahmen sowie Auskünfte und Beratungen zu Bau-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zu wasserwirtschaftlichen Fragestellungen	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	5.000	5.000	5.000	5.000
B_291_11_022 Anzahl Umsetzung und Koordinierung abgeschlossener Maßnahmen zum Überwachungs- und Maßnahmenprogramm gemäß Wasserrahmenrichtlinie und Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie	ANZ	69	53	50	40	40	40	40
B_291_11_023 Anteil der Badestellen mit mindestens guter Qualität	%	88	82	94	94	94	94	94
B_291_11_024 Einhaltungsgard der Sedimentqualitätsziele innerhalb des Elbe-Einzugsgebiets	%	41	45	50	53	57	61	65
B_291_11_025 Anzahl wasserrechtlicher Genehmigungen	ANZ	1.280	1.298	1.310	1.250	1.250	1.250	1.250
B_291_11_026 Prozentualer Anteil der nur in Hamburg geförderten Trinkwassermenge an der Gesamtmenge der in HH, SH und NI für Hamburg geförderten Trinkwassermenge	%	k.A.	k.A.	k.A.	60	60	60	60
B_291_11_027 Länge der aktuell in ingenieurtechnischer Planung oder in Bauphase befindlichen Hauptdeichlinie	km	k.A.	k.A.	k.A.	5,4	6	6	6
B_291_11_028 Länge der nach der neuen Bemessung fertiggestellten Hauptdeichlinie (Gesamtlänge Hauptdeichlinie FHH: 103 km)	km	k.A.	k.A.	k.A.	102	103	0,5	1,5
B_291_11_029 Anzahl Instandsetzungsmaßnahmen an HWS-Einzelanlagen	ANZ	9	10	20	15	15	15	15

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe waren diese wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 die Anzahl der Kennzahlen Produktgruppe von fünfzehn auf neun zusammengefasst werden konnte. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

B_291_11_021 Anzahl wasserwirtschaftlicher Stellungnahmen sowie Auskünfte und Beratungen zu Bau-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zu wasserwirtschaftlichen Fragestellungen: Diese neu eingeführte ressourcenbegründende Kennzahl stellt das Aufgabenspektrum und das damit verbundene Aufgabenvolumen der Produktgruppe auch in Bezug auf die Außenwirkung sehr gut dar.

B_291_11_022 Anzahl Umsetzung und Koordinierung abgeschlossener Maßnahmen zum Überwachungs- und Maßnahmenprogramm gemäß Wasserrahmenrichtlinie und Meeresstrategie Rahmenrichtlinie: Diese Kennzahl ist ressourcenbegründend und spiegelt als ergebnisbezogene Kennzahl insbesondere den Aufgabeschwerpunkte „Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie“ als Erfolgsindikator wieder.

B_291_11_023 Anteil der Badestellen mit mindestens guter Qualität: Diese wirkungsbezogenen Kennzahl wird einmal jährlich entweder am Ende des Vorjahres oder zu Beginn des aktuellen Jahres erhoben. Die Kennzahl spiegelt die Wasserqualität der Badegewässer hinsichtlich ihrer bakteriellen Beschaffenheit wieder, die unter anderem auch von der Bewirtschaftung der Badegewässer abhängt. Die Steuerungsmöglichkeiten sind eher langfristiger Natur.

B_291_11_024 Einhaltungsggrad der Sedimentqualitätsziele innerhalb des Elbe Einzugsgebiets: Anpassung der Kennzahl auf ein konkretes, messbares, steuerbares und realisierbares Ziel - eine gute stoffliche Sedimentqualität.

B_291_11_025 Anzahl wasserrechtlicher Genehmigungen: Diese ressourcenbegründende Kennzahl stellt das Aufgabenspektrum und das damit verbundene Aufgabenvolumen der Produktgruppe auch in Bezug auf die Außenwirkung dar.

B_291_11_026 Prozentualer Anteil der nur in Hamburg geförderten Trinkwassermenge an der Gesamtmenge der in HH, SH und NI für Hamburg geförderten Trinkwassermenge: Diese neu eingeführte Kennzahl spiegelt indirekt die Güte des Hamburger Grundwassers als Trinkwasserressource wider. Sollte sich die Güte verschlechtern, ließe sich der bisherige Anteil des in Hamburg geförderten Trinkwassers am Gesamttrinkwasserbedarf nicht mehr aufrechterhalten.

B_291_11_027 Länge der aktuell in ingenieurtechnischer Planung oder in Bauphase befindlichen Hauptdeichlinie: Diese Kennzahl wird aufgrund des Starts des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz (Laufzeit 15-20 Jahre) eingerichtet.

B_291_11_028 Länge der nach der neuen Bemessung fertiggestellten Hauptdeichlinie (Gesamtlänge Hauptdeichlinie FHH: 103 km): Diese Kennzahl wird aufgrund des Starts des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz (Laufzeit 15-20 Jahre) eingeführt. Die Abweichung der Planwerte zwischen den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ist auf den Start des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz zurückzuführen. Das aktuelle, seit 1993 laufende Bauprogramm wird in 2018 abgeschlossen. Ab 2019 startet das neue Bauprogramm, für welches neue Bemessungsgrenzen angesetzt werden. Die in Hamburg existierende Hauptdeichlinie von insgesamt 103 km wird ab dem Haushaltsjahr 2019 weiter erhöht. Das neue Bauprogramm soll schätzungsweise im Jahr 2038 beendet werden, sprich die 103 km Hauptdeichlinie sollen in diesem Zeitraum in Gänze die neue Deichhöhe erhalten.

B_291_11_029 Anzahl Instandsetzungsmaßnahmen an HWS-Einzelanlagen: Es handelt sich um Instandsetzungsmaßnahmen an Schleusen, Schöpfwerken und Ufermauern. Dies können Ausbesserungen von Ufermauern, Reparaturen von Antriebsmotoren oder Drehsegmenten usw. sein.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung und Leitungsunterstützung	INT							
Erlöse								
Kosten				276	175	177	182	175
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung und Leitungsunterstützung				-276	-175	-177	-182	-175
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-	-175	-177	-182	-175
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung und Leitungsunterstützung				-/-	0	0	0	0
Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement	712							
Erlöse				893	380	380	380	380
Kosten				48.249	39.167	39.447	37.965	37.331
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement				-47.356	-38.787	-39.068	-37.586	-36.951
Erlöse				-/-	305	270	276	266
Kosten				-/-	2.440	2.389	2.416	2.306
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement				-/-	-40.922	-41.186	-39.726	-38.991
Wasserrechtliche Genehmigungen	712							
Erlöse				3.429	3.523	3.592	3.663	3.735
Kosten				614	619	628	646	616
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserrechtliche Genehmigungen				2.815	2.904	2.964	3.017	3.119
Erlöse				-/-	169	161	165	159
Kosten				-/-	814	806	823	791
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserrechtliche Genehmigungen				-/-	2.259	2.319	2.359	2.487
Wasserversorgungsmanagement	721							
Erlöse				12.646	12.985	13.245	13.510	13.780
Kosten				285	389	414	445	358
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserversorgungsmanagement				12.361	12.595	12.830	13.065	13.422
Erlöse				-/-	87	82	84	79
Kosten				-/-	601	600	614	593
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserversorgungsmanagement				-/-	12.082	12.312	12.535	12.908
Infosysteme, Daten	721							
Erlöse				7	7	7	7	7
Kosten				1.444	458	458	427	414
Saldo Jahresergebnis 1 Infosysteme, Daten				-1.437	-451	-451	-420	-407
Erlöse				-/-	79	75	77	71
Kosten				-/-	529	530	546	527
Saldo Jahresergebnis 2 Infosysteme, Daten				-/-	-901	-907	-889	-863
Hochwasserrisikomanagement	731							
Erlöse				13	10.714	10.253	9.606	9.005
Kosten				22.462	44.607	44.708	44.998	45.568
Saldo Jahresergebnis 1 Hochwasserrisikomanagement				-22.449	-33.893	-34.455	-35.392	-36.563
Erlöse				-/-	97	91	93	87
Kosten				-/-	687	684	700	675
Saldo Jahresergebnis 2 Hochwasserrisikomanagement				-/-	-34.483	-35.048	-35.999	-37.151

Leitung und Leitungsunterstützung:

Beim Produkt Leitung und Leitungsunterstützung sind die Plankosten ab dem Haushaltsjahr 2017 im Vergleich zum Fortgeschr. Plan 2016 abgesenkt worden. Diese Absenkung ist auf Neuordnungen bei den Personalkostenverrechnungen der Leitungsebene zurückzuführen.

Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement:

Die Erlöse des Produkts Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement haben sich gegenüber den Vorjahren verringert, da die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten ab 2017 in Gänze beim Produkt Hochwasserrisikomanagement veranschlagt werden. Siehe hierzu auch die Erlös-Erläuterungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz (Gliederungsziffer 4.2.2.1.2).

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Das Produkt Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 Kosten für die Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 486 bzw. 590 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten verteilen sich auf die folgenden Maßnahmen:

*Nachrüstung von Trümmern mit Spezialfiltern zur Reinigung von Straßenabwässern,

*Modulerweiterung der mobilen Messstation und Initiierung eines Sondermessprogramms in Hafenbecken zur Verbesserung des Gewässerschutzes der Elbe im Hafengebiet,

*Stärken der Anwendung von RISA (RegenInfraStrukturAnpassung) zur Realisierung von Anpassungsmaßnahmen mit Schwerpunkt Gewässerschutz.

*Verbesserung der Datenlage zu Nährstoffeinträgen in die Hamburger Gewässer.

Die Kosten des Produkts haben sich gegenüber dem fortgeschr. Plan 2016 stark verringert, da im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015/16 ein Großteil der Abschreibungen der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz nicht verursachungsgerecht veranschlagt wurde. Die Abschreibungsbedarfe beim Produkt Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement fallen wesentlich geringer aus als seinerzeit veranschlagt, die Abschreibungsbedarfe beim Produkt Hochwasserrisikomanagement dementsprechend höher. Insgesamt werden in 2017 Mittel für Kosten für Abschreibungen in Höhe von 10.268 Tsd. Euro zum Produkt Hochwasserrisikomanagement verschoben, wo die Mittel in voller Höhe benötigt werden. In den Folgejahren steigt dieser Umschichtungswert weiter an.

Wasserversorgungsmanagement:

Das Produkt Wasserversorgungsmanagement enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 Kosten für die Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 65 bzw. 86 Tsd. Euro (2017/2018). Die Mittel sind vorgesehen für die Ausweisung des Trinkwassergewinnungsgebiet Eidelstedt/Stellingen als Wasserschutzgebiet.

Infosysteme, Daten:

Das Produkt Infosysteme, Daten erhielt in 2016, genau wie das Produkt Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement, Kosten für Abschreibungen, die nicht den tatsächlichen Abschreibungsbedarfen entsprachen. In 2017 werden Mittel für Kosten für Abschreibungen in Höhe von 750 Tsd. Euro zum Produkt Hochwasserrisikomanagement verschoben, wo die Mittel in voller Höhe benötigt werden. In den Folgejahren steigt dieser Umschichtungswert weiter an. Zudem haben sich die Personalkosten des Produkts aufgrund von internen, verursachungsgerechten Neuordnungen bei der Personalkostenverrechnung um 250 Tsd. Euro verringert.

Hochwasserrisikomanagement:

Das Produkt Hochwasserrisikomanagement enthält Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die sich im Haushaltsjahr 2017 auf 10,7 Mio. Euro belaufen. In den Folgejahren nehmen diese Erträge kontinuierlich ab. Siehe hierzu auch die Erläuterungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz (Gliederungsziffer 4.2.2.1.2).

Die Kosten des Produkts Hochwasserrisikomanagement steigen signifikant an. Dies ist auf die bereits in den vorangegangenen Produkten genannten internen Umschichtungen von Kosten für Abschreibungen zurückzuführen, die sich in der Summe auf ca. 11.000 Tsd. Euro belaufen. Hinzu kommen noch reguläre Abschreibungsmehrbedarfe aufgrund von veränderten Nutzungsdauern von Hochwasserschutzanlagen, die Ende 2015 umgesetzt worden sind (vgl. Drs. 20/13203).

4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			56,42	55,19	54,69	55,46	51,46

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.2.2.2 Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

Schwerpunkte der Produktgruppe 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst sind:

Schutz und Entwicklung der natürlichen Bodenfunktionen und Definition der Klimafunktion der Böden für städtische Räume.

Fortsetzung des altlastbedingten Flächenrecyclings bei Wohnungsbau- und Gewerbeflächen mit Hinweisen auf Altlasten.

Steigerung der ökologischen Qualität und der Lebensqualität durch den sorgsamen Umgang mit belasteten Böden und die Beseitigung der Gefahren für Menschen, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen.

Bearbeiten geowissenschaftlicher Aufgaben für eine nachhaltige Nutzung des Hamburger Untergrunds, z B. beim Boden- und Grundwasserschutz; den Speicherpotenzialen im tiefen Untergrund, der Geothermie, bei Georisiken und der Rohstoffgewinnung.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			234	405	388	375	364
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			7.370	8.450	9.259	9.077	8.053
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	5.568	5.805	5.996	5.942	5.890
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			3.754	3.746	3.884	3.830	3.777
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	711	680	683	692	704
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>			763	764	793	784	772
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			340	616	635	636	637
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			2.611	3.191	3.082	3.038	3.008
6. Sonstige Kosten				2	2	2	2
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Erlöse:

Die ab dem Haushaltsjahr 2017 erhöhten Erlöse lassen sich durch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erklären, welche erstmalig im Rahmen dieses Doppelhaushalts geplant werden. Bis zum Haushaltsjahr 2015 wurde ein pauschaler Sonderposten für in der Vergangenheit erhaltene Investitionszuschüsse (vorrangig vom Bund) zentral in der Produktgruppe 260.01 ausgewiesen. Im Rahmen der Umorganisation zum Haushalt 2016 wurde dieser teilweise aufgelöst und sachgerecht auf andere fachlich zuständige Produktgruppen aufgeteilt. Die Sonderposten werden parallel zu den Abschreibungen aufgelöst.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Im Kontenbereich „Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit“ sind die Kosten für den Vollzug des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) für Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei schutzwürdigen Böden und Untergrundverunreinigungen dargestellt. Die Maßnahmen werden überwiegend aufgrund des Bodenschutz- und des Wasserrechts sowie aus finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen (z.B. Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts-/Gewerbebereich) durchgeführt. Schutzwürdige Böden, die Gefährdung von Böden, schädliche Bodenveränderungen, Verdachtsflächen, Altlasten und altlastverdächtige Flächen werden aufgespürt, untersucht sowie beobachtet, akute Gefahrensituationen werden abgewendet. Die Einsatzmöglichkeit innovativer Sanierungstechnologien wird untersucht. Es werden Sanierungsanlagen zur Behandlung von Grundwasser, Bodenluft oder zum Fassen von Ökontaminationen betrieben.

Besonders herauszuheben ist die Flächenrecyclingmaßnahme „Äußerer Veringkanal“:

Im Äußeren Veringkanal hatte die BUE im Zusammenhang mit der Entwicklung von Gewerbeflächen im Hafengebiet für die HPA die Schaffung einer Landfläche übernommen. Mit den Arbeiten wurde 2012 begonnen. Sie werden planmäßig mit der weiteren Verfüllung und anschließenden Konsolidierung der Landfläche fortgeführt.

Zur Dokumentation und für Auskünfte wird das Bodeninformationssystem mit dem Altlasthinweiskataster geführt. Es können Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Sanierungen werden vorrangig auf öffentlichen Flächen durchgeführt, soweit die FHH kostenpflichtig ist. Hinzu kommen Sanierungen auf privaten Flächen auf Grundlage öffentlich-rechtlicher Verträge, mit denen die FHH eine Sanierungspflicht übernimmt sowie Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Flächenrecyclings aus finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen (s. oben). Nach abgeschlossener Sanierung erfolgt die Nachsorge.

Es können Aufwendungen für die Beratung und Betreuung Sanierungsbetroffener, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen sowie Kredithilfen und Gerichtskosten geleistet werden. Das Beschaffen und Betreiben von (Mess-)Geräten sowie die Durchführung erforderlicher Qualifizierungsmaßnahmen ist aus diesen Mitteln möglich. Es können anteilige Finanzierungen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten oder sonstigen Fördermaßnahmen erfolgen, die vom Bund oder sonstigen Dritten mitfinanziert werden.

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Personalkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932).

Ein weiterer finanzieller Schwerpunkt des Kontenbereichs „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ liegt bei der Erfassung von Bodendaten und der Bestimmung von Georisiken im Hamburger Raum. Hierzu werden z.B. Untersuchungen zur Stabilität von Hangbereichen und Auslaugungsprozessen im Umfeld von Salzstöcken durchgeführt. Geowissenschaftliche Arbeiten zur Entwicklung von Geographischen Informationssystemen (GIS) und GIS-gestützten Auskunftsinstrumenten zur räumlichen Darstellung der natürlichen Georesourcen des Hamburger Raums sowie die Erstellung geologischer, hydrologischer und ingenieurgeologischer Auskünfte und gutachterlicher Stellungnahmen werden ebenfalls darunter veranschlagt.

Außerdem sind Erstattungen für Umweltuntersuchungen des Institutes für Hygiene und Umwelt in diesem Kontenbereich abgebildet.

Kosten für Abschreibungen:

Die Kosten für „Abschreibungen“ resultieren insbesondere aus Bauwerken auf der Deponie Georgswerder (Betriebs- und Informationsgebäude, Höhenrundweg) sowie Sanierungsbauwerken (z.B. Spundwände, deponietechnische Anlagen, Stauwasseranlagen, Rohrleitungen, Messtechnik) und Großgeräten. Die erhöhten Abschreibungsbedarfe ab 2017 sind auf veränderte Nutzungsdauern von Sanierungsanlagen, die Ende 2015 umgesetzt worden sind (vgl. Drs. 20/13203), zurückzuführen.

Sonstige Kosten:

Der Kontenbereich Sonstige Kosten beinhaltet Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

für Katasterauskünfte und Luftbildauswertungen für die Altlastensanierung, welche auf Anfrage von der Feuerwehr ausgestellt und anschließend der BUE in Rechnung gestellt werden.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				7.504	9.486
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur Fortführung von Sanierungsmaßnahmen benötigt, mit denen meist mehrjährige vertragliche Verpflichtungen einhergehen.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

Z 1: Ständige Aktualisierung der digitalen Bodenkarte mit Darstellung der Bodenfunktionen für das gesamte Stadtgebiet; Beantwortung von Anfragen anderer Dienststellen und Privater zu Flächen, Schützen und Verbessern der Qualität und Vielfalt der Bodenfunktionen (Entwicklungsziele für Böden, Fachplan schutzwürdige Böden) (B_291_12_021)

Z 2: Gefährdungsabschätzung für alle altlastverdächtigen Flächen (avF), Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen bis 2020 durchführen (B_291_12_022, B_291_12_027)

Z 3: Beseitigung von festgestellten Gefahren für Menschen und Umwelt durch verunreinigte Böden (B_291_12_023, B_291_12_028)

Z 4: Flächenbereitstellung im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, Planungsvorhaben, Grundstücksverkehr, Nutzungsänderungen (B_291_12_024)

Z 5: Gewährleisten von sicherem Bauen, Wohnen und Arbeiten im Rahmen von Bau- und Planungsvorhaben (B_291_12_025)

Z 6: Bereitstellen geowissenschaftlicher Informationen durch digitale Fachinformationssysteme, rechnergestützte Modellierung des Hamburger Untergrunds sowie Beratungsleistungen für Behörden und Dritte auf den Gebieten der Geologie, Hydrogeologie, Ingenieurgeologie, Geothermie sowie bei Fragen der Speicherpotenziale und Georisiken (B_291_12_026)

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_12_021 Anzahl der Stellungnahmen zu Bau- und Planungsvorhaben und Altlastenauskünfte pro Jahr	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	1.900	1.900	1.900	1.900
B_291_12_022 Anzahl der laufenden Gefährdungsabschätzungen (inkl. Amtsermittlungen und aktuelle Schadensfälle)	ANZ	380	187	400	200	200	200	200
B_291_12_023 Anzahl der laufenden Sanierungen gem. BBodSchG (inkl. Betrieb, Unterhaltung und Überwachung)	ANZ	37	36	30	35	35	35	35
B_291_12_024 Abgeschlossene Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr	ha	14	25	30	30	30	30	30
B_291_12_025 In Bearbeitung befindliche Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr	ha	124,3	150	150	150	150	150	150
B_291_12_026 Zuwachs an digital verfügbaren Bohrungsinformationen pro Jahr	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	5000	5000	5000	5000
B_291_12_027 Anzahl der abgeschlossenen Gefährdungsabschätzungen gem. § 9 BBodSchG (inkl. Amtsermittlungen und aktuellen Schadensfällen)	ANZ	47	83	90	90	90	90	90
B_291_12_028 Anzahl der abgeschlossenen Sanierungen pro Jahr	ha	0	3,46	1	3,5	3,5	3,5	3,5

Unter Berücksichtigung der ersten Erfahrungen mit dem SNH erwiesen sich einige der bisherigen Kennzahlen des Amtes zwar als ressourcenbegründend und spezifizierten den Leistungszweck hinlänglich, jedoch stellten sie sich als wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 die Anzahl der Kennzahlen Produktgruppe von neun auf acht zusammengefasst werden konnte. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

B_291_12_021: Anzahl der Stellungnahmen zu Bau- und Planungsvorhaben und Altlastenauskünfte pro Jahr: Ziel ist es, Böden als Teil von Natur und Umwelt zu schützen, die Vielfalt und Qualität der Bodenfunktionen zu erhalten und zu verbessern, den sparsamen und schonenden Umgang mit Böden zu fördern und das dauerhafte Bereitstellen von Informationen für die Bearbeitung von Altlasten, altlastverdächtigen Flächen und schädlichen Bodenverunreinigungen für die Gefährdungsabschätzung und Sanierung sowie für andere Dienststellen und Private. Operatives Ziel ist die ständige Aktualisierung der Digitalen Bodenkarte mit Darstellung der Bodenfunktionen für das gesamte Stadtgebiet sowie die Beantwortung von Anfragen anderer Dienststellen und Privater zu Flächen. Die ursprüngliche Kennzahl hat nur einen Teil dieser Ziele abgebildet. Aus diesem Grund wurde sie entsprechend erweitert und umfasst jetzt nicht mehr nur die Stellungnahmen für den vorsorgenden Bodenschutz in Bau- und Planungsvorhaben, sondern auch die Stellungnahmen und Auskünfte zu altlastverdächtigen Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen, schädlichen Bodenveränderungen und Flächen. Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Leistung zur Zielerreichung. Sie ist nicht steuerungsrelevant, da eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_022: Anzahl der laufenden Gefährdungsabschätzungen (inkl. Amtsermittlungen und aktuelle Schadensfälle): Ziel ist es, Gefahren für Mensch, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen. Hierzu sollen Gefährdungsabschätzungen für alle altlastverdächtigen Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen durchgeführt werden. Diese Kennzahl ist ein Maß für die

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung und bildet die eingesetzten Ressourcen ab. Zum Teil werden Gefährdungsabschätzungen bei Verdacht auf eine Gefährdung von Amts wegen durchgeführt, zum Teil dienen sie als Grundlage für Bau- und Planungsaktivitäten in der Stadt. Sie sind nicht steuerungsrelevant, da zum Teil eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_023: Anzahl der laufenden Sanierungen gem. BBodSchG (inkl. Betrieb, Unterhaltung und Überwachung): Ziel ist die Beseitigung von Gefahren für Mensch, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen durch Planung und Durchführung von Sanierungen, soweit die FHH dazu verpflichtet ist. Hierzu gehört auch die Sicherstellung der dauerhaften Wirksamkeit von baulichen Sicherungsmaßnahmen und des langfristigen Betriebs von verfahrenstechnischen Sanierungsanlagen.
Die Abarbeitungsprioritäten und -fortschritte bestimmen sich u.a. nach den planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen. Die Kennzahl ist daher nicht steuerungsrelevant.
Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung.

B_291_12_024: Abgeschlossene Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr:
Ziel ist die Bereitstellung und das Verfügbarmachen von altlastverdächtigen Flächen und Altlasten für höherwertige Wieder-/Weiter-/Nachnutzung insbesondere im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, Planungsvorhaben, Grundstücksverkehr und Nutzungsänderungen.
Die erreichten recycelten Flächen in ha sind abhängig von der planungsrechtlichen oder wirtschaftlichen Umsetzung von Flächen. Sie sind nicht allein vom Amt für Umweltschutz beeinflussbar. Die Abarbeitungsprioritäten und fortschritte bestimmen sich nach den planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen. Die Kennzahl ist daher nicht steuerungsrelevant.
Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung.

B_291_12_025: In Bearbeitung befindliche Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr:
Ziel ist die Bereitstellung und das Verfügbarmachen von altlastverdächtigen Flächen und Altlasten für höherwertige Wieder-/Weiter-/Nachnutzung sowie das Gewährleisten von sicherem Bauen und Wohnen und Arbeiten im Rahmen von Bau- und Planungsvorhaben.
Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung. Sie ist nicht steuerungsrelevant, da eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_026: Zuwachs an digital verfügbaren Bohrungsinformationen pro Jahr:
Die Kennzahl beschreibt den Fortschritt der Zielerreichung zur Bereitstellung geowissenschaftlicher Informationen für Behörden und Dritte durch digitale Fachinformationssysteme.

	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ist 2015	fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Hamburg	5.320	8.118	10.500	4.000	5.000	5.000
Berlin	927	848	900	1000	1.000	1.000
Bremen	3.372	1.834	1.500	750	700	700

B_291_12_027 Anzahl der abgeschlossenen Gefährdungsabschätzungen gem. § 9 BBodSchG (inkl. Amtsermittlungen und aktuellen Schadensfällen):
Ziel ist es, Gefahren für Mensch, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen. Hierzu sollen Gefährdungsabschätzungen für alle altlastverdächtigen Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen durchgeführt werden. Beide Kennzahlen sind zusammen ein Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung und bilden die eingesetzten Ressourcen ab. Zum Teil werden Gefährdungsabschätzungen bei Verdacht auf eine Gefährdung von Amts wegen durchgeführt, zum Teil dienen sie als Grundlage für Bau- und Planungsaktivitäten in der Stadt. Sie sind nicht steuerungsrelevant, da zum Teil eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_028: Anzahl der abgeschlossenen Sanierungen pro Jahr:
Diese Kennzahl ist grundsätzlich starken Schwankungen unterworfen. So lag sie für 2012 bei 0,6 ha und für 2013 bei 10,5 ha. Eine Abweichung von über 25 % ist insofern eher die Regel als die Ausnahme. Die Kennzahl stellt die Ergebnisse der Aktivitäten in der Sanierung von Altlasten dar. Je nach Größe und Anzahl der bearbeiteten Flächen schwankt dieses Ergebnis. So gibt es einzelne Sanierungsfälle, die weniger als einen Hektar umfassen, dennoch aufwändig in der Bearbeitung sind, während in einem anderen Fall mit dem Abschluss einer einzigen Sanierungsmaßnahme bereits mehrere Hektar sanierter Fläche gemeldet werden können. Hinzu kommt, dass eine Sanierung auch über mehrere Jahre andauern kann. Die Kennzahl ist im vollen Bewusstsein dieser

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Schwankungsbreite für den Bericht gewählt worden, da für die Sanierungen der weitaus größte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel abfließt.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Bodeninformationssysteme	713							
Erlöse								
Kosten				1.891	1.538	1.593	1.586	1.551
Saldo Jahresergebnis 1				-1.891	-1.538	-1.593	-1.586	-1.551
Bodeninformationssysteme								
Erlöse				-/	161	151	148	146
Kosten				-/	1.204	1.213	1.195	1.187
Saldo Jahresergebnis 2				-/	-2.580	-2.655	-2.632	-2.591
Gefahrenabwehr	713							
Erlöse				145	324	308	295	283
Kosten				10.053	11.641	12.408	12.227	11.324
Saldo Jahresergebnis 1				-9.908	-11.316	-12.100	-11.932	-11.041
Gefahrenabwehr								
Erlöse				-/	293	267	262	262
Kosten				-/	2.348	2.345	2.300	2.273
Saldo Jahresergebnis 2				-/	-13.372	-14.179	-13.970	-13.051
Flächenrecycling	713							
Erlöse				37	38	38	38	38
Kosten				2.515	3.090	3.115	3.028	2.865
Saldo Jahresergebnis 1				-2.478	-3.052	-3.078	-2.991	-2.828
Flächenrecycling								
Erlöse				-/	192	178	175	174
Kosten				-/	1.474	1.481	1.457	1.444
Saldo Jahresergebnis 2				-/	-4.334	-4.381	-4.273	-4.098
BgA Vermietung Flächen Georgswerder	713							
Erlöse				33	33	33	33	33
Kosten				1	9	9	9	9
Saldo Jahresergebnis 1 BgA				32	24	24	24	24
Vermietung Flächen Georgswerder								
Erlöse				-/	0	0	0	0
Kosten				-/	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 BgA				-/	24	24	24	24
Bohrdatenbank	713							
Erlöse				19	10	10	10	10
Kosten				625	579	594	589	584
Saldo Jahresergebnis 1 Bohrdatenbank				-606	-569	-584	-579	-574
Erlöse				-/	120	115	113	111
Kosten				-/	852	864	855	854
Saldo Jahresergebnis 2 Bohrdatenbank				-/	-1.301	-1.333	-1.321	-1.317
Geowissenschaft	713							
Erlöse								
Kosten				414	592	619	619	620
Saldo Jahresergebnis 1				-414	-592	-619	-619	-620
Geowissenschaft								
Erlöse				-/	120	115	113	111
Kosten				-/	852	864	855	854
Saldo Jahresergebnis 2				-/	-1.324	-1.368	-1.361	-1.363

Bodeninformationssysteme:

Die Kosten des Produkts Bodeninformationssysteme haben sich gegenüber der bisherigen Finanzplanung reduziert. Dies ist zum überwiegenden Teil auf veränderte Personalkostenzuteilungen zurückzuführen, die im Rahmen der Planaufstellung 2015/16 nicht verursachungsgerecht veranschlagt worden sind. Die Personalkosten beim Produkt Bodeninformationssysteme werden abgesenkt, die Personalkosten beim Produkt Flächenrecycling entsprechend erhöht.

Gefahrenabwehr:

Die Erlöse des Produkts Gefahrenabwehr haben sich gegenüber der bisherigen Finanzplanung erhöht. Diese Erhöhung ist auf die erstmalige Veranschlagung von Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten zurückzuführen.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Siehe hierzu auch die Erlös-Anmerkungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.12 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst (Gliederungsziffer 4.2.2.2.2).

Das Produkt Gefahrenabwehr enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 Kosten für die Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 266 bzw. 581 Tsd. Euro (2017/2018). Die Mittel sind veranschlagt für die Altlastensanierung auf der Fläche „Schmidts Breite 3“ in Hamburg-Wilhelmsburg.

Flächenrecycling:

Zur Erhöhung der Kosten beim Produkt Flächenrecycling siehe die Anmerkungen beim Produkt Bodeninformationssysteme.

4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			75,28	73,59	74,09	72,19	70,19

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.2.2.3 Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

Schwerpunkte der Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft sind:

*Weiterentwicklung einer umweltverträglichen und ressourcenschonenden Abfallwirtschaft durch die Überwachung von Abfallströmen und Abfallentsorgungsanlagen, geregelte Schiffsentsorgung, Ausbau des Recyclings (z.B. von Wertstoffen aus privaten Haushalten) sowie Gewährleistung der langfristigen Entsorgungssicherheit durch Abfallwirtschaftsplanung.

*Optimierung der Sauberkeit der Stadt (einschließlich des Betriebs öffentlicher Toiletten) und des Winterdienstes durch fachliche Steuerung der Stadtreinigung Hamburg (SRH) sowie ergänzende Programme und Maßnahmen.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			1.922	2.423	2.422	2.422	2.422
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			36.591	38.621	38.617	38.534	38.166
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	2.760	3.168	3.165	3.212	3.260
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			1.239	1.125	1.088	1.104	1.121
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	905	1.130	1.159	1.177	1.194
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>			289	285	280	284	288
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			327	627	638	647	657
4. Kosten für Transferleistungen			50				
5. Kosten aus Abschreibungen			67	92	192	292	392
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397

Erlöse:

Die Erhöhung der Erlöse kommt durch ein erhöhtes Gebührenaufkommen für die Überwachung von Entsorgungsvorgängen zustande.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Schwerpunktmäßig setzen sich die Kosten aus Verwaltungstätigkeit aus den folgenden Maßnahmen zusammen:

Erstattung für Leistungen der SRH

Dies sind nichtgebührenpflichtige Leistungen der SRH im Rahmen der Sauberkeit der Stadt, wie z.B.

Fahrbahnreinigung, Gehwegreinigung, Beseitigung von wilden Müllablagerungen und Sonderdienste sowie Winterdienst auf Fahrbahnen und anliegerfreien Zusatzstrecken. Zur Gewährleistung des bedarfsgerechten Winterdienstes auf Radwegen - vor dem Hintergrund der gestiegenen Kosten im gesamten Erstattungsbereich - wurden die Kosten aus Verwaltungstätigkeit ab 2017 um 500 Tsd. Euro erhöht. Zudem wurde im Interesse der ganzjährigen Befahrbarkeit wichtiger Radwege eine Mittelerhöhung von 100 Tsd. Euro für die Laubbeseitigung auf öffentlichen Flächen ab 2017 angemeldet. Die Erstattungsleistungen an die SRH für Reinigung und Winterdienst bilden mit über 32 Mio. Euro die mit Abstand größte Kostenposition der Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft.

Öffentliche Toiletten

Die Erhöhung der Kosten aus Verwaltungstätigkeit gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.2.2.3.5). Zudem wurde eine Umschichtung der bezirklichen Zuweisungen für öffentliche Toiletten in Höhe von 931. Tsd. Euro von der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U in die Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft vorgenommen. Die Zuständigkeit für öffentliche Toiletten soll ab dem Haushaltsjahr 2017 bei der BUE gebündelt werden. Die Mittel werden in den Bezirken nicht mehr benötigt. Weiterhin übernimmt die BUE von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) die Zuständigkeit für die Bewirtschaftung der öffentlichen Toiletten, welche sich im Anlagevermögen der Hochbahn befinden. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten werden der Hochbahn zukünftig von der BUE als fachlich zuständiger Behörde erstattet. Dafür wurden strukturell 500 Tsd. Euro von der BWVI zur BUE verlagert.

Aufwendungen zur Optimierung der Wertstofffassung

Im Rahmen der Recyclingoffensive von SRH und BUE ist beabsichtigt, die Effizienz der Sammelsysteme (insbesondere Blaue Tonne für Papier, Wertstofftonne für Abfälle aus überwiegend Kunststoffen und Metallen, Biotonne für Bio- und Grünabfälle) in Hamburg weiter zu optimieren.

Rücknahmeverpflichtungen bei gescheiterten oder illegalen Abfallverbringungen

Soweit Verursacher zur Kostentragung nicht herangezogen werden können, trifft die Rücknahmeverpflichtung jeweils das Bundesland, dessen Zuständigkeitsgebiet Ausgangspunkt der entsprechenden Abfallverbringung ist.

Erlöse und Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen

Das internationale MARPOL-Übereinkommen von 1973 verpflichtet die FHH, die Einrichtung von Auffanganlagen zur Aufnahme ölhaltiger Abwässer (MARPOL- Anlage I) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Finanzierung der Entsorgung wird durch die Schiffseigner bzw. Entsorger finanziert, die zur Zahlung einer entsprechenden Abgabe verpflichtet sind. Siehe hierzu auch den zweiten Teil des Hamburgischen Schiffsentsorgungsgesetzes (HmbSchEG).

Sicherung der Binnenschiffsentsorgung

Auf der Grundlage des Übereinkommens über die Sammlung, Annahme und Abgabe von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (CDNI) wird die Bilgenentölung der Binnenschifffahrt nach dem Verursacherprinzip über eine in allen Teilnehmerstaaten gleiche Entsorgungsgebühr finanziert, die bei jedem Bunkervorgang zu entrichten ist.

Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen.

Kosten für Transferleistungen:

Die Kosten für Transferleistungen werden ab 2017 nicht mehr benötigt, da die Zuteilung von Maßnahmen bzw. Sachaufgaben zu bestimmten Kontenbereichen neu erfolgt ist. Der Grund für die Neuzuteilung hängt mit einer in der Zwischenzeit erfolgten Neudefinition von Kosten für Verwaltungstätigkeit und Kosten für Transferleistungen zusammen.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				201	201
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Rückführung von illegalen Abfallverbringungen benötigt.

4.2.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

Z 1: Optimierung der Abfallwirtschaft u.a. durch Konzepte zur strukturellen Weiterentwicklung, Maßnahmen zur Förderung von Vermeidung und Verwertung von Abfällen, Ausbau von Wertstofffassungssystemen sowie Feststellung des Bedarfs an Kapazitäten für Abfallbeseitigungsanlagen im Rahmen der Abfallwirtschaftsplanung (B_291_13_021)

Z 2: Steigerung der Wertstofffassung in der kommunalen Abfallwirtschaft [Ressourcen und Klimaschutz] (B_291_13_022)

Z 3: Gewährleistung einer sauberen Stadt sowie Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den vorgesehenen Winterdienstflächen (B_291_13_023)

Z 4: Gewährleistung der ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung von Abfällen durch Überwachung der nationalen und internationalen Abfallströme (B_291_13_024-B_291_13_025)

Z 5: Bereitstellung des Angebotes einer umweltverträglichen Schiffsentsorgung für Hamburg anlaufende Schiffe (B_291_13_026)

Z 6: Gewährleistung des Betriebes von Abfallentsorgungsanlagen im Rahmen des geltenden Umweltrechtes und der umweltverträglichen Entsorgung von Abfällen in geeigneten Anlagen bzw. Maßnahmen (B_291_13_027-B_291_13_028)

4.2.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_13_021 Menge der Restabfälle zur Beseitigung (thermische Behandlung) aus privaten Haushalten pro Jahr	t	469.000	461.000	440.000	430.000	420.000	410.000	400.000
B_291_13_022 Recyclingquote 1: Anteil der im Rahmen der Recycling-Offensive getrennt erfassten Wertstoffe aus privaten Haushalten an der Gesamtmenge des Abfalls aus privaten Haushalten	%	34	36	39	39	40	41	42
B_291_13_023 Sauberkeitszustand gem. der Sauberkeitserhebung für ganz Hamburg durch die SRH mit Hilfe des Datenbanksystems zur Qualitätssicherung in der Straßenreinigung (DSQS)	%	k.A.	k.A.	k.A.	9,5	9,5	9,5	9,5
B_291_13_024 Anzahl der geprüften Begleitscheine national	ANZ	98.309	96.013	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
B_291_13_025 Anzahl der Entsorgungsvorgänge international (Anzahl der geprüften Begleitscheine international)	ANZ	4.939	4.754	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
B_291_13_026 Zahl der durchgeführten Entsorgungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgabepflichtigen Schiffsankünfte	%	28	20	18	18	18	18	18
B_291_13_027 Anzahl der abschließend bearbeiteten Zulassungs- und Genehmigungsvorgänge	ANZ	112	72	80	80	80	80	80
B_291_13_028 Anzahl der Überwachungen (Regel-, Anlass- und Sonderüberwachungen)	ANZ	91	100	110	90	90	90	90

Unter Berücksichtigung der ersten Erfahrungen mit dem SNH erwiesen sich einige der bisherigen Kennzahlen des Amtes zwar als ressourcenbegründend und spezifizierten den Leistungszweck hinlänglich, jedoch stellten sie sich als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Aufgrund technischer Restriktionen war zur Einhaltung der bisherigen Kennzahlenreihenfolge die Vergabe von neuen Kennzahlen-Ziffern erforderlich.

B_291_13_021 Menge der Restabfälle zur Beseitigung (thermische Behandlung) aus privaten Haushalten pro Jahr: Wirkungskennzahl.
Die Kennzahl bildet mittelbar die Entwicklung bei Abfallvermeidung und Abfallverwertung im Bereich der Abfälle aus privaten Haushalten ab.

B_291_13_022 Recyclingquote 1: Anteil der im Rahmen der Recycling-Offensive getrennt erfassten Wertstoffe aus privaten Haushalten an der Gesamtmenge des Abfalls aus privaten Haushalten : Wirkungskennzahl.
Die Kennzahl misst Erfolge beim Recycling von Abfällen aus privaten Haushalten. Bei den Wertstoffen handelt es sich um Altpapier, Bio- und Grünabfälle, Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen sowie Altglas. Die Kennzahl ist identisch mit der bisherigen Kennzahl zur Recyclingquote.

B_291_13_023 Ergebnis der Sauberkeitserhebung für ganz Hamburg durch die SRH mit Hilfe des Datenbanksystems zur Qualitätssicherung in der Straßenreinigung (DSQS): Durch die Erhebungen mit dem Datenbanksystem DSQS wird die Sauberkeitssituation im öffentlichen Straßenraum anhand definierter Parameter systematisch erfasst und dokumentiert. Nach einem festgelegten Bewertungssystem auf einer Skala von 1-30 (negativ aufsteigend) werden die untersuchten Straßenabschnitte bewertet und können in Berichtsform ausgewertet werden. Der Zielwert für Hamburg liegt dabei im Skalierungsraster 10.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

B_291_13_024 Anzahl der geprüften Begleitscheine national: Hierbei handelt es sich um die ehemalige Kennzahl B_291_13_004. Es wurde lediglich die Bezeichnung geringfügig angepasst.

B_291_13_025 Anzahl der Entsorgungsvorgänge international (Anzahl der geprüften Begleitscheine international): Hierbei handelt es sich um die ehemalige Kennzahl B_291_13_005. Es wurde lediglich die Bezeichnung geringfügig angepasst.

B_291_13_026 Zahl der durchgeführten Entsorgungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgabepflichtigen Schiffsankünfte: Wirkungskennzahl.
Die Kennzahl weist den Anteil der abgabepflichtigen Seeschiffe aus, die eine Entsorgung im Hamburger Hafen im Anspruch genommen haben. Die Kennzahl gibt damit Hinweise auf die Attraktivität des Entsorgungsangebots in Hamburg.

B_291_13_027 Anzahl der abschließend bearbeiteten Zulassungs- und Genehmigungsvorgänge:
Die Kennzahl ist ein Indikator für den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Durchführung von Zulassungs- und Genehmigungsverfahren bei nach Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen (einschließlich Anzeigen).

B_291_13_028 Anzahl der Überwachungen (Regel-, Anlass- und Sonderüberwachungen):
Die Kennzahl ist ein Indikator für den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Überwachung (Regel-, Anlass-, Sonderüberwachung) von nach KrWG und BImSchG genehmigungsbedürftigen Anlagen.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Abfallwirtschaft	722							
Erlöse								
Kosten				689	1.366	1.365	1.291	1.232
Saldo Jahresergebnis 1 Abfallwirtschaft				-689	-1.366	-1.365	-1.291	-1.232
Erlöse				-/-	80	72	73	73
Kosten				-/-	578	565	570	578
Saldo Jahresergebnis 2 Abfallwirtschaft				-/-	-1.864	-1.858	-1.788	-1.737
Management Stadtbild	722							
Erlöse				2	2	2	2	2
Kosten				34.039	36.634	36.634	36.640	36.346
Saldo Jahresergebnis 1 Management Stadtbild				-34.037	-36.632	-36.632	-36.638	-36.344
Erlöse				-/-	77	70	70	71
Kosten				-/-	553	541	545	556
Saldo Jahresergebnis 2 Management Stadtbild				-/-	-37.108	-37.102	-37.112	-36.829
Entsorgungsvorgänge	722							
Erlöse				325	825	825	825	825
Kosten				1.465	1.417	1.516	1.635	1.755
Saldo Jahresergebnis 1 Entsorgungsvorgänge				-1.140	-592	-691	-810	-930
Erlöse				-/-	161	142	143	146
Kosten				-/-	1.229	1.189	1.191	1.201
Saldo Jahresergebnis 2 Entsorgungsvorgänge				-/-	-1.660	-1.738	-1.858	-1.985
Schiffsentsorgung	722							
Erlöse				1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Kosten				1.677	1.516	1.512	1.512	1.512
Saldo Jahresergebnis 1 Schiffsentsorgung				-177	-16	-12	-12	-12
Erlöse				-/-	76	73	74	74
Kosten				-/-	332	328	334	344
Saldo Jahresergebnis 2 Schiffsentsorgung				-/-	-273	-267	-272	-282
Abfallentsorgungsanlagen	722							
Erlöse				95	95	95	95	95
Kosten				1.298	947	946	959	973
Saldo Jahresergebnis 1 Abfallentsorgungsanlagen				-1.203	-852	-851	-864	-878
Erlöse				-/-	122	108	109	111
Kosten				-/-	934	906	908	918
Saldo Jahresergebnis 2 Abfallentsorgungsanlagen				-/-	-1.664	-1.649	-1.664	-1.685

Abfallwirtschaft:

Die Kostenerhöhung beim Produkt Abfallwirtschaft ist auf eine produktgruppeninterne Umverteilung von Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt zurückzuführen. Die genannten Erstattungen sollen zukünftig in Gänze beim Produkt Abfallwirtschaft gebündelt werden. Die bislang veranschlagten Erstattungen bei den Produkten Entsorgungsvorgänge und Abfallentsorgungsanlagen wurden entsprechend abgesenkt.

Management Stadtbild:

Das Produkt Management Stadtbild enthält Kosten für die Umsetzung einer Maßnahme zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von je 540 Tsd. Euro für 2017 und 2018. Die Mittel sind veranschlagt für den Aus- und Umbau sowie den Betrieb öffentlicher Toiletten.

Darüber hinaus sind beim Produkt Management Stadtbild Kostenerstattungen an die SRH für diverse Reinigungsmaßnahmen veranschlagt. Detailliertere Angaben zu diesen Sachverhalten sind in den Erläuterungen des Ergebnisplans der Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft zu finden (Gliederungsziffer: 4.2.2.3.2).

Entsorgungsvorgänge:

Der erhöhte Erlöswert beim Produkt Entsorgungsvorgänge ist auf ein vermehrtes Aufkommen von Gebühren für Entsorgungsleistungen zurückzuführen.

Schiffsentsorgung:

Im Produkt Schiffsentsorgung ist die jährliche Anzahl der zu berücksichtigenden Seeschiffsaukünfte nicht planbar. Die Erlöse dienen der vollständigen Finanzierung der Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen. Dies entspricht

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

der Verpflichtung zur Umsetzung der „Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“, der die FHH mit Inkrafttreten des Hamburgischen Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (Hmb. Schiffsentsorgungsgesetz–HmbSchEG) vom 17.12.2002 (HmbGVBl. S. 343) mit Wirkung vom 01.01.2003 nachgekommen ist.

Abfallentsorgungsanlagen:

Zur Absenkung der Kosten gegenüber der bisherigen Finanzplanung siehe die Erläuterung des Produkts Abfallwirtschaft.

4.2.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			39,01	39,99	38,99	38,99	38,99

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.2.2.4 Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen- und Zweckzuweisungen (vgl. §§ 36-38 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Vorgesehen sind die Rahmenzuweisungen für den Betrieb der Gewässer und für kleine wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen, sowie die Zweckzuweisungen für wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen, für den Hochwasserschutz und für Trinkwassernotbrunnen.

RZ Betrieb Gewässer

Hamburg-Mitte | 2017: 14,25 % = 333 Tsd. Euro | 2018: 14,25 % = 343 Tsd. Euro
Altona | 2017: 4,70 % = 110 Tsd. Euro | 2018: 4,70 % = 113 Tsd. Euro
Eimsbüttel | 2017: 7,10 % = 166 Tsd. Euro | 2018: 7,10 % = 171 Tsd. Euro
Hamburg-Nord | 2017: 7,35 % = 172 Tsd. Euro | 2018: 7,35 % = 177 Tsd. Euro
Wandsbek | 2017: 16,67 % = 390 Tsd. Euro | 2018: 16,65 % = 401 Tsd. Euro
Bergedorf | 2017: 34,63 % = 810 Tsd. Euro | 2018: 34,60 % = 834 Tsd. Euro
Harburg | 2017: 15,30 % = 358 Tsd. Euro | 2018: 15,35 % = 370 Tsd. Euro

RZ kl. wasserw. Baumaßnahmen

Hamburg-Mitte | 2017: 14,22 % = 71 Tsd. Euro | 2018: 14,22 % = 71 Tsd. Euro
Altona | 2017: 4,40 % = 22 Tsd. Euro | 2018: 4,40 % = 22 Tsd. Euro
Eimsbüttel | 2017: 8,09 % = 41 Tsd. Euro | 2018: 8,09 % = 41 Tsd. Euro
Hamburg-Nord | 2017: 7,28 % = 36 Tsd. Euro | 2018: 7,28 % = 36 Tsd. Euro
Wandsbek | 2017: 16,66 % = 83 Tsd. Euro | 2018: 16,66 % = 83 Tsd. Euro
Bergedorf | 2017: 34,60 % = 173 Tsd. Euro | 2018: 34,60 % = 173 Tsd. Euro
Harburg | 2017: 14,75 % = 74 Tsd. Euro | 2018: 14,75 % = 74 Tsd. Euro

ZZ wasserw. Baumaßnahmen

Hamburg-Mitte | 2017: 14,22 % = 223 Tsd. Euro | 2018: 14,22 % = 223 Tsd. Euro
Altona | 2017: 4,40 % = 69 Tsd. Euro | 2018: 4,40 % = 69 Tsd. Euro
Eimsbüttel | 2017: 8,09 % = 127 Tsd. Euro | 2018: 8,09 % = 127 Tsd. Euro
Hamburg-Nord | 2017: 7,28 % = 114 Tsd. Euro | 2018: 7,28 % = 114 Tsd. Euro
Wandsbek | 2017: 16,66 % = 261 Tsd. Euro | 2018: 16,66 % = 261 Tsd. Euro
Bergedorf | 2017: 34,60 % = 542 Tsd. Euro | 2018: 34,60 % = 542 Tsd. Euro
Harburg | 2017: 14,75 % = 231 Tsd. Euro | 2018: 14,75 % = 231 Tsd. Euro

ZZ Hochwasserschutz

Hamburg-Mitte | 2017: 41,04 % = 719 Tsd. Euro | 2018: 41,04 % = 719 Tsd. Euro
Bergedorf | 2017: 51,26 % = 898 Tsd. Euro | 2018: 51,26 % = 898 Tsd. Euro
Harburg | 2017: 77,05 % = 135 Tsd. Euro | 2018: 77,05 % = 135 Tsd. Euro

ZZ Trinkwassernotbrunnen

Hamburg-Mitte | 2017: 16,67 % = 5 Tsd. Euro | 2018: 16,67 % = 5 Tsd. Euro
Altona | 2017: 10,00 % = 3 Tsd. Euro | 2018: 10,00 % = 3 Tsd. Euro
Eimsbüttel | 2017: 16,67 % = 5 Tsd. Euro | 2018: 16,67 % = 5 Tsd. Euro
Hamburg-Nord | 2017: 16,67 % = 5 Tsd. Euro | 2018: 16,67 % = 5 Tsd. Euro
Wandsbek | 2017: 23,33 % = 7 Tsd. Euro | 2018: 23,33 % = 7 Tsd. Euro
Bergedorf | 2017: 6,67 % = 2 Tsd. Euro | 2018: 6,67 % = 2 Tsd. Euro
Harburg | 2017: 10,00 % = 3 Tsd. Euro | 2018: 10,00 % = 3 Tsd. Euro

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			6.286	6.188	6.258	5.347	5.347
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			178	53	130	207	284
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631

Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe.

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine "Soll Bewirtschaftung" statt, d. h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

Die Zuständigkeit für öffentliche Toiletten soll ab dem Haushaltsjahr 2017 im Geschäftsbereich der BUE gebündelt werden. Aus diesem Grund wurde eine Umschichtung der bezirklichen Zuweisungen für öffentliche Toiletten von der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U in die Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft vorgenommen. Die Mittel werden in den Bezirken nicht mehr benötigt und sollen zukünftig direkt bei der BUE veranschlagt werden. Die Rahmenzuweisung für öffentliche Toiletten wird in diesem Haushaltsplan somit nicht mehr aufgeführt.

Zu den erhöhten Kosten aus Verwaltungstätigkeit siehe die Anmerkungen zu den Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U (Gliederungsziffer 4.2.2.4.3).

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ Öffentliche Toiletten Fachämter MR			931				
Kosten RZ Betrieb Gewässer Fachämter MR			2.509	2.339	2.409	1.498	1.498
Kosten RZ Kl. wasserw. Baumaßnahm. Fachämter MR			400	500	500	500	500
Zweckzuweisungen							
Kosten ZZ Trinkwassernotbrunnen Fachämter D1			30	30	30	30	30
Kosten ZZ Hochwasserschutz Fachämter MR			1.582	1.752	1.752	1.752	1.752
Kosten ZZ Wasserwirt. Baumaßnahmen Fachämter MR			834	1.567	1.567	1.567	1.567
Abschreibungen							
Abschreibungen			178	53	130	207	284
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			6.464	6.241	6.388	5.554	5.631

Siehe die Erläuterung im Vorwort sowie die Anmerkungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U (Gliederungsziffern 4.2.2.4.1 und 4.2.2.4.2).

Aufgrund von veränderten konsumtiven und investiven Bedarfen in den Bezirken werden ab 2017 die Mittel der konsumtiven Rahmenzuweisung Kl. wasserw. Baumaßnahm. Fachämter MR jährlich um 99 Tsd. Euro und die Mittel der konsumtiven Zweckzuweisung Wasserwirt. Baumaßnahmen Fachämter MR jährlich um 733 Tsd. Euro erhöht. Die Beträge der investiven Rahmenzuweisung Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnahmen und der investiven Zweckzuweisung wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen werden entsprechend reduziert. Die investiven Absenkungen lassen sich in der Übersicht der Investitionen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz nachvollziehen (Gliederungsziffer 4.2.3).

4.2.2.4.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
Rahmenzuweisung					
RZ Betrieb Gewässer Fachämter MR				2.409	1.498
RZ Kl. wasserw. Baumaßnahm. Fachämter MR				500	500
Zweckzuweisung					
ZZ Hochwasserschutz Fachämter MR				1.582	1.582
ZZ Wasserwirt. Baumaßnahmen Fachämter MR				1.567	1.567
SummeVE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				6.058	5.147

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können.

4.2.2.5 Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

4.2.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe "Zentrale Programme" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden gemäß der Vorgaben der EG Wasserrahmenrichtlinie, zur Umsetzung von Gewässerinfrastrukturmaßnahmen, für den Grunderwerb sowie für Gefahrenabwehr und Flächensanierung unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Die Aufstockung des Ansatzes im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen des entsprechenden Produkts (Gliederungsziffer 4.2.2.5.5).

4.2.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit							
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			194	209	358	515	676
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-194	-209	-358	-515	-676
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-194	-209	-358	-515	-676
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-194	-209	-358	-515	-676
16. Globale Mehrkosten			1.010	1.250	1.750	1.250	750
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-1.204	-1.459	-2.108	-1.765	-1.426

Die im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" veranschlagten Kosten stehen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe. Die Maßnahmen dienen der Verbesserung des ökologischen Potentials der Oberflächengewässer, insbesondere der Verbesserung der Gewässerstruktur und der Durchgängigkeit der Gewässer. Die einzelnen Projekte sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung noch nicht bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

--

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten				750	750

Bitte geben Sie eine Erläuterung ein:

4.2.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung auf die sachlich zuständigen Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme U werden keine Kennzahlen definiert.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
ZP Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL	992							
Erlöse								
Kosten				1.124	1.340	1.942	1.544	1.146
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL				-1.124	-1.340	-1.942	-1.544	-1.146
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL				-/-	-1.340	-1.942	-1.544	-1.146
ZP Gefahrenabwehr und Flächenrecycling	992							
Erlöse								
Kosten				60	60	60	60	60
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Gefahrenabwehr und Flächenrecycling				-60	-60	-60	-60	-60
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Gefahrenabwehr und Flächenrecycling				-/-	-60	-60	-60	-60
ZP GI Gewässerinfrastruktur	992							
Erlöse								
Kosten				20	59	106	161	220
Saldo Jahresergebnis 1 ZP GI Gewässerinfrastruktur				-20	-59	-106	-161	-220
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP GI Gewässerinfrastruktur				-/-	-59	-106	-161	-220

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich Umweltschutz sowie auf andere Aufgabenbereiche des Einzelplans der BUE oder anderer Einzelpläne übertragen.

Das Produkt „ZP Hamburger Maßnahmen zur Umsetzung der EG WRRL“ enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 auch Kosten für die Umsetzung einer Maßnahme zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 500 Tsd. und 1 Mio. Euro (2017/2018). Die Mittel sind veranschlagt für die Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Alster an drei Schleusen.

4.2.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme U werden keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.409	1.457	1.450	1.542	1.620
Saldo Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen			-1.409	-1.457	-1.450	-1.542	-1.620
Verpflichtungsermächtigung Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen				1.450	1.542	-/-	-/-
Sielbaubeiträge gemäß Abgabengesetz							
Einzahlungen			0				
Auszahlungen							
Saldo Sielbaubeiträge gemäß Abgabengesetz			0				
Verpflichtungsermächtigung Sielbaubeiträge gemäß Abgabengesetz						-/-	-/-
Grunderwerb Hochwasserschutz							
Einzahlungen							
Auszahlungen			800	1.880	980	980	980
Saldo Grunderwerb Hochwasserschutz			-800	-1.880	-980	-980	-980
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Hochwasserschutz						-/-	-/-
Grunderwerb Hochwasserschutz IV							
Einzahlungen			20				
Auszahlungen							
Saldo Grunderwerb Hochwasserschutz IV			20				
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Hochwasserschutz IV						-/-	-/-
Grunderwerb Hochwasserschutz VI							
Einzahlungen				20	20	20	20
Auszahlungen							
Saldo Grunderwerb Hochwasserschutz VI				20	20	20	20
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Hochwasserschutz VI						-/-	-/-
Grunderwerb sonstige Maßnahmen							
Einzahlungen			20				
Auszahlungen			19	5	5	5	5
Saldo Grunderwerb sonstige Maßnahmen			1	-5	-5	-5	-5
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb sonstige Maßnahmen						-/-	-/-
Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanl.							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.150	2.150	2.150	2.150	2.150
Saldo Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanl.			-2.150	-2.150	-2.150	-2.150	-2.150
Verpflichtungsermächtigung Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanl.				2.150	2.150	-/-	-/-
Investitionszuschuss für HU							
Einzahlungen							
Auszahlungen			918				
Saldo Investitionszuschuss für HU			-918				
Verpflichtungsermächtigung Investitionszuschuss für HU						-/-	-/-
Verkauf von Grundstücken							
Einzahlungen			0				
Auszahlungen							
Saldo Verkauf von Grundstücken			0				
Verpflichtungsermächtigung Verkauf von Grundstücken						-/-	-/-
Hochwasserschutz							
Einzahlungen			11.000				
Auszahlungen			18.940				
Saldo Hochwasserschutz			-7.940				
Verpflichtungsermächtigung Hochwasserschutz						-/-	-/-

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL							
Einzahlungen							
Auszahlungen				60	60	60	60
Saldo Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL				-60	-60	-60	-60
Verpflichtungsermächtigung Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL				60	60	-/-	-/-
Hochwasserschutz und Schleusen							
Einzahlungen				11.000	11.000	11.000	11.000
Auszahlungen				18.426	15.888	11.948	13.163
Saldo Hochwasserschutz und Schleusen				-7.426	-4.888	-948	-2.163
Verpflichtungsermächtigung Hochwasserschutz und Schleusen				15.888	11.948	-/-	-/-
Altlastensanierung							
Einzahlungen							
Auszahlungen			376	380	401	410	414
Saldo Altlastensanierung			-376	-380	-401	-410	-414
Verpflichtungsermächtigung Altlastensanierung				401	410	-/-	-/-
Beschaffung Geräte etc.							
Einzahlungen							
Auszahlungen			25				
Saldo Beschaffung Geräte etc.			-25				
Verpflichtungsermächtigung Beschaffung Geräte etc.						-/-	-/-
Instandsetzung Öffentliche Toiletten							
Einzahlungen							
Auszahlungen			380	900	900	900	900
Saldo Instandsetzung Öffentliche Toiletten			-380	-900	-900	-900	-900
Verpflichtungsermächtigung Instandsetzung Öffentliche Toiletten				1.520	1.140	-/-	-/-
RZ Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			599	500	500	500	500
Saldo RZ Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnahmen			-599	-500	-500	-500	-500
Verpflichtungsermächtigung RZ Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnahmen				500	500	-/-	-/-
ZZ Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.777	1.044	1.044	1.044	1.044
Saldo ZZ Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen			-1.777	-1.044	-1.044	-1.044	-1.044
Verpflichtungsermächtigung ZZ Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen				1.044	1.044	-/-	-/-
ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.040	2.040	2.040	2.040	2.040
Saldo ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe			-2.040	-2.040	-2.040	-2.040	-2.040
Verpflichtungsermächtigung ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe				2.040	2.040	-/-	-/-
ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.000	2.000	2.698	2.900	2.950
Saldo ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur			-2.000	-2.000	-2.698	-2.900	-2.950
Verpflichtungsermächtigung ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur				2.698	2.900	-/-	-/-
ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			134	134	134	134	134
Saldo ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen			-134	-134	-134	-134	-134
Verpflichtungsermächtigung ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen				134	134	-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme			-20.527	-19.956	-17.230	-13.593	-14.940
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				27.885	23.868	-/-	-/-

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Klütjenfelder Hauptdeich							
Einzahlungen							
Auszahlungen				3.578	6.566	6.566	1.181
Saldo Klütjenfelder Hauptdeich				-3.578	-6.566	-6.566	-1.181
Verpflichtungsermächtigung Klütjenfelder Hauptdeich				14.313		-/-	-/-
Schöpfwerk Dove-Elbe							
Einzahlungen							
Auszahlungen				250	600	4.600	2.000
Saldo Schöpfwerk Dove-Elbe				-250	-600	-4.600	-2.000
Verpflichtungsermächtigung Schöpfwerk Dove-Elbe				7.850		-/-	-/-
Neuenfelder Hauptdeich							
Einzahlungen							
Auszahlungen				300	350	320	6.200
Saldo Neuenfelder Hauptdeich				-300	-350	-320	-6.200
Verpflichtungsermächtigung Neuenfelder Hauptdeich				13.070		-/-	-/-
Cranzer Hauptdeich							
Einzahlungen							
Auszahlungen				300	350	5.320	6.210
Saldo Cranzer Hauptdeich				-300	-350	-5.320	-6.210
Verpflichtungsermächtigung Cranzer Hauptdeich				17.970		-/-	-/-
Tiefstackschleuse							
Einzahlungen							
Auszahlungen				5.000	5.000		
Saldo Tiefstackschleuse				-5.000	-5.000		
Verpflichtungsermächtigung Tiefstackschleuse				5.000		-/-	-/-
Summe Einzelinvestitionen				-9.428	-12.866	-16.806	-15.591
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen				58.203		-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen				36	41	42	42
Summe sonstige Investitionen				-36	-41	-42	-42
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen				41	42	-/-	-/-
Summe Investitionsmittel			-20.527	-29.420	-30.137	-30.441	-30.573

Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen

Aus dem Investitionsprogramm „Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen“ werden Regenwasserbehandlungsanlagen gemäß Abwasserbeseitigungsplan und weitere prioritär zu errichtenden Anlagen finanziert.

Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL

Mit diesem Investitionsprogramm werden Maßnahmen (z.B. Gewässerstrukturmaßnahmen, Maßnahmen zur Fischdurchgängigkeit) zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG WRRL) finanziert, die im Zuständigkeitsbereich der BUE liegen um das gesetzlich festgelegte Ziel „guter chemischer Zustand“ und „gutes ökologisches Potential“ (§27 WHG und HWaG §§ 27a c) zu erreichen. Maßnahmen außerhalb der Zuständigkeit der BUE werden über das ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe finanziert.

Grunderwerb Hochwasserschutz

In den Investitionsprogrammen für den „Grunderwerb Hochwasserschutz“ werden Grundstücke für den Hochwasserschutz (Deichgrunderwerb), die im Zusammenhang mit dem Bauprogramm Hochwasserschutz stehen angekauft bzw. Werterstattungen bei Flächentausch zwischen Verwaltungsvermögen verschiedener Behörden und Vermessungskosten, Grunderwerbssteuer und Honorarkosten für den LIG geleistet. Der Mehrbedarf in 2017 resultiert aus einem zwingend notwendigen Ankauf für die neu veranschlagte Einzelinvestition "Schöpfwerk Dove-Elbe". Die Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen sind ab 2017 beim Investitionsprogramm Grunderwerb

Hochwasserschutz VI veranschlagt, da Grundstücksverkäufe stets beim aktuellsten Programm bewirtschaftet werden.

Aufgrund technischer Restriktionen mussten für den Grunderwerb Hochwasserschutz wegen der Vielzahl an Grunderwerbsfällen sechs Investitionsprogramme ausgeprägt werden. Die Programme „Grunderwerb Hochwasserschutz II bis V werden im Haushaltsplan allerdings nicht abgebildet, da hier keine Ermächtigungen veranschlagt wurden. Die Mittel werden unterjährig bedarfsgerecht per Deckungsfähigkeit vom Programm „Grunderwerb Hochwasserschutz“ auf die anderen Programme übertragen.

Grunderwerb sonst. Maßnahmen

In dem Investitionsprogramm „Grunderwerb sonst. Maßnahmen“ werden Grundstücke für wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Gewässerausbauten und Gestaltungsmaßnahmen angekauft. Aufgrund des Übertrags des überwiegenden Teils der Gewässergrundstücke an die Bezirke werden ab 2017 nur noch in geringem Umfang Ankäufe getätigt. Im Anlagenbestand der BUE verbleiben die Senatsgewässer.

Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanlagen

Aus dem Investitionsprogramm "Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanlagen" werden Erneuerungen (im Zuge von Sielerneuerungsarbeiten) bzw. Grundinstandsetzungen von durch Alterungsprozesse schadhaften Trummen und Anschlussleitungen sowie anteilige Herstellungskosten für die Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil), die nicht durch Einnahmen gedeckt sind, finanziert.

Investitionszuschuss für HU

Der investive Zuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt, bislang veranschlagt im Investitionsprogramm "Investitionszuschuss für HU", wird ab 2017 aufgrund von neuen Erkenntnissen hinsichtlich der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Amt für Umweltschutz und dem Institut für Hygiene und Umwelt zukünftig konsumtiv veranschlagt bei mehreren Produkten der Produktgruppen 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sowie 291.12 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst..

Hochwasserschutz und Schleusen

Das bislang veranschlagte Investitionsprogramm Hochwasserschutz wird ab 2017 durch ein neues Investitionsprogramm Hochwasserschutz und Schleusen ersetzt. Das neue Investitionsprogramm enthält sowohl das bisherige Bauprogramm Hochwasserschutz als auch ein Sanierungsprogramm Schleusen. Das Bauprogramm Hochwasserschutz beinhaltet vorwiegend die Erhöhung der Erddeiche (ca. 100 km in den nächsten 50 Jahren) sowie den Bau bzw. die Grundinstandsetzung von Schöpfwerken, Schleusen, Schutztoren und Deichsielen der ersten Hochwasserschutz-Deichlinie. Das Sanierungsprogramm Schleusen soll den Erhalt der Gewässerinfrastruktur, die Nutzbarkeit der Gewässer und die Funktionalität der Binnenentwässerung garantieren. Hierfür sollen Substanzverluste an sich in den Gewässern befindlichen Bauwerken (Schleusen, Uferwände etc.) ausgeglichen werden. Bestimmte Baumaßnahmen des Investitionsprogramms werden aufgrund ihres Umfangs als Einzelinvestitionen veranschlagt. Siehe hierzu auch die Erläuterungen zu den jeweiligen Einzelinvestitionen.

Altlastensanierung

Im Investitionsprogramm "Altlastensanierung" werden Mittel u.a. für den Messstellenbau im Rahmen der Altlastuntersuchung bereitgestellt. Bei der Sanierung werden Mittel für den Anlagenbau und Sicherungsmaßnahmen eingesetzt. Um den Sanierungserfolg dauerhaft zu gewährleisten, sind auch zukünftig in den Bereichen des Sanierungsbetriebes und der Eigenkontrolle Investitionen zu tätigen. Insbesondere die Alterung der bestehenden Anlagen und Bauwerke führt dazu, dass in den kommenden Jahren vollständige Ersatzbeschaffungen durchgeführt werden müssen. Im Rahmen der Eigenkontrolle bei baulich gesicherten Altlasten und bei Grundwassersanierungen ist es notwendig, zur kontinuierlichen Kontrolle und Überwachung neue Grundwassermessstellen zu bauen.

Beschaffung Geräte etc.

Das bislang veranschlagte Investitionsprogramm "Beschaffung Geräte etc." wird zukünftig als sonstige Investition unter der Bezeichnung "Beschaffung Geräte und Fahrzeuge" veranschlagt.

Instandsetzung öffentliche Toiletten

Aus dem Investitionsprogramm "Instandsetzung öffentliche Toiletten" werden Neu-, Ersatz- und Umbauten sowie notwendige Grundinstandsetzungen finanziert. Das erhöhte Investitionsvolumen in den Haushaltsjahren ab 2017 wird für erforderliche Bauvorhaben zur Schaffung einer ansprechenden und anforderungsgerechten Toiletteninfrastruktur (u.a. Barrierefreiheit) benötigt.

RZ kl. Wasserwirtsch. Baumaßnahmen

Die verringerten Ansätze bei den investiven Rahmenezuweisungen „RZ kl. wasserwirtsch. Baumaßnahmen“ und Zweckzuweisungen „ZZ wasserwirtsch. Baumaßnahmen“ ergeben sich aufgrund von Umschichtungen in den konsumtiven Bereich. Siehe hierzu die Anmerkungen zu den Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U (Gliederungsziffer 4.2.2.4.3).

ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe

Aus dem zentralen Programm "ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie werden den Bezirken bedarfsgerecht Mittel für Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie zur Verfügung gestellt. Für weitere Informationen siehe die Erläuterungen zum Investitionsprogramm "Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL".

ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur

Im investiven zentralen Programm „Grundinstandsetzung Gewässerinfrastruktur“ werden Mittel für die Grundinstandsetzung von Uferbefestigungen bereitgestellt. Durch die FHH müssen an Gewässern im Alster und Billerevier ca. 25 km Uferwände und ca. 30 km andere konstruktive Uferbefestigungen unterhalten werden. Eine Zustandsbewertung der überwiegend zwischen 1880 und 1950 erbauten, konstruktiven Bauwerke hat ergeben, dass die Mehrzahl grundinstandgesetzt werden muss. Hierzu wurde ein Programmplan aufgestellt, in dem die gefährdetsten Uferbefestigungen priorisiert aufgelistet werden. Bei einigen Uferwandabschnitten ist die Tragfähigkeit und Gebrauchstauglichkeit derart schlecht, dass eine Sperrung von Bauwerken durchgeführt werden musste oder droht. Zurzeit befinden sich Maßnahmen am Eilbek-, Osterbek- und Isebekkanal sowie an der Unteren Bille in der Planung bzw. Durchführung. Die Maßnahmen müssen über mehrere Jahre gestreckt werden, ggf. ist mit Sperrungen von Wasserwegen oder angrenzenden Landflächen zu rechnen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über ein zentrales Programm, da hier mehrere Maßnahmenträger der Verwaltung für die Durchführung zuständig sind.

ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen Aus dem zentralen Programm "ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen" werden den u. a. Bezirken bedarfsgerecht Mittel für Grundstücksankäufe zur Verfügung gestellt. Für weitere Informationen siehe die Erläuterungen zum Investitionsprogramm "Grunderwerb sonst. Maßnahmen".

Klütjenfelder Hauptdeich

Im Rahmen eines Bauprogramms wird die Hamburger Hochwasserschutzlinie sukzessive erhöht. Als eine der ersten Maßnahmen ist die Erhöhung des Klütjenfelder Hauptdeichs vorgesehen. Der Klütjenfelder Hauptdeich ist ein Erddeich mit einer Länge von ca. 2 km, der um ca. 80 cm erhöht wird. Ziel des Bauprogramms ist die Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten für das Hamburger Staatsgebiet. Diese Maßnahme war ursprünglich im Investitionsprogramm „Hochwasserschutz“ geplant.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 6.566 ; Plan 2019: 6.566 ; Plan 2020: 1.181

Schöpfwerk Dove-Elbe

Durch den Neubau eines Schöpfwerkes soll die Binnenentwässerung im Bereich Vier- und Marschlande saniert werden.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 600 ; Plan 2019: 4.600 ; Plan 2020: 2.000 ; Plan 2021: 650

Neuenfelder Hauptdeich

Im Rahmen eines Bauprogramms wird die Hamburger Hochwasserschutzlinie sukzessive erhöht. Eine der Maßnahmen ist die Erhöhung des Neuenfelder Hauptdeichs. Der Neuenfelder Hauptdeich ist ein Erddeich mit einer Länge von ca. 1,8 km, der um ca. 30 cm erhöht wird. Die Deichverteidigungsstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Ziel des Bauprogramms ist die Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten für das Hamburger Staatsgebiet.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 350 ; Plan 2019: 320 ; Plan 2020: 6.200 ; Plan 2021: 6.200

Tiefstackschleuse

Die Tiefstackschleuse muss grundsaniert und an die zukünftigen Erfordernisse einer zeitgemäßen Wasserwirtschaftsverwaltung angepasst werden. Die Schleuse wird zurzeit von Wasser unterspült. Die Schleusensole von Kammer 1 ist vielfach gerissen und stellenweise abgesackt. Das Außenhaupt hat sich trotz der Pfahlgründung ungleichmäßig gesetzt. Am Drehsegmenttor Kammer 2 treten vermehrt Schäden auf. Erstes Ziel der Sanierungsmaßnahme ist, die Wasserumlaufigkeiten zu schließen und die Hohlräume unter den Schleusenkammern kraftschlüssig zu verfüllen. Die Drehsegmenttore müssen an die abgesackte Lage der Schleuse gepasst werden.

Cranzer Hauptdeich

Im Rahmen eines Bauprogramms wird die Hamburger Hochwasserschutzlinie sukzessive erhöht. Eine der Maßnahmen ist die Erhöhung des Cranzer Hauptdeichs. Der Cranzer Hauptdeich ist ein Erddeich mit einer Länge von ca. 1,6 km, der um ca. 50 cm erhöht wird. Die Deichverteidigungsstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Ziel

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

des Bauprogramms ist die Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten für das Hamburger Staatsgebiet.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 350 ; Plan 2019: 5.320 ; Plan 2020: 6.210 ; Plan 2021: 6.090

Sonstige Investitionen

Unter sonstigen Investitionen sind Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge, Geräte und Ausstattungsgegenstände veranschlagt. Die Ansatzhöhung gegenüber den Vorjahren ist auf eine Verteilung des bisherigen Ansatzes im Aufgabenbereich Steuerung und Service auf die übrigen Aufgabenbereiche zurückzuführen.

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

Darlehen sind nicht veranschlagt.

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Trinkwassernotbrunnen							
Erlöse							
Kosten			10	10	10	10	10
Saldo GL Trinkwassernotbrunnen			-10	-10	-10	-10	-10
GL Umsetzung EG-Richtlinie							
Erlöse							
Kosten			159	159	159	159	159
Saldo GL Umsetzung EG-Richtlinie			-159	-159	-159	-159	-159
Summe Gesetzliche Leistungen			-169	-169	-169	-169	-169

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereichs Umweltschutz entstehen im Zusammenhang mit dem vorgeschriebenen Überwachungsprogramm für die Erstellung bzw. Fortschreibung der Maßnahmenpläne gemäß EG-Wasserrahmenrichtlinie sowie der Umsetzung der EG-Badegewässerrichtlinie und der Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSG) für den Bereich der Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser in Hamburg.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppen 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst und 291.13 Abfallwirtschaft, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, Kosten für Transferleistungen zu leisten, sind übertragbar. In der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sind im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" folgende Sachverhalte veranschlagt:

- Zuschuss zu den Betriebskosten Wasserkunst Kaltehofe. Die vollständige Auszahlung der Zuwendung erfolgt erst nach Prüfung und Anerkennung des Verwendungsnachweises im 1. Quartal des Folgejahres.
- Beiträge, Kostenanteile- und Erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen.
- Zuweisung Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe
- Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) / Zuweisungen Hamburgs für die Finanzierung des Sekretariats Meeresschutz

Die Ermächtigung der Produktgruppe 291.15 Zentrales Programm U, Globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Die Ermächtigungen des Investitionsprogramms „Hochwasserschutz und Schleusen“ Auszahlungen zu leisten und die Ermächtigungen der Einzelinvestitionen „Klütjenfelder Hauptdeich“, „Neuenfelder Hauptdeich“, „Cranzer Hauptdeich“, „Tiefstackschleuse“ sowie „Schöpfwerk Dove-Elbe“ Auszahlungen zu leisten sind gegenseitig deckungsfähig.

Um flexibel auf Abweichungen vom vorgesehenen Zeitplan einzelner Maßnahmen reagieren zu können, sind die Einzelinvestitionen und das Investitionsprogramm Hochwasserschutz gegenseitig deckungsfähig. Die Einbeziehung des Investitionsprogramms ist erforderlich, da hieraus die Vorplanungskosten für die Erstellung der HU Bau für die Einzelinvestitionen geleistet werden.

Die Ermächtigungen der Investitionsprogramme „Grunderwerb Hochwasserschutz“, „Grunderwerb Hochwasserschutz I“, „Grunderwerb Hochwasserschutz II“, „Grunderwerb Hochwasserschutz III“, „Grunderwerb Hochwasserschutz IV“, „Grunderwerb Hochwasserschutz VI“, „Grunderwerb Hochwasserschutz VII“, „Grunderwerb Hochwasserschutz VIII“ sowie „Grunderwerb Hochwasserschutz IX“ Auszahlungen zu leisten sind gegenseitig deckungsfähig.

Dem LIG liegen Ankaufsaufträge rückführend bis in das Jahr 1999 vor, die vom LIG sukzessive aufgearbeitet werden. Die Grundstücksgeschäfte sind nicht steuerbar, so dass für die einzelnen Haushaltsjahre sehr schlecht voraussehbar ist, wann welcher Ankauf durch das LIG erfolgreich abgeschlossen werden kann. Für den HWS werden jährlich viele kleine Flurstücke u.a. für die binnenseitige Verbreiterung von Deichen erworben. Die Numerik der Investitionsprogramme lässt nur die Ausprägung von 99 „Maßnahmen“ zu. Da für die technische Darstellung des Grunderwerbs Hochwasserschutz wesentlich mehr als 99 Maßnahmen erforderlich sind, sind mehrere Investitionsprogramme ausgebracht.

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

Der Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie umfasst die folgenden Produktgruppen:

292.10 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

292.11 Landschaftsplanung und Stadtgrün

292.12 Energie

292.13 Naturschutz

292.14 Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie (NGE)

292.15 Bezirkliche Zuweisungen NGE

Im Wesentlichen wird dieser Aufgabenbereich durch die nachfolgend dargestellten Aspekte geprägt:

- Strategisch-konzeptionelle Weiterentwicklung der klimapolitischen Gesamtstrategie des Senats. Als klimapolitischer, strategischer Entwicklungsplan wurde 2015 der Hamburger Klimaplan erstellt, der alle zwei Jahre fortgeschrieben wird. Der Hamburger Klimaplan soll einen wirkungsvollen Klimaschutz und eine angemessene Anpassung an den Klimawandel sicherstellen. Es werden Strategien und Maßnahmen im Aktionsprogramm festgelegt, um die klimapolitischen Ziele für 2020, 2030 und 2050 zu erreichen.
- Schaffung der planerischen Voraussetzungen für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum der Stadt unter Berücksichtigung urbaner Belange sowie Schutz und Entwicklung der Grün- und Erholungsanlagen und anderer öffentlicher Freiräume.
- Erarbeitung und konzeptionelle Weiterentwicklung gesamtstädtischer Konzepte zu Landschafts- und Grünplanung und Steuerung der operativen Umsetzung über formelle und informelle Instrumente und Erstellung von informellen teilräumlichen Plänen zur Konkretisierung der Aussagen des Landschaftsprogramms Hamburg (LAPRO).
- Bezirksübergreifende Fach- und Programmplanungen (z. B. Gartendenkmalpflege, Baumsanierung, Baumkataster sowie nutzerbezogene Programme).
- Entwicklung, Pflege und Unterhaltung des öffentlichen Grüns einschließlich Kleingärten und der Hamburger Friedhöfe.
- Unterstützung der Energiewende durch den Um- und Ausbau flexibler Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen sowie die Effizienzverbesserung bei der Strom- und Wärmenutzung in allen Sektoren des Hamburger Energiemarktes.
- Förderung des freiwilligen Umweltschutzes in Unternehmen und Unterstützung der Unternehmen zur Erreichung weitergehender Umweltziele durch die Umweltpartnerschaft zwischen Senat und Wirtschaft.
- Fachliche Steuerung und Weiterentwicklung der Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme sowie Hamburg Energie; Wahrnehmung der Aufgaben der Energieaufsichts- und Regulierungsbehörde nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).
- Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung sowie zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben sowie des Europarechts.
- Schutz der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume sowie Überwachung des Handels.
- Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft durch konsequente Umsetzung der Eingriffsregelung in Hamburg sowie Renaturierung und langfristige Bewirtschaftung von Flächen des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege.
- Förderung der Umweltbildung, des Freiwilligen Ökologischen Jahres sowie die Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hamburg z.B. durch die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.

Der Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Verantwortung für die Stärkung und Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes in Hamburg u.a. die Grünversorgung zu verbessern, den Naturschutz auszubauen und die Energiewende voranzubringen. Um dies zu erreichen, sollen zusätzliche konkrete Maßnahmen realisiert werden, die auch sichtbare Wirkung entfalten.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

4.3.2.1 Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

Die Produktgruppe 292.10 umfasst die Leitung des Aufgabenbereiches sowie die Leitstelle Klimaschutz.

Wesentliche Aufgabenschwerpunkte der Leitstelle Klimaschutz sind:

- Die strategisch-konzeptionelle Weiterentwicklung der klimapolitischen Gesamtstrategie des Senats und deren Operationalisierung in konkrete Maßnahmen einschließlich der Vergabe von Mitteln aus dem zentralen Programm Hamburger Klimaplan (siehe PG 292.14), eines Maßnahmen- und Finanzcontrollings sowie eines CO₂-Monitorings.
- Die rechtzeitige Anpassung an den Klimawandel durch Vernetzung der Maßnahmen, regelmäßige Berichterstattung und langfristige Beobachtung des Klimawandels, seiner Auswirkungen und der getroffenen Maßnahmen (Klimafolgenmonitoring).
- Umsetzung des Leitbildes „Entwicklung Hamburgs zu einer Climate Smart City“ in allen damit verbundenen strategischen Clustern und Handlungsfeldern, wie Stadtentwicklung, Gebäude, Energie, Mobilität etc.
- Fortschreibung des Hamburger Klimaplanes alle zwei Jahre.
- Die Wahrnehmung der Grundsatzangelegenheiten der Klimapolitik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in der Metropolregion Hamburg.
- Die Verwendung der CO₂-Kompensation für Flugreisen der Bediensteten der Stadt für internationale Klimaschutzprojekte.
- Die Kommunikation der Klimathemen der Stadt sowie Netzwerkarbeit wie die Zusammenarbeit mit städtischen Stakeholdern, die Koordination der Freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie zu betrieblichen CO₂-Reduktionen und die Kooperation mit den öffentlichen Unternehmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse				180	180	180	180
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			15	224	224	225	225
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>				3	3	3	3
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	878	970	994	1.009	950
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			338	318	328	333	280
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	337	368	375	381	387
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>		0	85	84	86	87	77
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			118	200	205	208	206
4. Kosten für Transferleistungen				0	0	0	0
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten			10	49	49	50	50
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045

Erlöse

Die veranschlagten Erlöse werden für die CO2 Kompensation für Dienstreisen von den Dienststellen der FHH eingezahlt. Zum Haushalt 2017/2018 werden diese erstmalig in der erwarteten Höhe veranschlagt. Aus den Erlösen werden größere Klimaschutzprojekte umgesetzt. Die Kosten hierfür sind zum Haushalt 2017/2018 unter Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit (180 Tsd. Euro) ebenfalls erstmals veranschlagt.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit enthalten in geringem Umfang Kosten für die Leitung des Aufgabenbereiches inkl. IT-Kosten. Weiterhin werden aufgrund der Dezentralisierung erstmals anteilig Mittel für Dienstreisen in der Produktgruppe 292.10 veranschlagt, die bisher zentral im Aufgabenbereich Steuerung und Service (AB 290) angefallen sind. Für die Umsetzung von Klimaschutzprojekten, die aus der CO2-Kompensation von Dienstflügen finanziert werden, sind zum Haushalt 2017/2018 erstmals 180 Tsd. Euro veranschlagt. Diesen Kosten stehen Erlöse in gleicher Höhe gegenüber.

Personalkosten

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Personalkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.1.5).

Sonstige Kosten

Aus den sonstigen Kosten werden der Mitgliedsbeitrag für das Klimabündnis und haushaltsrelevante Verrechnungen aufgrund von Versetzungen finanziert.

Die im Zusammenhang mit dem Hamburger Klimaplan entstehenden Globale Mehr- und Minderkosten sind in der Produktgruppe 292.14 Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie (siehe Ziffer 4.3.2.4)

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

veranschlagt.

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				15	15
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können.

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

Z 1: Umsetzung und Weiterentwicklung der Hamburger Klimapolitik (Klimaschutz und Klimaanpassung) (Kennzahl B_292_10_009)

Z 2: CO₂-Minderungsziele: Bis 2020: Beitrag Hamburgs zum nationalen 40%-Minderungsziel durch eine CO₂-Einsparung von rund 2 Mio. Tonnen im Vergleich zu 2012. Bis 2030: 50% im Vergleich zu 1990. Bis 2050: Mindestens 80% im Vergleich zu 1990. (Kennzahl B_292_10_010 und B_292_10_011)

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_10_009 Controlling: Maßnahmen gesamt	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	140	140	140	140
B_292_10_010 Minderung des jährlichen CO ₂ -Ausstoßes durch Maßnahmen des Hamburger Klimaplanes im Vergleich zum Emissionswert von 2012	t	k.A.	k.A.	k.A.	1.375.000	1.575.000	1.775.000	1.985.000
B_292_10_011 Controlling: Maßnahmen mit CO ₂ -Einsparung	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	35	35	35	35

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu B_292_10_009: Anzahl der Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen aller Behörden in einer Datenbank, bei denen durch die Leitstelle Klimaschutz ein Maßnahmencontrolling durchgeführt wird. Für die aus dem zentralen Programm Hamburger Klimaplan (vgl. PG 292.14) finanzierten Maßnahmen wird zudem ein Finanzcontrolling und für CO₂-einsparende Maßnahmen ein CO₂-Monitoring durchgeführt.

zu B_292_10_010: Im Gegensatz zur alten Kennzahl B_292_10_005 wird ab 2017 der kumulierte Wert der CO₂-Emissionen angegeben. Bis 2020 sollen rund 2 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen im Vergleich zu 2012 eingespart werden. Der jeweilige Ist-Wert kann erst im Folgejahr ermittelt und rückwirkend angegeben werden.

zu B_292_10_011: Anzahl der Klimaschutzmaßnahmen in der Datenbank, die CO₂ einsparen und bei denen neben dem Maßnahmen und ggf. Finanzcontrolling auch ein CO₂ Monitoring durchgeführt wird.

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	IPR Nummer	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Leitung Aufgabenbereich 292	INT							
Erlöse					0	0	0	0
Kosten				295	498	509	517	523
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung Aufgabenbereich 292				-295	-498	-509	-517	-523
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-	-498	-509	-517	-523
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung Aufgabenbereich 292				-/-	0	0	0	0
Treibhausgasminderung	713							
Erlöse								
Kosten				121	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 Treibhausgasminderung				-121	0	0	0	0
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Treibhausgasminderung				-/-	0	0	0	0
Hamburger Klimaplan	713							
Erlöse					180	180	180	180
Kosten				487	744	758	767	702
Saldo Jahresergebnis 1 Hamburger Klimaplan				-487	-564	-578	-587	-522
Erlöse				-/-	110	103	104	95
Kosten				-/-	968	972	986	929
Saldo Jahresergebnis 2 Hamburger Klimaplan				-/-	-1.422	-1.447	-1.469	-1.356

Leitung Aufgabenbereich 292:

Die Erhöhung der Kosten resultiert vorwiegend aus überarbeiteten Zuordnungen von Personal auf die Produkte.

Hamburger Klimaplan/ Treibhausgasminderung:

Da das Produkt Treibhausgasminderung ein Teilbereich des Produktes Hamburger Klimaplan ist, werden die beiden Produkte ab 2017 zusammengefasst unter dem Produkt Hamburger Klimaplan geführt.

Das Produkt Hamburger Klimaplan enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 70 bzw. 72 Tsd. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Umsetzung und Weiterentwicklung des Hamburger Klimaplans, insbesondere durch Ausgestaltung der strategischen und handlungsfeldübergreifenden Cluster Stadt als Vorbild und Klima-Kommunikation.

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			10,82	11,40	11,40	11,40	10,40

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.2 Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

Der Bereich Landschaftsplanung und Stadtgrün zeichnet sich durch die Kosten für die konzeptionelle Entwicklung und den Erhalt der öffentlichen Erholungsflächen aus.

Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe sind insbesondere:

- Aktualisierung und Präzisierung des Landschaftsprogrammes inkl. des Grünen Netzes sowie des Arten- u. Biotopschutzes als gesamtstädtisches Steuerungsinstrument für freiraumplanerische, naturschutz- bzw. naturhaushaltsorientierte Belange; Teilräumliche Konkretisierung des Landschaftsprogramms und teilräumliche Planungen u.a. zur Konkretisierung von Landschaftsachsen sowie der Grünen Ringe
- Entwicklung von grün- und freiraumplanerischen Konzepten und Programmen im Rahmen von Stadtentwicklung wie 'Qualitätsoffensive Freiraum' als integraler Bestandteil des Wohnungsbauprogrammes, Hamburger Gründachstrategie als Konzept zur Förderung von Dachbegrünungen und –nutzungen; Mitwirkung an gesamtstädtischen Planungen
- Fachaufsicht Grün- und Erholungsanlagen mit Aufgaben aus dem Grünanlagengesetz und dem Bezirksverwaltungsgesetz wie Entwicklung von Globalrichtlinien und Fachanweisungen sowie fachbehördliche Steuerungsaufgaben der Bestandssicherung und Entwicklung des öffentlichen Grüns mit Konzepten und Fachprogrammen, Beratung der Bezirke zur Umsetzung gesamtstädtischer Entwicklungsziele
- Fachaufsicht Friedhofs- und Bestattungswesen nach bestattungsrechtlichen Vorgaben gegenüber den Hamburger Friedhöfen – AöR und der bezirklichen Friedhofsverwaltung, Konzeptionen und Programme zum Friedhofswesen und zu Friedhofsstandorten
- Grundsatzaufgaben der Landschaftsplanung auf Grundlage naturschutzrechtlicher Vorgaben und bauleitplanerischer Bestimmungen mit der Entwicklung von Globalrichtlinien, Handreichungen wie Handbücher und Leitfäden und von Methoden zur Umsetzung grünrelevanter Ziele
- Fachaufsicht Kleingartenwesen, ministerielle Aufgaben im Kleingartenwesen gem. Bundeskleingartengesetz, Entwicklung und Abstimmung von Konzepten und Programmen
- Stadtbäume, gesamtstädtische Programmen zur Baumpflege, Baumkontrolle und Baumsanierung, Beratung der Bezirke und Fortbildungen, digitales Baumkataster, Betreuung von Baumpflanzaktionen
- Gartendenkmalpflege, Fachprogramme zum Erhalt und Wiederherstellung verlorener Qualitäten, Beratung der Bezirke u.a. bei Pflege- und Entwicklungskonzepten, Betreuung historischer öffentlicher Grünanlagen

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			1.812	2.928	4.044	3.084	1.857
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			4.321	5.536	5.436	4.531	4.455
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	2.363	2.684	2.758	2.800	2.516
a) Kosten für Entgelte			1.537	1.647	1.694	1.720	1.490
b) Kosten für Bezüge		0	351	382	392	398	403
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			316	341	351	356	312
e) Kosten für Versorgungsleistungen			159	313	322	326	311
4. Kosten für Transferleistungen			878	878	878	878	878
5. Kosten aus Abschreibungen			1.030	1.075	1.070	1.067	1.067
6. Sonstige Kosten				18	18	18	18
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-6.780	-7.264	-6.116	-6.210	-7.077
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				3.746	3.817	3.945	3.757
10. Finanzergebnis				-3.746	-3.817	-3.945	-3.757
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-6.780	-11.010	-9.933	-10.155	-10.834
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-6.780	-11.010	-9.933	-10.155	-10.834
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-6.780	-11.010	-9.933	-10.155	-10.834

Erlöse

In den geplanten Erlösen sind im Wesentlichen Zuweisungen des Bundes für die Pflege und die Ruherechtsentschädigung für Kriegsgräber enthalten sowie Förderungen des Bundes aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für die Projekte: „Stadt trifft Landschaft: Entwicklung Landschaftsachse Horner Geest im verdichteten Innenbereich Hamburgs“ und „Hamburg-Ohlsdorf - Städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie“.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit

Finanzielle Schwerpunkte sind im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ die Zuweisung an die AöR Hamburger Friedhöfe zur Pflege des öffentlichen Grüns auf den Hauptfriedhöfen Ohlsdorf und Öjendorf sowie für das Projekt „Hamburg-Ohlsdorf - Städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie“.

Die Aufstockung der Ansätze in den Kontenbereichen „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.2.5).

Kosten für Transferleistungen

Der Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ ist in den Planjahren geprägt durch die Zuweisung an die kirchlichen Friedhöfe für die Ruherechtsentschädigung und Pflege von Kriegsgräbern.

Kosten für Abschreibungen

Die Kosten für Abschreibungen beziehen sich auf gewährte Investitionszuschüsse für den Ausbau des Bestattungsforums des Friedhofs Ohlsdorf.

Sonstige Kosten

Aus den sonstigen Kosten wird u.a. die Pflege des Askari Parks (Drs. 20/8148) finanziert.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Kosten des Finanzergebnisses

Die Kosten des Finanzergebnisses beziehen sich auf erwartete außerplanmäßige Abschreibungen auf den Buchwert der Finanzanlage Hamburger Friedhöfe AöR. Der Buchwertverlust resultiert aus kontinuierlich steigenden Kosten, die im Regelfall über den im selben Jahr erzielten Erlösen der AöR aus den aufzulösenden Rechnungsabgrenzungsposten liegen (vgl. Drs. 21/4848).

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				5.436	4.531
VE für Kosten für Transferleistungen				878	878
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können. Dazu gehören Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Infrastruktur bestehender Kleingärten und der Weiterentwicklung des Grünen Netzes / Freizeitroutennetzes sowie der Pflege von Kriegsgräbern. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen orientiert sich an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

Z 1: Sicherung und Entwicklung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen und Freiräume (Kennzahl B_292_11_001 bis B_292_11_011)

Z 2: Gewährleistung einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch Einbringung gesamtstädtischer Grün- und Freiraumbelange auf unterschiedlichen Ebenen von Planung (Kennzahl B_292_11_012 und B_292_11_013)

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_11_001 Anzahl der in Arbeit befindlichen Konzepte, Programme und Steuerungsinstrumente	St.	19	18	16	17	16	15	13
B_292_11_002 Öffentliche Grün- und Erholungsanlagen	ha	3.237	3.239	3.326	3.337	3.387	3.421	3.455
B_292_11_003 Kosten Grünanlagenunterhaltung (Sachkosten) per qm	EUR	0,43	0,35	0,46	0,35	0,35	0,28	0,28
B_292_11_004 B_292_11_004 Defizit Grünanlagenunterhaltung (Sachkosten)	%	16,24	11,06	11,19	8,31	9,13	35,51	37,30
B_292_11_007 Anzahl der Straßenbäume	St.	227.712	222.644	227.000	226.000	226.000	226.000	226.000
B_292_11_008 Anzahl Ersatzpflanzungen Straßenbäume	St.	920	1.392	720	720	720	920	720
B_292_11_010 Unterhaltungsmittel (Sachkosten) Bestattungsfläche per qm	EUR	0,60	0,61	0,58	0,57	0,57	0,57	0,57
B_292_11_011 Unterhaltung öffentl. Grünanteil auf staatlichen Friedhöfen per m²	EUR	1,62	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45
B_292_11_012 Landschaftsprogramm Einzeländerungen	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	30	30	k.A.	k.A.
B_292_11_013 In Arbeit befindliche vorbereitende Landschaftsplanungen	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	7	7	6	6

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu Kennzahl B_292_11_003: Bei der Ermittlung der Kennzahl werden im Übergang vom Doppelhaushalt 2015/2016 auf den Haushalt 2017/2018 besondere Parkanlagen, wie beispielsweise Planten un Blomen, der Wilhelmsburger Inselpark und der Domplatz nicht mehr berücksichtigt, da diese das Ergebnis verfälscht haben. Mit der Kennzahl sollen die Pflege- und Unterhaltungsmittel einer üblichen, stadtweit in etwa gleich ausgestatteten Grünfläche pro m² aufgezeigt werden.

zu Kennzahl B_292_11_012: Die Planzahlen zu den Landschaftsprogramm Einzeländerungen können für 2019 - 2021 nicht angegeben werden, da nicht einschätzbar ist, in welcher Anzahl diese nach dem Beschluss des neuen Landschaftsprogramms nötig werden. Weiterhin soll für die Durchführung von Landschaftsprogrammänderungen ein neues Verfahren aufgelegt werden.

zu Kennzahl B_292_11_013: Erfasst werden alle vorbereitenden landschaftsplanerischen Tätigkeiten, also neben der Aktualisierung des Landschaftsprogramm-Gesamtwerks auch sonstige Detaillierungsplanungen im Grünen Netz sowie landschaftsplanerische Fachbeiträge.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Vorbereitende Landschaftsplanung	632							
Erlöse								
Kosten				831	1.095	1.139	1.109	968
Saldo Jahresergebnis 1 Vorbereitende Landschaftsplanung				-831	-1.095	-1.139	-1.109	-968
Erlöse				-/-	175	163	165	144
Kosten				-/-	1.327	1.331	1.342	1.196
Saldo Jahresergebnis 2 Vorbereitende Landschaftsplanung				-/-	-2.247	-2.307	-2.286	-2.019
Planung öffentl. Grünanlagen u. Freiraum	632							
Erlöse				1.812	2.928	4.044	3.084	1.857
Kosten				7.761	12.842	12.838	12.130	11.723
Saldo Jahresergebnis 1 Planung öffentl. Grünanlagen u. Freiraum				-5.949	-9.914	-8.794	-9.046	-9.867
Erlöse				-/-	229	211	212	199
Kosten				-/-	1.814	1.811	1.820	1.733
Saldo Jahresergebnis 2 Planung öffentl. Grünanlagen u. Freiraum				-/-	-11.499	-10.395	-10.654	-11.401

Vorbereitende Landschaftsplanung

Die Erhöhung der Kosten resultiert aus überarbeiteten Zuordnungen von Personal auf die Produkte.

Planung öffentl. Grünanlagen u. Freiraum

Die Erlöse des Produkts Planungen für Grünanlagen und Freiräume enthalten im Wesentlichen Zuweisungen des Bundes für die Pflege und die Ruherechtsentschädigung für Kriegsgräber sowie Förderungen des Bundes aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für die Projekte: „Stadt trifft Landschaft: Entwicklung Landschaftsachse Horner Geest im verdichteten Innenbereich Hamburgs“ und „Hamburg Ohlsdorf Städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie“ und die Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse an die AöR Hamburger Friedhöfe. Aufgrund der unterschiedlichen Maßnahmenplanungen in den jeweiligen Jahren schwanken die Kosten erheblich.

Weiterhin sind Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 120 bzw. 122 Tsd. Euro (2017/2018)) inbegriffen. Maßnahmeninhalte sind die Weiterentwicklung des Grünen Netzes / Freizeittroutennetzes sowie die Förderung des Stadtbaumbestandes.

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			30,57	33,90	33,90	33,90	30,10

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.3 Produktgruppe 29212 Energie

4.3.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 29212 Energie

Wesentliche Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe 292.12 Energie sind:

- Die federführende Bearbeitung der wesentlichen Themen der Energiepolitik, der Energieversorgung und rationellen Energieverwendung, der Förderung moderner Energietechniken, des Einsatzes der regenerativen Energien im Strom- und Wärmemarkt, des energieeffizienten Bauens sowie der Bereich "Umwelt und Wirtschaft".
- Die umfassende Prüfung und Gestaltung von Grundsatz- und Einzelfragen der Energie in umweltfachlicher, wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Hinsicht.
- Die Bearbeitung quartiersübergreifender Energiekonzepte, Ausbau der Nutzung regenerativer Energien sowie Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs im Gebäudebereich.
- Die Erarbeitung und Weiterentwicklung energetischer Standards bei den öffentlichen Gebäuden Hamburgs sowie die Durchführung des Energieeinkaufs und umfassenden Verbrauchscontrollings.
- Die Unterstützung von Energie- und Ressourceneffizienzmaßnahmen bei Bürgern und Unternehmen durch Investitions-Förderprogramme, Information und Beratung.
- Die Entwicklung, Steuerung und Begleitung von Förderprogrammen.
- Die Förderung der Investitionen in den Ressourcenschutz und in erneuerbare Energien durch Bündnisse mit der Wirtschaft.
- Die Unterstützung der Hamburger Energiewende und des Klimaschutzes auch durch das Einbringen von Energieprojekten in die Hamburger Klimaschutzpolitik.
- Die Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs; dies auch als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klimaschutz und Ressourcenschonung.
- Die Vertretung des Themas Energie innerhalb wie außerhalb Hamburgs in unterschiedlichen Gremien der Länder und des Bundes.

4.3.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29212 Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse				0	0	0	
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.522	1.508	1.505	1.401	1.441
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>			15				
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	3.424	3.684	3.684	3.739	3.538
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			1.887	1.865	1.919	1.948	1.776
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	812	853	808	820	832
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>			408	412	420	426	393
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			317	554	537	545	537
4. Kosten für Transferleistungen			1.544	3.119	3.115	2.784	2.762
5. Kosten aus Abschreibungen			1.664	609	22	22	22
6. Sonstige Kosten			1	1	1	1	1
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764

Die Aufstockung der Ansätze in den Kontenbereichen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Personalkosten und Kosten für Transferleistungen gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.3.5).

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bei den im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ veranschlagten Kosten handelt es sich vor allem um im Zusammenhang mit der Erstellung von Konzepten und Programmen, der Planung und Organisation von Kampagnen sowie Informations- und Beratungsleistungen entstehenden Kosten.

Weitere Kosten entstehen für die Kommunikation der UmweltPartnerschaft Hamburg in die Unternehmen, Verbände und die Öffentlichkeit, für Gutachten und Untersuchungen sowie zur Förderung von Projekten durch direkte Aufträge. Für den Bereich der öffentlichen Gebäude entstehen Kosten für den Energieeinkauf und die Durchführung eines umfassenden Verbrauchscontrollings.

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Marktüberwachungsbehörde für das Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz entstehen Kosten für Prüfungen durch Prüfinstitute.

Kosten für Transferleistungen:

Die „Kosten für Transferleistungen“ stehen beinahe vollständig mit der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Beziehung.

Kosten aus Abschreibungen:

Die „Kosten aus Abschreibungen“ stehen im Zusammenhang mit bewilligten und geleisteten Investitionszuschüssen für Fördermaßnahmen, die als immaterielle Vermögensgegenstände mit einer Nutzungsdauer von vier Jahren aktiviert wurden und Mitte 2017 abgeschrieben sind (Gliederungsziffer 4.3.3).

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.505	1.401
VE für Kosten für Transferleistungen				3.115	2.784
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigungen sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung und die Forcierung einzelner Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der UmweltPartnerschaft Hamburg und der Bündelung vorhandener Klimaschutzaktivitäten (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie der Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen (VE für Kosten aus Transferleistungen) möglich. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung orientiert sich an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.3.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 29212 Energie

Z 1: Minderung der CO2-Emissionen, die von Hamburgern verursacht werden, durch die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und Anlagen und den Einsatz Erneuerbarer Energien. Versorgung der städtischen Einrichtungen mit kostengünstiger und klimafreundlicher Energie. (Kennzahl B_292_12_003 bis B_292_12_019)

4.3.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29212 Energie

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_12_003 Durch Modernisierung von Nichtwohngebäuden erreichte Energieeinsparungen im Jahrm	MWh	1.480	1.018	6.670	2.240	2.240	2.240	2.240
B_292_12_004 Durch Modernisierung von Nichtwohngebäuden erreichte CO2-Einsparung	t	135	221	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000
B_292_12_006 Durch technische Verbesserungen in Betrieben erreichte CO2-Einsparung	t	31.060	16.950	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
B_292_12_010 UmweltPartner	ANZ	963	1.033	1.000	1.050	1.100	1.150	1.200
B_292_12_016 Anzahl an Abnahmestellen Strom	St.	3.920	3.866	3.867	3.900	3.900	3.900	3.900
B_292_12_017 Anzahl der betreuten Liegenschaften	St.	744	744	810	700	700	700	700
B_292_12_018 Durch den Einsatz erneuerbarer Wärme erreichte CO2-Einsparung	t	k.A.	k.A.	k.A.	1.875	1.875	1.875	1.875
B_292_12_019 Abnahmestellen Wärmeversorgung	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	2.352	2.352	2.352	2.352

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu Kennzahl B_292_12_003 und B_292_12_004: Die Kennzahlen 2017/2018 wurden auf Basis des Mittelwertes

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

aller bislang geförderten Maßnahmen (2013-2014) ermittelt. Die Kennzahlen geben die Zielwerte bei voller Ausschöpfung des Programmvolumens i.H.v. 1 Mio. Euro wieder. Durch die Verdopplung der Förderhöhe von 10% auf 20% der Investitionskosten ab 2016 können rechnerisch nur noch halb so viele Projekte gefördert werden. Dies führt zu einer Verringerung der Zielkennwerte. Durch die höhere Anreizwirkung werden dafür ein höherer Abruf der Fördermittel und eine höhere Gesamteinsparung erwartet. Die hohen Werte im fortgeschriebenen Plan 2016 wurden bereits in der Drucksache 21/2181 erläutert.

zu Kennzahl B_292_12_017: Die Verringerung der Planzahl 2017/18 ist aufgrund der langfristigen Veränderungen im Gebäudebestand der FHH notwendig.

zu Kennzahl B_292_12_018: Zwecks Straffung wurden die bisherigen Kennzahlen B_292_12_007 bis 009 (installierte Leistung und CO2 Einsparung beim Programm Solarthermie und Heizung und installierte Leistung bei Bioenergie) zusammengefasst.

zu Kennzahl B_292_12_019: Zwecks Straffung wurden die bisherigen Kennzahlen B_292_12_014 (Anzahl an Abnahmestellen Gas) und B_292_12_015 (Anzahl an Abnahmestellen Fernwärme) zusammengefasst.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.3.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29212 Energie

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Verbesserung der Energieeffizienz	713							
Erlöse								
Kosten				4.139	6.055	5.057	5.030	5.152
Saldo Jahresergebnis 1 Verbesserung der Energieeffizienz				-4.139	-6.055	-5.057	-5.030	-5.152
Erlöse				-/-	247	216	217	212
Kosten				-/-	2.037	1.973	1.971	1.914
Saldo Jahresergebnis 2 Verbesserung der Energieeffizienz				-/-	-7.845	-6.814	-6.784	-6.854
Einsatz erneuerbarer Energien	713							
Erlöse								
Kosten				1.171	459	377	381	353
Saldo Jahresergebnis 1 Einsatz erneuerbarer Energien				-1.171	-459	-377	-381	-353
Erlöse				-/-	75	69	70	68
Kosten				-/-	531	522	529	531
Saldo Jahresergebnis 2 Einsatz erneuerbarer Energien				-/-	-915	-830	-840	-817
UmweltPartnerschaft und Information	713							
Erlöse								
Kosten				1.545	1.439	1.569	1.576	1.490
Saldo Jahresergebnis 1 UmweltPartnerschaft und Information				-1.545	-1.439	-1.569	-1.576	-1.490
Erlöse				-/-	88	80	81	71
Kosten				-/-	646	632	638	565
Saldo Jahresergebnis 2 UmweltPartnerschaft und Information				-/-	-1.997	-2.121	-2.134	-1.983
Einkauf von Energie	713							
Erlöse								
Kosten				512	366	366	370	290
Saldo Jahresergebnis 1 Einkauf von Energie				-512	-366	-366	-370	-290
Erlöse				-/-	69	65	65	55
Kosten				-/-	482	475	481	411
Saldo Jahresergebnis 2 Einkauf von Energie				-/-	-778	-776	-786	-646
Erfassung und Controlling Energiedaten	713							
Erlöse								
Kosten				788	602	958	590	479
Saldo Jahresergebnis 1 Erfassung und Controlling Energiedaten				-788	-602	-958	-590	-479
Erlöse				-/-	84	77	78	76
Kosten				-/-	614	602	608	614
Saldo Jahresergebnis 2 Erfassung und Controlling Energiedaten				-/-	-1.131	-1.483	-1.120	-1.017

Die Zuordnung der Kosten und Erlöse zu den Produkten wurde ab 2017 unter fachlichen Gesichtspunkten überarbeitet. Hierdurch sind die Plan-Verschiebungen 2017 zum fortgeschriebenen Plan 2016 zu erklären.

Verbesserung der Energieeffizienz

Das Produkt Verbesserung der Energieeffizienz enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 683 bzw. 706 Tsd. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Entwicklung eines GIS-basierten Wärmekatasters für die Stadt, das Förderprogramm zur Stärkung des Holzbaus in Hamburg und die Förderung der energetischen Quartierssanierung.

4.3.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29212 Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			44,06	44,80	43,80	43,80	40,80

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.4 Produktgruppe 29213 Naturschutz

4.3.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 29213 Naturschutz

Schwerpunkte der Produktgruppe 292.13 Naturschutz sind insbesondere:

- Die Umsetzung der inhaltlichen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes einschließlich der Flora-, Fauna-, Habitat- sowie der Vogelschutzrichtlinie der EU.
- Der Schutz, die Pflege, Entwicklung und Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete Hamburgs sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage der fachlichen Anforderungen sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben.
- Die Erhaltung der Biodiversität im Hamburger Staatsgebiet durch die Entwicklung und Umsetzung von Arten- und Biotopschutzmaßnahmen, die Sicherung eines Biotopverbundes sowie die Nutzung von Kenntnissen über Tier-, Pflanzenarten und Biotopen nach Erfassung in Katastern.
- Die Erhaltung und Entwicklung großer Teile der Kulturlandschaften Hamburgs als Lebensraum für wildwachsende Pflanzen und wildlebende Tiere durch den Vertragsnaturschutz.
- Der Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft durch konsequente Umsetzung der Eingriffsregelung in Hamburg sowie Renaturierung und langfristige Bewirtschaftung von Flächen des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege.
- Die Überwachung des Handels mit geschützten Tier- und Pflanzenarten.
- Die Steigerung des Naturerlebnisses im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer durch naturkundliche Bildungsmaßnahmen.
- Die Förderung der Umweltbildung, das Freiwillige Ökologische Jahr sowie die Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hamburg z.B. durch die „Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.3.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			404	978	969	962	956
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.287	1.238	1.238	1.238	1.238
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten		0	3.127	4.035	4.071	4.072	3.954
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			1.941	2.107	2.119	2.151	2.125
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	516	603	618	592	537
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>			44	295	295	295	295
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>			403	574	577	581	573
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			223	455	463	453	425
4. Kosten für Transferleistungen			1.660	1.700	1.700	1.700	1.700
5. Kosten aus Abschreibungen			1.441	380	378	380	369
6. Sonstige Kosten			238	285	287	287	287
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593

Erlöse:

Die im Ergebnisplan ausgewiesenen Erlöse werden überwiegend durch die Erstattung von Sach-, Personal- und IT-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege sowie Erstattungen vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) und anderen Einsatzstellen für die pädagogische Begleitung der FÖJ Teilnehmer/innen erzielt. Die übrigen Erlöse entstehen vornehmlich aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, im Zusammenhang mit der Vermietung von Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie durch Gebühren, Zwangs- und Bußgelder auf Grundlage des § 29 HmbBNatSchAG, § 69 BNatSchG und § 13 BArtSchV. Die Erhöhung der Erlöse resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung der im Zusammenhang mit dem Produkt „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ erzielten Erlöse (die Kosten wurden in gleicher Höhe ebenfalls erstmalig veranschlagt).

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ sind insbesondere veranschlagt:

- Pflege und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten, Verbesserung von Lebensbedingungen in und an Gewässern, Gutachten und Untersuchungen, Betriebskosten und Unterhaltung von Gebäuden einschl. Naturschutzinformationshäuser,
- Pflege /Entwicklungsmaßnahmen und Monitoring im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer,
- Kosten für den Aufbau eines Biotopverbundes und der Fachkonzeption Arten- und Biotopschutz,
- Kosten für den Schutz heimischer Tier- und Pflanzenarten, v.a. Artenkataster und des Hamburger Biotopkataster,
- Kosten für die Überwachung des Zustandes europaweit seltener und gefährdeter Lebensräume und Arten, einschließlich Bericht gegenüber der EU Kommission,
- Kosten für Naturschutzmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Vertragsnaturschutz,
- Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg.

Personalkosten:

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Personalkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.4.5). Die Erhöhung der Kosten resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung der mit dem Produkt „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ entstehenden Kosten (die Erlöse wurden in gleicher Höhe ebenfalls erstmalig veranschlagt).

Kosten für Transferleistungen:

Die "Kosten für Transferleistungen" entstehen schwerpunktmäßig im Rahmen des Vertragsnaturschutz-Programms "Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen-Extensivierungsprogramm", durch Zuschüsse an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“ und die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“, für Zuwendungen zur Projektförderung und institutionellen Förderung der Naturschutzverbände und Stiftungen sowie Zuschüsse für den Betrieb und die Unterhaltung des Hamburger Guts Karlshöhe und Beiträge zur Unterstützung von Akteuren der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit.

Kosten aus Abschreibungen:

Die „Kosten aus Abschreibungen“ stehen insbesondere mit der Aktivierung von Betriebs- / Verwaltungsgebäuden, Infohäusern und Dienstwohnungen in den Naturschutzgebieten, der internetbasierten Fachanwendung Artenkataster und dem Biotopkartierungsprogramm im Zusammenhang sowie die Aktivierung verschiedener Vermögensgegenstände (wie bspw. Dauerausstellung, Restaurantnutzung, Tagungs- und Verwaltungsräume, Kinderforschungswerkstatt) des Guts Karlshöhe.

Aufgrund der noch ausstehenden Bilanzeröffnung des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege (SVNL) wurden vorsorglich in den Vorjahren Abschreibungen veranschlagt, um außerplanmäßige Abschreibungen nach Aktivierung der Finanzanlage SVNL begleichen zu können. Die Veranschlagung der Abschreibungen für das SVNL entfällt ab 2017.

Sonstige Kosten

Die Erhöhung der Kosten resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung der mit dem Produkt „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ entstehenden Kosten (die Erlöse wurden in gleicher Höhe ebenfalls erstmalig veranschlagt).

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.238	1.238
VE für Kosten für Transferleistungen				1.200	1.200
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können, und beziehen sich im Wesentlichen auf das Arten- u. Biotopkataster, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten, Betriebskosten und Unterhaltung von Gebäuden einschl. Naturschutzinformationshäuser, allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz, Gutachten und Untersuchungen, Managementplanung und Monitoring sog. Natura 2000 Gebiete, den Aufbau eines Biotopverbundes und der Fachkonzeption Arten und Biotopschutz und anteilig den Vertragsnaturschutz (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie Zuwendungen an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“, die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ und Vereine und Stiftungen für Naturschutzaufgaben und anteilig den Vertragsnaturschutz (VE für Kosten für Transferleistungen). Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen orientiert sich deshalb an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.3.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 29213 Naturschutz

Z 1: Vollzug des internationalen und nationalen Artenschutzes, des gesetzlichen Biotopschutzes, Erarbeitung fachlicher Grundlagen für den Arten- Biotopschutz, Überwachung der europäischen und nationalen Vorschriften zum Handel geschützter Arten (Kennzahl B_292_13_002)

Z 2: Ausweisung und Erweiterung von Schutzgebieten sowie Erhaltung eines guten Pflegezustandes und Sicherung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz (Kennzahl B_292_13_003 und B_292_13_004)

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Z 3: Gewährleistung natürlicher Dynamik sowie Förderung von naturkundlicher Bildung und Naturerlebnis im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer (Kennzahl B_292_13_016)

Z 4: Sicherung und Verbesserung des Erhaltungszustandes der Arten- und Lebensräume nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und der Vogelarten nach Vogelschutzrichtlinie in Hamburg (Kennzahl B_292_13_009)

Z 5: Sicherung und Umsetzung eines Biotopverbundes auf mindestens 15% der Landesfläche (Kennzahl B_292_13_011)

Z 6: Vermeidung und Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft (naturschutzrechtliche Eingriffsregelung) (Kennzahl B_292_13_012)

Z 7: Nachhaltige Entwicklung Hamburgs durch Bildung (mit den Schwerpunkten Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung) voranbringen (Kennzahl B_292_13_014)

4.3.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_13_002 Anzahl der erteilten Genehmigungen im Rahmen der EU-VO 338/97 - Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten	St.	374	333	250	250	250	250	250
B_292_13_003 Anteil der ausgewiesenen Naturschutzgebietsflächen an der Gesamtfläche Hamburgs	%	8,88	8,88	9,40	9,40	9,40	9,40	9,40
B_292_13_004 Anteil der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietsflächen an der Gesamtfläche Hamburgs	%	20,1	20,1	20,0	19,50	19,50	19,40	19,30
B_292_13_009 Anteil der in Hamburg vorkommenden FFH-Lebensraumtypen mit einem günstigen Erhaltungszustand an allen in Hamburg vorkommenden FFH-Lebensraumtypen	%	36	36	36	36	36	39	42
B_292_13_011 Anteil der gesicherten Flächen des Biotopverbundes an der Gesamtfläche Hamburgs	%	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
B_292_13_012 Flächen, die im Auftrag des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege renaturiert sowie langfristig bewirtschaftet und unterhalten werden	ha	870	900	1.130	1.180	1.230	1.240	1.250
B_292_13_014 Anzahl aller am FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) Teilnehmenden	Pers.	66	69	65	70	70	70	70
B_292_13_016 Veranstaltungen im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer, die von der Nationalpark-Verwaltung durchgeführt werden	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	60	60	60	60

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 Kennzahlen dieser Produktgruppe von fünfzehn auf acht zusammengefasst werden konnten. Neue Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu B_292_13_003 und B_292_13_004: Der Anteil der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietsflächen verringert sich ab 2017 in geringem Umfang. Dies steht einerseits in Verbindung mit der Ansiedlung von Flüchtlingen und den damit einhergehenden Wohnungsbau, andererseits wird ab 2017 der Anteil der ausgewiesenen Naturschutzgebietsflächen erhöht.

zu B_292_13_009: Die Verbesserung des Erhaltungszustandes eines weiteren FFH-Lebensraumtyps wird in 2019 erreicht. Entsprechende Naturschutzmaßnahmen befinden sich schon in der Umsetzung, so dass zu erwarten ist, dass bis 2020 noch ein weiterer Lebensraumtyp als günstig eingestuft werden kann.

zu B_292_13_011: Die Erfassung von Kennzahlen kann erst erfolgen, wenn die Integration des Biotopverbundes in das Landschaftsprogramm abgeschlossen und damit planerisch gesichert ist.

zu B_292_13_014: Die Anpassung der Kennzahl für das FÖJ war erforderlich, weil sich aufgrund gesteigener Bedarfe für das FÖJ die Zahl der Einsatzstellen erhöht hat.

zu B_292_13_016: Diese Kennzahl wurde zum Haushalt 2017 neu eingerichtet und erfasst nur noch die Veranstaltungen der Nationalpark Verwaltung. In der bisherigen Kennzahl waren auch die Veranstaltungen des Vereins Jordsand enthalten. In der Bewirtschaftung hat sich gezeigt, dass die bisherige Kennzahl nicht steuerbar war. Die jetzige Kennzahl ist abgesehen von Witterungs- und Saisoneinflüssen von der Nationalpark Verwaltung steuerbar und Ausdruck von Personalverfügbarkeiten.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.3.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Arten- und Biotopschutz	711							
Erlöse				8	5	5	5	5
Kosten				1.148	1.218	1.226	1.226	1.241
Saldo Jahresergebnis 1 Arten- und Biotopschutz				-1.140	-1.213	-1.221	-1.221	-1.236
Erlöse				-/-	93	83	82	83
Kosten				-/-	755	739	730	740
Saldo Jahresergebnis 2 Arten- und Biotopschutz				-/-	-1.875	-1.877	-1.869	-1.892
Natur- und Landschaftsschutz	711							
Erlöse				54	51	51	51	51
Kosten				1.874	2.164	2.176	2.176	2.123
Saldo Jahresergebnis 1 Natur- und Landschaftsschutz				-1.820	-2.113	-2.125	-2.125	-2.072
Erlöse				-/-	112	99	98	95
Kosten				-/-	924	904	892	852
Saldo Jahresergebnis 2 Natur- und Landschaftsschutz				-/-	-2.925	-2.930	-2.919	-2.829
Vertragsnaturschutz	711							
Erlöse								
Kosten				850	839	841	841	849
Saldo Jahresergebnis 1 Vertragsnaturschutz				-850	-839	-841	-841	-849
Erlöse				-/-	37	35	35	34
Kosten				-/-	263	262	261	266
Saldo Jahresergebnis 2 Vertragsnaturschutz				-/-	-1.065	-1.068	-1.067	-1.081
Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer	711							
Erlöse				1	1	1	1	1
Kosten				433	423	423	423	430
Saldo Jahresergebnis 1 Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer				-432	-422	-422	-422	-429
Erlöse				-/-	47	43	43	42
Kosten				-/-	348	344	342	344
Saldo Jahresergebnis 2 Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer				-/-	-724	-722	-721	-731
FFH- und Vogelschutzrichtlinie	711							
Erlöse								
Kosten				210	247	249	249	257
Saldo Jahresergebnis 1 FFH- und Vogelschutzrichtlinie				-210	-247	-249	-249	-257
Erlöse				-/-	39	36	36	35
Kosten				-/-	276	273	273	278
Saldo Jahresergebnis 2 FFH- und Vogelschutzrichtlinie				-/-	-484	-486	-486	-500
Biotopverbund	711							
Erlöse								
Kosten				187	142	143	143	146
Saldo Jahresergebnis 1 Biotopverbund				-187	-142	-143	-143	-146
Erlöse				-/-	28	27	27	26
Kosten				-/-	186	187	187	189
Saldo Jahresergebnis 2 Biotopverbund				-/-	-300	-303	-303	-309
Eingriffsregelung	711							
Erlöse					5	5	5	5
Kosten				348	386	390	390	347
Saldo Jahresergebnis 1 Eingriffsregelung				-348	-381	-385	-385	-342
Erlöse				-/-	58	53	53	48
Kosten				-/-	448	441	438	403
Saldo Jahresergebnis 2 Eingriffsregelung				-/-	-771	-773	-771	-697

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS	711							
Erlöse				277	360	370	375	381
Kosten				1.427	431	435	435	394
Saldo Jahresergebnis 1				-1.150	-71	-65	-60	-13
Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS								
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2				-/-	-71	-65	-60	-13
Umweltbildung u. Bildung f. Nachh. Entw.	713							
Erlöse								
Kosten				175	190	191	191	203
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltbildung u. Bildung f. Nachh. Entw.				-175	-190	-191	-191	-203
Erlöse				-/-	34	32	32	31
Kosten				-/-	233	232	232	240
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltbildung u. Bildung f. Nachh. Entw.				-/-	-389	-392	-392	-412
Freiwilliges Ökologisches Jahr	713							
Erlöse					532	532	520	508
Kosten				284	755	757	757	714
Saldo Jahresergebnis 1 Freiwilliges Ökologisches Jahr				-284	-223	-225	-237	-206
Erlöse				-/-	53	48	48	44
Kosten				-/-	402	395	394	359
Saldo Jahresergebnis 2 Freiwilliges Ökologisches Jahr				-/-	-572	-571	-583	-521
Gut Karlshöhe	713							
Erlöse				64	24	5	5	5
Kosten				816	842	844	845	844
Saldo Jahresergebnis 1 Gut Karlshöhe				-752	-817	-839	-840	-839
Erlöse				-/-	31	29	29	28
Kosten				-/-	205	205	206	208
Saldo Jahresergebnis 2 Gut Karlshöhe				-/-	-992	-1.015	-1.016	-1.019

Natur- und Landschaftsschutz:

Das Produkt Natur- und Landschaftsschutz enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 70 bzw. 72 Tsd. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen, insbesondere die verbesserte Pflege von Naturschutzgebieten.

Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS:

Aufgrund der noch ausstehenden Bilanzeröffnung des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege (SVNL) wurden vorsorglich in den Vorjahren Abschreibungen veranschlagt, um außerplanmäßige Abschreibungen nach Aktivierung der Finanzanlage SVNL begleichen zu können. Die Veranschlagung der Abschreibungen für das SVNL entfällt ab 2017.

Freiwilliges Ökologisches Jahr:

Bei den Erlösen im Produkt Freiwilliges Ökologisches Jahr handelt es sich um für die pädagogische Begleitung durch die BUE und für die außerhalb der BUE tätigen FÖJ Teilnehmer/innen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie aus den Einsatzstellen außerhalb der BUE geleistete Erstattungen. Die Erhöhung der Erlöse und Kosten in gleicher Höhe resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung im Haushalt 2017/2018.

4.3.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			40,93	45,35	44,55	43,75	42,10

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.5 Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

4.3.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe 292.14 Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

Die veranschlagten Mittel werden unterjährig für Maßnahmen des Hamburger Klimaplanes, für die Förderung der Energiewende, für die Aufwertung öffentlicher Grün- und Freiräume, für die Entwässerung in Grünanlagen, für die Unterhaltung und Durchführung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen sowie für die Pflege und Entwicklung von Naturschutzgebieten per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.3.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			640	95	95	95	95
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen			414	289	556	834	1.098
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-1.054	-384	-651	-929	-1.193
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-1.054	-384	-651	-929	-1.193
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-1.054	-384	-651	-929	-1.193
16. Globale Mehrkosten			8.248	13.246	15.115	14.107	10.150
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-9.302	-13.629	-15.766	-15.036	-11.342

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ veranschlagten Kosten werden für die Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen sowie die Pflege und Entwicklung von Naturschutzgebieten benötigt. Der Ansatz in Höhe von 200 Tsd. Euro für das zentrale Programm „ZP Pflege und Entwicklung von NSG“ wurde im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ herabgesetzt und im Rahmen der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) im Kontenbereich „Globale Mehr- oder Minderkosten“ veranschlagt.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

Kosten aus Abschreibungen

Die Kosten aus Abschreibungen beziehen sich vorwiegend auf die Maßnahmen der Investitionsprogramme „Wohnungsbaufolgekosten“ und „Grün- und Kleingartenanlagen Bau“.

Globale Mehrkosten

Die im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" veranschlagten Kosten stehen überwiegend im Zusammenhang mit Maßnahmen des Hamburger Klimaplanes. Im Rahmen der Prioritätensetzung werden mit den Mitteln des Hamburger Klimaplanes weiterhin verstärkt CO₂-einsparende Maßnahmen gefördert. Daneben sollen auch Maßnahmen gefördert werden, die kein CO₂ einsparen, wie z.B. Anpassungs-, Bildungs-, oder Beratungsprojekte, allerdings in deutlich geringerem Umfang. Weiterhin sind in diesem Kontenbereich maßgeblich Kosten für die Instandhaltung von öffentlichen Grün- und Kleingartenanlagen, für die Entwicklung der „Landschaftsachse Horner Geest“, Planungsmittel für die Landschafts- und Grünplanung, Mittel zur Kostendeckung der Entwässerung von Niederschlagswasser auf Öffentlichen Grünanlagen und für Maßnahmen in Grünanlagen, die als Folge des Wohnungsbauprogramms umzusetzen sind, vorgesehen. In geringem Umfang sind außerdem Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Energiewende veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung sind weder die Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Globale Mehrkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.5.5).

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				50	50
VE für Kosten für Transferleistungen					
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten				15.115	14.357

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigungen sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung und die Forcierung einzelner Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie dem Hamburger Klimaplan und der Energiewende (VE für Globale Mehrkosten) möglich. Beim Hamburger Klimaplan und der Energiewende sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder die Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen. Weiterhin sind Verpflichtungsermächtigungen aufgrund der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (VE für Globale Mehrkosten) erforderlich. Die Höhe aller Verpflichtungsermächtigungen orientiert sich grundsätzlich an den Jahresbedarfen der jeweiligen Maßnahmen.

4.3.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.3.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.3.2.5.3).

4.3.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
ZP Hamburger Klimaplan	992							
Erlöse						0	0	0
Kosten				7.038	7.655	7.931	7.116	6.166
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Hamburger Klimaplan				-7.038	-7.655	-7.931	-7.116	-6.166
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Hamburger Klimaplan				-/-	-7.655	-7.931	-7.116	-6.166
ZP Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahm.	992							
Erlöse								
Kosten				91	97	100	103	106
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahm.				-91	-97	-100	-103	-106
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahm.				-/-	-97	-100	-103	-106
ZP Energiewende	992							
Erlöse								
Kosten				236	400	400	400	400
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Energiewende				-236	-400	-400	-400	-400
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Energiewende				-/-	-400	-400	-400	-400
ZP Pflege und Entwicklung von NSG	992							
Erlöse								
Kosten				734	773	798	798	97
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Pflege und Entwicklung von NSG				-734	-773	-798	-798	-97
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Pflege und Entwicklung von NSG				-/-	-773	-798	-798	-97
ZP Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten	992							
Erlöse						0	0	0
Kosten				1.203	3.604	5.437	5.519	3.474
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten				-1.203	-3.604	-5.437	-5.519	-3.474
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten				-/-	-3.604	-5.437	-5.519	-3.474
ZP Entwässerung in Grünanlagen	992							
Erlöse								
Kosten					1.100	1.100	1.100	1.100
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Entwässerung in Grünanlagen					-1.100	-1.100	-1.100	-1.100
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Entwässerung in Grünanlagen				-/-	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich Naturschutz, Grünplanung und Energie sowie auf andere Aufgabenbereiche des Einzelplans der BUE oder anderer Einzelpläne übertragen.

ZP Hamburger Klimaplan

Das Produkt ZP Hamburger Klimaplan enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 750 bzw. 950 Tsd. Euro (2017/2018)). Diese zusätzlichen Mittel sollen für CO₂ einsparende Maßnahmen, als Komplementärmittel für bezirkliche Klimaschutz(teil)konzepte und Klimaschutzmanager sowie für Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche verwendet werden.

ZP Energiewende

Die Erhöhung der Kosten resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung von Kosten im Produkt „ZP Energiewende“, die in gleicher Höhe beim Produkt „Verbesserung der Energieeffizienz“ in der Produktgruppe 292.12 Energie reduziert wurden, um flexibler auf kommende Aufgaben reagieren zu können.

ZP Pflege und Entwicklung von NSG

Das Produkt ZP Pflege und Entwicklung von NSG enthält ebenfalls Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 773 bzw. 798 Tsd. Euro (2017/2018)). Die veranschlagten Kosten stehen in Zusammenhang mit der Umsetzung zusätzlicher Aufgaben wie die Aufstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen, verbesserte Pflege von Naturschutzgebieten, Unterhaltung von Ausgleichsmaßnahmen aus B-Plänen sowie Umsetzung der FFH Strategie und Biotopverbund sowie Erhöhungen der Zuwendungen an die Naturschutzverbände.

ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten

Das Produkt ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten enthält ebenfalls Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats gemäß der Koalitionsvereinbarung (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 400 Tsd. Euro bzw. 1,12 Mio. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Förderung des Stadtbaumbestandes (Sonderprogramm mit Beginn 2016) und die Entwicklung der „Landschaftsachse Horner Geest“. Aufgrund der unterschiedlichen Maßnahmenplanungen in den jeweiligen Jahren schwanken die Kosten erheblich.

ZP Entwässerung in Grünanlagen

Von den bisher im Aufgabenbereich 291 Umweltschutz veranschlagten Mitteln für Siegelgebühren wird ein Betrag in Höhe von 1,1 Mio. Euro ab dem Haushaltsjahr 2017ff. im Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie im neu eingerichteten Zentralen Programm "ZP Entwässerung in Grünanlagen" veranschlagt. In den Bezirken sind die Fachämter Management des öffentl. Raumes (MR) für die Flächengestaltung (Versiegelungsgrad) und für die Prüfung der Bescheide sowie das Verwaltungsvermögen verantwortlich. Die Gebühren für die Entwässerung von Niederschlagswasser dienen unter anderem zur Unterhaltung der öffentlichen Siele, die immer stärker ausgelastet sind. Mit dem Siegelgebührensplitting soll auch ein Anreiz zu Entsiegelung und örtlichen Versickerung geschaffen werden. Die FHH hat mit dem Projekt RegenInfraStrukturAnpassung (RISA) ein Konzept für das Regenwassermanagement aufgestellt. Dort stehen die öffentlichen Grünanlagen im Fokus als Flächen mit Potential zu Versickerung und Rückhaltung.

4.3.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.

4.3.2.6 Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

4.3.2.6.1 Vorwort der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

In der Produktgruppe 292.15 Bezirkliche Zuweisungen NGE sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen, Zweck und Einzelzuweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Produktgruppe enthält Mittel für die Rahmenzuweisungen „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz“ und „Öffentliches Grün“ sowie Zweckzuweisungen für "Bestattungen nach § 10 Bestattungsgesetz“.

Die veranschlagten Beträge 2017 und 2018 für die Rahmenzuweisungen „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz“ in Höhe von jeweils 90 Tsd. EUR werden wie folgt auf die Bezirke verteilt (im Bezirk Eimsbüttel befindet sich kein Naturschutzgebiet):

Hamburg-Mitte = 16,67% = 15 Tsd. EUR,

Altona = 15,56% = 14 Tsd. EUR,

Hamburg-Nord = 12,22% = 11 Tsd. EUR,

Wandsbek = 17,78% = 16 Tsd. EUR,

Bergedorf = 26,67% = 24 Tsd. EUR,

Harburg = 11,11% = 10 Tsd. EUR.

Die Rahmenzuweisung „öffentliches Grün“ enthält Mittel für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze, Pflege der Straßenbäume, Betriebskosten für die bezirklichen Friedhöfe in Hamburg-Mitte, Altona, Bergedorf und Harburg sowie Mittel für ökologische Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im öffentlichen Grün. Neu aufgenommen wurden gem. Drs. 21/1980 die Kosten für den Winterdienst an Kleingärten. Die Verteilung erfolgt überwiegend unter Berücksichtigung der Flächengröße und der Anzahl der Straßenbäume. Die Ansätze wurden gegenüber den Vorjahren durch Aufstockung der Mittel sowie durch die in die Rahmenzuweisung übernommenen Mittel für den Winterdienst an Kleingärten erhöht.

Die veranschlagten Beträge für 2017/2018 in Höhe von 20.973 Tsd. Euro / 21.154 Tsd. Euro werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = 32,10 / 31,96 % = 6.732 / 6.761 Tsd. EUR,

Altona = 14,35 / 14,38 % = 3.010 / 3.042 Tsd. EUR,

Eimsbüttel = 8,52 / 8,54 % = 1.787 / 1.806 Tsd. EUR,

Hamburg-Nord = 13,49 / 13,52 % = 2.829 / 2.859 Tsd. EUR,

Wandsbek = 14,74 / 14,77 % = 3.092 / 3.125 Tsd. EUR,

Bergedorf = 8,72 / 8,74 % = 1.829 / 1.849 Tsd. EUR,

Harburg = 8,08/8,09 % = 1.694 / 1.712 Tsd. EUR.

Die Zweckzuweisung „Bestattungen nach § 10 Bestattungsgesetz“ enthält Mittel für die Bestattung Verstorbener ohne Angehörige oder mit Angehörigen, die nicht tätig werden. Die veranschlagten Beträge für 2017 und 2018 in Höhe von jeweils 1.300 Tsd. Euro werden in Anlehnung an die Vorjahresbedarfe wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = 33,08% = 430 Tsd. EUR,

Altona = 13,85% = 180 Tsd. EUR,

Eimsbüttel = 7,69% = 100 Tsd. EUR,

Hamburg-Nord = 17,69% = 230 Tsd. EUR,

Wandsbek = 16,92% = 220 Tsd. EUR,

Bergedorf = 3,85% = 50 Tsd. EUR,

Harburg = 6,92% = 90 Tsd. EUR.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.3.2.6.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			20.563	23.664	22.105	18.212	18.212
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen			1.300	0	0	0	0
5. Kosten aus Abschreibungen			162	64	223	287	353
6. Sonstige Kosten				439	439	439	439
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Kosten für Transferleistungen, Sonstige Kosten

Die Bestattungen nach §10 Bestattungsgesetz werden ab dem Haushaltsjahr 2017ff. nicht mehr bei den Kosten für Transferleistungen, sondern bei den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit geplant.

Die Rahmenezuweisung „öffentliches Grün“ wird in den Kontenbereichen Sonstige Kosten und Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit geplant. In den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit sind außerdem die Zuweisungen für die Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, die Zuweisung an die Bezirksämter für den Leistungszweck "Bestattungen Verstorbener ohne Angehörige" sowie die Kosten für die Einzelzuweisung "Sanierung Eisbahn" enthalten.

Im Übrigen siehe die Erläuterungen im Vorwort der Produktgruppe.

4.3.2.6.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ für den Naturschutz Fachämter MR			90	90	90	90	90
Kosten RZ Grün Fachämter MR			20.381	20.973	21.154	17.261	17.261
Zweckzuweisungen							
Kosten ZZ Bestattungen Fachämter GS			1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
Einzelzuweisungen							
Kosten EZ Sanierung Eisbahn Planten un BlumenMR			0	1.740			
Abschreibungen							
Abschreibungen			162	64	223	287	353
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			21.933	24.167	22.767	18.938	19.004

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.3.2.6.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
Rahmenzuweisung					
RZ für den Naturschutz Fachämter MR				90	90
RZ Grün Fachämter MR				10.359	8.413
Zweckzuweisung					
ZZ Bestattungen Fachämter GS				650	650
SummeVE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				11.099	9.153

Die Verpflichtungsermächtigung ermöglicht den Bezirken, jahresübergreifende Verträge für Planungs- und Unterhaltungsleistungen zu schließen.

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Einbind.v.Untern.i.d.Energieversorg.EFRE							
Einzahlungen							
Auszahlungen				0			
Saldo Einbind.v.Untern.i.d.Energieversorg.EFRE				0			
Verpflichtungsermächtigung							
Einbind.v.Untern.i.d.Energieversorg.EFRE						-/-	-/-
Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes							
Einzahlungen							
Auszahlungen			20				
Saldo Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes			-20				
Verpflichtungsermächtigung Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes						-/-	-/-
Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			76				
Saldo Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen			-76				
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen						-/-	-/-
Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.							
Einzahlungen							
Auszahlungen			365	365	365	365	365
Saldo Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.			-365	-365	-365	-365	-365
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.				365	365	-/-	-/-
ZP Grunderwerb Grün							
Einzahlungen			700				
Auszahlungen			1.025	300	300	300	300
Saldo ZP Grunderwerb Grün			-325	-300	-300	-300	-300
Verpflichtungsermächtigung ZP Grunderwerb Grün				300	300	-/-	-/-
ZP Wohnungsbaufolgekosten							
Einzahlungen							
Auszahlungen			6.944	4.397	3.000	4.045	4.636
Saldo ZP Wohnungsbaufolgekosten			-6.944	-4.397	-3.000	-4.045	-4.636
Verpflichtungsermächtigung ZP Wohnungsbaufolgekosten				3.000	4.045	-/-	-/-
ZP Grün- und Kleingartenanlagen Bau							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.285	1.328	1.552	1.485	1.522
Saldo ZP Grün- und Kleingartenanlagen Bau			-2.285	-1.328	-1.552	-1.485	-1.522
Verpflichtungsermächtigung ZP Grün- und Kleingartenanlagen Bau				1.552	1.485	-/-	-/-
ZP Große Kleingartenanlagen Bau							
Einzahlungen							
Auszahlungen			420	640	728	560	
Saldo ZP Große Kleingartenanlagen Bau			-420	-640	-728	-560	
Verpflichtungsermächtigung ZP Große Kleingartenanlagen Bau				728	560	-/-	-/-
ZP Natursch. Ausgleichsmaßn. Bauleitpl.							
Einzahlungen							
Auszahlungen			49	127	138	143	145
Saldo ZP Natursch. Ausgleichsmaßn. Bauleitpl.			-49	-127	-138	-143	-145
Verpflichtungsermächtigung ZP Natursch. Ausgleichsmaßn. Bauleitpl.				138	143	-/-	-/-
ZP Landschaftsachse Horner Geest							
Einzahlungen							
Auszahlungen					581	611	
Saldo ZP Landschaftsachse Horner Geest					-581	-611	
Verpflichtungsermächtigung ZP Landschaftsachse Horner Geest				581	611	-/-	-/-

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
ZP Besondere Einzelmaßnahmen Grün							
Einzahlungen							
Auszahlungen				980	930	1.260	830
Saldo ZP Besondere Einzelmaßnahmen Grün				-980	-930	-1.260	-830
Verpflichtungsermächtigung ZP Besondere Einzelmaßnahmen Grün				930	1.260	-/-	-/-
RZ Öffentliche Grünanlagen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			969	969	969	969	1.003
Saldo RZ Öffentliche Grünanlagen			-969	-969	-969	-969	-1.003
Verpflichtungsermächtigung RZ Öffentliche Grünanlagen				969	969	-/-	-/-
EZ Pflanzen un Blumen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			450				
Saldo EZ Pflanzen un Blumen			-450				
Verpflichtungsermächtigung EZ Pflanzen un Blumen						-/-	-/-
EZ Erweiterung Eisbahn Pflanzen un Blumen							
Einzahlungen							
Auszahlungen				4.407			
Saldo EZ Erweiterung Eisbahn Pflanzen un Blumen				-4.407			
Verpflichtungsermächtigung EZ Erweiterung Eisbahn Pflanzen un Blumen						-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme			-11.903	-13.513	-8.563	-9.738	-8.801
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				8.563	9.738	-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen				30	30	30	30
Summe sonstige Investitionen				-30	-30	-30	-30
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen				30	30	-/-	-/-

Summe Investitionsmittel			-11.903	-13.543	-8.593	-9.768	-8.831
---------------------------------	--	--	----------------	----------------	---------------	---------------	---------------

Energieeffizienz

Neben den dargestellten Investitionsprogrammen besteht im Aufgabenbereich NGE noch das mit der Drucksache 21/711 eingerichtete Investitionsprogramm „Intelligente Einbindung von Unternehmen in die Energieversorgung (EFRE)“. Dieses Investitionsprogramm dient der Gewährung von Zuschüssen für Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen durch die Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen und der Einbindung von Unternehmen in die Energieversorgung mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2014 – 2020. Die EU-Mittel werden von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (AB 271) im Laufe des Haushaltsjahres durch Sollübertragung dem AB 292 zur Auszahlung bereitgestellt. Da der von der EU geforderte Komplementäranteil vom Empfänger der Fördermittel – den Unternehmen – zu erbringen ist, ist es nicht erforderlich, zusätzliche Mittel im Haushaltsplan der BUE zu veranschlagen. Alle Förderfälle sind gleichartig und unterscheiden sich nur in der Höhe des Zuschussbetrags; sie werden einheitlich nach der Förderrichtlinie „Energiewende in Unternehmen“ bewilligt.

Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen und Grunderwerb Naturschutz

Die Abweichungen zwischen den einzelnen Jahren für Investitionsmittel sind darin begründet, dass sich die Flächenankäufe für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen nicht kontinuierlich vollziehen, sondern von der Ausweisung in Bauleitplänen, dem aktuellen Stand der Unterschutzstellung und der Verkaufsbereitschaft der Grundeigentümer abhängen.

Grunderwerb Grün

Im Rahmen der Entflechtung wurden mit der Drucksache 21/1980 im Aufgabenbereich 292 "Naturschutz, Grünplanung und Energie" die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils 700 Tsd. Euro

abgesenkt. Die Einzahlungen und Auszahlungen werden jetzt direkt in den Einzelplänen der Bezirksämter veranschlagt und stehen dort für den Grunderwerb unmittelbar zur Verfügung. Die im AB 292 verbleibenden Auszahlungen in Höhe von 325 Tsd. Euro werden unterjährig nach Bedarf so auf die Bezirksämter aufgeteilt, dass damit ebenfalls Ankäufe planrechtlich entsprechend ausgewiesener Flächen möglich sind.

Wohnungsbaufolgekosten

Im Rahmen der Wohnungsbauffensive des Senats sollen jährlich 10.000 neue Wohnungen in Hamburg geschaffen werden. Für die mit der Entwicklung von Wohngebieten verbundenen erforderlichen Investitionen der sozialen Infrastruktur (Neubau, Qualitätsverbesserung von Grünanlagen, Spielplätzen und sonstigen Freiräumen) sind Mittel in diesem Investitionsprogramm vorgesehen. Der Mittelbedarf ist insbesondere darin begründet, dass die Notwendigkeit einer weiteren, sehr raschen Verdichtung der Stadt durch die Migrationsbewegungen der letzten Zeit die Nutzungsintensität im öffentlichen Raum erheblich steigen lässt. Um Konflikten zu begegnen, sind die vorhandenen Freiflächen zu ertüchtigen bzw. in Teilbereichen neu anzulegen. Die Qualifizierung des öffentlichen Freiraumes kann damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag im städtischen Miteinander leisten, da der öffentliche Freiraum der Bewegungsraum aller ist.

Grün- und Kleingartenanlagen Bau

Mit den veranschlagten Mitteln sollen vorrangig in Bereichen des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms und in Neubaugebieten sowie in dicht bebauten und unterversorgten Stadtteilen Grünanlagen und Spielplätze hergerichtet bzw. bedarfsgerecht umgestaltet werden. In dem Ansatz sind Mittel für gartendenkmalpflegerische Maßnahmen, Realisierungswettbewerbe sowie die für Baumaßnahmen erforderlichen Architektenhonorare, Kosten für Baugrunduntersuchung, Vermessung und sonstige vorbereitende Tätigkeiten enthalten. Geplant ist außerdem der Bau von Kleingartenparzellen, um die Ersatzlandverpflichtung nach dem Bundeskleingartengesetz für geräumte Kleingärten zu erfüllen. Dies geschieht auch durch Nachverdichtung in vorhandenen Kleingartenanlagen.

Große Kleingartenanlagen Bau

Auf dem Gelände südlich Brookdeich soll eine Logistikfläche entwickelt werden. Ein entsprechendes B-Plan-Verfahren ist eingeleitet (Bergedorf 99). Zum Ersatz der entfallenden 88 Kleingärten ist die FHH gemäß Bundeskleingartengesetz und dem sog. „10.000er-Vertrag“ verpflichtet. Gleichzeitig ist eine Kompensation für die ebenfalls entfallenden Grabelandparzellen zugesagt worden, die in Form von auf das städtische Liefersoll anrechenbaren Ersatzkleingärten erfolgen wird. Für die Sicherung der Ersatzkleingärten wurde der B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11 (Entwurf) eingeleitet. Hier sollen in 8 Bauabschnitten insgesamt 230-250 Parzellen geschaffen werden, die über die 88 Parzellen hinaus einen Beitrag zum Abbau des gesamtstädtischen Liefersolls leisten. Der Gesamtmittelbedarf in Höhe von 3.110 Tsd. Euro verteilt sich auf die Jahre 2013-2019.

Im Zusammenhang mit der igs 2013 sind für die entfallenen Kleingärten 193 Ersatzkleingärten herzustellen. Ein Teil der Ersatzkleingärten wurde aus den Infrastrukturmitteln „Sprung über die Elbe“ parallel zur igs 2013 hergestellt. Im Zuge der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße werden ca. 70-90 Kleingartenparzellen entfallen (Stand Planfeststellungsunterlagen 2011). Der Gesamtmittelbedarf für die in Wilhelmsburg entstandenen Bedarfe für Ersatzkleingärten in Höhe von 2.780 Tsd. Euro verteilt sich auf die Jahre 2014-2019.

ZP Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen Bauleitplanung

Die Herrichtung von Ausgleichsflächen und -maßnahmen wird in Abhängigkeit der Grundverhältnisse, der jeweiligen Art der Maßnahmen und deren Umfang sowie der beteiligten Dienststellen innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg haushaltstechnisch sehr vielschichtig abgewickelt. Bislang wurden alle Maßnahmen ausschließlich konsumtiv im Haushalt abgebildet. Um die Möglichkeit zu schaffen, alle Aktivitäten im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen zu gewährleisten, war die Einrichtung eines Investitionsprogramms erforderlich, um auch im investiven Bereich sowohl Sollübertragungen als auch aufgabenbereichseigene Bewirtschaftungen im Ist zu gewährleisten.

Landschaftsachse Horner Geest

Die Entwicklung und der Bau der Landschaftsachse Horner Geest ist ein Pilotvorhaben und Auftakt zur Realisierung des ‚Grünen Netzes‘. Es umfasst die planerische Freiraumstruktur Hamburgs, die sich aus den geographischen Begabungen der Stadt heraus entwickelte und als strategisches und kontinuierlich wirksames Instrument zur Steuerung einer integrierten Stadtentwicklung durch grüne Infrastruktur dient. Die Landschaftsachse Horner Geest bietet angesichts der geplanten städtischen Verdichtung im Hamburger Osten zukünftig die Chance, auf einer Länge von über 8 km, eine durchgängige Grün-, Biotop-, Erlebnis- und Mobilitätsverbindung von der Innenstadt bis in die ‚freie Landschaft‘ zu realisieren. Zugleich sollen innovative Wege in der Planungskultur beschritten werden, die aufbauend auf bereits bestehenden Beteiligungsstrukturen die Akteure vor Ort von Anfang an in den Mittelpunkt der Planung stellen.

Mit dem erstmaligen ‚Bau‘ einer Landschaftsachse wird das in einigen Teilen nur auf dem Papier existierende Modell des Grünen Netzes in die Zukunft fortgeschrieben und pilothaft in die Praxis überführt. Mit dieser Maßnahme soll der investive Anteil (1,192 Mio. Euro) des Eigenfinanzierungsanteils der FHH (1,65 Mio. Euro) zur Realisierung des Projekts im Rahmen des Bundesprogramms ‚Nationale Projekte des Städtebaus‘ umgesetzt werden.

Besondere Einzelmaßnahmen Grün/ Einzelzuweisung Pflanzen und Blumen

Die Veranschlagung dient der Beteiligung an Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung im Bereich Stadtgrün, deren Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt ist. Insbesondere sollen die Mittel notwendige Baumaßnahmen in Pflanzen und Blumen unterstützen. Pflanzen und Blumen ist Hamburgs prominenteste Grünanlage. In einer langen Tradition stehend ermöglicht sie in der verdichteten Innenstadt der Bevölkerung das Erleben von Jahreszeiten in einer intensiv gepflegten gärtnerischen Anlage von hoher Qualität. Die Anlage besteht aus einer Vielzahl unterschiedlich gestalteter Teilbereiche, die zum Teil einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen (zum Beispiel: Wassertreppe; Teepavillon; Cafe Seeterrassen; Wasserlichtorgel). Auch stellt sich immer wieder das Erfordernis, Anpassungen an städtebauliche Veränderungen an den Rändern des Parks vorzunehmen, die zum Teil erheblichen Aufwand erfordern (zum Beispiel Folgen des Rückbaus der Marseiller Straße und die Umgestaltung des Dag-Hammarskjöld-Platzes im Zusammenhang mit der Revitalisierung des CCH). Im Gegenzug wird auf die Veranschlagung einer Einzelzuweisung Pflanzen und Blumen an den Bezirk Hamburg-Mitte verzichtet.

Einzelzuweisung Erweiterung Eisbahn Pflanzen und Blumen

Die Sanierung und Erweiterung der Eisbahn Pflanzen und Blumen setzt sich aus konsumtiven und investiven Teilmaßnahmen zusammen. Von den investiven Teilmaßnahmen in Höhe von 5.583 Tsd. Euro wurde ein 2016 benötigter Anteil in Höhe von 1.176 Tsd. Euro mit der Drucksache 21/3653 nachgefordert. Der verbleibende Anteil von 4.407 Tsd. Euro ist 2017 im Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie veranschlagt. Die Finanzierung sowie die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme sind in der Drucksache 21/3653 dargestellt.

Rahmenzuweisung Öffentliche Grünanlagen

Veranschlagt ist die Rahmenzuweisung an die Bezirke für kleinere gestalterische Maßnahmen in Grünanlagen und auf Spielplätzen, Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten sowie die Grundinstandsetzung der Betriebsgebäude für den Gartenbaubereich. Aus der Zuweisung werden des Weiteren Investitionsmaßnahmen auf bezirklichen Friedhöfen für Fahrzeuge, Geräte, Hochbaumaßnahmen sowie Tiefbaumaßnahmen (Wege, Wasserleitung und Herrichtung von Belegungsflächen) finanziert. Die Anmeldung entspricht als Ausgangsbasis der geltenden Finanzplanung.

Hamburg-Mitte = 17,23% = 167 Tsd. EUR,

Altona = 18,27% = 177 Tsd. EUR,

Eimsbüttel = 6,4% = 62 Tsd. EUR,

Hamburg-Nord = 12,59% = 122 Tsd. EUR,

Wandsbek = 20,02% = 194 Tsd. EUR,

Bergedorf = 11,56% = 112 Tsd. EUR,

Harburg = 13,93% = 135 Tsd. EUR

Sonstige Investitionen

Die sonstigen Investitionen setzen sich zusammen aus der Maßnahme „Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes“ in Höhe von 20 Tsd. Euro (ehemals Investitionsprogramm) und der Maßnahme „Fahrzeuge, Geräte etc. f. d. Naturschutz“ in Höhe von 10 Tsd. Euro. Veranschlagt sind in der Maßnahme „Fahrzeuge, Geräte etc. f. d. Naturschutz“ Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen, Geräten, Maschinen und Ausstattungsgegenständen mit einem Wert von mehr als 5.000 Euro im Einzelfall. Bei den nur schwer planbaren Anschaffungen handelt es sich beispielsweise um die kurzfristige Neubeschaffung eines nicht mehr reparablen Dienstfahrzeuges, Ersatzbeschaffungen defekter Geräte und Maschinen für die Durchführung von Pflegemaßnahmen in den Naturschutzgebieten (wie z.B. Häcksler, Mulcher, Balkenmäher, evtl. Zusatzgeräte für den Trecker etc).

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

Darlehen sind nicht veranschlagt.

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Bestattungen							
Erlöse			2	2	2	2	2
Kosten			264	264	184	184	184
Saldo GL Bestattungen			-262	-262	-182	-182	-182
GL Enteignungen und Entschädigungen							
Erlöse							
Kosten			10	10	10	10	10
Saldo GL Enteignungen und Entschädigungen			-10	-10	-10	-10	-10
GL Kriegsgräber							
Erlöse			967	967	967	967	967
Kosten			878	878	878	878	878
Saldo GL Kriegsgräber			89	89	89	89	89
GL Öffentliches Grün auf Friedhöfen							
Erlöse							
Kosten			3.400	3.800	3.800	3.800	3.800
Saldo GL Öffentliches Grün auf Friedhöfen			-3.400	-3.800	-3.800	-3.800	-3.800
ZP GL Kriegsgräber							
Erlöse							
Kosten			70	70	70	70	70
Saldo ZP GL Kriegsgräber			-70	-70	-70	-70	-70
ZP GL Verbindliche Ausgleichsmaßnahmen							
Erlöse							
Kosten			90	90	90	90	90
Saldo ZP GL Verbindliche Ausgleichsmaßnahmen			-90	-90	-90	-90	-90
Summe Gesetzliche Leistungen			-3.743	-4.143	-4.063	-4.063	-4.063

In den gesetzlichen Leistungen sind die Kosten für die Unterhaltung des öffentlichen Grüns für die Friedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf in Höhe von 3,8 Mio. Euro, Kosten für Altgrabverträge auf den Flächen der Hamburger Friedhöfe AöR und für Gräber im öffentlichen Interesse sowie für Kriegsgräber enthalten. Ferner gibt es gesetzliche Leistungen im Zusammenhang mit der Enteignung und Entschädigung nach §§ 19 und 20 Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz sowie der Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen.

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppen 292.10 "Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz", 292.12 "Energie" und 292.13 "Naturschutz", Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung des Zentralen Programms "ZP Entwässerung in Grünanlagen" Kosten zu verursachen ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Zentralen Programms "ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten" (PG 292.14). Die Gebühren für die Entwässerung von Niederschlagswasser dienen unter anderem der Unterhaltung der öffentlichen Siele, die immer stärker ausgelastet sind. Mit dem Sielgebührensplitting soll auch Anreiz zu Entsiegelung und örtlichen Versickerung geschaffen werden. Die FHH hat mit dem Projekt RegenInfraStrukturAnpassung (RISA) ein Konzept für das Regenwassermanagement aufgestellt. Dort stehen die öffentlichen Grünanlagen im Fokus als Flächen mit Potential zu Versickerung und Rückhaltung. Um nicht benötigte Mittel für Sielgebühren im Bereich öffentlicher Grünanlagen auch für Maßnahmen zur Erhöhung des Versickerungspotential, der Regenwasserrückhaltung und der Entsiegelung in öffentlichen Grünanlagen verwenden zu können, ist die Verwendung der Mittel zugunsten des Zentralen Programms "ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten" erforderlich.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 292.10 " Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz ", Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe 292.10 " Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz " sind Kosten für Transferleistungen im Zusammenhang mit Erlösen aus der Kompensationsabgabe für Flugreisen veranschlagt. Die Mittel werden über einen gewissen Zeitraum angesammelt, um das notwendige Volumen für sinnvolle Projekte zu erreichen.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 292.12 "Energie", Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sowie der Produktgruppe 292.14 "Zentrale Programme NGE", Globale Mehrkosten zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe 292.12 "Energie" sowie in der Produktgruppe 292.14 "Zentrale Programme NGE" sind im Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ folgende Sachverhalte veranschlagt bzw. werden durchgeführt:

1. Förderprogramme der BUE, die in der Investitions- u. Förderbank Hamburg (IFB) durchgeführt werden. Diese werden überwiegend aus Mitteln des Hamburger Klimaplan finanziert,
 2. EFRE-Fördermittel der Förderperiode 2014 - 2020 in Höhe von insgesamt rd. 24 Mio. Euro,
 3. Mittel für weitergehende Untersuchungen als möglichen Handlungsauftrag im Rahmen der Erstellung und der Ergebnisse des Wärmekonzeptes zur Zukunftsfähigkeit der Wärmeversorgung in Hamburg,
 4. Maßnahmen des Umweltmanagements langfristige Weiterführung (Ökoprofit und Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe – QuB).
 5. Für den Bereich der öffentlichen Gebäude entstehen Kosten für den Energieeinkauf und die Durchführung eines umfassenden Verbrauchscontrollings.
 6. Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Marktüberwachungsbehörde für das Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz entstehen Kosten für Prüfungen durch Prüfinstitute.
- Nicht abgeflossene Mittel werden im Folgejahr dringend benötigt, um die eingegangenen Verpflichtungen z.B. zum Hamburger Klimaplan, gegenüber der Investitions- und Förderbank Hamburg sowie der EFRE-Verwaltungsbehörde einhalten zu können.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz", Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz" sind Kosten für Transferleistungen für das Vertragsnaturschutz-Programm „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen – Extensivierungsprogramm“ veranschlagt. Die Höhe der Kosten schwankt von Jahr zu Jahr in Abhängigkeit von dem Umfang der abgeschlossenen Verträge und der zu verrechnenden Parallelförderung der BWVI. Eine Ermächtigungsübertragung ist zur Abwicklung des gesamten Verfahrens zwingend erforderlich.

In der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz" sind ferner im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen Mittel für Leistungen nach §§ 19 und 20 Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Enteignungen und Entschädigung) veranschlagt. Die Kosten für Entschädigungen werden zum Ausgleich erlittener Nachteile oder Einschränkungen geleistet. Die Verfahren können sich bis zur Entscheidung über mehrere Jahre hinziehen. Eine Erstattung der gesetzlichen Leistungen ist dann zu gewährleisten.

In der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz" sind im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen Mittel für Zuwendungen für Projektförderung und institutionelle Förderung der Naturschutzverbände und Stiftungen sowie Zuschüsse an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“ und die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ veranschlagt. Diese werden teilweise über das laufende Haushaltsjahr hinaus bewilligt. Für die eingegangenen Verpflichtungen durch Zuwendungsbescheide ist eine Ermächtigungsübertragung zwingend erforderlich.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 292.11 „Landschafts- und Grünplanung“, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, und die Ermächtigung der Produktgruppe 292.14 "Zentrale Programme NGE", Globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Für die Pflege und Ruherechtsentschädigung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft werden Haushaltsmittel durch den Bund zur Verfügung gestellt und an Hamburger kirchliche und staatliche Friedhöfe weitergeleitet. Für jahresübergreifende Abrechnungen und die Bildung einer Landesreserve für unvorhersehbare Bedarfe ist die Übertragbarkeit erforderlich.

Die Ermächtigungen in den Produktgruppen 292.11 „Landschafts- und Grünplanung“ und 292.13 "Naturschutz", Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Sonstigen Kosten erreichen in den genannten Produktgruppen nennenswerte Größenordnungen. Sie sind für eine Reihe unterschiedlicher Sachverhalte veranschlagt; dazu zählen z.B. Mitgliedsbeiträge und Fortbildungsmaßnahmen. Erfahrungsgemäß sind deutlich verzögerte Rechnungstellungen (nach Abschluss des vorigen Geschäftsjahres) nicht auszuschließen. Fortbildungsmaßnahmen werden nur nach Bedarf und unter Berücksichtigung der dienstlichen Möglichkeiten durchgeführt. Aus diesem Grund ist eine Übertragbarkeit der Ermächtigungen geboten.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 292.11 „Landschafts- und Grünplanung“, Kosten des Finanzergebnisses zu verursachen, sind übertragbar.

Es ist davon auszugehen, dass die Hamburger Friedhöfe AöR zum Jahresende einen Fehlbetrag ausweist. Der Buchwertverlust resultiert aus kontinuierlich steigenden Kosten, die im Regelfall über den im selben Jahr erzielten Erlösen der AöR aus den aufzulösenden Rechnungsabgrenzungsposten liegen (vgl. Drs. 21/4848). Der Buchwertverlust und somit auch die auf den Buchwert bezogenen außerplanmäßigen Abschreibungen sind der Höhe nach ungewiss und schwer zu planen.

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 293 Immissionsschutz und Betriebe

Der Aufgabenbereich 293 Immissionsschutz und Betriebe besteht aus folgenden Produktgruppen:

- Produktgruppe 293.11 Immissionsschutz und Betriebe;
- Produktgruppe 293.12 Bezirkliche Zuweisungen IB.

Der Aufgabenbereich ist für den Technischen Umweltschutz zuständig und hierbei insbesondere für den betrieblichen und anlagenbezogenen Umweltschutz. Ziel des Aufgabenbereichs ist es, ein hohes Umweltschutzniveau unter Beachtung vorhandener Rechtsgrundlagen zu erreichen. Er ist durch folgende Aufgabenschwerpunkte geprägt:

- Gewährleisten des ordnungsgemäßen medienübergreifenden Umweltschutzes in Betrieben, u.a. durch Zulassung von Anlagen, Genehmigungen, Erlaubnisse und Befreiungen, Überwachung von Betrieben zur Einhaltung von Umweltvorschriften, Prävention und Gefahrenabwehr, Aufklärung und Beratung zur Lösung von betrieblichen Umweltproblemen;
- Weiterentwicklung von anlagen- und betriebsbezogenen Standards im Umweltschutz;
- Schutz vor schädlichen Auswirkungen gentechnischer Verfahren und Produkte;
- Umsetzung der Umweltschutzvorschriften im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes;
- Gewährleisten der ordnungsgemäßen Abwasserbehandlung, -beseitigung und -einleitung von öffentlichen Flächen und privaten Wohngrundstücken;
- Sofortige Bekämpfung von akuten Schadensfällen für die Umwelt und umweltgerechte Sanierung nach Bränden und Schadensfällen mit Chemikalien;
- Anlagenbezogener Lärmschutz, Lärmaktionsplanung für den Ballungsraum Hamburg, Fluglärmschutz;
- Atomrechtliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Kernenergienutzung, Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlung und elektromagnetischer Felder,
- Registrierung von Schadstoffemissionen und Abfallverbringungen bei industriellen Tätigkeiten;
- Luftreinhalteplanung;

Der Mittel- und Stellenbedarf wird dabei insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Anzahl, Umfang und Schwierigkeitsgrad von Verfahren zu Anlagengenehmigungen und Einleitungserlaubnissen,
- Umfang und Intensität der Überwachung und daraus resultierende Handlungsbedarfe,
- Anzahl und Ausmaß der Umweltschadensfälle, zu denen Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen
- Intensität und Umfang der Vorsorgeplanungen.

Der Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Verantwortung für die Stärkung und Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutz in Hamburg u.a. den ökologischen Zustand der Hamburg prägenden Wasser- und Grünflächen sowie die Luftreinhaltung zu verbessern und den Lärmschutz voranzubringen. Um dies zu erreichen, sollen zusätzliche konkrete Maßnahmen realisiert werden, die auch sichtbare Wirkung entfalten.

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

4.4.2.1 Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

Die Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe sind im Vorwort zum Aufgabenbereich beschrieben. Alle Abteilungen des Amtes sind an der Erstellung dieser Produkte beteiligt.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse			8.251	10.723	10.699	10.687	10.685
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.060	7.145	7.070	6.137	5.768
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>			330	4.113	3.883	3.558	3.569
3. Personalkosten		0	9.752	10.641	10.807	10.453	10.336
a) <i>Kosten für Entgelte</i>			4.989	5.403	5.437	5.140	5.057
b) <i>Kosten für Bezüge</i>		0	2.654	2.450	2.530	2.547	2.538
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>			1.109	1.192	1.203	1.146	1.130
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>			1.000	1.596	1.637	1.621	1.610
4. Kosten für Transferleistungen			747	1.447	1.237	2.127	2.140
5. Kosten aus Abschreibungen			278	829	758	709	680
6. Sonstige Kosten			12	31	57	21	19
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)		0	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)		0	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)		0	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257

Erlöse:

Erlöse werden insbesondere erzielt aus Abwasserabgaben, Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Erstattungen von Verwaltungskosten sowie Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe RESY. Dieses DV gestützte Rufbereitschafts- und Ersteinsatz Informationssystem ist eine Gefahrstoffdatenbank zur überregionalen Nutzung für die Bereiche Wasser, Boden und Luft.

Die Kostenseite der Produktgruppe 293.11 wird zu mehr als 50% durch Personalkosten geprägt.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Die Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden maßgeblich geprägt durch eine Rückstellung für einen erwarteten Rechtsstreit im Zusammenhang mit einer wasserrechtlichen Erlaubnis (3.500 Tsd. Euro p.a.), dessen Klärung frühesten zum Ende dieses Jahrzehnts erwartet wird. Ferner fallen Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren und für die Erarbeitung von Lärminderungsmaßnahmen und Luftreinhalteplanung (je 100 Tsd. Euro p.a.) an.

Kosten für Transferleistungen:

Kosten für Transferleistungen beinhalten neben Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan im Wesentlichen die Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund /Länder Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen. Diese Zuweisungen waren bis 2016 teilweise investiv veranschlagt. Auf Grund der Neufassung der VV Bewirtschaftung ab 2015 erfolgt jetzt eine vollständig konsumtive Veranschlagung im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen.

Kosten aus Abschreibungen:

Die Kosten für Abnutzungen - Abschreibungen entstehen schwerpunktmäßig durch Abschreibungen auf in der Vergangenheit gewährte Investitionszuschüsse, die pauschal aktiviert worden sind und in der Produktgruppe 290.11 Steuerung und Service verortet waren. Der Bestand an aktivierten Investitionszuschüssen wurde von 2015 zu 2016

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

durch die Übertragung an andere Verwaltungseinheiten neu zugeordnet. Entsprechend der Bestandsveränderungen erhöhen sich die geplanten Kosten für Abschreibung. Die neu zugehenden Investitionszuschüsse werden nach doppischen Grundsätzen dezentral in den jeweils zuständigen Fachproduktgruppen aktiviert und ersetzen sukzessive die alten, pauschalen Ansätze.

Sonstige Kosten:

Die Sonstigen Kosten beinhalten die Bedarfe aufgrund zweier Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarungen (Prioritäre Stoffe in kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen sowie Rohrfernleitungsvereinbarungen). Der Anteil Hamburgs wird auf Basis des Königsteiner Schlüssels berechnet.

Im Übrigen resultieren die Aufstockungen der Ansätze in den Kontenbereichen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Personalkosten und Kosten für Transferleistungen aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats gemäß der Koalitionsvereinbarung (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.4.2.1.5).

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.810	800
VE für Kosten für Transferleistungen				3.410	2.700
VE für Sonstige Kosten					
VE für globale Mehrkosten					

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für die Folgejahre eingehen zu können. Sie beziehen sich einerseits auf allgemeine Betriebsausgaben und Betriebsausgaben im Rahmen gesetzlicher Leistungen für Lärminderungsmaßnahmen und die Luftreinhalteplanung. Andererseits wird in zunehmendem Maß eine Verpflichtungsermächtigung zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven sowie das Land Schleswig-Holstein für den Betrieb und die Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen benötigt, um diesen Dienststellen Planungssicherheit zu gewähren. Die Erhöhung gegenüber Vorjahren steht im Zusammenhang mit der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932).

Die Kassenwirksamkeit verteilt sich wie folgt (in Tsd. Euro):

VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit:

Plan 2017: 2018: 1.220, 2019: 590

Plan 2018: 2019: 590, 2020: 210

VE für Kosten für Transferleistungen:

Plan 2017: 2018 710, 2019: 1.600, 2020: 1.100

Plan 2018: 2019: 1.600, 2020: 1.100

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

Z1: Sicherstellung des ordnungsgemäßen anlagen-, betriebs- und grundstücksbezogenen Umweltschutzes im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben; Abwehr von Gefahren durch gentechnische Verfahren und bei akuten Schadensfällen (B_293_11_030 - B_293_11_032)

Z 2: Lärm- und Fluglärmschutz (B_293_11_033, B_293_11_034)

Z 3: Luftreinhaltung (B_293_11_035)

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_293_11_030 Abgeschlossene Zulassungsverfahren und -entscheidungen nach Immissionsschutz-, Gentechnik-, Abfall-, Wasser-, Abwasser- und Chemikalienrecht	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	1.209	1.209	1.210	1.210
B_293_11_031 Überwachte Anlagen vor Ort nach Immissionsschutz-, Gentechnik-, Abfall-, Wasser-, Abwasser- und Chemikalienrecht	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	2.436	2.416	2.390	2.370
B_293_11_032 Anteil der auf Abwassermissstände kontrollierten Parzellen in Kleingartenvereinen (36.000 Parzellen)	%	k.A.	k.A.	k.A.	28,91	33,97	39,03	44,09
B_293_11_033 Verspätungen am Flughafen Hamburg zwischen 23:00 und 24:00 Uhr	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	550	550	550	550
B_293_11_034 Mittelabfluss beim Förderprogramm für passiven Schallschutz an stark lärmbelasteten Straßen	Tsd. EUR	k.A.	k.A.	k.A.	1.100	2.200	1.100	1.100
B_293_11_035 Luftgütepartner, die die Umsetzung von Maßnahmen der Luftgütepartnerschaft dokumentiert haben	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	250	250	250	250

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe 293.11 waren diese nur bedingt aussagefähig und wenig beeinflussbar. Aus diesem Grund wurde die Kennzahlenstruktur der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe grundlegend modifiziert, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 die Ziele der Produktgruppe von zehn auf drei und die Anzahl der Kennzahlen von 26 auf sechs zusammengefasst werden konnten. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Immissionsschutz und Gentechnikrecht	713							
Erlöse				2.383				
Kosten				3.536				
Saldo Jahresergebnis 1 Immissionsschutz und Gentechnikrecht				-1.154				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Immissionsschutz und Gentechnikrecht				-/-				
Wasser- und Abwasserrecht	721							
Erlöse				4.424				
Kosten				3.390				
Saldo Jahresergebnis 1 Wasser- und Abwasserrecht				1.035				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Wasser- und Abwasserrecht				-/-				
Überwachungen nach dem Abfallrecht	722							
Erlöse				50				
Kosten				426				
Saldo Jahresergebnis 1 Überwachungen nach dem Abfallrecht				-376				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Überwachungen nach dem Abfallrecht				-/-				
Erhebung Abwasserabgabe	721							
Erlöse				1.235				
Kosten				134				
Saldo Jahresergebnis 1 Erhebung Abwasserabgabe				1.101				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Erhebung Abwasserabgabe				-/-				
Lärmaktionsplanung, Fluglärm	713							
Erlöse				10				
Kosten				840				
Saldo Jahresergebnis 1 Lärmaktionsplanung, Fluglärm				-830				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Lärmaktionsplanung, Fluglärm				-/-				
Umweltschadensfälle	713							
Erlöse				141				
Kosten				1.573				
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltschadensfälle				-1.432				
Erlöse				-/-	0	0	0	0
Kosten				-/-	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltschadensfälle				-/-	0	0	0	0
Kernernergienutzung	714							
Erlöse				8				
Kosten				237				
Saldo Jahresergebnis 1 Kernernergienutzung				-229				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Kernernergienutzung				-/-				

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	IPR Nummer	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Berichtspflichten	713							
Erlöse								
Kosten				209				
Saldo Jahresergebnis 1 Berichtspflichten				-209				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Berichtspflichten				-/-				
Luftqualitätspläne	713							
Erlöse								
Kosten				596				
Saldo Jahresergebnis 1 Luftqualitätspläne				-596				
Erlöse				-/-				
Kosten				-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Luftqualitätspläne				-/-				
Betriebl.Umweltschutz medienübergreifend	713							
Erlöse					10.711	10.688	10.677	10.675
Kosten					15.673	15.511	14.679	14.567
Saldo Jahresergebnis 1 Betriebl.Umweltschutz medienübergreifend					-4.962	-4.823	-4.002	-3.892
Erlöse				-/-	1.180	1.068	1.032	1.034
Kosten				-/-	8.302	8.143	7.815	7.704
Saldo Jahresergebnis 2 Betriebl.Umweltschutz medienübergreifend				-/-	-12.084	-11.898	-10.785	-10.563
Lärmaktionsplanung und Fluglärm	713							
Erlöse					12	11	10	10
Kosten					1.646	1.436	2.284	2.175
Saldo Jahresergebnis 1 Lärmaktionsplanung und Fluglärm					-1.634	-1.425	-2.274	-2.165
Erlöse				-/-	299	285	275	265
Kosten				-/-	1.989	1.997	1.939	1.941
Saldo Jahresergebnis 2 Lärmaktionsplanung und Fluglärm				-/-	-3.324	-3.138	-3.938	-3.842
Luftreinhaltung	713							
Erlöse								
Kosten					2.774	2.982	2.485	2.200
Saldo Jahresergebnis 1 Luftreinhaltung					-2.774	-2.982	-2.485	-2.200
Erlöse				-/-	288	276	266	256
Kosten				-/-	1.900	1.911	1.857	1.862
Saldo Jahresergebnis 2 Luftreinhaltung				-/-	-4.386	-4.617	-4.075	-3.805

Mit der Strukturanpassung der Ziele wurde entsprechend auch die Zahl der Produkte reduziert. Die Veränderungen betreffen vor allem die bisherigen Produkte "Immissionsschutz und Gentechnikrecht", "Wasser- und Abwasserrecht", "Überwachungen nach dem Abfallrecht", "Erhebung Abwasserabgabe", "Umweltschadensfälle" "Kernenergienutzung" und "Berichtspflichten", die jetzt im Produkt "Betrieblicher Umweltschutz medienübergreifend" konzentriert werden.

Das Produkt Betriebl. Umweltschutz medienübergreifend enthält u.a. Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 1.080 bzw. 843 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten sind vorgesehen für die folgenden Maßnahmen:

- Erarbeitung eines Konzepts „Finanzierung, Bau und Betrieb von Behandlungsanlagen für belastetes Niederschlagswasser von öffentlichen Straßenverkehrsflächen“;
- Strukturelle Verbesserung des Antrags- und Verfahrensmanagements im Rahmen des Wohnungsbauprogramms mit Blick auf die Anforderungen der Regeninfrastrukturanpassung (RISA), der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und des Klimaschutzes;
- Beschleunigte Beseitigung der Abwassermisstände in Kleingartenvereinen;

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

- Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie (IED) im Bereich Wasser/Abwasser;
- Großstadtstrategie: Auf gute Nachbarschaft! Seveso ist nicht überall;
- Prüfung der Sicherheitsberichte von Störfallbetriebsbereichen.
- zeitnahe Umsetzung der TA-Luft und IE –Richtlinie

Das Produkt Lärmaktionsplan und Fluglärm enthält u.a. Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 540 bzw. 320 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten verteilen sich auf die folgenden Maßnahmen:

- Errechnung der Strategischen Lärmkartierung 2017 und Fortschreibung der strategischen Lärmkartierung;
- Förderprogramm für passiven Schallschutz an stark lärmbelasteten Straßen.

Das Produkt Luftreinhaltung enthält u.a. Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 420 bzw. 679 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten verteilen sich auf die folgenden Maßnahmen:

- Emissionsreduzierung bei mobilen Maschinen als Beitrag zur Luftreinhaltung in Hamburg;
- Betriebliche Mobilität zukunftsfähig gestalten.

Auf der Erlösseite sind beim Produkt „Betrieblicher Umweltschutz medienübergreifend“ vor allem Abwasserabgaben, Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Erstattungen von Verwaltungskosten sowie Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe RESY veranschlagt.

Die sonstigen Veranschlagungen auf der Kostenseite resultieren bei allen Produkten hauptsächlich aus Personalkosten. Ferner sind Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sowie für Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund-Länder-Vereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Produkt „Betrieblicher Umweltschutz medienübergreifend“), Kosten für die Erarbeitung von Lärminderungsmaßnahmen (Produkt Lärmaktionsplanung und Fluglärm“) und die Luftreinhalteplanung geplant.

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ			126,32	136,31	134,34	127,64	124,07

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.4.2.2 Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Derzeit besteht diese Produktgruppe aus zwei Zweckzuweisungen. Die jährlich veranschlagten Beträge Höhe von je 22 Tsd. Euro für Gutachten und Untersuchungen sowie je 37 Tsd. Euro für die Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Kosten für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Gutachten und Untersuchungen

Hamburg-Mitte = 9,09% = 2 Tsd. Euro,
Altona = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Bezirk Eimsbüttel = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Hamburg-Nord = 22,72% = 5 Tsd. Euro,
Wandsbek = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Bergedorf = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Harburg = 13,64% = 3 Tsd. Euro.

Beseitigung von Schäden/Geräte und Instrumente

Hamburg-Mitte = 5,41% = 2 Tsd. Euro,
Altona = 2,70% = 1 Tsd. Euro,
Bezirk Eimsbüttel = 35,14% = 13 Tsd. Euro,
Hamburg-Nord = 8,11% = 3 Tsd. Euro,
Wandsbek = 8,11% = 3 Tsd. Euro,
Bergedorf = 35,14% = 13 Tsd. Euro,
Harburg = 5,41% = 2 Tsd. Euro.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

4.4.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			52	59	59	59	59
<i>davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>davon IT-Kosten</i>							
<i>davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>			15	22	22	22	22
3. Personalkosten							
a) <i>Kosten für Entgelte</i>							
b) <i>Kosten für Bezüge</i>							
c) <i>Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
d) <i>Kosten für Sozialleistungen</i>							
e) <i>Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten aus Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-52	-59	-59	-59	-59
8. Erlöse des Finanzergebnisses							
9. Kosten des Finanzergebnisses							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-52	-59	-59	-59	-59
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis (11 + 14)			-52	-59	-59	-59	-59
16. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
17. Globale Minderkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (15 - 16 - 17)			-52	-59	-59	-59	-59

Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe

4.4.2.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zweckzuweisungen							
Kosten ZZ Gutachten u. Untersuch. Fachämter VS				22	22	22	22
Kosten ZZ Schadenbeseitigungen Fachämter MR				37	37	37	37
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe				59	59	59	59

Die veranschlagten Beträge für Gutachten und Untersuchungen wurden gegenüber früheren Geschäftsjahre auf Grund eines von den Bezirken nachgewiesenen Bedarfs jährlich um 1.000 Euro je Bezirk angehoben. Die Ansätze für die Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Kosten für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben orientieren sich in der Höhe und Aufteilung an der Praxis der Vorjahre.

4.4.2.2.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit					
Zweckzuweisung					
ZZ Schadenbeseitigungen Fachämter MR				37	37
SummeVE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				37	37

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigung ist ein flexibler und jahresübergreifender Mitteleinsatz für die Bezirke möglich. Der Aufwand für die Beseitigung von Schäden ist nicht planbar und erfordert ggf. die Inanspruchnahme eines Vorriffs auf das Folgejahr.

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Zuweisung Schadstoffbekämpfungsgeräte							
Einzahlungen							
Auszahlungen			490				
Saldo Zuweisung Schadstoffbekämpfungsgeräte			-490				
Verpflichtungsermächtigung Zuweisung Schadstoffbekämpfungsgeräte						-/-	-/-
Summe Einzelinvestitionen			-490				
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen						-/-	-/-

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			15	25	25	25	25
Summe sonstige Investitionen			-15	-25	-25	-25	-25
Verpflichtungsermächtigungen sonstige Investitionen				25	25	-/-	-/-

Summe Investitionsmittel			-505	-25	-25	-25	-25
---------------------------------	--	--	-------------	------------	------------	------------	------------

Eine Einzelinvestition zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Rahmen einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der fünf norddeutschen Küstenländer wird ab 2017 nicht mehr veranschlagt. Die Neufassung der VV Bilanzierung in der Fassung von 2015 erfordert eine konsumtive Veranschlagung (siehe hierzu auch die Erläuterungen zu Punkt 4.4.2.1.2, Verwaltungsvereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen).

Unter sonstigen Investitionen sind Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge, Geräte und Ausstattungsgegenstände veranschlagt. Bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2016 wurden die Auszahlungsermächtigungen für die „Kfz-Ersatzbeschaffung“ im AB 290 Steuerung und Service geplant. Ab dem Haushaltsjahr 2017 werden diese Auszahlungsermächtigungen dezentralisiert und in den einzelnen Aufgabenbereichen geplant.

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

Für den Aufgabenbereich Immissionsschutz und Betriebe sind keine Darlehen veranschlagt.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Lärmaktionsplanung							
Erlöse							
Kosten			100				
Saldo GL Lärmaktionsplanung			-100				
GL Lärmaktionsplanung							
Erlöse							
Kosten				685	465	1.345	1.245
Saldo GL Lärmaktionsplanung				-685	-465	-1.345	-1.245

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
GL Luftreinhaltung							
Erlöse							
Kosten			70				
Saldo GL Luftreinhaltung			-70				
GL Luftreinhaltung							
Erlöse							
Kosten				395	590	385	105
Saldo GL Luftreinhaltung				-395	-590	-385	-105
Summe Gesetzliche Leistungen			-170	-1.080	-1.055	-1.730	-1.350

Gesetzliche Leistung Lärmaktionsplanung

Nach dem Gesetz zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm vom 24.06.2005 sind die Länder verpflichtet, strategische Lärmkarten für die Hauptlärm-Quellgruppen Straßenverkehr, Schienenverkehr, Luftverkehr sowie Industrie/Hafen zu erstellen und alle fünf Jahre zu aktualisieren. Der EU-Kommission ist über das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit entsprechend zu berichten. Auf der Grundlage dieser Lärmkarten wurde für den Ballungsraum Hamburg ein Aktionsplan erstellt, der Vorschläge für Lärminderungsmaßnahmen und Handlungskonzepte enthält, die nun schrittweise umgesetzt werden sollen. Für die Bearbeitung und Durchführung der dort aufgeführten konkreten Maßnahmen und Abarbeitung einzelner Handlungskonzepte sind externe / gutachterliche Hilfestellungen notwendig. Neben Gutachtenkosten sollen auch weitere Sachkosten bezahlt werden können, die jetzt noch nicht konkret absehbar sind (Verbrauchsmaterialien, Schulungen, spezielle Software, Moderation von Öffentlichkeitsveranstaltungen, Anmietungen von Veranstaltungsräumen u.ä.).

Gesetzliche Leistung Luftreinhaltung

Nach der Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft in Europa, umgesetzt mit der 39. BImSchV, ist bei Überschreitung von festgelegten Luftschadstoff-Grenzwerten ein Luftreinhalteplan aufzustellen. Dieser hat, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, die erforderlichen Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung von Luftverunreinigungen festzulegen. Über das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ist der EU-Kommission fortlaufend über die Luftqualität, den aktuellen Luftreinhalteplan sowie die darin enthaltene Maßnahmen zu berichten. Aufgrund dauerhafter Grenzwertüberschreitungen an den verkehrsnahen Messstationen in Hamburg wird die 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans für Hamburg aufgestellt. Dafür muss die Wirksamkeit der Maßnahmen gutachterlich ermittelt und eine umfängliche Immissionsprognose erstellt werden. Darüber hinaus können weitere, vertiefende Untersuchungen notwendig werden, bspw. Erstellung eines Emissionskatasters oder kleinräumige Immissionsberechnungen. Neben Gutachtenkosten sollen auch Sachkosten bezahlt werden können (Kauf spezieller Eingangs-Daten für Gutachtenerstellung, Druckerzeugnisse für die Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Öffentlichkeitsveranstaltungen, Verbrauchsmaterialien, Schulungskosten, spezielle Software u.ä.).

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

Aus der Ermächtigung der Produktgruppe 293.11 Immissionsschutz und Betriebe, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe sind Kosten für Transferleistungen für die Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. an das Land Schleswig-Holstein und den Bund veranschlagt. Es besteht zwischen den fünf norddeutschen Küstenländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen und Schleswig-Holstein und dem Bund eine Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Bürgerschaftsdrucksache 17/1083). Es werden Mittel entsprechend dem zwischen den Partnern abgestimmten Betriebs- und Unterhaltungskostenplan veranschlagt. Die Verwaltungsvereinbarung gilt bis auf Weiteres. Aufgrund der komplexen Thematik und der Beteiligung mehrerer Länder können die im gemeinsamen Kostenplan beschlossenen Maßnahmen teilweise über das laufende Haushaltsjahr hinausgehen. Eine jahresscharfe Erfüllung der Verbindlichkeiten kann nicht gewährleistet werden, somit ist eine Übertragbarkeit der Transferleistungen notwendig.

Die Ermächtigungen, Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Bei den Sonstigen Kosten handelt es sich um Beiträge zu Mitgliedschaften bzw. Zahlungsverpflichtungen aus diversen Verwaltungsvereinbarungen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Kosten wegen der späten Rechnungsstellung der anderen Länder und des Bundes oft nicht mehr im Planjahr gebucht werden können.

5 Ergebnis- und doppelte Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.1 Ergebnis- und doppelter Finanzplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			896	277	281	285	289
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			224	642	177	151	146
6. Erlöse aus Verrechnungen			1.446	2.452	2.491	2.475	2.483
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			9.076	8.346	8.464	8.781	8.612
8. Personalkosten		0	9.203	9.471	9.607	9.638	9.562
a) Kosten für Entgelte			2.949	2.935	2.939	3.040	3.039
b) Kosten für Bezüge		0	4.041	3.707	3.792	3.729	3.680
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			43	44	44	44	44
d) Kosten für Sozialleistungen			789	790	796	811	808
e) Kosten für Versorgungsleistungen			1.381	1.996	2.036	2.014	1.991
9. Kosten für Transferleistungen			236	236	236	236	236
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			12.803	4.571	3.402	2.191	1.354
12. Sonstige Kosten			427	5.341	4.826	4.507	4.450
13. Kosten aus Verrechnungen			2.182	3.621	3.698	3.723	3.780
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-31.360	-28.216	-27.285	-26.166	-25.077
15. Erlöse aus Beteiligungen				0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				4.291	3.290	2.459	1.863
20. Zinsen und ähnliche Kosten				2	2	2	2
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				-4.293	-3.292	-2.461	-1.865
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)		0	-31.360	-32.508	-30.576	-28.626	-26.942
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)		0	-31.360	-32.508	-30.576	-28.626	-26.942
28. Globale Mehrkosten			-182	5.545	5.001	4.236	6.327
29. Globale Minderkosten				-5.646	-5.653	-8.119	-7.922
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)		0	-31.177	-32.407	-29.924	-24.743	-25.347

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 290.11, 290.12 und 290.14.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

5.1.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			2.566	390	394	398	402
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	19.338	16.505	16.162	13.305	15.375
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-16.771	-16.115	-15.768	-12.908	-14.973
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			23	23	24	24	24
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			15				
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen				-1.121	-996	-1.538	-1.137
15. Saldo aus Investitionen			-38	1.098	972	1.514	1.113
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-16.809	-15.017	-14.796	-11.394	-13.860

Die Abweichungen bei den Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit erklären sich im Wesentlichen aus der Umstellung der Haushaltsrelevanten Verrechnungen von zahlungswirksam (bis 2016) auf nicht zahlungswirksam (ab 2017).

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

5.2 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			18.349	19.442	19.771	20.107	20.449
2. Erlöse aus Transferleistungen			18	18	18	18	18
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			777	10.975	10.498	9.838	9.225
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			94.649	98.153	98.806	96.059	94.588
8. Personalkosten		0	12.727	13.491	13.741	13.866	13.641
a) Kosten für Entgelte			7.545	7.388	7.492	7.536	7.331
b) Kosten für Bezüge		0	2.545	2.676	2.752	2.792	2.836
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugs- charakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen		0	1.595	1.569	1.591	1.610	1.544
e) Kosten für Versorgungsleistungen			1.042	1.858	1.905	1.929	1.930
9. Kosten für Transferleistungen			197	279	279	279	279
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			27.959	39.268	40.062	40.622	41.030
12. Sonstige Kosten				0	0	0	0
13. Kosten aus Verrechnungen				2	2	2	2
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-116.388	-120.757	-122.603	-120.866	-119.849
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				0	0	0	0
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)		0	-116.388	-120.757	-122.603	-120.866	-119.849
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)		0	-116.388	-120.757	-122.603	-120.866	-119.849
28. Globale Mehrkosten			1.010	1.250	1.750	1.250	750
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)		0	-117.398	-122.007	-124.353	-122.116	-120.599

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 291.11, 291.12, 291.13, 291.14 sowie 291.15.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

5.2.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			18.472	19.561	19.890	20.226	20.568
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	107.401	111.155	112.506	109.358	107.158
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-88.929	-91.594	-92.616	-89.132	-86.590
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen			11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			40	20	20	20	20
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			3.068	2.150	2.150	2.150	2.150
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			953	2.019	1.119	1.119	1.119
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen			27.521	36.235	37.847	38.150	38.282
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			25	36	41	42	42
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen			-20.527	-29.420	-30.137	-30.441	-30.573
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-109.456	-121.014	-122.753	-119.573	-117.163

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 291.11, 291.12, 291.13, 291.14 und 291.15 sowie zu den Investitionen des Aufgabenbereichs 291.

5.3 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			401	438	429	434	440
2. Erlöse aus Transferleistungen			1.037	2.549	3.669	2.697	1.462
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse			777	1.099	1.095	1.095	1.091
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			28.347	32.265	30.603	25.702	25.666
8. Personalkosten		0	9.791	11.373	11.508	11.621	10.959
a) Kosten für Entgelte			5.703	5.938	6.061	6.152	5.670
b) Kosten für Bezüge		0	2.016	2.207	2.192	2.190	2.159
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			44	295	295	295	295
d) Kosten für Sozialleistungen		0	1.212	1.410	1.433	1.451	1.356
e) Kosten für Versorgungsleistungen			816	1.523	1.526	1.533	1.479
9. Kosten für Transferleistungen			5.382	5.697	5.693	5.362	5.340
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			4.712	2.416	2.249	2.590	2.909
12. Sonstige Kosten			249	721	722	722	722
13. Kosten aus Verrechnungen				71	72	73	73
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-46.266	-48.458	-45.654	-41.843	-42.676
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens				3.746	3.817	3.945	3.757
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				-3.746	-3.817	-3.945	-3.757
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)		0	-46.266	-52.204	-49.471	-45.788	-46.433
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)		0	-46.266	-52.204	-49.471	-45.788	-46.433
28. Globale Mehrkosten			8.248	13.246	15.115	14.107	10.150
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)		0	-54.514	-65.449	-64.585	-59.895	-56.582

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 292.10, 292.11, 292.12, 292.13, 292.14 sowie 292.15.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

5.3.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			1.439	3.273	4.384	3.417	2.188
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	51.091	61.644	61.981	55.847	51.226
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-49.653	-58.371	-57.597	-52.430	-49.038
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen			700				
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen				0			
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			1.466	665	665	665	665
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen			10.168	12.093	7.143	8.318	7.354
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			969	785	785	785	812
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen			-11.903	-13.543	-8.593	-9.768	-8.831
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-61.556	-71.914	-66.190	-62.198	-57.869

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 292.10, 292.11, 292.12, 292.13, 292.14 sowie 292.15.

5.4 Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus laufender Verwaltungstätigkeit			7.043	9.475	9.475	9.475	9.475
2. Erlöse aus Transferleistungen			1.208	1.208	1.208	1.208	1.208
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse				40	16	4	2
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.112	7.204	7.129	6.196	5.827
8. Personalkosten		0	9.752	10.641	10.807	10.453	10.336
a) Kosten für Entgelte			4.989	5.403	5.437	5.140	5.057
b) Kosten für Bezüge		0	2.654	2.450	2.530	2.547	2.538
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugs- charakter				0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen			1.109	1.192	1.203	1.146	1.130
e) Kosten für Versorgungsleistungen			1.000	1.596	1.637	1.621	1.610
9. Kosten für Transferleistungen			747	1.447	1.237	2.127	2.140
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten aus Abschreibungen			278	829	758	709	680
12. Sonstige Kosten			12	31	57	21	19
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		0	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Kosten aus Ergebnisausgleichsverträgen							
22. Finanzergebnis				0	0	0	0
23. Ordentliches Ergebnis (14 + 22)		0	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
24. Außerordentliche Erlöse							
25. Außerordentliche Kosten							
26. Außerordentliches Ergebnis							
27. Jahresergebnis (23 + 26)		0	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
28. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
29. Globale Minderkosten							
30. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- / Minderkosten (27 - 28 - 29)		0	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316

Der Ergebnisplan des Aufgabenbereichs Immissionsschutz und Betriebe wird beherrscht durch die Ansätze der gleichnamigen Produktgruppe 293.11. Hinsichtlich der Ansätze einzelner Kontenbereiche und den Veränderungen der Planjahre gegenüber dem Vergleichsjahr 2016 siehe die Erläuterungen zu Gliederungsziffer 4.4.2.1.2.

Einzelplan Behörde für Umwelt und Energie

5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			8.251	10.683	10.683	10.683	10.683
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		0	10.477	14.080	13.942	13.524	13.059
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit		0	-2.226	-3.397	-3.259	-2.841	-2.376
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			490				
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			15	25	25	25	25
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionen			-505	-25	-25	-25	-25
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln		0	-2.731	-3.422	-3.284	-2.866	-2.401

Der Finanzplan des Aufgabenbereichs Immissionsschutz und Betriebe wird beherrscht durch die zahlungswirksamen Ansätze der gleichnamigen Produktgruppe 293.11 (Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit; siehe auch die Erläuterungen zu Gliederungsziffer 4.4.2.1.2).

Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund /Länder-Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen werden künftig auf Grund der Neufassung der VV Bewirtschaftung nicht mehr für Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuschüssen (investiv) sondern konsumtiv als Kosten aus Transferleistungen veranschlagt (enthalten in Position 2 "Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit"). Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen betreffen die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten und wurden gegenüber dem Vergleichsjahr 2016 um 10 auf 25 Tsd. Euro p.a. aufgestockt. Im Gegenzug entfällt eine entsprechende Veranschlagung im Aufgabenbereich Steuerung und Service.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2017/2018

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 6.2

Behörde für Umwelt und Energie

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
-------------------	------------	---------------------------------------

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					9,73	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9,73	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
290	Steuerung u. Service	2017/18	86,50		30,00	51,48		137,98
		2016	0,00		0,00	0,00		0,00
291	Umweltschutz	2017/18	62,00			138,95		200,95
		2016	0,00			0,00		0,00
292	N.-sch., Grünpl. & En.	2017/18	44,50			98,84		143,34
		2016	0,00			0,00		0,00
293	Immissionssch., Betr.	2017/18	66,00			93,19		159,19
		2016	0,00			0,00		0,00
	gesamt:	2017/18	259,00	0,00	30,00	382,46	0,00	641,46
		2016	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/18.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend § 25 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
-------------------	------------	---------------------------------------

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2016	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2016				Stellenplan 2017/ 18	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2017/ 18	2017/ 18/ 2016
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
6.2	290 Steuerung u. Service	0,00		138,98	-2,00	2,00	-1,00	137,98	137,98
	291 Umweltschutz	0,00	-2,00	202,95				200,95	200,95
	292 N.-sch., Grünpl. & En.	0,00		143,83		2,60	-3,09	143,34	143,34
	293 Immissionssch., Betr.	0,00		160,19	-1,00			159,19	159,19
	Summe:	0,00	-2,00	+645,95	-3,00	+4,60	-4,09	641,46	641,46

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 290 Steuerung und Service BUE

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					0,73	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,73	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			0,00	
B 3	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	6,00			0,00	
A 14	12,50			0,00	
A 13	8,00			0,00	
A 13	3,00			0,00	
A 12	19,00	1,00	3)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 11	14,00			0,00	
A 10	8,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 14				10,50					10,50	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 293; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 241; Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle
A 13				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 12				17,00					17,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 9 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 11				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 10				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 12	3) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 290 Steuerung und Service BUE

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	5,00			0,00	
A 8	4,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	86,50			0,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (6,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (11,50), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (8,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (19,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (12,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (7,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (5,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	2,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	1,00			0,00	
Summe:	4,00			0,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	25,00			0,00	
Nachwuchs gD	5,00			0,00	
Summe:	30,00			0,00	

- Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (25,00)
- Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (5,00)

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 290 Steuerung und Service BUE

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	1,00			0,00	Nr. 6	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
A 12	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	4,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		76,50	-1,00				76,50	
A 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 8				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	1,00	0,00	86,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	86,50	
Nachwuchs hD				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
Nachwuchs gD				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>	0,00	0,00	0,00	30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30,00	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
 Kap./ Aufg.Ber. 290 Steuerung und Service BUE

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			0,00	
E 15	2,00	1,00	4)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 14	6,25			0,00	
E 13	12,50			0,00	
E 12	2,00			0,00	
E 11	6,00			0,00	
E 10	0,73	0,73	2)	0,00	<i>kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 9	8,00			0,00	
E 8	10,00			0,00	
E 5	2,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
Summe:	51,48			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	137,98			0,00	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	290	Steuerung und Service BUE

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 15		1,00							1,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 14				7,25					7,25	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13				12,50					12,50	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 9				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 8				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 8			-1,00						-1,00	Freigestelltes Personalratsmitglied, gem. Art. 11 Nr. 11 HB
E 5				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	1,00	-1,00	51,75	-1,00	0,00	0,00	0,00	50,75	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,73	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	1,00	-1,00	52,48	-1,00	0,00	0,00	0,00	51,48	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	2,00	-1,00	138,98	-2,00	0,00	0,00	0,00	137,98	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	2) kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	
E 15	4) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	291	Umweltschutz

I. Stellenbestand

kw 2017/ 18	kw 2019	kw 2020	kw 2021	kw >2021	kw o.T.	Vermerke
					9,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	9,00			0,00	
A 14	10,00			0,00	
A 13	14,00			0,00	
A 13	3,00			0,00	
A 12	4,00			0,00	
A 11	9,00			0,00	
A 10	5,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 15				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 13				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 10				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	291	Umweltschutz

I. Stellenbestand

2017/ 18			2016		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 8	2,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	62,00			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (8,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (11,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
A 13 Baurätin/Baurat (3,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (6,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (4,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2017/ 18			2016		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 14	1,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	4,00			0,00	
A 11	3,00			0,00	
A 10	3,00			0,00	
A 9	3,00			0,00	
A 8	2,00			0,00	
Summe:	18,00			0,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (3,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	291	Umweltschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18			2016	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 53 (1)
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			0,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 5	
A 12	1,00			0,00	Nr. 5	
A 12	3,00			0,00	Nr. 5	
A 11	3,00			0,00	Nr. 5	
A 10	3,00			0,00	Nr. 5	
A 9	3,00			0,00	Nr. 5	
A 8	2,00			0,00	Nr. 5	
gesamt:	18,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				59,00					59,00	
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisa-tion Drs 21/520
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisa-tion Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	62,00	0,00	0,00	0,00	0,00	62,00	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	291	Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	1,00			0,00	
E 15	4,00			0,00	
E 14	18,00			0,00	
E 13	54,45	8,00	2)	0,00	<i>kw: 8,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
E 12	19,00			0,00	
E 11	6,50			0,00	
E 10	5,00			0,00	
E 9	8,00			0,00	
E 8	8,50			0,00	
E 7	1,00			0,00	
E 6	9,50	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	4,00			0,00	
Summe:	138,95			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	200,95			0,00	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	291	Umweltschutz

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 15				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 15	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Olympiabewerbung Sommerspiele 2024
E 14				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 13				54,45					54,45	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 13	-1,00								-1,00	Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 12				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 11				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 10				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 9				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 8				8,50					8,50	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 6				9,50					9,50	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
E 5				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 264; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-2,00	0,00	0,00	140,95	0,00	0,00	0,00	0,00	138,95	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-2,00	0,00	0,00	202,95	0,00	0,00	0,00	0,00	200,95	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 13	2) kw: 8,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	292	Naturschutz, Grünplanung und Energie

I. Stellenbestand

2017/18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	8,00			0,00	
A 14	12,00			0,00	
A 13	6,50			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	4,00			0,00	
A 11	4,00			0,00	
A 10	2,00			0,00	
A 9	2,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
Summe:	44,50			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (6,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (12,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (4,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,50)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (3,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ AufgBer.	292	Naturschutz, Grünplanung und Energie

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 14				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 13				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 13				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	43,50	0,00	0,00	0,00	0,00	43,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	43,50	0,00	1,00	0,00	0,00	44,50	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	292	Naturschutz, Grünplanung und Energie

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsrat (1,00)

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	292	Naturschutz, Grünplanung und Energie

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18			2016	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 12	1,00			0,00	Nr. 1	
gesamt:	1,00			0,00		

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	8,00			0,00	
E 14	12,00			0,00	
E 13	40,19			0,00	
E 12	12,00			0,00	
E 11	8,00			0,00	
E 10	2,00			0,00	
E 9	8,00			0,00	
E 9	1,00			0,00	
E 8	2,00			0,00	
E 6	5,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 14				12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 13				38,20					38,20	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 13								1,00	1,00	tarifrechtliche Neubewertung der Stelle
E 13		1,99							1,99	Erhöhung durch Zusammenlegung von Stellenanteilen
E 13			-1,00						-1,00	Streichung aufgrund Zusammenlegung von Stellenanteilen
E 12				14,59					14,59	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12							-1,00		-1,00	tarifrechtliche Neubewertung der Stelle
E 11				8,50					8,50	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 10								1,00	1,00	tarifrechtliche Neubewertung der Stelle
E 9				9,89					9,89	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 9			-1,00						-1,00	Streichung aufgrund Zusammenlegung von Stellenanteilen
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 8				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520
E 6				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 265; Umorganisation Drs 21/520

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	292	Naturschutz, Grünplanung und Energie

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	0,65			0,00	
Summe:	98,84			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	143,34			0,00	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	1,99	-2,00	99,68	0,00	-1,00	1,00	0,00	99,67	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,61	-1,09	0,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,17	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	2,60	-3,09	100,33	0,00	-1,00	0,00	0,00	98,84	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	2,60	-3,09	143,83	0,00	0,00	0,00	0,00	143,34	

Einzelplan	6.2	Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber.	293	Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
A 16	2,00			0,00	
A 15	7,00			0,00	
A 14	15,00			0,00	
A 13	15,00			0,00	
A 13	3,00			0,00	
A 12	4,00			0,00	
A 11	7,00	1,00	1)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	6,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 9	2,00			0,00	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ AufgBer. 293 Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 14				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 13				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 10				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 11	1) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 293 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 8	2,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	66,00			0,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (6,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (15,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (11,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (2,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (4,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
 Kap./ Aufg.Ber. 293 Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				64,00	-1,00				63,00	
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	67,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	66,00	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 293 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	2,00			0,00	
E 15	1,00			0,00	
E 14	4,00			0,00	
E 13	31,00			0,00	
E 12	22,50			0,00	
E 11	11,67			0,00	
E 10	7,00			0,00	
E 9	2,02			0,00	
E 8	7,00			0,00	
E 6	4,00			0,00	
E 5	1,00			0,00	
Summe:	93,19			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	159,19			0,00	

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Kap./ Aufg.Ber. 293 Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 290; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13				31,00					31,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 12				22,50					22,50	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 11				11,67					11,67	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 10				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 9				2,02					2,02	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 8				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 6				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	93,19	0,00	0,00	0,00	0,00	93,19	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	160,19	-1,00	0,00	0,00	0,00	159,19	

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
-------------------	----------	--

I. Stellenbestand

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
260	Steuerung & Service	2017/18	0,00		0,00	0,00		0,00
		2016	151,00		30,00	144,93		295,93
261	Wohnen + SB	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	41,00			33,61		74,61
262	Bauordnung & Hochbau	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	100,00			209,50		309,50
263	L. & L.-planung	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	62,90			80,72		143,62
264	Umweltschutz	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	60,00			148,95		208,95
265	NR	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	31,50			66,03		97,53
266	IB	2017/18	0,00			0,00		0,00
		2016	64,00			97,19		161,19
	gesamt:	2017/18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		2016	510,40	0,00	30,00	780,93	0,00	1.291,33

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2016) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2017/18.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend § 25 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
-------------------	----------	--

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2016	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2016				Stellenplan 2017/ 18	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2017/ 18	2017/ 18/ 2016
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
6	260 Steuerung & Service	295,93	-5,00	13,00	-316,18	18,25	-6,00	0,00	-295,93
	261 Wohnen + SB	74,61			-74,61			0,00	-74,61
	262 Bauordnung & Hochbau	309,50		2,00	-302,50		-9,00	0,00	-309,50
	263 L. & L.-planung	143,62	-11,00	4,00	-141,12	6,00	-1,50	0,00	-143,62
	264 Umweltschutz	208,95	-15,00	7,00	-207,95	8,50	-1,50	0,00	-208,95
	265 NR	97,53	-4,00	51,30	-149,83	5,00		0,00	-97,53
	266 IB	161,19	-4,00	4,00	-163,19	2,00		0,00	-161,19
	Summe:	1291,33	-39,00	+81,30	-1355,38	+39,75	-18,00	0,00	-1291,33

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 9	0,00			1,00	
B 4	0,00			2,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00	1,00	1)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	2)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	0,00			10,00	
A 14	0,00			26,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 16	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 239; Umwelterziehung und Klimaschutz, personalwirtschaftliche Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-10,50				-10,50	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 16	1) weggefallen	1,00 Rückverlagerung in den Einzelplan 3.3 im Austausch mit einer B3-Stelle Leitender Regierungsdirektor aus dem Aufgabenbereich 251 spätestens nach Ausscheiden des dortigen Stelleninhabers kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 16	2) weggefallen	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 14		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			11,00	
A 13	0,00	1,00	4)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	0,00			26,50	
A 11	0,00			28,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			3,00	-47,50				-45,50	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 13						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 13						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 12		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 12						-7,50			-7,50	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 12						-17,00			-17,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel L12; Stellentausch, stellenwirtschaftliche Gründe
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel L12; Stellentausch, stellenwirtschaftliche Gründe
A 12						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 11			-1,00						-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 11						-13,00			-13,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 14	3)	weggefallen	1,00 Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator
A 13	4)	weggefallen	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	0,00			11,00	
A 9	0,00			3,00	
A 9	0,00			6,00	
A 8	0,00			6,00	
A 7	0,00			3,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			151,00	

- B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (0,00)
- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			2,00	
A 13	0,00			2,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00	-1,00	4,00	-111,00	1,00			-107,00	
A 11					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	1,00	-1,00	4,00	-157,00	1,00	0,00	0,00	-153,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	1,00	-1,00	4,00	-157,00	3,00	0,00	0,00	-151,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			5,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	0,00			25,00	
Nachwuchs gD	0,00			5,00	
Summe:	0,00			30,00	

- Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (0,00)
- Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 3	
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs hD					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
Nachwuchs gD					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			8,00	
E 13	0,00			11,50	
E 12	0,00			5,00	
E 11	0,00			3,00	
E 10	0,00	0,73	5)	5,73	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü		1,00							1,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 14		6,25							6,25	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 14					-7,25				-7,25	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 13			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung für den Personalrat, Art. 11 Nr. 11 HHB
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 265; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 13		3,00							3,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 13					-12,50				-12,50	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 11		4,00							4,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 10	-3,00								-3,00	kw; nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	5) weggefallen	kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10		3,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	0,00			14,00	
E 9	0,00			1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00			33,25	
E 6	0,00	1,00	7)	22,00	
E 5	0,00			17,50	
E 4	0,00			4,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	14,25	-1,00	5,00	-45,75	-1,00			-31,50	
E 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 10		2,00							2,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 8					-22,25				-22,25	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 6	-1,00								-1,00	kw; nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-23,00				-23,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 5			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 5					-13,50				-13,50	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 5					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 4					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 4		1,00							1,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 10	6) weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 3	0,00	1,00	8)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2 ü	0,00	1,00	9)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2	0,00			9,95	
Summe:	0,00			144,93	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			295,93	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00	17,25	-3,00	9,00	-141,50	-1,00			-123,25	
E 3			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 3					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 290; Umorganisation Drs 21/520
E 2 ü					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
E 2					-9,95				-9,95	Verlagerung an Kapitel 286; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-4,00	17,25	-5,00	9,00	-158,45	-1,00	0,00	0,00	-142,20	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,73	0,00	0,00	0,00	-0,73	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-4,00	17,25	-5,00	9,00	-159,18	-3,00	0,00	0,00	-144,93	
Summe (ohne *) insgesamt	-5,00	18,25	-6,00	13,00	-316,18	0,00	0,00	0,00	-295,93	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			3,00	
A 14	0,00			6,00	
A 13	0,00			8,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			7,00	
A 11	0,00			10,00	
A 10	0,00			2,00	
Summe:	0,00			41,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 10	0,00			1,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	261	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 241; personalwirtschaftliche Maßnahme	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; stellenwirtschaftliche Maßnahme	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	-41,00	0,00	0,00	0,00	-41,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
Summe:	0,00			2,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	261	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/ 18			2016	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			2,00		

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			2,00	
E 14	0,00			7,00	
E 13	0,00			8,00	
E 12	0,00			1,00	
E 11	0,00			2,00	
E 10	0,00			2,00	
E 9	0,00			2,00	
E 8	0,00			5,00	
E 6	0,00			4,00	
E 3	0,00			0,61	
Summe:	0,00			33,61	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			74,61	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	261	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 287; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-33,00	0,00	0,00	0,00	-33,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,61	0,00	0,00	0,00	-0,61	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-33,61	0,00	0,00	0,00	-33,61	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-74,61	0,00	0,00	0,00	-74,61	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00			16,00	
A 14	0,00			13,00	
A 13	0,00			10,00	
A 13	0,00			10,00	
A 12	0,00			24,00	
A 11	0,00			21,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	262	Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 260; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 15					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; stellenwirt- schaftliche Maßnahme
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L12; personalwirt- schaftliche Maßnahme
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-23,00				-23,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-19,00				-19,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	0,00			1,00	
Summe:	0,00			100,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (0,00), Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2017/18			Vermerk Nr.	2016 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 53 (1)	
A 13	0,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00				1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00	-99,00	1,00			-97,00	
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel L12; personalwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	2,00	-103,00	1,00	0,00	0,00	-100,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			4,00	
E 14	0,00			14,00	
E 13	0,00			19,00	
E 12	0,00			75,50	
E 11	0,00			31,00	
E 10	0,00			7,00	
E 9	0,00			22,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13							1,00		1,00	tarifliche Neubewertung
E 13					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Stellenwirtschaftliche Maßnahme im Zusammenhang mit den Olympia-Planungen
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12							-1,00		-1,00	tarifliche Neubewertung
E 12						-65,50			-65,50	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 12						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 11			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 11						-29,00			-29,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 10			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 10						-6,00			-6,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirtschaftliche Maßnahme

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	0,00			2,00	
E 8	0,00			9,00	
E 6	0,00			14,00	
E 5	0,00			10,00	
E 3	0,00			1,00	
E 2	0,00			1,00	
Summe:	0,00			209,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			309,50	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-7,00		-146,50	-1,00			-154,50	
E 9					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturie- rung der Behörden, Drucksache 21/520
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 6			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirt- schaftliche Maßnahme
E 6					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 5			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 5					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
E 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 288; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-9,00	0,00	-199,50	-1,00	0,00	0,00	-209,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-9,00	2,00	-302,50	0,00	0,00	0,00	-309,50	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 263 Landes- und Landschaftsplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00	1,00	1)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00			15,90	
A 13	0,00	6,00	2)	15,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	263	Landes- und Landschaftsplanung

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 15	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A 7- Landschaftsplanerische Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 14					-1,90				-1,90	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 13	-3,00								-3,00	nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13	-3,00								-3,00	kw nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A 7- Landschaftsplanerische Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 13									1,00	stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 15	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 13	2)	weggefallen	kw: 6,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	263	Landes- und Landschaftsplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	0,00			4,00	
A 11	0,00	1,00	3)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	0,00	1,00	4)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	0,00			1,00	
Summe:	0,00			62,90	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	263	Landes- und Landschaftsplanung

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-7,00			1,00	-36,90	2,00			-40,90	
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11	-1,00								-1,00	nach Freiwerden der Stelle
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10	-1,00								-1,00	nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-9,00	0,00	0,00	2,00	-57,90	2,00	0,00	0,00	-62,90	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 11	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 263 Landes- und Landschaftsplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			1,00	
E 15	0,00			4,00	
E 14	0,00			10,50	
E 13	0,00			20,55	
E 12	0,00	1,00	5)	15,67	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	263	Landes- und Landschaftsplanung

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 14						-1,00			-1,00	stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 14						-5,50			-5,50	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 14						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13		3,00							3,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 13		3,00							3,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13						-8,30			-8,30	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme im Zusammenhang mit den Olympia-Planungen
E 13						-17,25			-17,25	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12	-1,00								-1,00	nach Freiwerden der Stelle
E 12						-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 12						-8,67			-8,67	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 12	5)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 263 Landes- und Landschaftsplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	0,00			7,00	
E 9	0,00			4,00	
E 8	0,00	1,00	6)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00			7,00	
E 3	0,00			1,00	
Summe:	0,00			80,72	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			143,62	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	263	Landes- und Landschaftsplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	6,00		2,00	-56,72	-2,00			-51,72	
E 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 9					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 8	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Plaungen im Zusammenhang mit der Überdeckungung des Autobahn, spätestens 31.12.2014
E 8					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 6			-1,50						-1,50	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 289; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-2,00	6,00	-1,50	2,00	-83,22	-2,00	0,00	0,00	-80,72	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-11,00	6,00	-1,50	4,00	-141,12	0,00	0,00	0,00	-143,62	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 264 Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00	2,00	1)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00			11,00	
A 13	0,00	1,00	2)	12,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			2,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	264	Umweltschutz

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 15	-2,00								-2,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 15					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13						3,00			3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 15	1)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 13	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

I. Stellenbestand

2017/ 18			2016		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	0,00			4,00	
A 11	0,00			10,00	
A 10	0,00			3,00	
A 9	0,00			0,00	
A 8	0,00			2,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			60,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2017/ 18			2016		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			6,00	
A 11	0,00			4,00	
A 10	0,00			3,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00			2,00	-42,00	3,00			-40,00	
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 208; Vertrag für Hamburg Wohnungsneubau
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-3,00	0,00	0,00	3,00	-66,00	3,00	0,00	0,00	-63,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-3,00	0,00	0,00	3,00	-66,00	6,00	0,00	0,00	-60,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			3,00	
Summe:	0,00			22,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/ 18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 5	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 12	0,00			2,00	Nr. 5	
A 12	0,00			4,00	Nr. 5	
A 11	0,00			3,00	Nr. 5	
A 11	0,00			1,00	Nr. 5	
A 10	0,00			3,00	Nr. 5	
A 9	0,00			3,00	Nr. 5	
A 8	0,00			3,00	Nr. 5	
gesamt:	0,00			22,00		

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00			0,00	
E 15	0,00			3,00	
E 14	0,00	1,00	3)	18,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00	1,00	4)	58,45	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
SAV hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 15		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 14		1,00							1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 14	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 14					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 13						-3,00			-3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung dem Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13		5,50							5,50	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13	-2,00								-2,00	nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
E 13	-1,00								-1,00	nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
E 13		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13	-1,00								-1,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabewerbung Sommerspiele 2024
E 13					-54,45				-54,45	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 14	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	4)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		9,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		3,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	0,00	2,00	8)	24,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00			7,50	
E 10	0,00			5,00	
E 9	0,00	1,00	10)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00	1,00	11)	9,50	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-7,00	8,50		2,00	-78,45	-3,00			-77,95	
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 12						-1,00			-1,00	gemäß Art. 11 Nr. 5 HHB
E 12						-1,00			-1,00	gemäß Art. 11 Nr. 5 HHB
E 12					1,00	-1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12	-2,00								-2,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12	-1,00								-2,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 12									-1,00	nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 12						-19,00			-19,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 11			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 11						-6,50			-6,50	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 10						-5,00			-5,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 9					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 9						-8,00			-8,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 8	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 8						-8,50			-8,50	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 13	5)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
E 13	6)	weggefallen	kw: 9,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	7)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 12	8)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 12	9)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 7	0,00			1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00	1,00	12)	10,50	
E 5	0,00			4,00	
Summe:	0,00			148,95	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			208,95	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-12,00	8,50	-1,00	4,00	-126,45	-6,00			-132,95	
E 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 6					-9,50				-9,50	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
E 5					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 291; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-12,00	8,50	-1,00	4,00	-141,95	-6,00	0,00	0,00	-148,45	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-12,00	8,50	-1,50	4,00	-141,95	-6,00	0,00	0,00	-148,95	
Summe (ohne *) insgesamt	-15,00	8,50	-1,50	7,00	-207,95	0,00	0,00	0,00	-208,95	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 265 Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			7,00	
A 14	0,00			7,00	
A 13	0,00			4,50	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			3,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 14					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 265 Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00			2,00	
A 10	0,00			0,00	
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			31,50	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2017/ 18				2016	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 4	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	265	Natur- und Ressourcenschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2017/18				2016	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 53 (1)	
B 4	0,00			1,00	Nr. 3	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				10,00	-35,50	1,00			-24,50	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 228; Vertrag für Hamburg Wohnungsneubau
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	13,00	-45,50	1,00	0,00	0,00	-31,50

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	265	Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			8,00	
E 14	0,00			6,00	
E 13	0,00	1,00	1)	32,90	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 14					-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13		3,00							3,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13	-1,00								-1,00	nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	-1,00								-1,00	nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder
E 13	-1,00								-1,00	nach Freiwerden der Stelle
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 13				8,30					8,30	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13		1,00							1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13	-1,00								-1,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabewerbung Sommerspiele 2024
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 13					-38,20				-38,20	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 13	1); weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 265 Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00 1,00	2) 3)		<i>Vermerk weggefallen</i> <i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	0,00			3,59	
E 11	0,00			4,50	
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			4,89	
E 9	0,00			1,00	
E 8	0,00			0,50	
E 6	0,00			4,00	
E 5	0,00			0,65	
Summe:	0,00			66,03	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			97,53	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	265	Natur- und Ressourcenschutz

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00	4,00		16,30	-62,20	-1,00			-46,90	
E 12				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 12					-14,59				-14,59	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 11					-8,50				-8,50	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 10		1,00							1,00	Intendanzausstattung nach Behördengründung
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 9					-9,89				-9,89	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 8					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 263; Neustrukturierung der Behörden, Drucksache 21/520
E 6					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 292; Umorganisation Drs 21/520
Summe Arbeitnehmer	-4,00	5,00	0,00	38,30	-103,68	-1,00	0,00	0,00	-65,38	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,65	0,00	0,00	0,00	-0,65	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-4,00	5,00	0,00	38,30	-104,33	-1,00	0,00	0,00	-66,03	
Summe (ohne *) insgesamt	-4,00	5,00	0,00	51,30	-149,83	0,00	0,00	0,00	-97,53	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 13	2)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			0,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			7,00	
A 14	0,00	2,00	1)	17,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			13,00	
A 13	0,00			4,00	
A 12	0,00			4,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	266	Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; Kapitelübergreifender Stellentausch zwischen NR 20 und IB 20
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 14	-2,00								-2,00	nach Abschluss der Genehmigungsverfahren
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 14					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-11,00			-11,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 12						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 14	1) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/ 18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00	1,00	2)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	0,00			5,00	
A 9	0,00			0,00	
A 9	0,00			2,00	
A 8	0,00			2,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			64,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	266	Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00			3,00	-50,00	2,00			-47,00	
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-2,00	0,00	0,00	3,00	-69,00	2,00	0,00	0,00	-66,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-2,00	0,00	0,00	3,00	-69,00	4,00	0,00	0,00	-64,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
A 11	2) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00			1,00	
E 15 ü	0,00			2,00	
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			3,00	
E 13	0,00			31,00	
E 12	0,00	1,00	3)	24,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00			12,67	
E 10	0,00			7,00	
E 9	0,00			2,02	
E 8	0,00			8,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	266	Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15 ü					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 13						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13		1,00						1,00	1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13		1,00							1,00	Hebung nach Neubewertung
E 13	-1,00								-1,00	Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024
E 13									-1,00	Nach Beendigung des Projekts Olympiabewerbung Sommerspiele 2024
E 13						-31,00			-31,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12	-1,00								-1,00	Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12								-1,00	-1,00	Hebung nach Neubewertung
E 12						-22,50			-22,50	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 11						-11,67			-11,67	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 11									-1,00	Umgewandelt gem. Art 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 9						-2,02			-2,02	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; Stellenwirtschaftliche Maßnahme

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2017/ 18	alter Vermerk 2016
E 12	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2017/18			2016	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6	0,00			4,00	
E 5	0,00			1,00	
Summe:	0,00			97,19	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			161,19	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00	2,00		1,00	-82,19	-4,00			-85,19	
E 8					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 293; Umorganisation Drs 21/520
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-2,00	2,00	0,00	1,00	-94,19	-4,00	0,00	0,00	-97,19	

Summe (ohne *) insgesamt	-4,00	2,00	0,00	4,00	-163,19	0,00	0,00	0,00	-161,19	
---------------------------------	-------	------	------	------	---------	------	------	------	---------	--

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2017/2018

Wirtschaftsplan

**Sondervermögen „Naturschutz und Landschaftspflege“
(§ 106 Abs.2 LHO)**

Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	sonstige betriebliche Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Abführungen an den Haushalt
21	Verlustübernahme aus dem Haushalt (Betriebszuschüsse)
22	Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag.

Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen davon konsumtive Zuführungen der FHH
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-) davon
a)	- Grunderwerb
b)	- Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen
c)	- Anzahlungen und Anlagen im Bau
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-) davon enthaltene Ablieferung an die FHH
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+) ***
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-) ***
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege 2017-2021

Das Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege ist im Jahre 2001 auf gesetzlicher Grundlage errichtet worden. Ziel der Errichtung des Sondervermögens ist die Sicherstellung einer zeitnahen und langfristig ausfinanzierten Realisierung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen. Dies wird dadurch erreicht, dass ohne Belastung des Haushalts eine Finanzierung von Personal für die zeitnahe Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen aus den Mitteln des Sondervermögens ermöglicht wird und die Finanzmittel verzinst werden, damit eine langfristige Pflege der Ausgleichsmaßnahmen gewährleistet werden kann.

Die Darstellung der Planungen des Sondervermögens hat sich nach der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2015, dessen Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer und des ersten doppeljährigen Jahresabschlusses zum 31.12.2015 verändert. Die Planzahlen für 2016 wurden nicht verändert, da sie so durch den Haushalt 2015/2016 beschlossen wurden.

Einzelpositionen GuV-Plan nach dem Gesamtkostenverfahren

Zukünftig werden alle Einnahmen des Sondervermögens als **Umsatzerlöse (1)** dargestellt. Die Ausnahmen bilden die Gegenposition zu den Abschreibungen und die Darstellung des Abbaus von Verbindlichkeiten, die als **sonstige betriebliche Erträge (4)** veranschlagt werden.

Als Einnahmen werden Ersatzzahlungen (§ 15 Abs. 6 BNatSchG) sowie Zahlungen für von Dritten vertraglich übernommene Ersatzmaßnahmen (§ 15 Abs. 2 BNatSchG) veranschlagt. Erstere werden sowohl von der Behörde für Umwelt und Energie als auch den Bezirksämtern erhoben. Die Umsatzerlöse sind von zukünftigen Senatsentscheidungen über Investitionsvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen abhängig. Sie sind auf Grund langer Vorlaufzeiten von Planfeststellungsbeschlüssen und, weil sie häufig erst nach Beendigung des Eingriffs fällig werden, schwer planbar.

Der Ansatz wurde für 2017 und 2018 höher angesetzt, weil in diesen Jahren noch die Zahlungen des LSBG und der DEGES GmbH für die Übernahme der Umsetzung der Ersatzmaßnahmen der A 26 erwartet werden. Ähnlich hohe Einnahmen sind für die Folgejahre bisher nicht absehbar.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen (5b)** beinhalten die an Dritte vergebenen Leistungen für Monitoring, naturschutzfachliche Gutachten, Dienstleistungen anderer Behörden und Dritter sowie Reparatur-, und Instandhaltungs- und Verkehrssicherungskosten. Sie beruhen auf der Maßnahmeplanung des Sondervermögens.

Die Kosten für die Geschäftsführung des Sondervermögens (Personalkosten, Miete, Büroarbeitsplatzpauschalen) werden der BUE erstattet.

Die Kosten für die Büroarbeitsplatzpauschale betragen ab 2016 pro Person 7.585 €, die Pauschale für I.u.K.-Geräte beträgt 2.150 €

Das Sondervermögen wird ab Mitte 2016 eine weitere, auf fünf Jahre befristete Stelle erhalten. Die zusätzlichen Personalkosten dafür werden ab 2017 veranschlagt.

Die **Abschreibungen (7)** werden auf Grund des ansteigenden Anlagenvermögens in geringem Maße erhöht fortgeschrieben.

Als **sonstigen betrieblichen Aufwendungen (8)** werden

- die Zuführung an den Sonderposten bei Erhöhung des Anlagenvermögens und
- die Erhöhung der Verbindlichkeiten dargestellt.

Zinserträge (11) sind auf Grund der schwankenden Zinssätze nicht verlässlich planbar. Seit 2015 werden von der Kasse Hamburg keine Zinsen mehr gezahlt. Auf Grund der derzeitigen Zinslage wird davon ausgegangen, dass bis auf weiteres keine nennenswerten Zinsen gezahlt werden. Daher wird von einem 0-Ertrag ausgegangen.

Einzelpositionen Kapitalflussplanung

Die **Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (2)** werden auf Grund des ansteigenden Anlagenvermögens in geringem Maße erhöht fortgeschrieben.

Als **Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (3)** wird in gleicher Höhe wie die Abschreibung deren Auflösung aus dem für das Anlagenvermögen gebildeten Sonderposten gebucht.

Als **Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva (7)** wird die Veränderung der Verbindlichkeiten dargestellt.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (11) werden für Grunderwerb, Ersterstellung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und Auszahlungen für Anlagen im Bau getätigt.

Die Höhe für die Auszahlungen für Anlagen in Bau ist damit begründet, dass viele Ersterstellungsmaßnahmen mehrere Jahre dauern können, bevor deren Aktivierung vorgenommen werden kann.

Die Planzahlen für die Umsetzung von Ersatzmaßnahmen beruhen auf der Maßnahmeplanung des Sondervermögens. Sie sind ungewöhnlich hoch, da in 2017/18 die Ersatzmaßnahmen für die A26 umgesetzt werden.

Ab 2019 wird mit geringeren Zahlen fortgeschrieben.

In welchem Maße aktivierungsfähige Investitionen getätigt werden, ist im Voraus nur grob schätzbar.

Maßnahmen 2017/18	2017	2018
	-in Tsd. EUR-	
Altengamme, Entwicklung von tidegeprägten Vorlandflächen	250	0
Hamburg, kleinere Baumaßnahmen bei sonstigen Ausgleichsmaßnahmen	50	50
Hamburg, Umgestaltung von Bunkeranlagen für Fledermäuse	20	15
Kirchwerder, Grünlandaufwertung für die B-Pläne Finkenwerder 32 und Allermöhe 28	340	100
Neuenfelde, naturnahe Gestaltung der Gewässeranbindung	500	300
Neuengamme Gose Elbe (FS 592, 3724), Ersatzmaßnahmen Hafencity	30	200
Neuland, Ersatzmaßnahmen für den B-Plan Neuland 23	250	
Ost-Krauel, Entwicklung von Feuchtwiesen am Rand des NSG Kiebitzbrack	100	85
Overhaken, Priel- und Deichvorlandsaufwertung für Fahrrinnenanpassung	1.640	0
Overhaken, Teilmaßnahme Zollenspieker	100	0
Vier- und Marschlande und Wilhelmsburg, Obstwiesenentwicklung und Neupflanzung	25	25
Zollenspieker, Anlage eines Priels im NSG für Fahrrinnenanpassung	700	400
Zollenspieker, Auwald-Entwicklung und Buchten für den Schierlings-Wasserfenchel	50	0
Hamburg, Erwerb von naturschutzfachlich geeigneten Aufwertungsflächen	1.000	1.000
Waldaufwertung Wedel	50	50
Kirchwerder Gleisdreieck/Eurogate	200	50

Maßnahmen 2017/18	2017	2018
	-in Tsd. EUR-	
Allermöhe, Ersatzmaßnahmen für Moorfleet 15	0	100
Neuland-Ost, Zuwässerungssystem	250	250
Eidelstedt/Schnelsen, Ersatzmaßnahmen Deckel A7	400	0
Biotopkorridor Moorgürtel/Süderelbe	250	250
Maßnahmen A 26		
Altengamme, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Feuchtwiesenentwicklung	50	380
Curslack, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Feuchtwiesenentwicklung	600	0
Gut Moor, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Moorwiesenentwicklung	500	100
Reitbrook, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Entwicklung von Wiesenvogellebensräumen	100	0
Maßnahmen aus der Abgabe Altenwerder		
Haseldorfer Marsch, Grünlandaufwertung	500	500
Alt-Erfrade, Lebensraumkorridore	150	150
Ammersbek-Niederung	125	125
Kisdorf, halb-offene Weidelandschaften	110	0
Klein-Hansdorf	70	30
Summe	8.410	4.160

Übersicht über die Erträge und Aufwendungen der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die von der FHH ganz oder zum Teil unterhalten werden und der Stellen außerhalb der Verwaltung, die von der FHH Förderungen zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (Nr 2 VV zu § 26 Absatz 2 LHO)

1. Klimaschutzstiftung

Produktgruppe - Nummer: 292.13 - Bezeichnung: Naturschutz	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Klimaschutzstiftung					
Erträge					
Umsatzerlöse					
Mitgliedsbeiträge, Spenden					
Zuwendungen der FHH	500	500	500	500	500
Zuwendungen des Bundes					
Übrige Erträge					
Summe Erträge	500	500	500	500	500
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	410	410	410	410	410
Abschreibungen					
Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Übrige Aufwendungen	90	90	90	90	90
Summe Aufwendungen	500	500	500	500	500
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					

2. Stiftung Naturschutz Hamburg

Produktgruppe - Nummer: 292.13 - Bezeichnung: Naturschutz	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. Euro				
Stiftung Naturschutz Hamburg					
Erträge					
Umsatzerlöse					
Mitgliedsbeiträge, Spenden					
Zuwendungen der FHH	130	130	130	130	130
Zuwendungen des Bundes					
Übrige Erträge					
Summe Erträge	130	130	130	130	130
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	66	66	66	66	66
Abschreibungen					
Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Übrige Aufwendungen	64	64	64	64	64
Summe Aufwendungen	130	130	130	130	130
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					

Anlage 3.2

Liste der Empfangenden, die institutionelle Förderungen bis zu 100.000 Euro im Einzelfall zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (Nr. 3 VV zu § 26 Absatz 2 LHO)

Produktgruppe Nummer und Bezeichnung	Empfangende	Finanzierungsart	Höhe der Förderung			
			Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
			Tsd. Euro			
292.13 Naturschutz	BUND, Landesverband Hamburg e. V.	Festbetragsfinanzierung	50	50	50	50
292.13 Naturschutz	Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Hamburg e.V. (NABU)	Festbetragsfinanzierung	50	50	50	50
292.13 Naturschutz	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	Festbetragsfinanzierung	50	50	50	50
292.13 Naturschutz	Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Hamburg	Festbetragsfinanzierung	45	45	45	45
292.13 Naturschutz	Verein Jordsand	Festbetragsfinanzierung	10	10	10	10
292.13 Naturschutz	GÖP, Gesellschaft für ökologische Planung e.V.	Festbetragsfinanzierung	10	10	10	10
292.13 Naturschutz	Botanischer Verein	Festbetragsfinanzierung	6	6	6	6

Erfolgsplan

Bäderland Hamburg GmbH

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	27.979	29.510	30.580	32.720
1.2	Andere aktivierten Eigenleistungen	120	350	350	350
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	1.370	1.260	11.260	2.354
	Summe der Erträge	29.469	31.120	42.190	35.424
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand und Fremdleistungen	13.155	14.015	14.701	15.080
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	19.172	20.270	20.700	21.250
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	347	760	800	850
2.3	Abschreibungen	6.350	7.350	8.300	9.200
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.159	4.748	4.900	4.950
	Summe der Aufwendungen	44.183	47.143	49.401	51.330
3.	Betriebsergebnis	-14.714	-16.023	-7.211	-15.906
4.	Finanzergebnis	5.366	5.482	4.805	5.622
5.	Außerordentliches Ergebnis	-445	-445	-445	-445
	Ergebnis	-20.525	-21.950	-12.461	-21.973
6.	Verlustübernahme durch die HGV	20.525	21.950	12.461	21.973

Anlage 4.1

BLH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016

(haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Für die Tabelle zum Haushalt 2017/2018 wurden die Werte des im Dezember 2015 vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplans übernommen.

	<i>Tsd. Euro</i>
1.1 Umsatzerlöse	1.531
Im Wesentlichen basiert die Erlössteigerung auf der Neueröffnung der kleinen Halle des Kaifu Bades. (Solebad). Darüber hinaus führen moderate Preisanpassungen und die Neukundengewinnung im Kerngeschäft zu Erlössteigerungen	
2.1 Materialaufwand und Fremdleistungen	860
Die Zunahme des Planwertes ist im Wesentlichen auf eine vergleichsweise niedrige Inanspruchnahme der Aufwendungen aus dem Unterhaltungsplan im Jahr 2015 zurückzuführen.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	1.098
Die Erhöhung der Löhne und Gehälter ist insbesondere in der Nachbesetzung der in 2015 ganz bzw. teilweise vakanten Funktionen begründet, in den zusätzlichen Bedarfen aufgrund der Erhöhung des Personalplans sowie in einer moderaten Anpassung der allgemeinen Arbeitskosten.	
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	413
Grundlage der Werte für die laufenden Pensionszahlungen sowie die Vorruhestandsrückstellungen sind die versicherungsmathematischen Berechnungen aus August 2015.	
2.3 Abschreibungen	1.000
Die steigenden Abschreibungen entstehen aus den neuen betriebsfertigen Anlagen im Rahmen des Investitionsplanes. Schwerpunkte bilden hier die Fertigstellung des Umbaus der kleinen Halle des Kaifu Bades zum Solebad sowie der Neubau der Saunaanlage im Parkbad.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-411
Im Wesentlichen aufgrund geringerer Aufwendungen für Werbung/ Öffentlichkeitsarbeit.	
4. Finanzergebnis	116
Wesentlicher Bestandteil des Finanzergebnisses ist der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen. Er ergibt sich aus den versicherungsmathematischen Berechnungen	

BLH**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017****(haushaltswirksam 2017) gegenüber 2016**

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	1.070
Im Wesentlichen basiert die Erlössteigerung auf den ganzjährigen Betrieb des in 2016 grundsanierten Bades Bondenwald. Darüber hinaus werden die Umsatzerlöse aus dem Kerngeschäft durch moderate Preisanpassungen und Neukundengewinnung steigen.	
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	10.000
Für 2016 ist der Verkauf einer Teilfläche des Bades Ohlsdorf vorgesehen.	
2.1 Materialaufwand	686
Neben den üblichen Preissteigerungen dokumentiert sich hier auch der zusätzliche Aufwand für den Betrieb des wieder eröffnenden Bades Bondenwald.	
2.2 Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	430
Bei grundsätzlich konstantem Personaleinsatz (Arbeitszeitvolumina) berücksichtigt diese Position die allgemeine Steigerung der Arbeitskosten infolge von Tarifierhöhungen und die damit korrespondierenden sozialen Abgaben.	
2.3 Abschreibungen	950
Die Die Veränderung basiert auf den Abschreibungen, die sich aus den Projekten der mittelfristigen Investitionsplanung für Angebotsverbesserungen, sowie Ersatzbeschaffungen und sonstige Maßnahmen ergeben.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	152
Neben allgemeinen Preissteigerungen wird in dieser Position insbesondere ein erhöhter Ansatz für Werbekosten berücksichtigt.	
4. Finanzergebnis	-677
Wesentlicher Bestandteil des Finanzergebnisses ist der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen. Er ergibt sich aus den versicherungsmathematischen Berechnungen	

Anlage 4.1

BLH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 (haushaltswirksam 2018) gegenüber 2017

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	2.140
<p>Im Jahr 2018 wird der Neubau des Bades Ohlsdorf eröffnet. Hieraus ergibt sich im Wesentlichen die hier ausgewiesene Erlössteigerung. Darüber hinaus wird mit moderaten Preisanpassungen und einer Besuchersteigerung und Neukundengewinnung geplant.</p>	
2.1 Materialaufwand	379
<p>Der Anstieg dieser Position ist im Wesentlichen auf die zu erwartenden Preissteigerungen zurückzuführen.</p>	
2.2.1 Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	550
<p>Bei grundsätzlich konstantem Personaleinsatz (Arbeitszeitvolumina) berücksichtigt diese Position die allgemeine Steigerung der Arbeitskosten infolge von Tarifierhöhungen und die damit korrespondierenden sozialen Abgaben.</p>	
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellung	50
<p>Grundlage der Werte für die laufenden Pensionszahlungen sowie die Vorruhestandsrückstellungen sind die versicherungsmathematischen Berechnungen.</p>	
2.3 Abschreibungen	900
<p>Die Veränderung basiert auf den Abschreibungen, die sich aus den Projekten der mittelfristigen Investitionsplanung für Angebotsverbesserungen, sowie Ersatzbeschaffungen und sonstige Maßnahmen ergeben.</p>	
4. Finanzergebnis	817
<p>Wesentlicher Bestandteil des Finanzergebnisses ist der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen. Er ergibt sich ebenfalls aus den versicherungsmathematischen Berechnungen</p>	

Erfolgsplan

HWW

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2017 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2018 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	240.314	240.232	242.100	245.800
1.2	Andere aktivierte Eigenleistungen	8.588	7.542	7.600	7.700
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	19.671	14.553	11.400	11.300
	Summe der Erträge	268.573	262.327	261.100	264.800
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	28.351	26.973	27.800	28.700
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.146	16.893	17.100	17.400
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	11.205	10.080	10.700	11.300
2.2	Personalaufwand	70.801	74.974	75.700	77.400
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	68.720	70.829	71.200	72.500
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.081	4.145	4.500	4.900
2.3	Abschreibungen	29.511	32.041	33.300	33.700
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	85.105	78.129	80.500	81.600
	Summe der Aufwendungen	213.768	212.117	217.300	221.400
3.	Beteiligungsergebnis	1.475	1.323	1.300	1.300
4.	Finanzergebnis	-26.264	-23.730	-17.700	-17.300
5.	Außerordentliches Ergebnis	-1.938	-1.938	-1.900	-1.900
6.	Sonstige Steuern	-471	-450	-500	-500
	Gewinnvortrag/ noch zu schließende Lücke	0	0	0	0
7.	Gewinnabführung an die HWW-BG	27.669	25.415	25.000	25.000

Anlage 4.2

HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016

(haushaltswirksam 2017) gegenüber 2015

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Für die Tabelle zum Haushalt 2017/2018 wurden die Werte der im Juni 2016 im Aufsichtsrat vorgestellten Hochrechnung 2016 übernommen.

	<u>Tsd. Euro</u>
1.2 Andere aktivierte Eigenleistungen	
Rückläufige Entwicklung in Abhängigkeit vom Investitionsvolumen.	- 1.046
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Im Wesentlichen geringere Erträge aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	- 5.118
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- 253
Geringerer Aufwand für Energie	
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	- 1.125
Geringere Aufwendungen für Instandhaltung	
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	
Erhöhung der tariflichen Entgelte auf Basis des Tarifabschlusses 2014	+ 2.109
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	+ 2.064
Gemäß versicherungsmathematischem Gutachten	
2.3 Abschreibungen	+ 2.530
Anstieg als Folge der Investitionstätigkeit im Rahmen des Investitionsplanes	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 6.976
Rückstellungsniveau 2016 deutlich niedriger als 2015	
4. Finanzergebnis	- 2.534
Sinkender Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG. Effekte aus der Anpassung der Berechnungsmethodik (Durchschnittszins auf Basis 10-Jahres-Zeitraum vs. 7-Jahreszeitraum) sind planerisch noch nicht berücksichtigt.	

HWW**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2017****(haushaltswirksam 2018) gegenüber 2016**

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	+ 1.868
Anstieg aufgrund einer eingeplanten Erhöhung des allgemeinen Wasserpreises und der Grund- und Basispreise.	
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	- 3.153
Für 2017 sind nur geringfügige Erträge aus dem Anlagenabgang geplant	
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	+ 207
Steigender Aufwand für Wasserzähler und Energie	
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	+ 620
Höherer Aufwand für Fremdleistungen im Rahmen des Instandhaltungsplans.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	+ 371
Anstieg des Personalaufwands aufgrund der planerischen Berücksichtigung von Tarifierhöhungen	
2.3 Abschreibungen	+ 1.259
Anstieg der Abschreibungen als Folge der Investitionstätigkeit im Rahmen des Investitionsplanes	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	+ 2.371
Erhöhung Grundwasserentnahmegebühr in Hamburg, Anstieg Konzessionsabgaben in Abhängigkeit von den Umsatzerlösen, steigender Material- und Instandhaltungsaufwand Verwaltung, allgemeine Preissteigerung.	
4. Finanzergebnis	- 6.030
Sinkender Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG. Effekte aus der Anpassung der Berechnungsmethodik (Durchschnittszins auf Basis 10-Jahres-Zeitraum vs. 7-Jahreszeitraum) sind planerisch noch nicht berücksichtigt.	

Anlage 4.2

HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2018 (haushaltswirksam 2019) gegenüber 2017

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	+ 3.700
Anstieg aufgrund einer eingeplanten Erhöhung des allgemeinen Wasserpreises und der Grund- und Basispreise sowie steigender Erlöse aus externen Leistungen.	
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	+ 300
Steigender Aufwand für Wasserzähler und Energie	
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	+ 600
Höherer Aufwand für Fremdleistungen im Rahmen des Instandhaltungsplans.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	+ 1.300
Anstieg des Personalaufwands aufgrund der planerischen Berücksichtigung von Tarifierhöhungen	
2.3 Abschreibungen	+ 400
Anstieg der Abschreibungen als Folge der Investitionstätigkeit im Rahmen des Investitionsplanes.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	+ 1.100
Allgemeine Preissteigerung für Material- und Instandhaltungsaufwand Verwaltung, Erhöhung Grundwasserentnahmegebühr in Hamburg, Anstieg der Konzessionsabgaben in Abhängigkeit von den Umsatzerlösen.	
4. Finanzergebnis	- 400
Reduzierung Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen gem. versicherungsmathematischem Gutachten. Effekte aus der Anpassung der Berechnungsmethodik (Durchschnittszins auf Basis 10-Jahres-Zeitraum vs. 7-Jahreszeitraum) sind planerisch noch nicht berücksichtigt.	

Übersicht

über die Verwendung der Abwasserabgabe gem. § 13 Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i.V.m. § 14 Hamburgisches Abwasserabgabengesetz (HambAbwAG) in den Haushaltsjahren 2015 und 2016.

Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist gem. § 13 AbwAG i.V.m. § 14 HambAbwAG für Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zu verwenden.

Aus dem Aufkommen wird auch der mit dem Vollzug des Gesetzes entstehende Verwaltungsaufwand gedeckt.

Veranschlagung der aus der Abwasserabgabe zu erzielenden Erlöse:

Ortsprodukt/Investition	Ansatz/ Teilansatz (in Tsd. Euro) 2017/2018 jeweils
1-293.11.10.003.001 Ortsprodukt Erhebung Abwasserabgabe	900 / 900

Veranschlagung der Kosten für Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte:

Ortsprodukt/Investition	Ansatz/ Teilansatz (in Tsd. Euro) 2017/2018 jeweils
1-291.11.02.001.001 Ortsprodukt Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement U11	300 / 300
1-291.11.02.002.001 Ortsprodukt Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement U12	134 / 134
1-291.11.02.003.001 Ortsprodukt Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement U13/14	498 / 602
1-291.11.05.001.001 Ortsprodukt Infosysteme, Daten	168 / 165
1-293.11.10.004.001 Ortsprodukt Umweltschadensfälle	1.071 / 1071
Verwaltungskostenpauschale	35 / 35
Insgesamt	2.206 / 2.307

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2017/2018

Einzelplan 6.2 Behörde für Umwelt und Energie
Umorganisationen auf Ebene von Einzelplänen

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

1	Vorwort zum Einzelplan	247
2	Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans	249
2.1	Ergebnisplan des Einzelplans	249
2.2	Finanzplan des Einzelplans	250
3	Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans	251
4	Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans	253
4.1	Teilplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)	253
4.1.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 290 Steuerung und Service (BUE)	253
4.1.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)	254
4.1.3	Investitionen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)	266
4.1.4	Darlehen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)	266
4.1.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)	266
4.1.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)	267
4.2	Teilplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	269
4.2.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 291 Umweltschutz	269
4.2.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	270
4.2.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	296
4.2.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	303
4.2.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	303
4.2.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	304
4.3	Teilplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	304
4.3.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	304
4.3.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	306
4.3.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	335
4.3.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	340
4.3.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	340
4.3.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	341
4.4	Teilplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	342
4.4.1	Vorwort zum Aufgabenbereich 293 Immissionsschutz und Betriebe	342
4.4.2	Produktgruppen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	343
4.4.3	Investitionen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	353
4.4.4	Darlehen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	354
4.4.5	Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	354
4.4.6	Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	355
5	Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche	356
5.1	Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)	356
5.1.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)	356
5.1.2	Finanzplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)	358

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

5.2	Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	359
5.2.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	359
5.2.2	Finanzplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz	360
5.3	Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	361
5.3.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	361
5.3.2	Finanzplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie	362
5.4	Ergebnis- und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	363
5.4.1	Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	363
5.4.2	Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe	364

1 Vorwort zum Einzelplan

Gemäß Drucksache 21/1392 wurde für die Behörde für Umwelt und Energie ein neuer Einzelplan eingerichtet. Dabei haben sich sowohl die Struktur als auch die Inhalte von Aufgabenbereichen und Produktgruppen gegenüber der Struktur im Einzelplan 6.0 verändert.

Bis einschließlich des Haushaltsjahres 2015 waren die folgenden Aufgabenbereiche und Produktgruppen im Haushalt ermächtigt.

- 1 260 Steuerung und Service
 - 1.1 260.01 Steuerung und Service
 - 1.2 260.02 Zentraler Ansatz I
 - 1.3 260.03 Zentrale Programme
 - 1.4 260.04 Geoinformation und Vermessung [§ 26 (1) LHO]
 - 1.5 260.05 Bezirkliche Zuweisungen SuS
 - 1.6 260.06 Zentraler Ansatz II

- 2 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
 - 2.1 261.01 Wohnen
 - 2.2 261.02 Stadterneuerung und Bodenordnung
 - 2.3 261.03 Zentrales Programm WSB
 - 2.4 261.04 Bezirkliche Zuweisungen WSB

- 3 262 Bauordnung und Hochbau
 - 3.1 262.01 Bauordnung und Hochbau
 - 3.2 262.02 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

- 4 263 Landes- und Landschaftsplanung
 - 4.1 263.01 Landes- und Landschaftsplanung
 - 4.2 263.02 Zentrale Programme Landes- und Landschaftsplanung
 - 4.3 263.03 Bezirkliche Zuweisungen LP

- 5 264 Umweltschutz
 - 5.1 264.01 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz
 - 5.2 264.02 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst
 - 5.3 264.03 Abfallwirtschaft
 - 5.4 264.04 Bezirkliche Zuweisungen U
 - 5.5 264.05 Zentrale Programme U

- 6 265 Natur- und Ressourcenschutz
 - 6.1 265.01 Klimaschutz und Nachhaltigkeit
 - 6.2 265.02 Energie

- 6.3 265.03 Naturschutz
- 6.4 265.04 Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz
- 6.5 265.55 Bezirkliche Zuweisungen NR

- 4 266 Immissionsschutz und Betriebe
 - 4.1 266.01 Immissionsschutz und Betriebe
 - 4.2 266.02 Bezirkliche Zuweisungen IB

Ab dem Doppelhaushalt 2017 werden folgende Aufgabenbereiche und Produktgruppen ermächtigt.

- 1 290 Steuerung und Service
 - 1.1 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen
 - 1.2 290.12 Zentraler Ansatz I
 - 1.3 290.13 Zentrale Programme
 - 1.4 290.14 Bezirkliche Zuweisungen (SuS)
 - 1.5 290.15 Zentraler Ansatz II (Globale Minderkosten)

- 2 291 Umweltschutz
 - 2.1 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz
 - 2.2 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst
 - 2.3 291.13 Abfallwirtschaft
 - 2.4 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U
 - 2.5 291.15 Zentrale Programme U

- 3 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie
 - 3.1 292.10 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz
 - 3.2 292.11 Landschaftsplanung und Stadtgrün
 - 3.3 292.12 Energie
 - 3.4 292.13 Naturschutz
 - 3.5 292.14 Zentrale Programme NGE
 - 3.6 292.15 Bezirkliche Zuweisungen NGE

- 4 293 Immissionsschutz und Betriebe
 - 4.1 293.11 Immissionsschutz und Betriebe
 - 4.2 293.12 Bezirkliche Zuweisungen IB

In den nachfolgenden Darstellungen werden die Ist- und Plandaten der bisherigen Aufgabenbereiche und Produktgruppen bis einschließlich Haushaltsjahr 2016 in einer virtuellen Überleitung auf die zukünftigen Aufgabenbereiche und Produktgruppen dargestellt. Zusätzlich sind die Plandaten der neuen Aufgabenbereiche und Produktgruppen ab 2017 bis 2020 enthalten.

Dieses ist eine Zusatzinformation und nicht Bestandteil des ermächtigten doppischen Produkthaushalts.

2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	27.567	29.433	26.689	29.632	29.956	30.300	30.652
2. Erlöse aus Transferleistungen	1.522	2.219	2.263	3.775	4.895	3.923	2.688
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	65.021	59.080	1.778	12.756	11.786	11.088	10.464
6. Erlöse aus Verrechnungen	23	1.452	1.446	2.452	2.491	2.475	2.483
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	118.900	144.584	133.184	145.968	145.003	136.738	134.693
8. Personalkosten	39.498	42.175	41.473	44.976	45.663	45.579	44.499
a) Kosten für Entgelte	20.772	21.641	21.186	21.664	21.929	21.867	21.097
b) Kosten für Bezüge	10.319	11.038	11.256	11.039	11.267	11.258	11.213
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugs- charakter		338	87	339	339	339	339
d) Kosten für Sozialleistungen	4.502	4.973	4.705	4.961	5.023	5.018	4.838
e) Kosten für Versorgungsleistungen	3.906	4.187	4.239	6.972	7.105	7.096	7.011
9. Kosten für Transferleistungen	14.849	22.424	6.562	7.659	7.445	8.004	7.995
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	179.475	55.910	45.751	47.084	46.471	46.112	45.972
12. Sonstige Kosten	38.106	66.584	688	6.041	5.605	5.250	5.191
13. Kosten aus Verrechnungen		316	2.182	3.746	3.772	3.798	3.855
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätig- keit	-296.794	-239.808	-197.664	-206.860	-204.831	-197.694	-195.918
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Auslei- hungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Fi- nanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens		45.615		8.037	7.107	6.404	5.620
20. Zinsen und ähnliche Kosten	1			2	2	2	2
21. Finanzergebnis	-1	-45.615		-8.039	-7.109	-6.406	-5.622
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-296.796	-285.423	-197.664	-214.898	-211.939	-204.099	-201.539
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-296.796	-285.423	-197.664	-214.898	-211.939	-204.099	-201.539
27. Globale Minderkosten				-5.646	-5.653	-8.119	-7.922
28. Globale Mehrkosten			7.932	20.041	21.866	19.593	17.227
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-296.796	-285.423	-202.915	-229.293	-228.152	-215.573	-210.844

2.2 Doppischer Finanzplan des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.936	38.042	30.728	33.907	35.351	34.724	33.840
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	169.382	190.181	188.307	203.383	204.590	192.034	186.817
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-134.446	-152.140	-157.579	-169.477	-169.239	-157.310	-152.977
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	13.456	15.693	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	104	8	740	20	20	20	20
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	3.622	835	3.581	2.173	2.174	2.174	2.174
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	2.988	7.412	2.419	2.684	1.784	1.784	1.784
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	45.414	27.438	37.689	48.328	44.990	46.468	45.636
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	755	59	1.024	848	851	852	879
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	221	235					
14. Globale Minderauszahlungen				-1.121	-996	-1.538	-1.137
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-39.440	-20.278	-32.973	-41.890	-37.783	-38.720	-38.316
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		25					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		25					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-173.886	-172.392	-190.552	-211.367	-207.022	-196.030	-191.293



3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Aufgabenbereich 290 AB Steuerung und Service (BUE)							
Erlöse der Produktgruppe Zentr. Aufg. Recht u. Beteilig. (ZR)	48.578	45.152	2.566	3.370	2.948	2.911	2.918
Kosten der Produktgruppe Zentr. Aufg. Recht u. Beteilig. (ZR)	37.288	109.083	33.851	27.225	26.534	26.004	25.207
Erlöse der Produktgruppe Zentraler Ansatz I							
Kosten der Produktgruppe Zentraler Ansatz I			2.868	8.481	6.267	1.578	2.986
Erlöse der Produktgruppe Zentrale Programme							
Kosten der Produktgruppe Zentrale Programme			3				
Erlöse der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisung SuS							
Kosten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisung SuS			72	72	72	72	72
Erlöse der Produktgruppe Zentraler Ansatz II (GMK)							
Kosten der Produktgruppe Zentraler Ansatz II (GMK)			-3.050				
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	11.290	-63.931	-31.177	-32.407	-29.924	-24.743	-25.347
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	352	255	38	-1.098	-972	-1.514	-1.113
Saldo aus Investitionstätigkeit	-352	-255	-38	1.098	972	1.514	1.113
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Aufgabenbereich 291 AB Umweltschutz							
Erlöse der Produktgruppe Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz	28.168	19.141	16.988	27.608	27.477	27.165	29.906
Kosten der Produktgruppe Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz	220.156	91.868	73.856	85.414	85.833	84.833	84.461
Erlöse der Produktgruppe Alllasten, Bodensch., Geolog. Dienst	388	663	234	405	388	375	364
Kosten der Produktgruppe Alllasten, Bodensch., Geolog. Dienst	27.332	29.025	15.549	17.448	18.339	18.059	16.953
Erlöse der Produktgruppe Abfallwirtschaft	3.202	3.508	1.922	2.423	2.422	2.422	2.422
Kosten der Produktgruppe Abfallwirtschaft	38.711	40.805	39.468	41.880	41.974	42.038	41.819
Kosten der Produktgruppe Bezirkl. Zuweisungen U			6.464	6.241	6.388	5.554	5.631
Kosten der Produktgruppe Zentrale Programme U			1.204	1.459	2.108	1.765	1.426
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-254.441	-138.386	-117.398	-122.007	-124.353	-122.116	-120.599
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	14.046	15.902	11.040	11.020	11.020	11.020	11.020
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	34.134	30.977	31.567	40.440	41.157	41.161	41.593
Saldo aus Investitionstätigkeit	-20.088	-15.075	-20.527	-29.420	-30.137	-30.441	-30.573
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Aufgabenbereich 292 AB Naturschutz, Grünplanung und Energie							
Erlöse der Produktgruppe Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz	259	303		180	180	180	180
Kosten der Produktgruppe Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz	1.312	1.378	903	1.243	1.267	1.284	1.225
Erlöse der Produktgruppe Landschaftsplanung und Stadtgrün	3.424	2.160	1.812	2.928	4.044	3.084	1.857

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten der Produktgruppe Landschaftsplanung und Stadtgrün	9.998	12.445	8.592	13.937	13.977	13.238	12.691
Erlöse der Produktgruppe Energie	1.162	8.098		0	0	0	
Kosten der Produktgruppe Energie	29.090	21.786	8.154	8.921	8.327	7.947	7.764
Erlöse der Produktgruppe Naturschutz	897	2.229	404	978	969	962	956
Kosten der Produktgruppe Naturschutz	9.891	8.418	7.753	7.638	7.674	7.677	7.549
Kosten der Produktgruppe Zentrale Programme NGE			9.302	13.629	15.766	15.036	11.342
Kosten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen NGE			22.025	24.167	22.767	18.938	19.004
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-44.549	-31.235	-54.514	-65.449	-64.585	-59.895	-56.582
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	104	-201	700				
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.941	5.051	12.603	13.543	8.593	9.768	8.831
Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.838	-5.252	-11.903	-13.543	-8.593	-9.768	-8.831
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Aufgabenbereich 293 AB Immissionsschutz und Betriebe							
Erlöse der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe	7.956	10.932	8.251	10.723	10.699	10.687	10.685
Kosten der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe	17.052	17.189	11.849	20.093	19.929	19.447	18.942
Kosten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen IB			52	59	59	59	59
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-9.096	-6.257	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	304	-304	505	25	25	25	25
Saldo aus Investitionstätigkeit	-304	304	-505	-25	-25	-25	-25
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							



4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 290 Steuerung und Service (BUE)

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen

- 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR),
- 290.12 Zentraler Ansatz,
- 290.14 Bezirkliche Zuweisungen Steuerung und Service.

Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplan 2016:

Die Produktgruppe 290.13 Zentrale Programme entfällt zum Doppelhaushalt 2017/2018. In der Produktgruppe waren lediglich die Abschreibungen für „Kfz-Ersatzbeschaffungen“ ermächtigt. Im Zuge der Dezentralisierung der investiven Ermächtigungen für die Kfz-Ersatzbeschaffung (Auszahlungen für Investitionen) werden auch die Abschreibungen auf die betroffenen Produktgruppen aufgeteilt.

Die Produktgruppe 290.14 Geoinformation und Vermessung [26 (1) LHO] wurde zwar in Anlage 5 zur Drucksache 21/1392 (Umsetzung der Neustrukturierung der Behörden) aufgeführt, jedoch im Epl. 6.2 nie ausgeprägt und mit Ermächtigungen/ Veranschlagungen versehen.

Die Produktgruppe 290.15 (in den Erläuterung zur Drs. 21/1392: 290.16) Zentraler Ansatz II entfällt, da der Haushaltsplan 2017/2018 ermöglicht, Globale Mehr- und Globale Minderkosten in einer Produktgruppe in differenzierten Kontenbereichen zu planen. Daher erfolgt die Planung dieser Kosten insgesamt wieder in einem Zentralen Ansatz (PG 290.12).

Zentrale Aufgabe des Aufgabenbereichs ist die Beratung der Behördenleitung und der Fachämter bei der Definition von Aufgaben und Prioritäten, die Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen und Dienstleistungen in Intendanz-, Rechts- und Beteiligungsangelegenheiten in der Zuständigkeit der BUE sowie die Unterstützung bei der Umsetzung und dem Vollzug der Aufgaben durch die Fachämter der Behörde. In diesem Aufgabenbereich wird die Vertretung der Behörde gegenüber anderen Behörden und den Assistenzeinheiten des Senats in Intendanz-, Rechts- und Beteiligungsangelegenheiten und die Funktion des Beauftragten für den Haushalt wahrgenommen.

Aufgabenschwerpunkte sind:

- Intendanzaufgaben,
- Rechtliche Beratung der Behördenleitung, der Fachämter und im Rahmen der Fachaufsicht der Bezirksverwaltung,
- Rechtsaufsicht über Wasser- und Bodenverbände in Hamburg,
- Unternehmensaufsicht über eine Vielzahl von Unternehmen in den Bereichen Ver- und Entsorgung u. a.: Hamburger Wasserwerke GmbH, Hamburger Stadtentwässerung, Stadtreinigung Hamburg AöR, Bäderland Hamburg GmbH, Hamburger Friedhöfe AöR,
- Darstellung des zentralen Ansatzes für den Einzelplan.

Die BSW und BUE nehmen Intendanz-, Rechts- und Beteiligungsangelegenheiten überwiegend im Rahmen eines gemeinsamen Dienstleistungsmodells am Standort Wilhelmsburg (Shared-Service) wahr. Die BUE erbringt sog. Shared-Service-Dienstleistungen für die BSW insbesondere in den Bereichen Personalservice und –entwicklung, IT sowie im Rahmen der Beteiligungsverwaltung. Die BUE empfängt Shared-Service-Dienstleistungen von der BSW insbesondere in den Bereichen des Inneren Dienstbetriebs und der Betriebswirtschaft sowie in Vergabeangelegenheiten. Dadurch werden folgende Zielsetzungen erreicht:

- sparsamer Ressourceneinsatz,
- Reduzierung teilungsbedingter Mehrbedarfe,
- Wunsch der Beschäftigten, eingespielte Bereiche zu erhalten,
- Know-how-Erhalt,
- Nutzung der räumlichen Nähe zur behördenübergreifenden fachlichen Zusammenarbeit,
- Vermeidung von internen Umzügen,

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

- Begrenzung von Umbaumaßnahmen,
- Vermeidung zeitlicher Verzögerungen bei der Wahrnehmung von Fachaufgaben und Projekten.

Die entstehenden Kosten werden über Fremdbewirtschaftung und haushaltsrelevante Verrechnungen abgebildet. Die Personalkosten der Shared-Service-Bereiche werden jeweils vollständig in dem Aufgabenbereich Steuerung und Service der Behörde berücksichtigt, dem die Shared-Service-Einheit zugeordnet ist. Gleichzeitig werden in dieser Behörde Erlöse aus haushaltsrelevanten Verrechnungen veranschlagt, denen Erstattungen für entstandene Personalkosten in gleicher Höhe im Einzelplan der jeweils anderen Behörde gegenüberstehen.

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

4.1.2.1 Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg. Recht u. Beteilig. (ZR)

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg. Recht u. Beteilig. (ZR)

Diese Produktgruppe bildet alle originären Produkte des Aufgabenbereichs ab.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	48.578	45.152	2.566	3.370	2.948	2.911	2.918
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	9.125	24.854	9.004	8.295	8.413	8.730	8.561
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3.992	4.685	4.317	3.654	3.654	3.836	3.836
b) davon IT-Kosten	2.140	2.303	2.107	2.090	2.136	2.127	2.127
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	618	249	160	175	175	176	176
3. Personalkosten	8.823	8.356	9.203	9.471	9.607	9.638	9.562
a) Kosten für Entgelte	2.807	2.053	2.949	2.935	2.939	3.040	3.039
b) Kosten für Bezüge	4.040	4.110	4.041	3.707	3.792	3.729	3.680
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	7	43	44	44	44	44
d) Kosten für Sozialleistungen	656	801	789	790	796	811	808
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.320	1.385	1.381	1.996	2.036	2.014	1.991
4. Kosten für Transferleistungen	0	313	236	236	236	236	236
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	16.762	14.328	12.800	4.795	3.825	2.922	2.312
6. Sonstige Kosten	2.577	61.232	2.609	4.426	4.451	4.476	4.533
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	11.291	-63.931	-31.285	-23.853	-23.584	-23.092	-22.287
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit	1			2	2	2	2
10. Finanzergebnis	-1			-2	-2	-2	-2
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	11.290	-63.931	-31.285	-23.854	-23.585	-23.093	-22.289
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	11.290	-63.931	-31.285	-23.854	-23.585	-23.093	-22.289
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten				0	0	0	0
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	11.290	-63.931	-31.285	-23.854	-23.585	-23.093	-22.289

Erlöse:

Die Steigerung der Erlöse basiert im Wesentlichen auf Erlösen aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Shared-Service Leistungen gegenüber der BSW.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Hier sind im Wesentlichen Kosten für Miete, Mietnebenkosten und Aufwendungen für die Instandhaltung des Gebäudes in Höhe von 3.703 Tsd. EUR (2017 und 2018) sowie Kosten der Informationstechnologie in Höhe von 2.090 Tsd. EUR (2017) und 2.136 Tsd. EUR (2018) geplant. Ferner beinhaltet dieser Kontenbereich Kosten für den inneren Dienstbetrieb, wie etwa die Unterhaltung der Bibliothek oder der Hausdruckerei.

Die gesunkenen Kosten aus Verwaltungstätigkeit erklären sich aus den gesunkenen Mietkosten. Zwar sind aufgrund einer Neuvermessung des Dienstgebäudes am Standort Wilhelmsburg die Mietkosten insgesamt gestiegen, doch gleichzeitig ergibt sich aus der Neuberechnung der Flächenaufteilung zwischen BUE und BSW ein niedrigerer Anteil der BUE an der Gesamtmiete.

Kosten für Transferleistungen:

Kosten für Transferleistungen werden wesentlich (2017-2020 je 211 Tsd. Euro) für Projekte zum Produkt Nachhaltigkeit aufgewendet.

Kosten für Abnutzung - Abschreibungen:

Die Kosten für Abnutzungen - Abschreibungen entstehen schwerpunktmäßig durch Abschreibungen auf in der Vergangenheit gewährte Investitionszuschüsse, die pauschal aktiviert worden sind. Der Bestand an aktivierten Investitionszuschüssen wurde von 2015 zu 2016 durch Übertragungen an andere Verwaltungseinheiten erheblich reduziert. In der Folge sind auch die geplanten Kosten für Abnutzung - Abschreibungen gesunken.

Die neu zugehenden Investitionszuschüsse werden dezentral in den jeweils zuständigen Fachproduktgruppen aktiviert und ersetzen sukzessive die alten, pauschalen Ansätze.

Sonstige Kosten:

In den gestiegenen Sonstigen Kosten sind die Kosten aus Haushaltsrelevanten Verrechnungen für in Anspruch genommene Shared-Service-Leistungen der BSW enthalten. Es handelt sich um Personalkostenerstattungen. Aufgrund der gestiegenen Personalkosten durch geänderte Kosten für Versorgungsleistungen sowie Tarif- und Besoldungsanpassungen bei der BSW steigen auch die Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen bei der BUE.

In diesem Kontenbereich sind Aufwandsentschädigungen für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. veranschlagt.

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg. Recht u. Beteilig. (ZR)

Z1: Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Behörde und der der BUE zugeordneten öffentlichen Unternehmen sowie bei der Wahrnehmung ministerieller Aufgaben. Ferner Unterstützung der Ämter in deren Aufgabenwahrnehmung durch Bereitstellung der notwendigen Serviceunterstützung (K* B_290_01_007 bis B_290_01_010)
(*Kennzahlen)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_290_11_007 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Endgeräte je VZÄ des Bereichs	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	64,7	64,7	64,7	64,7

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Informationstechnologie								
B_290_11_008 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Beschäftigten je VZÄ des Bereichs Personalservice und Personalentwicklung, -planung und -controlling	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	62,5	62,5	62,5	62,5
B_290_11_009 Durchschnittliche Anzahl der betreuten Beschäftigten je VZÄ des Bereichs Interner Service	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	22,8	22,8	22,8	22,8
B_290_11_010 Anteil von Frauen in Führungspositionen in der BUE	%	k.A.	k.A.	k.A.	40	40	40	40

Die Kennzahlen aus der Haushaltsplanung 2015/2016 haben sich im Laufe der Bewirtschaftung als ungeeignet erwiesen und wurden ersetzt bzw. sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Am Standort Wilhelmsburg werden Intendantaufgaben nach der Teilung der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilweise im Shared-Service von jeweils einer der beiden Folgebehörden (BSW/BUE) erbracht.

Der Wert zur Kennzahl B_290_11_010 ist ein Mindestwert.

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg. Recht u. Beteilig. (ZR)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Ressourcensteuerung und Controlling							
Erlöse	123	10	42	228	232	236	239
Kosten	2.176	927	2.007	2.662	2.704	2.716	2.701
Saldo Jahresergebnis 1 Ressourcensteuerung und Controlling	-2.053	-917	-1.965	-2.434	-2.472	-2.480	-2.462
Erlöse		-10	-/-	-228	-232	-236	-239
Kosten		-927	-/-	-2.662	-2.704	-2.716	-2.701
Saldo Jahresergebnis 2 Ressourcensteuerung und Controlling		0	-/-	0	0	0	0
Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung							
Erlöse	1.060	1.423	295	1.361	1.369	1.336	1.355
Kosten	3.782	1.954	2.389	3.518	3.627	3.727	3.629
Saldo Jahresergebnis 1 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung	-2.722	-531	-2.094	-2.157	-2.257	-2.391	-2.274
Erlöse		-1.423	-/-	-1.361	-1.369	-1.336	-1.355
Kosten		-1.954	-/-	-3.518	-3.627	-3.727	-3.629
Saldo Jahresergebnis 2 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung		0	-/-	0	0	0	0
IT							
Erlöse	2	2	619	658	673	682	656
Kosten	3.959	3.259	3.615	3.728	3.749	3.753	3.728
Saldo Jahresergebnis 1 IT	-3.958	-3.257	-2.996	-3.070	-3.076	-3.071	-3.071
Erlöse		-2	-/-	-658	-673	-682	-656
Kosten		-3.259	-/-	-3.728	-3.749	-3.753	-3.728
Saldo Jahresergebnis 2 IT		0	-/-	0	0	0	0

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Personal							
Erlöse	21	52	908	555	571	579	595
Kosten	2.332	1.603	2.459	2.125	2.167	2.200	2.143
Saldo Jahresergebnis 1 Personal	-2.312	-1.551	-1.551	-1.570	-1.596	-1.621	-1.548
Erlöse		-52	-/-	-555	-571	-579	-595
Kosten		-1.603	-/-	-2.125	-2.167	-2.200	-2.143
Saldo Jahresergebnis 2 Personal		0	-/-	0	0	0	0
Interner Service							
Erlöse	1.049	948	676	39	39	39	39
Kosten	7.885	11.668	9.117	8.305	8.344	8.562	8.570
Saldo Jahresergebnis 1 Interner Service	-6.836	-10.720	-8.441	-8.265	-8.305	-8.522	-8.531
Erlöse		-948	-/-	-39	-39	-39	-39
Kosten		-11.668	-/-	-8.305	-8.344	-8.562	-8.570
Saldo Jahresergebnis 2 Interner Service		0	-/-	0	0	0	0
Präsidialangelegenheiten, Innenrevision							
Erlöse	3	5	26				
Kosten	1.271	1.522	1.006	1.524	1.544	1.549	1.538
Saldo Jahresergebnis 1 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision	-1.268	-1.517	-980	-1.524	-1.544	-1.549	-1.538
Erlöse		-5	-/-				
Kosten		-1.522	-/-	-1.524	-1.544	-1.549	-1.538
Saldo Jahresergebnis 2 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision		0	-/-	0	0	0	0
Pauschalisierte Abschreibungen							
Erlöse	46.321	87.671		528	64	38	33
Kosten	15.723	-44.957	12.745	4.770	3.802	2.898	2.300
Saldo Jahresergebnis 1 Pauschalisierte Abschreibungen	-30.598	-42.713	-12.745	-4.241	-3.738	-2.860	-2.268
Erlöse		-87.671	-/-	-528	-64	-38	-33
Kosten			-/-	-4.770	-3.802	-2.898	-2.300
Saldo Jahresergebnis 2 Pauschalisierte Abschreibungen		42.713	-/-	0	0	0	0
Nachhaltige Entwicklung							
Erlöse							
Kosten	214	427	490	556	560	562	560
Saldo Jahresergebnis 1 Nachhaltige Entwicklung	-214	-427	-490	-556	-560	-562	-560
Erlöse		60	-/-	571	567	581	553
Kosten		197	-/-	3.316	3.440	3.590	3.648
Saldo Jahresergebnis 2 Nachhaltige Entwicklung		-564	-/-	-3.302	-3.433	-3.571	-3.655
GL Schadenersatzleistungen							
Erlöse	1						
Kosten	23	49	10	11	11	11	11
Saldo Jahresergebnis 1 GL Schadenersatzleistungen	-22	-49	-10	-11	-11	-11	-11
Erlöse			-/-				0
Kosten			-/-				0
Saldo Jahresergebnis 2 GL Schadenersatzleistungen		-49	-/-	-11	-11	-11	-11
GL Aufwandsentschädigung							
Erlöse							
Kosten	32	3	14	26	26	26	26

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 GL Aufwandsent- schädigung	-32	-3	-14	-26	-26	-26	-26
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 GL Aufwandsent- schädigung		-3	-14	-26	-26	-26	-26

Das Produkt Pauschalisierte Abschreibungen enthält auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Im Weiteren vgl. Erläuterungen zu 4.1.2.1.2.

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29011 Zentr. Aufg., Recht u. Beteilig. (ZR)

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	146,57	137,04	147,50	117,53	116,10	115,10	112,30

Um Synergieeffekte zu nutzen, werden - wie im Vorwort zum Aufgabenbereich 290 dargestellt – bestimmte Intendanzaufgaben im Rahmen eines gemeinsamen Dienstleistungsmodells am Standort Wilhelmsburg wahrgenommen. Mit dem Haushaltsjahr 2017 werden die VZÄ und damit auch die Personalkosten für die technischen Nachwuchskräfte bei der fachlich zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen ausgewiesen.

4.1.2.2 Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 6.2 übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Mit dem Haushaltsplan 2017/2018 ist es möglich, die Globalen Mehr- und Globalen Minderkosten in einer Produktgruppe in differenzierten Kontenbereichen zu planen. Diese Produktgruppe enthält daher nun auch die zuvor in der Produktgruppe 290.15 Zentraler Ansatz II geplanten Globalen Minderkosten.

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauszinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezug- scharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				-224	-423	-731	-958
6. Sonstige Kosten				4.515	4.052	3.733	3.676
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit				-4.291	-3.629	-3.002	-2.718
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit				4.291	3.290	2.459	1.863
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis				-4.291	-3.290	-2.459	-1.863
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)				-8.582	-6.919	-5.461	-4.581
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-8.582	-6.919	-5.461	-4.581
16. Globale Minderkosten				-5.646	-5.653	-8.119	-7.922
17. Globale Mehrkosten			2.868	5.545	5.001	4.236	6.327
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-2.868	-8.481	-6.267	-1.578	-2.986

Die Globalen Minderkosten werden geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung im jeweiligen Haushaltsjahr durch Sollübertragungen in die sachlich zutreffenden Kontenbereiche.

Die Globalen Mehrkosten, Sonstigen Kosten sowie Kosten des Finanzergebnisses beinhalten Verstärkungsmittel für unvorhergesehene Bedarfe des Einzelplans.

Die negativen Abschreibungen resultieren aus den Globalen Minderauszahlungen, die in den Investitionen des Aufgabenbereichs geplant werden.

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Ziele definiert.

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Kennzahlen definiert.

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrale Verstärkungsmittel							
Erlöse							
Kosten			2.868	14.351	12.343	10.428	11.866

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Verstärkungsmittel			-2.868	-14.351	-12.343	-10.428	-11.866
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Verstärkungsmittel			-/-	-14.351	-12.343	-10.428	-11.866
Globale Minderkosten							
Erlöse							
Kosten				-5.870	-6.076	-8.850	-8.880
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten				5.870	6.076	8.850	8.880
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten			-/-	5.870	6.076	8.850	8.880

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Einzelplan der BUE übertragen.

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29012 Zentraler Ansatz I

Für die Produktgruppe werden keine Vollzeitäquivalente geplant.

4.1.2.3 Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

In dieser Produktgruppe werden zum Haushalt 2017/2018 keine Ermächtigungen mehr geplant. Siehe auch Vorwort zum Aufgabenbereich.

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			3				
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-3				
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-3				
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-3				
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-3				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zentrale Programme							
Erlöse							
Kosten			3				
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Programme			-3				
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Programme			-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29013 Zentrale Programme

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.3.1.

4.1.2.4 Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In dieser Produktgruppe sind die Ermächtigungen, Kosten zu verursachen geplant, die den Bezirksamtern in Form einer Zweckzuweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Konkret handelt es sich um die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie um Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor und Schadenersatzleistungen, die dem Aufgabenbereich der BUE zuzuordnen sind.

Ersatzvornahmen (51 Tsd. EUR)

- Hamburg Mitte = 9,80% = 5 Tsd. Euro,
- Altona = 19,61% = 10 Tsd. Euro,
- Eimsbüttel = 19,61% = 10 Tsd. Euro,
- Hamburg Nord = 13,73% = 7 Tsd. Euro,
- Wandsbek = 9,80% = 5 Tsd. Euro,
- Bergedorf = 17,65% = 9 Tsd. Euro,
- Harburg = 9,80% = 5 Tsd. Euro.

Schadenersatzleistungen (21 Tsd. EUR)

- Hamburg Mitte = 0,00% = 0 Tsd. Euro,
- Altona = 33,33% = 7 Tsd. Euro,
- Bezirk Eimsbüttel = 19,05 = 4 Tsd. Euro,
- Hamburg Nord = 23,81% = 5 Tsd. Euro,
- Wandsbek = 23,81% = 5 Tsd. Euro,
- Bergedorf = 0,00% = 0 Tsd. Euro,
- Harburg = 0,00% = 0 Tsd. Euro.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			72	51	51	51	51
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				21	21	21	21
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-72	-72	-72	-72	-72
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-72	-72	-72	-72	-72
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-72	-72	-72	-72	-72
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-72	-72	-72	-72	-72

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Hier werden die Zweckzuweisungen an die Bezirke für Ersatzvornahmen geplant.

Sonstige Kosten:

Hier werden die Zweckzuweisungen an die Bezirke für Schadenersatzleistungen geplant.

4.1.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten							
Zweckzuweisung							
Kosten Zweckzuweisung Schadenersatz u. Ersatzv			72	72	72	72	72
Einzelzuweisungen							
Kosten							
Abschreibungen							
Abschreibungen							
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			72	72	72	72	72

4.1.2.4.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29014 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In der Produktgruppe sind keine Verpflichtungsermächtigungen geplant.

4.1.2.5 Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

4.1.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

In dieser Produktgruppe werden ab dem Haushaltsjahr 2017 keine Ermächtigungen mehr geplant. Siehe auch Vorwort zum Aufgabenbereich.

4.1.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten							
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit							
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)							
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten			-3.050				
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			3.050				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Globale Minderkosten							
Erlöse							
Kosten			-3.050				
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderkosten			3.050				
Erlöse			-/-				
Kosten			-/-				
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderkosten			-/-				

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29015 Zentraler Ansatz II (GMK)

Vgl. Erläuterung zu 4.1.2.5.1.

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			38	23	24	24	24
Saldo für sonstige Investitionen			-38	-23	-24	-24	-24
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen							
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen				-1.121	-996	-1.538	-1.137
Gesamtsaldo für Investitionsmittel			-38	1.098	972	1.514	1.113

Die sonstigen Investitionen enthalten ab dem Haushaltsplan 2017/2018 nur noch investive Zuschüsse für Freibäder.

Bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2016 wurden an dieser Stelle zusätzlich die Auszahlungsermächtigungen für die „Kfz-Ersatzbeschaffung“ geplant. Diese werden zum Haushaltsplan 2017/2018 dezentralisiert und in den einzelnen Aufgabenbereichen geplant.

Außerdem werden hier die Globalen Minderauszahlungen geplant, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Diese werden unterjährig aufgelöst, um die pauschalen Einsparvorgaben zu konkretisieren.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)

Im Aufgabenbereich werden keine Darlehen geplant.

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Aufwandsentschädigung							
Erlöse							
Kosten	23	5	14	26	26	26	26
Summe GL Aufwandsentschädigung	-23	-5	-14	-26	-26	-26	-26
GL Schadenersatzleistungen							
Erlöse	1						
Kosten	32	49	10	11	11	11	11
Summe GL Schadenersatzleistungen	-31	-49	-10	-11	-11	-11	-11
Saldo für Gesetzliche Leistungen	-54	-53	-24	-37	-37	-37	-37

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereiches Steuerung und Service stehen im Zusammenhang mit Aufwandsentschädigungen für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. sowie Schadenersatzleistungen.

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs Steuerung und Service (BUE)

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR), sonstige Kosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigungen betreffend Steuerung und Service der Produktgruppen 290.11 Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen (ZR) der BUE und 286.11 Verwaltung, Recht und Beteiligungen (VR) der BSW, Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) zu verursachen, sind gegenseitig deckungsfähig, soweit sich Intendanz- und Fachaufgaben für die Behörde für Umwelt und Energie und die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen im Rahmen des gemeinsamen Dienstleistungsmodells (Shared Service) verändern. Mit der Deckungsfähigkeit zwischen Personalkosten und Sonstigen Kosten (Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen) soll der Finanzierung des Wilhelmsburger Verwaltungsmodells bei einer Veränderung der Kostenstrukturen in den Shared Service-Bereichen die notwendige Flexibilität eingeräumt werden.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe 290.12 Zentraler Ansatz I, globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar. In dieser Produktgruppe sind im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" zentrale Verstärkungsmittel der BUE zur Übertragung in andere Aufgabenbereiche und Produktgruppen veranschlagt. Dies ist erforderlich, da sich im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung der BUE unvorhergesehene Bedarfe ergeben können, die unterjährig im Epl. 6.2 auszugleichen sind.

Die Übertragbarkeit ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der BUE i.d.R. mehrjährige Maßnahmen und Programme abgewickelt werden. Bspw. werden in diesem Rahmen Gutachten und Untersuchungen beauftragt, für deren Abwicklung die Resteübertragung zwingende Voraussetzung ist. Die Übertragbarkeit dient somit der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Mittel.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen sowie in der Behörde für Umwelt und Energie, die durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze vom 3. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 108) neu geordnet wurden, dürfen mit Einwilligung der für die Finanzen zuständigen Behörde im Wege des Sollübertrags Änderungen der nach Kontenbereichen veranschlagten Erlöse und Kosten sowie der Ein- und Auszahlungen zwischen den Aufgabenbereichen 286 Steuerung und Service (BSW) und 290 Steuerung und Service (BUE) vorgenommen werden; eine Rücknahme dieser Änderungen ist zulässig.

Mit der Ermächtigung soll es ermöglicht werden, Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten im Rahmen der Behördenneuordnung (z.B. bei der Wahrnehmung der Intendanz- und Rechtsangelegenheiten im Rahmen des gegenseitigen Shared-Service-Modells) unterjährig zu berichtigen.

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 291 Umweltschutz

Der Aufgabenbereich 291 Umweltschutz besteht aus den folgenden Produktgruppen:

Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft- und Hochwasserschutz

Produktgruppe 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst

Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft

Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U

Produktgruppe 291.15 Zentrale Programme U

Das Amt für Umweltschutz ist die Oberste Landesbehörde für die Umsetzung des Wasser, des Bodenschutzes und des Abfallrechts. Es ist zuständig für übergeordnete und ministerielle Angelegenheiten im Bereich der Wasserwirtschaft, des Bodenschutzes und der Abfallwirtschaft. Dazu gehören die Mitwirkung an der Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene und die Vertretung Hamburgs in den Gremien der Bund/Länderarbeitsgemeinschaften Wasser (LAWA), Boden (LABO) und Abfall (LAGA).91

Für die Aufgabenfelder des Amtes bedeutet dies unter anderem:

Erhalt und Verbesserung Hamburgs als „Grüne Stadt am Wasser“ u.a. durch den Schutz und die Bewirtschaftung aller Gewässer, die Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Wasserrahmen-, der EG Meeresstrategie, der Badegewässer- und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, Überwachung und Schutz der Grundwasservorkommen, Sicherung und Verbesserung der Gewässerfunktionen, Verbesserung des ökologischen Zustands der Unterelbe auf Hamburger Gebiet, Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsplanung, Genehmigungen auf der Grundlage von Fachinformationssystemen.

Das Amt für Umweltschutz ist Fachaufsicht für Hamburg Wasser und Auftraggeber des LSBG für die Bereiche Wasserbau und Hochwasserschutz.

Maßnahmen zum Schutz des Bodens, wie Gefährdungsabschätzung und Anordnung von Untersuchungen und Sanierungen für Flächen mit Boden- und Grundwasserbelastungen, Förderung der Flächenbereitstellung für Wohnungsbau und Gewerbe im Rahmen des Flächenrecyclings, Altlastensanierung auf städtischen Flächen als Realisierungsträger, Unterstützung bei der Planung, Ausschreibung, Vergabe und Durchführung von Dekontaminations- und Sicherungsmaßnahmen, Einbringen von Bodenschutzaspekten in Bau- und Planungsverfahren, Identifizierung schutzwürdiger Böden, Schaffung von Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen in Form von Fachinformationssystemen (FIS) mit dem Ziel der Steigerung der ökologischen Qualität und der Lebensqualität, u.a. durch den sorgsamen Umgang mit unbelasteten und belasteten Böden.

Abfallwirtschaftsplanung, fachliche Steuerung der Stadtreinigung Hamburg mit den Themenschwerpunkten kommunale Abfallentsorgung, Wegereinigung und Winterdienst sowie ergänzender Maßnahmen und Programme zur Optimierung der Sauberkeit der Stadt, Wahrnehmung zentraler Vollzugsaufgaben u.a. in den Bereichen nationale und internationale Nachweisverfahren, Schiffsentsorgung sowie Genehmigung und Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen.

Information und Beratung bei geowissenschaftlichen Fragestellungen für die Erkundung von Lagerstätten und Rohstoffen, Geothermie (Erdwärme), Speicherpotenziale im tiefen Untergrund sowie für geowissenschaftliche Aufgaben beim Boden- und Grundwasserschutz, bei der Altlastensanierung, beim Bodendenkmal-, Natur- und Landschaftsschutz, Durchführung der geologischen Landesaufnahme und Führen des zentralen geologischen Archivs (Bohrarchiv).

Fachaufsicht über den Bereich Umweltuntersuchungen des Instituts für Hygiene und Umwelt.

Der Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Verantwortung für die Stärkung und Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes in Hamburg u. a. den ökologischen Zustand der Hamburg prägenden Wasser- und Grünflächen zu verbessern. Um dies zu erreichen, sollen zusätzliche Maßnahmen realisiert werden, die auch sichtbare Wirkung entfalten.

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

4.2.2.1 Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft- und Hochwasserschutz

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft- und Hochwasserschutz

Schwerpunkte der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft- und Hochwasserschutz sind:

Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, insbesondere durch die weitere Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie, der EG Badegewässerrichtlinie, der EG Meeresstrategie Rahmenrichtlinie und des Hamburger Beitrags zum Maßnahmenprogramm für den Bewirtschaftungsplan der Elbe. Entwicklung der Gewässer als Lebensraum unter Beibehaltung ihrer vielfältigen Nutzungen.

Sicherstellung des Hochwasserschutzes (Überflutungs-, Binnenhochwasser- und Sturmflut-/Küstenschutz) und Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. Verbesserung der innerstädtischen Gewässer durch Erneuerung und Sicherung der Ufermauern, Sedimententnahme zur Sicherung der Fahrtiefen und der Vorflut als Beitrag zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Infrastruktur.

Schutz und Sicherung der Grundwasservorkommen als Ressource für die öffentliche Trinkwasserversorgung.

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft- und Hochwasserschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	28.168	19.141	16.988	27.608	27.477	27.165	26.906
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	48.889	49.685	44.402	44.894	44.673	43.101	43.022
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	1						
b) davon IT-Kosten	56	2					
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	9	0					
3. Personalkosten	3.719	4.724	4.399	4.518	4.580	4.712	4.491
a) Kosten für Entgelte	2.102	3.043	2.552	2.517	2.520	2.601	2.433
b) Kosten für Bezüge	730	750	929	866	910	923	937
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0			0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	567	600	543	520	518	542	484
e) Kosten für Versorgungsleistungen	319	331	375	615	632	646	637
4. Kosten für Transferleistungen	584	734	147	279	279	279	279
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	146.352	32.040	24.908	35.723	36.301	36.570	36.669
6. Sonstige Kosten	20.611	4.685					
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-191.986	-72.727	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit	1	0					
10. Finanzergebnis	1	0					
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-191.987	-72.727	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-191.987	-72.727	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-191.987	-72.727	-56.868	-57.807	-58.356	-57.497	-57.555

Erlöse:

Die Produktgruppe erzielt Erlöse u.a. aus dem Bereich Grundwassergebühr. Zu Beginn jeden Jahres erfolgen Gebührenerhöhungen. Die Erlöse sind Schwankungen unterworfen, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dass Zahlungspflichtige Gebührenerhöhungen zum Anlass nehmen, ihre jeweils erlaubten Fördermengen unter Kostenaspekten einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Die ab dem Haushaltsjahr 2017 deutlich erhöhten Erlöse lassen sich durch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erklären, welche erstmalig im Rahmen dieses Doppelhaushalts geplant werden. Bis zum Haushaltsjahr 2015 wurde ein pauschaler Sonderposten für in der Vergangenheit erhaltene Investitionszuschüsse (vorrangig vom Bund) zentral in der Produktgruppe 260.01 ausgewiesen. Im Rahmen der Umorganisation zum Haushalt 2016 wurde dieser teilweise aufgelöst und sachgerecht auf andere fachlich zuständige Produktgruppen aufgeteilt. Die Sonderposten werden parallel zu den Abschreibungen aufgelöst. Die Höhe dieser Erlöse beträgt in 2017 ca. 10,7 Mio. Euro und sinkt mit den fortlaufenden Haushaltsjahren kontinuierlich ab.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Der wesentliche Anteil der Kosten im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ liegt bei den von der FHH zu tragenden Sielbenutzungsgebühren für die Entwässerung von Gewässerflurstücken, öffentlicher Wege und öffentlicher Hochwasserschutzanlagen. Die Gebühren werden aufgrund der ermittelten versiegelten und an das Sielnetz angeschlossenen Fläche multipliziert mit dem Gebührensatz pro m² berechnet. Dabei liegt der Hauptanteil bei den öffentlichen Wegen mit knapp 25 Mio. Euro jährlich. Mittel in Höhe von 1,1 Mio. Euro für die Entwässerung öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen wurden zuständigkeitshalber an den Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie übergeleitet.

Einen weiteren Kostenschwerpunkt bilden die Kosten für Unterhaltung, Betrieb und Bewirtschaftung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen und der dazugehörigen Nebenanlagen und Grundstücke, die im Zuständigkeitsbereich der BUE und im Zuständigkeitsbereich der Hamburg Port Authority (HPA) liegen. Berücksichtigt sind ebenfalls Kosten für die Deichverteidigung einschl. Miete und Unterhaltung von Stützpunkten, für die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden sowie für den konsumtiven Anteil des Hochwasserschutzprogramms.

Des Weiteren sind Mittel veranschlagt für die Erstattung an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen und die Erstattung an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser, Boden- und Luftuntersuchungen. Hier wurde der Ansatz im Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit zugunsten des AB 293 Immissionsschutz und Betriebe für die Erstattung an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen um ca. 1,77 Mio. Euro abgesenkt. Gleichzeitig wurden die Ansätze im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Personalkosten gegenüber den Vorjahren aufgrund zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) aufgestockt. Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.2.2.1.5)

Kosten für Transferleistungen:

Der Kontenbereich Kosten für Transferleistungen wurde um 132 Tsd. Euro erhöht, der Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit entsprechend abgesenkt. Die Mittel werden für Zuweisungen Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe sowie Zuweisungen Hamburgs für die Finanzierung des Sekretariats Meeresschutz benötigt. Die Mittel waren im vorangegangenen Doppelhaushalt als Kosten aus Verwaltungstätigkeit veranschlagt.

Kosten für Abschreibungen:

Die Abschreibungskosten entstehen hauptsächlich aus dem Bestand aus Hochwasserschutzanlagen, insbesondere Deiche, Hochwasserschutzwände, Schleusen, Sperrwerke, Schöpfwerke, Deichsiele, Tore und Dammbalkensperren. Gegenüber der Haushaltsplanaufstellung 2015/2016 haben sich die Abschreibungskosten stark erhöht, was zum überwiegenden Teil auf verringerte Nutzungsdauern von Hochwasserschutzanlagen zurückzuführen ist. Weiterhin erhöhen sich die Abschreibungen analog zu den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aufgrund der Dezentralisierung von in der Vergangenheit gewährten Investitionszuschüssen, die bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2015 pauschal beim ehemaligen Aufgabenbereich 260 aktiviert worden waren.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				13.008	11.208		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können, die sich im Zusammenhang mit der Unterhaltung und dem Betrieb wasserwirtschaftlicher Bauwerke, Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigungsanlagen ergeben.

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Z 1: Sicherstellen einer nachhaltigen Nutzung und ganzheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer durch Erarbeitung und Durchsetzen fachlicher Vorgaben zu Plan- und Wasserrechtsverfahren, Gewässerüberwachung und –management (B_291_11_021-B_291_11_022)
 Z 2: Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Gewässer für Fische und andere aquatische Lebewesen, Gewährleistung der Mindestwasserführung, einer hinreichenden Eigendynamik sowie die Vermeidung von hydraulischem Stress, Schaffung/Erhalt von standorttypischen Gewässerstrukturen, Anpassung bzw. Reduzierung der Gewässerunterhaltung, Reduzierung von Nähr- und Schadstoffeinträgen sowie von Sauerstoffdefiziten, Gewährleistung von Schutz und nachhaltigem Gebrauch des Grundwassers gem. EG Wasserrahmenrichtlinie und EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (B_291_11_021-B_291_11_022)
 Z3: Erhalt bzw. Erreichen der mindestens guten Qualität der EG Badegewässer (B_291_11_023)
 Z4: Verbesserung der Schadstoffsituation der Elbe insbesondere der Sedimente durch Initialisierung und fachliche Begleitung von Sanierungsmaßnahmen und Ursachenforschung (B_291_11_024)
 Z5: Sicherstellen einer nachhaltigen Nutzung und ganzheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer durch Erteilung wasserrechtlicher Genehmigungen (B_291_11_025)
 Z6: Vorbeugender Grundwasserschutz zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung (B_291_11_026)
 Z7: Umsetzung Bauprogramm Hochwasserschutz (HWS) (B_291_11_027-B_291_11_028)
 Z8: Erhalt, Betrieb und Grundinstandsetzung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen (B_291_11_029)

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_11_021 Anzahl wasserwirtschaftlicher Stellungnahmen sowie Auskünfte und Beratungen zu Bau-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zu wasserwirtschaftlichen Fragestellungen	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	5.000	5.000	5.000	5.000
B_291_11_022 Anzahl Umsetzung und Koordinierung abgeschlossener Maßnahmen zum Überwachungs- und Maßnahmenprogramm gemäß Wasserrahmenrichtlinie und Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie	ANZ	69	53	50	40	40	40	40
B_291_11_023 Anteil der Badestellen mit mindestens guter Qualität	%	88	82	94	94	94	94	94
B_291_11_024 Einhaltungsggrad der Sedimentqualitätsziele innerhalb des Elbe_Einzugsgebiets	%	41	45	50	53	57	61	65
B_291_11_025 Anzahl wasserrechtlicher Genehmigungen	ANZ	1.280	1.298	1.310	1.250	1.250	1.250	1.250

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_11_026 Prozentualer Anteil der nur in Hamburg geförderten Trinkwassermenge an der Gesamtmenge der in HH, SH und NI für Hamburg geförderten Trinkwassermenge	%	k.A.	k.A.	k.A.	60	60	60	60
B_291_11_027 Länge der aktuell in ingenieurtechnischer Planung oder in Bauphase befindlichen Hauptdeichlinie	km	k.A.	k.A.	k.A.	5,4	6	6	6
B_291_11_028 Länge der nach der neuen Bemessung fertiggestellten Hauptdeichlinie (Gesamtlänge Hauptdeichlinie FHH: 103 km)	km	k.A.	k.A.	k.A.	102	103	0,5	1,5
B_291_11_029 Anzahl Instandsetzungsmaßnahmen an HWS Einzelanlagen	ANZ	9	10	20	15	15	15	15

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe waren diese wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 die Anzahl der Kennzahlen Produktgruppe von fünfzehn auf neun zusammengefasst werden konnte. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

B_291_11_021 Anzahl wasserwirtschaftlicher Stellungnahmen sowie Auskünfte und Beratungen zu Bau , Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zu wasserwirtschaftlichen Fragestellungen: Diese neu eingeführte ressourcenbegründende Kennzahl stellt das Aufgabenspektrum und das damit verbundene Aufgabenvolumen der Produktgruppe auch in Bezug auf die Außenwirkung sehr gut dar.

B_291_11_022 Anzahl Umsetzung und Koordinierung abgeschlossener Maßnahmen zum Überwachungs- und Maßnahmenprogramm gemäß Wasserrahmenrichtlinie und Meeresstrategie Rahmenrichtlinie: Diese Kennzahl ist ressourcenbegründend und spiegelt als ergebnisbezogene Kennzahl insbesondere den Aufgabenschwerpunkte „Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie“ als Erfolgsindikator wider.

B_291_11_023 Anteil der Badestellen mit mindestens guter Qualität: Diese wirkungsbezogenen Kennzahl wird einmal jährlich entweder am Ende des Vorjahres oder zu Beginn des aktuellen Jahres erhoben. Die Kennzahl spiegelt die Wasserqualität der Badegewässer hinsichtlich ihrer bakteriellen Beschaffenheit wieder, die unter anderem auch von der Bewirtschaftung der Badegewässer abhängt. Die Steuerungsmöglichkeiten sind eher langfristiger Natur.

B_291_11_024 Einhaltunggrad der Sedimentqualitätsziele innerhalb des Elbe Einzugsgebiets: Anpassung der Kennzahl auf ein konkretes, messbares, steuerbares und realisierbares Ziel eine gute stoffliche Sedimentqualität.

B_291_11_025 Anzahl wasserrechtlicher Genehmigungen: Diese ressourcenbegründende Kennzahl stellt das Aufgabenspektrum und das damit verbundene Aufgabenvolumen der Produktgruppe auch in Bezug auf die Außenwirkung dar.

B_291_11_026 Prozentualer Anteil der nur in Hamburg geförderten Trinkwassermenge an der Gesamtmenge der in HH, SH und NI für Hamburg geförderten Trinkwassermenge: Diese neu eingeführte Kennzahl spiegelt indirekt die Güte des Hamburger Grundwassers als Trinkwasserressource wider. Sollte sich die Güte verschlechtern, ließe sich der bisherige Anteil des in Hamburg geförderten Trinkwassers am Gesamttrinkwasserbedarf nicht mehr aufrechterhalten.

B_291_11_027 Länge der aktuell in ingenieurtechnischer Planung oder in Bauphase befindlichen Hauptdeichlinie: Diese Kennzahl wird aufgrund des Starts des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz (Laufzeit 15 20 Jahre) eingerichtet.

B_291_11_028 Länge der nach der neuen Bemessung fertiggestellten Hauptdeichlinie (Gesamtlänge Hauptdeichli-

nie FHH: 103 km): Diese Kennzahl wird aufgrund des Starts des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz (Laufzeit 15 20 Jahre) eingeführt. Die Abweichung der Planwerte zwischen den Haushaltsjahren 2018 und 2019 ist auf den Start des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz zurückzuführen. Das aktuelle, seit 1993 laufende Bauprogramm wird in 2018 abgeschlossen. Ab 2019 startet das neue Bauprogramm, für welches neue Bemessungsgrenzen angesetzt werden. Die in Hamburg existierende Hauptdeichlinie von insgesamt 103 km wird ab dem Haushaltsjahr 2019 weiter erhöht. Das neue Bauprogramm soll schätzungsweise im Jahr 2038 beendet werden, sprich die 103 km Hauptdeichlinie sollen in diesem Zeitraum in Gänze die neue Deichhöhe erhalten.

B_291_11_029 Anzahl Instandsetzungsmaßnahmen an HWS Einzelanlagen: Es handelt sich um Instandsetzungsmaßnahmen an Schleusen, Schöpfwerken und Ufermauern. Dies können Ausbesserungen von Ufermauern, Reparaturen von Antriebsmotoren oder Drehsegmenten usw. sein.

4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung und Leitungsunterstützung							
Erlöse	0						
Kosten	33	292	276	175	177	182	175
Saldo Jahresergebnis Leitung und Leitungsunterstützung	-33	-292	-276	-175	-177	-182	-175
Erlöse							
Kosten		-292		-175	-177	-182	-175
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung und Leitungsunterstützung		0		0	0	0	0
Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement							
Erlöse	7.216	2.369	893	380	380	380	380
Kosten	108.034	46.159	48.249	39.167	39.447	37.965	37.331
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement	-100.818	-43.790	-47.356	-38.787	-39.068	-37.586	-36.951
Erlöse		5.114		305	270	277	267
Kosten		10.422		2.430	2.385	2.421	2.311
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement		-49.098		-40.913	-41.182	-39.730	-38.995
Wasserrechtliche Genehmigungen							
Erlöse	15.271	2.638	3.429	3.523	3.592	3.663	3.735
Kosten	2.484	693	614	619	628	646	616
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserrechtliche Genehmigungen	12.787	1.945	2.815	2.904	2.964	3.017	3.119
Erlöse		170		169	161	166	161
Kosten		694		804	802	828	796
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserrechtliche Genehmigungen		1.421		2.269	2.324	2.355	2.483
Wasserversorgungsmanagement							
Erlöse	0	12.715	12.646	12.985	13.245	13.510	13.780
Kosten	622	291	285	389	414	445	358
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserversorgungsmanagement	-622	12.424	12.361	12.595	12.830	13.065	13.422
Erlöse		69		87	82	85	80

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten		282		591	595	619	598
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserversorgungsmanagement		12.210		12.091	12.317	12.531	12.903
Infosysteme, Daten							
Erlöse	4.597	1	7	7	7	7	7
Kosten	64.123	733	1.444	458	458	427	414
Saldo Jahresergebnis 1 Infosysteme, Daten	-59.527	-732	-1.437	-451	-451	-420	-407
Erlöse		148		78	75	78	72
Kosten		581		519	526	551	532
Saldo Jahresergebnis 2 Infosysteme, Daten		-1.165		-892	-902	-893	-867
Hochwasserrisikomanagement							
Erlöse	1.084	1.419	13	10.714	10.253	9.606	9.005
Kosten	44.859	43.700	22.462	44.607	44.708	44.998	45.568
Saldo Jahresergebnis 1 Hochwasserrisikomanagement	-43.775	-42.281	-22.449	-33.893	-34.455	-35.392	-36.563
Erlöse		5.273		97	91	94	89
Kosten		9.456		677	680	705	680
Saldo Jahresergebnis 2 Hochwasserrisikomanagement		-46.464		-34.474	-35.043	-36.003	-37.155

Leitung und Leitungsunterstützung:

Beim Produkt Leitung und Leitungsunterstützung sind die Plankosten ab dem Haushaltsjahr 2017 im Vergleich zum Fortgeschr. Plan 2016 abgesenkt worden. Diese Absenkung ist auf Neuordnungen bei den Personalkostenverrechnungen der Leitungsebene zurückzuführen.

Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement:

Die Erlöse des Produkts Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement haben sich gegenüber den Vorjahren verringert, da die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten ab 2017 in Gänze beim Produkt Hochwasserrisikomanagement veranschlagt werden. Siehe hierzu auch die Erlös Erläuterungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz (Gliederungsziffer 4.2.2.1.2).

Das Produkt Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 Kosten für die Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 486 bzw. 590 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten verteilen sich auf die folgenden Maßnahmen:

*Nachrüstung von Trümmen mit Spezialfiltern zur Reinigung von Straßenabwässern,

*Modulerweiterung der mobilen Messstation und Initiierung eines Sondermessprogramms in Hafenbecken zur Verbesserung des Gewässerschutzes der Elbe im Hafengebiet,

*Stärken der Anwendung von RISA (RegenInfraStrukturAnpassung) zur Realisierung von Anpassungsmaßnahmen mit Schwerpunkt Gewässerschutz.

*Verbesserung der Datenlage zu Nährstoffeinträgen in die Hamburger Gewässer.

Die Kosten des Produkts haben sich gegenüber dem fortgeschr. Plan 2016 stark verringert, da im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015/16 ein Großteil der Abschreibungen der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz nicht verursachungsgerecht veranschlagt wurde. Die Abschreibungsbedarfe beim Produkt Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement fallen wesentlich geringer aus als seinerzeit veranschlagt, die Abschreibungsbedarfe beim Produkt Hochwasserrisikomanagement dementsprechend höher. Insgesamt werden in 2017 Mittel für Kosten für Abschreibungen in Höhe von 10.268 Tsd. Euro zum Produkt Hochwasserrisikomanagement verschoben, wo die Mittel in voller Höhe benötigt werden. In den Folgejahren steigt dieser Umschichtungswert weiter an.

Wasserversorgungsmanagement:

Das Produkt Wasserversorgungsmanagement enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 Kosten für die Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 65 bzw. 86 Tsd. Euro (2017/2018). Die Mittel sind vorgesehen für die Ausweisung des Trinkwassergewin-

nungsgebiet Eidelstedt/Stellingen als Wasserschutzgebiet.

Infosysteme, Daten:

Das Produkt Infosysteme, Daten erhielt in 2016, genau wie das Produkt Wasserwirtschaftl. Maßnahmenmanagement, Kosten für Abschreibungen, die nicht den tatsächlichen Abschreibungsbedarfen entsprachen. In 2017 werden Mittel für Kosten für Abschreibungen in Höhe von 750 Tsd. Euro zum Produkt Hochwasserrisikomanagement verschoben, wo die Mittel in voller Höhe benötigt werden. In den Folgejahren steigt dieser Umschichtungswert weiter an. Zudem haben sich die Personalkosten des Produkts aufgrund von internen, verursachungsgerechten Neuordnungen bei der Personalkostenverrechnung um 250 Tsd. Euro verringert.

Hochwasserrisikomanagement:

Das Produkt Hochwasserrisikomanagement enthält Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die sich im Haushaltsjahr 2017 auf 10,7 Mio. Euro belaufen. In den Folgejahren nehmen diese Erträge kontinuierlich ab. Siehe hierzu auch die Erläuterungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz (Gliederungsziffer 4.2.2.1.2).

Die Kosten des Produkts Hochwasserrisikomanagement steigen signifikant an. Dies ist auf die bereits in den vorangegangenen Produkten genannten internen Umschichtungen von Kosten für Abschreibungen zurückzuführen, die sich in der Summe auf ca. 11.000 Tsd. Euro belaufen. Hinzu kommen noch reguläre Abschreibungsmehrbedarfe aufgrund von veränderten Nutzungsdauern von Hochwasserschutzanlagen, die Ende 2015 umgesetzt worden sind (vgl. Drs. 20/13203).

4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29111 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	56,66	58,04	56,42	55,19	54,69	55,46	51,46

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.2.2.2 Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

Schwerpunkte der Produktgruppe 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst sind:

Schutz und Entwicklung der natürlichen Bodenfunktionen und Definition der Klimafunktion der Böden für städtische Räume.

Fortsetzung des altlastbedingten Flächenrecyclings bei Wohnungsbau und Gewerbeflächen mit Hinweisen auf Altlasten.

Steigerung der ökologischen Qualität und der Lebensqualität durch den sorgsamsten Umgang mit belasteten Böden und die Beseitigung der Gefahren für Menschen, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen.

Bearbeiten geowissenschaftlicher Aufgaben für eine nachhaltige Nutzung des Hamburger Untergrunds, z. B. beim Boden- und Grundwasserschutz; den Speicherpotenzialen im tiefen Untergrund, der Geothermie, bei Georisiken und der Rohstoffgewinnung.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	388	663	234	405	388	375	364
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	10.419	17.534.	7.370	8.450	9.259	9.077	8.053
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	4						
b) davon IT-Kosten	57	7					
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	329	4					
3. Personalkosten	5.643	5.534	5.568	5.805	5.996	5.942	5.890
a) Kosten für Entgelte	4.045	3.941	3.754	3.746	3.884	3.830	3.777
b) Kosten für Bezüge	535	542	711	680	683	692	704
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	770	760	763	764	793	784	772
e) Kosten für Versorgungsleistungen	294	292	340	616	635	636	637
4. Kosten für Transferleistungen	47	0					
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	9.465	5.040	2.611	3.191	3.081	3.038	3.008
6. Sonstige Kosten	1.758	917		2	2	2	2
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-26.944	-28.362	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-26.944	-28.362	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-26.944	-28.362	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-26.944	-28.362	-15.316	-17.044	-17.950	-17.684	-16.589

Erlöse:

Die ab dem Haushaltsjahr 2017 erhöhten Erlöse lassen sich durch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erklären, welche erstmalig im Rahmen dieses Doppelhaushalts geplant werden. Bis zum Haushaltsjahr 2015 wurde ein pauschaler Sonderposten für in der Vergangenheit erhaltene Investitionszuschüsse (vorrangig vom Bund) zentral in der Produktgruppe 260.01 ausgewiesen. Im Rahmen der Umorganisation zum Haushalt 2016 wurde dieser teilweise aufgelöst und sachgerecht auf andere fachlich zuständige Produktgruppen aufgeteilt. Die Sonderposten werden parallel zu den Abschreibungen aufgelöst.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Im Kontenbereich „Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit“ sind die Kosten für den Vollzug des Bundes Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) für Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei schutzwürdigen Böden und Untergrundverunreinigungen dargestellt. Die Maßnahmen werden überwiegend aufgrund des Bodenschutz und des Wasserrechts sowie aus finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen (z.B. Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts- /Gewerbebereich) durchgeführt.

Schutzwürdige Böden, die Gefährdung von Böden, schädliche Bodenveränderungen, Verdachtsflächen, Altlasten und altlastverdächtige Flächen werden aufgespürt, untersucht sowie beobachtet, akute Gefahrensituationen werden abgewendet. Die Einsatzmöglichkeit innovativer Sanierungstechnologien wird untersucht. Es werden Sanierungsanlagen zur Behandlung von Grundwasser, Bodenluft oder zum Fassen von Ölkontaminationen betrieben.

Besonders herauszuheben ist die Flächenrecyclingmaßnahme „Äußerer Veringkanal“:

Im Äußeren Veringkanal hatte die BUE im Zusammenhang mit der Entwicklung von Gewerbeflächen im Hafengebiet

für die HPA die Schaffung einer Landfläche übernommen. Mit den Arbeiten wurde 2012 begonnen. Sie werden planmäßig mit der weiteren Verfüllung und anschließenden Konsolidierung der Landfläche fortgeführt.

Zur Dokumentation und für Auskünfte wird das Bodeninformationssystem mit dem Altlasthinweiskataster geführt. Es können Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Sanierungen werden vorrangig auf öffentlichen Flächen durchgeführt, soweit die FHH kostenpflichtig ist. Hinzu kommen Sanierungen auf privaten Flächen auf Grundlage öffentlich rechtlicher Verträge, mit denen die FHH eine Sanierungspflicht übernimmt sowie Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Flächenrecyclings aus finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen (s. oben). Nach abgeschlossener Sanierung erfolgt die Nachsorge.

Es können Aufwendungen für die Beratung und Betreuung Sanierungs betroffener, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen sowie Kredithilfen und Gerichtskosten geleistet werden. Das Beschaffen und Betreiben von (Mess-)Geräten sowie die Durchführung erforderlicher Qualifizierungsmaßnahmen ist aus diesen Mitteln möglich. Es können anteilige Finanzierungen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten oder sonstigen Fördermaßnahmen erfolgen, die vom Bund oder sonstigen Dritten mitfinanziert werden.

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und Personalkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932).

Ein weiterer finanzieller Schwerpunkt des Kontenbereichs „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ liegt bei der Erfassung von Bodendaten und der Bestimmung von Georisiken im Hamburger Raum. Hierzu werden z.B. Untersuchungen zur Stabilität von Hangbereichen und Auslaugungsprozessen im Umfeld von Salzstöcken durchgeführt. Geowissenschaftliche Arbeiten zur Entwicklung von Geographischen Informationssystemen(GIS) und

GIS gestützten Auskunftsinstrumenten zur räumlichen Darstellung der natürlichen Georessourcen des Hamburger Raums sowie die Erstellung geologischer, hydrologischer und ingenieurgeologischer Auskünfte und gutachterlicher Stellungnahmen werden ebenfalls darunter veranschlagt.

Außerdem sind Erstattungen für Umweltuntersuchungen des Institutes für Hygiene und Umwelt in diesem Kontenbereich abgebildet.

Kosten für Abschreibungen:

Die Kosten für „Abschreibungen“ resultieren insbesondere aus Bauwerken auf der Deponie Georgswerder (Betriebs- und

Informationsgebäude, Höhenrundweg) sowie Sanierungsbauwerken (z.B. Spundwände, deponietechnische Anlagen, Stauwasseranlagen, Rohrleitungen, Messtechnik) und Großgeräten. Die erhöhten Abschreibungsbedarfe ab 2017 sind auf veränderte Nutzungsdauern von Sanierungsanlagen, die Ende 2015 umgesetzt worden sind (vgl. Drs. 20/13203), zurückzuführen.

Sonstige Kosten:

Der Kontenbereich Sonstige Kosten beinhaltet Kosten aus haushaltsrelevanten Verrechnungen für Katasterauskünfte und Luftbildauswertungen für die Altlastensanierung, welche auf Anfrage von der Feuerwehr ausgestellt und anschließend der BUE in Rechnung gestellt werden.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				7.504	9.486		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur Fortführung von Sanierungsmaßnahmen benötigt, mit denen meist mehrjährige vertragliche Verpflichtungen einhergehen.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

Z 1: Ständige Aktualisierung der digitalen Bodenkarte mit Darstellung der Bodenfunktionen für das gesamte Stadtgebiet; Beantwortung von Anfragen anderer Dienststellen und Privater zu Flächen, Schützen und Verbessern der Qualität und Vielfalt der Bodenfunktionen (Entwicklungsziele für Böden, Fachplan schutzwürdige Böden) (B_291_12_021)

Z 2: Gefährdungsabschätzung für alle altlastverdächtigen Flächen (avF), Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen bis 2020 durchführen (B_291_12_022, B_291_12_027)

Z 3: Beseitigung von festgestellten Gefahren für Menschen und Umwelt durch verunreinigte Böden (B_291_12_023, B_291_12_028)

Z 4: Flächenbereitstellung im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, Planungsvorhaben, Grundstücksverkehr, Nutzungsänderungen (B_291_12_24)

Z 5: Gewährleisten von sicherem Bauen, Wohnen und Arbeiten im Rahmen von Bau und Planungsvorhaben (B_291_12_25)

Z 6: Bereitstellen geowissenschaftlicher Informationen durch digitale Fachinformationssysteme, rechnergestützte Modellierung des Hamburger Untergrunds sowie Beratungsleistungen für Behörden und Dritte auf den Gebieten der Geologie, Hydrogeologie, Ingenieurgeologie, Geothermie sowie bei Fragen der Speicherpotenziale und Georisiken (B_291_12_26)

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_12_021 Anzahl der Stellungnahmen zu Bau und Planungsvorhaben und Altlastenauskünfte pro Jahr	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	1.900	1.900	1.900	1.900
B_291_12_022 Anzahl der laufenden Gefährdungsabschätzungen (inkl. Amtsermittlungen und aktuelle Schadensfälle)	ANZ	380	187	400	200	200	200	200
B_291_12_023 Anzahl der laufenden Sanierungen gem. BBodSchG (inkl. Betrieb, Unterhaltung und Überwachung)	ANZ	37	36	30	35	35	35	35
B_291_12_024 Abgeschlossene Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr	ha	14	25	30	30	30	30	30
B_291_12_025 In Bearbeitung befindliche Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr	ha	124,3	150	150	150	150	150	150

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_12_026 Zuwachs an digital verfügbaren Bohrungsinformationen pro Jahr	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	5000	5000	5000	5000
B_291_12_027 Anzahl der abgeschlossenen Gefährdungsabschätzungen gem. § 9 BBodSchG (inkl. Amtsermittlungen und aktuellen Schadensfällen)	ANZ	47	83	90	90	90	90	90
B_291_12_028 Anzahl der abgeschlossenen Sanierungen pro Jahr	ha	0	3,46	1	3,5	3,5	3,5	3,5

Unter Berücksichtigung der ersten Erfahrungen mit dem SNH erwiesen sich einige der bisherigen Kennzahlen des Amtes zwar als ressourcenbegründend und spezifizierten den Leistungszweck hinlänglich, jedoch stellten sie sich als wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 die Anzahl der Kennzahlen Produktgruppe von neun auf acht zusammengefasst werden konnte. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

B_291_12_021: Anzahl der Stellungnahmen zu Bau- und Planungsvorhaben und Altlastenauskünfte pro Jahr:
Ziel ist es, Böden als Teil von Natur und Umwelt zu schützen, die Vielfalt und Qualität der Bodenfunktionen zu erhalten und zu verbessern, den sparsamen und schonenden Umgang mit Böden zu fördern und das dauerhafte Bereitstellen von Informationen für die Bearbeitung von Altlasten, altlastverdächtigen Flächen und schädlichen Bodenverunreinigungen für die Gefährdungsabschätzung und Sanierung sowie für andere Dienststellen und Private.

Operatives Ziel ist die ständige Aktualisierung der Digitalen Bodenkarte mit Darstellung der Bodenfunktionen für das gesamte Stadtgebiet sowie die Beantwortung von Anfragen anderer Dienststellen und Privater zu Flächen. Die ursprüngliche Kennzahl hat nur einen Teil dieser Ziele abgebildet. Aus diesem Grund wurde sie entsprechend erweitert und umfasst jetzt nicht mehr nur die Stellungnahmen für den vorsorgenden Bodenschutz in Bau- und Planungsvorhaben, sondern auch die Stellungnahmen und Auskünfte zu altlastverdächtigen Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen, schädlichen Bodenveränderungen und Flächen.

Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Leistung zur Zielerreichung. Sie ist nicht steuerungsrelevant, da eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_022: Anzahl der laufenden Gefährdungsabschätzungen (inkl. Amtsermittlungen und aktuelle Schadensfälle):

Ziel ist es, Gefahren für Mensch, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen. Hierzu sollen Gefährdungsabschätzungen für alle altlastverdächtigen Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen durchgeführt werden. Diese Kennzahl ist ein Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung und bildet die eingesetzten Ressourcen ab. Zum Teil werden Gefährdungsabschätzungen bei Verdacht auf eine Gefährdung von Amts wegen durchgeführt, zum Teil dienen sie als Grundlage für Bau- und Planungsaktivitäten in der Stadt. Sie sind nicht steuerungsrelevant, da zum Teil eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_023: Anzahl der laufenden Sanierungen gem. BBodSchG (inkl. Betrieb, Unterhaltung und Überwachung):

Ziel ist die Beseitigung von Gefahren für Mensch, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen durch Planung und Durchführung von Sanierungen, soweit die FHH dazu verpflichtet ist. Hierzu gehört auch die Sicherstellung der dauerhaften Wirksamkeit von baulichen Sicherungsmaßnahmen und des langfristigen Betriebs von verfahrenstechnischen Sanierungsanlagen.

Die Abarbeitungsprioritäten und -fortschritte bestimmen sich u.a. nach den planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen. Die Kennzahl ist daher nicht steuerungsrelevant.

Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung.

B_291_12_024: Abgeschlossene Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr:

Ziel ist die Bereitstellung und das Verfügbarmachen von altlastverdächtigen Flächen und Altlasten für höherwertige Wieder-/Weiter-/Nachnutzung insbesondere im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, Planungsvorhaben, Grundstücksverkehr und Nutzungsänderungen.

Die erreichten recycelten Flächen in ha sind abhängig von der planungsrechtlichen oder wirtschaftlichen Umsetzung von Flächen. Sie sind nicht allein vom Amt für Umweltschutz beeinflussbar. Die Abarbeitungsprioritäten und -fortschritte bestimmen sich nach den planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen. Die Kennzahl ist daher nicht

steuerungsrelevant.

Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung.

B_291_12_025: In Bearbeitung befindliche Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr:

Ziel ist die Bereitstellung und das Verfügbarmachen von altlastverdächtigen Flächen und Altlasten für höherwertige Wieder /Weiter /Nachnutzung sowie das Gewährleisten von sicherem Bauen und Wohnen und Arbeiten im Rahmen von Bau- und Planungsvorhaben.

Die Kennzahl bildet die eingesetzten Ressourcen ab und ist ein indirektes Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung. Sie ist nicht steuerungsrelevant, da eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_026: Zuwachs an digital verfügbaren Bohrungsinformationen pro Jahr:

Die Kennzahl beschreibt den Fortschritt der Zielerreichung zur Bereitstellung geowissenschaftlicher Informationen für Behörden und Dritte durch digitale Fachinformationssysteme.

	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ist 2015	fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan
2018						
Hamburg	5.320	8.118	10.500	4.000	5.000	5.000
Berlin	927	848	900	1.000	1.000	1.000
Bremen	3.372	1.834	1.500	750	700	700

B_291_12_027 Anzahl der abgeschlossenen Gefährdungsabschätzungen gem. § 9 BBodSchG (inkl. Amtsermittlungen und aktuellen Schadensfällen):

Ziel ist es, Gefahren für Mensch, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen. Hierzu sollen Gefährdungsabschätzungen für alle altlastverdächtigen Flächen, Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen durchgeführt werden. Beide Kennzahlen sind zusammen ein Maß für die Wirkung der eingesetzten Ressourcen zur Zielerreichung und bilden die eingesetzten Ressourcen ab. Zum Teil werden Gefährdungsabschätzungen bei Verdacht auf eine Gefährdung von Amts wegen durchgeführt, zum Teil dienen sie als Grundlage für Bau- und Planungsaktivitäten in der Stadt. Sie sind nicht steuerungsrelevant, da zum Teil eine Abhängigkeit von Anfragen Dritter bzw. von der Anzahl der Bau- und Planungsvorhaben in der Stadt besteht.

B_291_12_028: Anzahl der abgeschlossenen Sanierungen pro Jahr:

Diese Kennzahl ist grundsätzlich starken Schwankungen unterworfen. So lag sie für 2012 bei 0,6 ha und für 2013 bei 10,5 ha. Eine Abweichung von über 25 % ist insofern eher die Regel als die Ausnahme. Die Kennzahl stellt die Ergebnisse der Aktivitäten in der Sanierung von Altlasten dar. Je nach Größe und Anzahl der bearbeiteten Flächen schwankt dieses Ergebnis. So gibt es einzelne Sanierungsfälle, die weniger als einen Hektar umfassen, dennoch aufwändig in der Bearbeitung sind, während in einem anderen Fall mit dem Abschluss einer einzigen Sanierungsmaßnahme bereits mehrere Hektar sanierter Fläche gemeldet werden können. Hinzu kommt, dass eine Sanierung auch über mehrere Jahre andauern kann. Die Kennzahl ist im vollen Bewusstsein dieser Schwankungsbreite für den Bericht gewählt worden, da für die Sanierungen der weitaus größte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel abfließt.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Bodeninformationssysteme							
Erlöse	0	2					
Kosten	1.593	1.938	1.891	1.538	1.593	1.586	1.551
Saldo Jahresergebnis 1 Bodeninformations-systeme	-1.593	-1.936	-1.891	-1.538	-1.593	-1.586	-1.551
Erlöse		396		160	151	150	148
Kosten		1.128		1.191	1.207	1.201	1.194
Saldo Jahresergebnis 2 Bodeninformations-systeme		-2.668		-2.568	-2.650	-2.637	-2.597

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Gefahrenabwehr							
Erlöse	286	554	145	324	308	295	283
Kosten	18.808	22.818	10.053	11.641	12.408	12.227	11.324
Saldo Jahresergebnis 1 Gefahrenabwehr	-18.521	-22.265	-9.908	-11.316	-12.100	-11.932	-11.041
Erlöse		2.143		292	267	263	264
Kosten		4.944		2.335	2.339	2.306	2.280
Saldo Jahresergebnis 2 Gefahrenabwehr		-25.066		-13.359	-14.173	-13.975	-13.057
Flächenrecycling							
Erlöse	93	100	37	38	38	38	38
Kosten	5.014	3.248	2.515	3.090	3.115	3.028	2.865
Saldo Jahresergebnis 1 Flächenrecycling	-4.921	-3.148	-2.478	-3.052	-3.078	-2.991	-2.828
Erlöse		571		192	178	177	175
Kosten		1.518		1.461	1.475	1.463	1.451
Saldo Jahresergebnis 2 Flächenrecycling		-4.095		-4.322	-4.375	-4.277	-4.103
BgA Vermietung Flächen Georgswerder							
Erlöse	0	0	33	33	33	33	33
Kosten	0	0	1	9	9	9	9
Saldo Jahresergebnis 1 BgA Vermietung Flächen Georgswerder	0	0	32	24	24	24	24
32Erlöse		0					
Kosten		0					
Saldo Jahresergebnis 2 BgA Vermietung Flächen Georgswerder		0		24	24	24	24
Bohrdatenbank							
Erlöse	8	7	19	10	10	10	10
Kosten	1.010	610	625	579	594	589	584
Saldo Jahresergebnis 1 Bohrdatenbank	-1.002	-603	-606	-569	-584	-579	-574
Erlöse		138		120	115	115	112
Kosten		592		840	858	861	861
Saldo Jahresergebnis 2 Bohrdatenbank		-1.057		-1.289	-1.328	-1.326	-1.323
Geowissenschaft							
Erlöse	0	0					
Kosten	908	410	414	592	619	619	620
Saldo Jahresergebnis 1 Geowissenschaft	-908	-410	-414	-592	-619	-619	-620
Erlöse		99		120	115	115	112
Kosten		418		840	858	861	861
Saldo Jahresergebnis 2 Geowissenschaft		-729		-1.312	-1.362	-1.366	-1.368

Bodeninformationssysteme:

Die Kosten des Produkts Bodeninformationssysteme haben sich gegenüber der bisherigen Finanzplanung reduziert. Dies ist zum überwiegenden Teil auf veränderte Personalkostenzuteilungen zurückzuführen, die im Rahmen der Planaufstellung 2015/16 nicht verursachungsgerecht veranschlagt worden sind. Die Personalkosten beim Produkt Bodeninformationssysteme werden abgesenkt, die Personalkosten beim Produkt Flächenrecycling entsprechend erhöht.

Gefahrenabwehr:

Die Erlöse des Produkts Gefahrenabwehr haben sich gegenüber der bisherigen Finanzplanung erhöht. Diese Erhöhung ist auf die erstmalige Veranschlagung von Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten zurückzuführen. Siehe hierzu auch die Erlös Anmerkungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.12 Altlasten, Bodensch., Geolog. Dienst (Gliederungsziffer 4.2.2.2.2).

Das Produkt Gefahrenabwehr enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 Kosten für die Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 266 bzw. 581 Tsd. Euro (2017/2018). Die Mittel sind veranschlagt für die Altlastensanierung auf der Fläche „Schmidts Breite 3“ in Hamburg Wilhelmsburg.

Flächenrecycling:

Zur Erhöhung der Kosten beim Produkt Flächenrecycling siehe die Anmerkungen beim Produkt Bodeninformationssysteme.

4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29112 Altlasten, Bodensch., Geolog. Diens

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	75,10	71,22	75,28	73,59	74,09	72,19	70,19

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.2.2.3 Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

Schwerpunkte der Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft sind:

*Weiterentwicklung einer umweltverträglichen und ressourcenschonenden Abfallwirtschaft durch die Überwachung von Abfallströmen und Abfallentsorgungsanlagen, geregelte Schiffsentsorgung, Ausbau des Recyclings (z.B. von Wertstoffen aus privaten Haushalten) sowie Gewährleistung der langfristigen Entsorgungssicherheit durch Abfallwirtschaftsplanung.

*Optimierung der Sauberkeit der Stadt (einschließlich des Betriebs öffentlicher Toiletten) und des Winterdienstes durch fachliche Steuerung der Stadtreinigung Hamburg (SRH) sowie ergänzende Programme und Maßnahmen.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	3.202	3.508	1.922	2.423	2.422	2.422	2.422
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	35.615	37.628	36.591	38.621	38.617	38.534	38.166
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>	0	19					
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten	2.762	3.139	2.760	3.168	3.165	3.212	3.260
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	1.281	1.514	1.239	1.125	1.088	1.104	1.121
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	852	933	905	1.130	1.159	1.177	1.194
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>				0	0	0	0
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	315	348	289	285	280	284	288
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	314	344	327	627	638	647	657
4. Kosten für Transferleistungen	0	0	50				
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	5	5	67	92	192	292	392
6. Sonstige Kosten	329	33					
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-35.509	-37.296	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-35.509	-37.296	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-35.509	-37.296	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-35.509	-37.296	-37.546	-39.458	-39.551	-39.616	-39.397

Erlöse:

Die Erhöhung der Erlöse kommt durch ein erhöhtes Gebührenaufkommen für die Überwachung von Entsorgungsvorgängen zustande.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Schwerpunktmäßig setzen sich die Kosten aus Verwaltungstätigkeit aus den folgenden Maßnahmen zusammen:

Erstattung für Leistungen der SRH

Dies sind nichtgebührenpflichtige Leistungen der SRH im Rahmen der Sauberkeit der Stadt, wie z.B. Fahrbahnreinigung, Gehwegreinigung, Beseitigung von wilden Müllablagerungen und Sonderdienste sowie Winterdienst auf Fahrbahnen und anliegerfreien Zusatzstrecken. Zur Gewährleistung des bedarfsgerechten Winterdienstes auf Radwegen -vor dem Hintergrund der gestiegenen Kosten im gesamten Erstattungsbereich- wurden die Kosten aus Verwaltungstätigkeit ab 2017 um 500 Tsd. Euro erhöht. Zudem wurde im Interesse der ganzjährigen Befahrbarkeit

wichtiger Radwege eine Mittelserhöhung von 100 Tsd. Euro für die Laubbeseitigung auf öffentlichen Flächen ab 2017 angemeldet. Die Erstattungsleistungen an die SRH für Reinigung und Winterdienst bilden mit über 32 Mio. Euro die mit Abstand größte Kostenposition der Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft.

Öffentliche Toiletten

Die Erhöhung der Kosten aus Verwaltungstätigkeit gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.2.2.3.5). Zudem wurde eine Umschichtung der bezirklichen Zuweisungen für öffentliche Toiletten in Höhe von 931. Tsd. Euro von der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U in die Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft vorgenommen. Die Zuständigkeit für öffentliche Toiletten soll ab dem Haushaltsjahr 2017 bei der BUE gebündelt werden. Die Mittel werden in den Bezirken nicht mehr benötigt. Weiterhin übernimmt die BUE von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) die Zuständigkeit für die Bewirtschaftung der öffentlichen Toiletten, welche sich im Anlagevermögen der Hochbahn befinden. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten werden der Hochbahn zukünftig von der BUE als fachlich zuständiger Behörde erstattet. Dafür wurden strukturell 500 Tsd. Euro von der BWVI zur BUE verlagert.

Aufwendungen zur Optimierung der Wertstofffassung

Im Rahmen der Recyclingoffensive von SRH und BUE ist beabsichtigt, die Effizienz der Sammelsysteme (insbesondere Blaue Tonne für Papier, Wertstofftonne für Abfälle aus überwiegend Kunststoffen und Metallen, Biotonne für Bio- und Grünabfälle) in Hamburg weiter zu optimieren.

Rücknahmeverpflichtungen bei gescheiterten oder illegalen Abfallverbringungen

Soweit Verursacher zur Kostentragung nicht herangezogen werden können, trifft die Rücknahmeverpflichtung jeweils das Bundesland, dessen Zuständigkeitsgebiet Ausgangspunkt der entsprechenden Abfallverbringung ist.

Erlöse und Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen

Das internationale MARPOL Übereinkommen von 1973 verpflichtet die FHH, die Einrichtung von Auffanganlagen zur Aufnahme ölhaltiger Abwässer (MARPOL Anlage I) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Finanzierung der Entsorgung wird durch die Schiffseigner bzw. Entsorger finanziert, die zur Zahlung einer entsprechenden Abgabe verpflichtet sind. Siehe hierzu auch den zweiten Teil des Hamburgischen Schiffsentsorgungsgesetzes (HmbSchEG).

Sicherung der Binnenschiffsentsorgung

Auf der Grundlage des Übereinkommens über die Sammlung, Annahme und Abgabe von Abfällen in der Rhein und Binnenschiffahrt (CDNI) wird die Bilgenentölung der Binnenschiffahrt nach dem Verursacherprinzip über eine in allen Teilnehmerstaaten gleiche Entsorgungsgebühr finanziert, die bei jedem Bunkervorgang zu entrichten ist.

Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen.

Kosten für Transferleistungen:

Die Kosten für Transferleistungen werden ab 2017 nicht mehr benötigt, da die Zuteilung von Maßnahmen bzw. Sachaufgaben zu bestimmten Kontenbereichen neu erfolgt ist. Der Grund für die Neuzuteilung hängt mit einer in der Zwischenzeit erfolgten Neudefinition von Kosten für Verwaltungstätigkeit und Kosten für Transferleistungen zusammen.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				201	201		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Rückführung von illegalen Abfallverbringungen benötigt.

4.2.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

Z 1: Optimierung der Abfallwirtschaft u.a. durch Konzepte zur strukturellen Weiterentwicklung, Maßnahmen zur Förderung von Vermeidung und Verwertung von Abfällen, Ausbau von Wertstofffassungssystemen sowie Feststellung des Bedarfs an Kapazitäten für Abfallbeseitigungsanlagen im Rahmen der Abfallwirtschaftsplanung (B_291_13_021)

Z 2: Steigerung der Wertstofffassung in der kommunalen Abfallwirtschaft [Ressourcen und Klimaschutz] (B_291_13_022)

Z 3: Gewährleistung einer sauberen Stadt sowie Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den vorgesehenen Winterdienstflächen (B_291_13_023)

Z 4: Gewährleistung der ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung von Abfällen durch Überwachung der nationalen und internationalen Abfallströme (B_291_13_024-B_291_13_025)

Z 5: Bereitstellung des Angebotes einer umweltverträglichen Schiffsentsorgung für Hamburg anlaufende Schiffe (B_291_13_026)

Z 6: Gewährleistung des Betriebes von Abfallentsorgungsanlagen im Rahmen des geltenden Umweltrechtes und der umweltverträglichen Entsorgung von Abfällen in geeigneten Anlagen bzw. Maßnahmen (B_291_13_027-B_291_13_028)

4.2.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_291_13_021 Menge der Restabfälle zur Beseitigung (thermische Behandlung) aus privaten Haushalten pro Jahr	t	469.000	461.000	440.000	430.000	420.000	410.000	400.000
B_291_13_022 Recyclingquote 1: Anteil der im Rahmen der Recycling-Offensive getrennt erfassten Wertstoffe aus privaten Haushalten an der Gesamtmenge des Abfalls aus privaten Haushalten	%	34	36	39	39	40	41	42
B_291_13_023 Sauberkeitszustand gem. der Sauberkeitserhebung für ganz Hamburg durch die SRH mit Hilfe des Datenbanksystems zur Qualitätssicherung in der Straßenreinigung (DSQS)	%	k.A.	k.A.	k.A.	9,5	9,5	9,5	9,5
B_291_13_024 Anzahl der geprüften Begleitscheine national	ANZ	98.309	96.013	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
B_291_13_025 Anzahl der Entsorgungsvorgänge international (Anzahl der geprüften Begleitscheine international)	ANZ	4.939	4.754	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
B_291_13_026 Zahl der durchgeführten Entsorgungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgabepflichtigen Schiffsankünfte	%	28	20	18	18	18	18	18
B_291_13_027 Anzahl der abschließend bearbeiteten Zulassungs- und Genehmigungsvorgänge	ANZ	112	72	80	80	80	80	80
B_291_13_028 Anzahl der Überwachungen (Regel , Anlass und Sonderüberwachungen)	ANZ	91	100	110	90	90	90	90

Unter Berücksichtigung der ersten Erfahrungen mit dem SNH erwiesen sich einige der bisherigen Kennzahlen des Amtes zwar als ressourcenbegründend und spezifizierten den Leistungszweck hinlänglich, jedoch stellten sie sich als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Neue Kennzahlen weisen somit keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Aufgrund technischer Restriktionen war zur Einhaltung der bisherigen Kennzahlenreihenfolge die Vergabe von neuen Kennzahlen Ziffern erforderlich.

B_291_13_021 Menge der Restabfälle zur Beseitigung (thermische Behandlung) aus privaten Haushalten pro Jahr: Wirkungskennzahl.
Die Kennzahl bildet mittelbar die Entwicklung bei Abfallvermeidung und Abfallverwertung im Bereich der Abfälle aus privaten Haushalten ab.

B_291_13_022 Recyclingquote 1: Anteil der im Rahmen der Recycling-Offensive getrennt erfassten Wertstoffe aus privaten Haushalten an der Gesamtmenge des Abfalls aus privaten Haushalten : Wirkungskennzahl.
Die Kennzahl misst Erfolge beim Recycling von Abfällen aus privaten Haushalten. Bei den Wertstoffen handelt es sich um Altpapier, Bio und Grünabfälle, Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen sowie Altglas. Die Kennzahl ist identisch mit der bisherigen Kennzahl zur Recyclingquote.

B_291_13_023 Ergebnis der Sauberkeitserhebung für ganz Hamburg durch die SRH mit Hilfe des Datenbanksystems zur Qualitätssicherung in der Straßenreinigung (DSQS): Durch die Erhebungen mit dem Datenbanksystem DSQS wird die Sauberkeitssituation im öffentlichen Straßenraum anhand definierter Parameter systematisch erfasst und dokumentiert. Nach einem festgelegten Bewertungssystem auf einer Skala von 1-30 (negativ aufsteigend) werden die untersuchten Straßenabschnitte bewertet und können in Berichtsform ausgewertet werden. Der

Zielwert für Hamburg liegt dabei im Skalierungsraster 10.

B_291_13_024 Anzahl der geprüften Begleitscheine national: Hierbei handelt es sich um die ehemalige Kennzahl B_291_13_004. Es wurde lediglich die Bezeichnung geringfügig angepasst.

B_291_13_025 Anzahl der Entsorgungsvorgänge international (Anzahl der geprüften Begleitscheine international): Hierbei handelt es sich um die ehemalige Kennzahl B_291_13_005. Es wurde lediglich die Bezeichnung geringfügig angepasst.

B_291_13_026 Zahl der durchgeführten Entsorgungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgabepflichtigen Schiffsankünfte: Wirkungskennzahl.
Die Kennzahl weist den Anteil der abgabepflichtigen Seeschiffe aus, die eine Entsorgung im Hamburger Hafen im Anspruch genommen haben. Die Kennzahl gibt damit Hinweise auf die Attraktivität des Entsorgungsangebots in Hamburg.

B_291_13_027 Anzahl der abschließend bearbeiteten Zulassungs- und Genehmigungsvorgänge:
Die Kennzahl ist ein Indikator für den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Durchführung von Zulassungs- und Genehmigungsverfahren bei nach Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Bundes Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen (einschließlich Anzeigen).

B_291_13_028 Anzahl der Überwachungen (Regel-, Anlass- und Sonderüberwachungen):
Die Kennzahl ist ein Indikator für den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Überwachung (Regel-, Anlass-, Sonderüberwachung) von nach KrWG und BImSchG genehmigungsbedürftigen Anlagen.

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Abfallwirtschaft							
Erlöse	10	52					
Kosten	681	668	689	1.366	1.365	1.291	1.232
Saldo Jahresergebnis 1 Abfallwirtschaft	-671	-616	-689	-1.366	-1.365	-1.291	-1.232
Erlöse		150		79	72	74	74
Kosten		461		571	562	573	582
Saldo Jahresergebnis 2 Abfallwirtschaft		-927		-1.672	-1.664	-1.589	-1.528
Management Stadtbild							
Erlöse	5	-1	2	2	2	2	2
Kosten	33.430	34.207	34.039	36.634	36.634	36.640	36.346
Saldo Jahresergebnis 1 Management Stadtbild	-33.425	-34.207	-34.037	-36.632	-36.632	-36.638	-36.344
Erlöse		3.160		76	70	71	72
Kosten		1.559		546	538	549	560
Saldo Jahresergebnis 2 Management Stadtbild		-32.607		-37.101	-37.099	-37.115	-36.832
Entsorgungsvorgänge							
Erlöse	865	1.039	325	825	825	825	825
Kosten	1.400	1.592	1.465	1.417	1.516	1.635	1.755
Saldo Jahresergebnis 1 Entsorgungsvorgänge	-535	-553	-1.140	-592	-691	-810	-930
Erlöse		368		161	142	144	147
Kosten		1.210		1.222	1.186	1.194	1.205
Saldo Jahresergebnis 2 Entsorgungsvorgänge		-1.395		-1.654	-1.735	-1.860	-1.988
Schiffsentsorgung							
Erlöse	2.192	2.140	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten	2.175	3.041	1.677	1.516	1.512	1.512	1.512
Saldo Jahresergebnis 1 Schiffsentsorgung	17	-900	-177	-16	-12	-12	-12
Erlöse		367		75	73	75	75
Kosten		853		325	325	338	348
Saldo Jahresergebnis 2 Schiffsentsorgung		-1.386		-266	-264	-275	-285
Abfallentsorgungsanlagen							
Erlöse	130	277	95	95	95	95	95
Kosten	1.025	1.297	1.298	947	946	959	973
Saldo Jahresergebnis 1 Abfallentsorgungsanlagen	-895	-1.020	-1.203	-852	-851	-864	-878
Erlöse		297		121	108	110	111
Kosten		921		927	903	912	922
Saldo Jahresergebnis 2 Abfallentsorgungsanlagen		-1.644		-1.657	-1.646	-1.667	-1.689

Abfallwirtschaft:

Die Kostenerhöhung beim Produkt Abfallwirtschaft ist auf eine produktgruppeninterne Umverteilung von Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt zurückzuführen. Die genannten Erstattungen sollen zukünftig in Gänze beim Produkt Abfallwirtschaft gebündelt werden. Die bislang veranschlagten Erstattungen bei den Produkten Entsorgungsvorgänge und Abfallentsorgungsanlagen wurden entsprechend abgesenkt.

Management Stadtbild:

Das Produkt Management Stadtbild enthält Kosten für die Umsetzung einer Maßnahme zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von je 540 Tsd. Euro für 2017 und 2018. Die Mittel sind veranschlagt für den Aus- und Umbau sowie den Betrieb öffentlicher Toiletten.

Darüber hinaus sind beim Produkt Management Stadtbild Kostenerstattungen an die SRH für diverse Reinigungsmaßnahmen veranschlagt. Detailliertere Angaben zu diesen Sachverhalten sind in den Erläuterungen des Ergebnisplans der Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft zu finden (Gliederungsziffer: 4.2.2.3.2).

Entsorgungsvorgänge:

Der erhöhte Erlöswert beim Produkt Entsorgungsvorgänge ist auf ein vermehrtes Aufkommen von Gebühren für Entsorgungsleistungen zurückzuführen.

Schiffsentsorgung:

Im Produkt Schiffsentsorgung ist die jährliche Anzahl der zu berücksichtigenden Seeschiffsaukünfte nicht planbar. Die Erlöse dienen der vollständigen Finanzierung der Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen. Dies entspricht der Verpflichtung zur Umsetzung der „Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“, der die FHH mit Inkrafttreten des Hamburgischen Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (Hmb. Schiffsentsorgungsgesetz– HmbSchEG) vom 17.12.2002 (HmbGVBl. S. 343) mit Wirkung vom 01.01.2003 nachgekommen ist.

Abfallentsorgungsanlagen:

Zur Absenkung der Kosten gegenüber der bisherigen Finanzplanung siehe die Erläuterung des Produkts Abfallwirtschaft.

4.2.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29113 Abfallwirtschaft

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	39,17	41,57	39,01	39,99	38,99	38,99	38,99

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.2.2.4 Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen und Zweckzuweisungen (vgl. §§ 36 38 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Vorgesehen sind die Rahmenzuweisungen für den Betrieb der Gewässer und für kleine wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen, sowie die Zweckzuweisungen für wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen, für den Hochwasserschutz und für Trinkwassernotbrunnen.

RZ Betrieb Gewässer

Hamburg Mitte | 2017: 14,25 % = 333 Tsd. Euro | 2018: 14,25 % = 343 Tsd. Euro
 Altona | 2017: 4,70 % = 110 Tsd. Euro | 2018: 4,70 % = 113 Tsd. Euro
 Eimsbüttel | 2017: 7,10 % = 166 Tsd. Euro | 2018: 7,10 % = 171 Tsd. Euro
 Hamburg Nord | 2017: 7,35 % = 172 Tsd. Euro | 2018: 7,35 % = 177 Tsd. Euro
 Wandsbek | 2017: 16,67 % = 390 Tsd. Euro | 2018: 16,65 % = 401 Tsd. Euro
 Bergedorf | 2017: 34,63 % = 810 Tsd. Euro | 2018: 34,60 % = 834 Tsd. Euro
 Harburg | 2017: 15,30 % = 358 Tsd. Euro | 2018: 15,35 % = 370 Tsd. Euro

RZ kl. wasserw. Baumaßnahmen

Hamburg Mitte | 2017: 14,22 % = 71 Tsd. Euro | 2018: 14,22 % = 71 Tsd. Euro
 Altona | 2017: 4,40 % = 22 Tsd. Euro | 2018: 4,40 % = 22 Tsd. Euro
 Eimsbüttel | 2017: 8,09 % = 41 Tsd. Euro | 2018: 8,09 % = 41 Tsd. Euro
 Hamburg Nord | 2017: 7,28 % = 36 Tsd. Euro | 2018: 7,28 % = 36 Tsd. Euro
 Wandsbek | 2017: 16,66 % = 83 Tsd. Euro | 2018: 16,66 % = 83 Tsd. Euro
 Bergedorf | 2017: 34,60 % = 173 Tsd. Euro | 2018: 34,60 % = 173 Tsd. Euro
 Harburg | 2017: 14,75 % = 74 Tsd. Euro | 2018: 14,75 % = 74 Tsd. Euro

ZZ wasserw. Baumaßnahmen

Hamburg Mitte | 2017: 14,22 % = 223 Tsd. Euro | 2018: 14,22 % = 223 Tsd. Euro
 Altona | 2017: 4,40 % = 69 Tsd. Euro | 2018: 4,40 % = 69 Tsd. Euro
 Eimsbüttel | 2017: 8,09 % = 127 Tsd. Euro | 2018: 8,09 % = 127 Tsd. Euro
 Hamburg Nord | 2017: 7,28 % = 114 Tsd. Euro | 2018: 7,28 % = 114 Tsd. Euro
 Wandsbek | 2017: 16,66 % = 261 Tsd. Euro | 2018: 16,66 % = 261 Tsd. Euro
 Bergedorf | 2017: 34,60 % = 542 Tsd. Euro | 2018: 34,60 % = 542 Tsd. Euro

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

Harburg | 2017: 14,75 % = 231 Tsd. Euro | 2018: 14,75 % = 231 Tsd. Euro

ZZ Hochwasserschutz

Hamburg Mitte | 2017: 41,04 % = 719 Tsd. Euro | 2018: 41,04 % = 719 Tsd. Euro

Bergedorf | 2017: 51,26 % = 898 Tsd. Euro | 2018: 51,26 % = 898 Tsd. Euro

Harburg | 2017: 77,05 % = 135 Tsd. Euro | 2018: 77,05 % = 135 Tsd. Euro

ZZ Trinkwassernotbrunnen

Hamburg- Mitte | 2017: 16,67 % = 5 Tsd. Euro | 2018: 16,67 % = 5 Tsd. Euro

Altona | 2017: 10,00 % = 3 Tsd. Euro | 2018: 10,00 % = 3 Tsd. Euro

Eimsbüttel | 2017: 16,67 % = 5 Tsd. Euro | 2018: 16,67 % = 5 Tsd. Euro

Hamburg- Nord | 2017: 16,67 % = 5 Tsd. Euro | 2018: 16,67 % = 5 Tsd. Euro

Wandsbek | 2017: 23,33 % = 7 Tsd. Euro | 2018: 23,33 % = 7 Tsd. Euro

Bergedorf | 2017: 6,67 % = 2 Tsd. Euro | 2018: 6,67 % = 2 Tsd. Euro

Harburg | 2017: 10,00 % = 3 Tsd. Euro | 2018: 10,00 % = 3 Tsd. Euro

4.2.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			6.286	6.188	6.258	5.347	5.347
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			178	53	130	207	284
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
15. Jahresergebnis			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 –16 -17)			-6.464	-6.241	-6.388	-5.554	-5.631

Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe.

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine "Soll Bewirtschaftung" statt, d. h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

Die Zuständigkeit für öffentliche Toiletten soll ab dem Haushaltsjahr 2017 im Geschäftsbereich der BUE gebündelt werden. Die Bewirtschaftung der öffentlichen Toiletten soll hierbei durch die Stadtreinigung Hamburg erfolgen. Aus diesem Grund wurde eine Umschichtung der bezirklichen Zuweisungen für öffentliche Toiletten von der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U in die Produktgruppe 291.13 Abfallwirtschaft vorgenommen. Die Mittel werden in den Bezirken nicht mehr benötigt und sollen zukünftig direkt bei der BUE veranschlagt werden. Die Rahmenezuweisung für öffentliche Toiletten wird in diesem Haushaltsplan somit nicht mehr aufgeführt.

Zu den erhöhten Kosten aus Verwaltungstätigkeit siehe die Anmerkungen zu den Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U (Gliederungsziffer 4.2.2.4.3).

4.2.2.4.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Rahmenezuweisungen							
Kosten RZ Öffentliche Toiletten Fachämter MR			931				
Kosten RZ Betrieb Gewässer Fachämter MR			2.509	2.339	2.409	1.498	1.498
Kosten RZ Kl. wasserw. Baumaßnahm. Fachämter MR			400	500	500	500	500
Zweckzuweisung							
Kosten ZZ Trinkwassernotbrunnen Fachämter D1			30	30	30	30	30
Kosten ZZ Hochwasserschutz Fachämter MR			1.582	1.752	1.752	1.752	1.752
Kosten ZZ Wasserwirt. Baumaßnahmen Fachämter MR			834	1.567	1.567	1.567	1.567
Abschreibungen							
Abschreibungen			178	53	130	207	284
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			6.464	6.241	6.388	5.554	5.631

Siehe die Erläuterung im Vorwort sowie die Anmerkungen zum Ergebnisplan der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U (Gliederungsziffern 4.2.2.4.1 und 4.2.2.4.2).
 Aufgrund von veränderten konsumtiven und investiven Bedarfen in den Bezirken werden ab 2017 die Mittel der konsumtiven Rahmenzuweisung Kl. wasserw. Baumaßnahm. Fachämter MR jährlich um 99 Tsd. Euro und die Mittel der konsumtiven Zweckzuweisung Wasserwirt. Baumaßnahmen Fachämter MR jährlich um 733 Tsd. Euro erhöht. Die Beträge der investiven Rahmenzuweisung Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnahmen und der investiven Zweckzuweisung wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen werden entsprechend reduziert. Die investiven Absenkungen lassen sich in der Übersicht der Investitionen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz nachvollziehen (Gliederungsziffer 4.2.3).

4.2.2.4.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29114 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Summe VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				6.058	5.147		
RZ Betrieb Gewässer Fachämter MR				2.409	1.498		
RZ Kl. wasserw. Baumaßnahm. Fachämter MR				500	500		
Zweckzuweisung							
ZZ Hochwasserschutz Fachämter MR				1.582	1.582		
ZZ Wasserwirt. Baumaßnahmen Fachämter MR				1.567	1.567		

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können.

4.2.2.5 Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

4.2.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe "Zentrale Programme" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden gemäß der Vorgaben der EG Wasserrahmenrichtlinie, zur Umsetzung von Gewässerinfrastrukturmaßnahmen, für den Grunderwerb sowie für Gefahrenabwehr und Flächensanierung unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Die Aufstockung des Ansatzes im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung einer zusätzlichen Maßnahme zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen des entsprechenden Produkts (Gliederungsziffer 4.2.2.5.5)

4.2.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			194	209	358	515	676
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-194	-209	-358	-515	-676
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-194	-209	-358	-515	-676
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-194	-209	-358	-515	-676
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten			1010	1.250	1.750	1.250	750
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-1.204	-1.459	-2.108	-1.765	-1.426

Die im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" veranschlagten Kosten stehen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie (EG WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe. Die Maßnahmen dienen der Verbesserung des ökologischen Potentials der Oberflächengewässer, insbesondere der Verbesserung der Gewässerstruktur und der Durchgängigkeit der Gewässer. Die einzelnen Projekte sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung noch nicht bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben				750	750		

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen

4.2.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung auf die sachlich zuständigen Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme U werden keine Kennzahlen definiert.

4.2.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
ZP Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL							
Erlöse							
Kosten			864	1.340	1.942	1.544	1.146
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL			-884	-1.340	-1.942	-1.544	-1.146
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL				-1.340	-1.942	-1.544	-1.146
ZP Gefahrenabwehr und Flächenrecycling							
Erlöse							
Kosten			60	60	60	60	60
Saldo Jahresergebnis 1 Gefahrenabwehr und Flächenrecycling			-60	-60	-60	-60	-60
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Gefahrenabwehr und Flächenrecycling				-60	-60	-60	-60
ZP GI Gewässerinfrastruktur							
Erlöse							
Kosten			20	59	106	161	220
Saldo Jahresergebnis 1 ZP GI Gewässerinfrastruktur			-20	-59	-106	-161	-220

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP GI Gewässerinfrastruktur				-59	-106	-161	-220

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich Umweltschutz sowie auf andere Aufgabenbereiche des Einzelplans der BUE oder anderer Einzelpläne übertragen.

Das Produkt „ZP Hamburger Maßnahmen zur Umsetzung der EG WRRL“ enthält ab dem Haushaltsjahr 2017 auch Kosten für die Umsetzung einer Maßnahme zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 500 Tsd. und 1 Mio. Euro (2017/2018). Die Mittel sind veranschlagt für die Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Alster an drei Schleusen.

4.2.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29115 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme U werden keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen			115				
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.908	593	1.409	1.457	1.450	1.542	1.620
Saldo Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen	-2.908	-478	-1.409	-1.457	-1.450	-1.542	-1.620
Verpflichtungsermächtigung Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen				1.450	1.542		
Sielbaubeiträge gemäß Abgabengesetz							
Einzahlungen	-322	317					
Auszahlungen							
Saldo Sielbaubeiträge gemäß Abgabengesetz	-322	317					
Verpflichtungsermächtigung Sielbaubeiträge gemäß Abgabengesetz							
Grunderwerb Hochwasserschutz							
Einzahlungen							
Auszahlungen	139	241	800	1.880	980	980	980
Saldo Grunderwerb Hochwasserschutz	-139	-241	-800	-1.880	-980	-980	-980
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Hochwasserschutz							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Grunderwerb Hochwasserschutz VI							
Einzahlungen							
Auszahlungen	0			20	20	20	20
Saldo Grunderwerb Hochwasserschutz VI	0			20	20	20	20
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Hochwasserschutz VI							
Grunderwerb sonstige Maßnahmen							
Einzahlungen	208	51	20				
Auszahlungen	342	9	19	5	5	5	5
Saldo für Grunderwerb sonstige Maßnahmen	-134	42	1	-5	-5	-5	-5
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb sonstige Maßnahmen							
Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanl.							
Einzahlungen							
Auszahlungen	1.890	1.890	2.150	2.150	2.150	2.150	2.150
Saldo Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanl.	-1.890	-1.890	-2.150	-2.150	-2.150	-2.150	-2.150
Verpflichtungsermächtigung Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanl.							
Investitionszuschuss für HU							
Einzahlungen							
Auszahlungen	918	918	918				
Saldo Investitionszuschuss für HU	-918	-918	-918				
Verpflichtungsermächtigung Investitionszuschuss für HU							
Verkauf von Grundstücken							
Einzahlungen	51	5	0				
Auszahlungen							
Saldo Verkauf von Grundstücken	51	5	0				
Verpflichtungsermächtigung Verkauf von Grundstücken							
Hochwasserschutz							
Einzahlungen	13.465	15.132	11.000				
Auszahlungen	27.127	26.411	18.940				
Saldo Hochwasserschutz	-13.662	-11.279	-7.940				
Verpflichtungsermächtigung Hochwasserschutz							
Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL							
Einzahlungen							
Auszahlungen	0			60	60	60	60
Saldo Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL	0			-60	-60	-60	-60

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG-WRRL				60	60		
Hochwasserschutz und Schleusen							
Einzahlungen	0			11.000	11.000	11.000	11.000
Auszahlungen	0			18.426	15.888	11.948	13.163
Saldo Hochwasserschutz und Schleusen	0			-7.426	-4.888	-948	-2.163
Verpflichtungsermächtigung Hochwasser- schutz und Schleusen				15.888	11.948		
Altlastensanierung							
Einzahlungen		138					
Auszahlungen	134	456	376	380	401	410	414
Saldo Altlastensanierung	-134	-318	-376	-380	-401	-410	-414
Verpflichtungsermächtigung Altlastensanie- rung				401	410		
Beschaffung Geräte etc.							
Einzahlungen							
Auszahlungen	31		25				
Saldo Beschaffung Geräte etc.	-31		-25				
Verpflichtungsermächtigung Beschaffung Geräte etc.							
Instandsetzung Öffentliche Toiletten							
Einzahlungen							
Auszahlungen		94	380	900	900	900	900
Saldo Instandsetzung Öffentliche Toiletten		-94	-380	-900	-900	-900	-900
Verpflichtungsermächtigung Instandsetzung Öffentliche Toiletten				1520	1140		
RZ Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			599	500	500	500	500
Saldo RZ Kl. wasserwirtschaftl. Baumaßnah- men			-599	-500	-500	-500	-500
Verpflichtungsermächtigung RZ Kl. wasser- wirtschaftl. Baumaßnahmen				500	500		
ZZ Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			1.777	1.044	1.044	1.044	1.044
Saldo ZZ Wasserwirtschaftliche Baumaßnah- men			-1.777	-1.044	-1.044	-1.044	-1.044
Verpflichtungsermächtigung ZZ Wasserwirt- schaftliche Baumaßnahmen				1.044	1.044		

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.040	2.040	2.040	2.040	2.040
Saldo ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe			-2.040	-2.040	-2.040	-2.040	-2.040
Verpflichtungsermächtigung ZP EG-Wasserrahmenrichtlinie Elbe				2.040	2.040		
ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.000	2.000	2.698	2.900	2.950
Saldo ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur			-2.000	-2.000	-2.698	-2.900	-2.950
Verpflichtungsermächtigung ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur				2.698	2.900		
ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen			134	134	134	134	134
Saldo ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen			-134	-134	-134	-134	-134
Verpflichtungsermächtigung ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen				134	134		
Saldo für Investitionsprogramme	-20.088	-15.075	-20.527	-19.956	-17.230	-13.593	-14.940
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				27.885	23.868		

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Klütjenfelder Hauptdeich							
Einzahlungen							
Auszahlungen				3.578	6.566	6.566	1.181
Saldo Klütjenfelder Hauptdeich				-3.578	-6.566	-6.566	-1.181
Verpflichtungsermächtigung Klütjenfelder Hauptdeich				14.313			
Schöpfwerk Dove-Elbe							
Einzahlungen							
Auszahlungen				250	600	4.600	2.000
Saldo Schöpfwerk Dove-Elbe				-250	-600	-4.600	-2.000
Verpflichtungsermächtigung Schöpfwerk Dove-Elbe				7.850			
Neuenfelder Hauptdeich							
Einzahlungen							
Auszahlungen				300	350	320	6.200
Saldo Neuenfelder Hauptdeich				-300	-350	-320	-6.200

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung Neuenfelder Hauptdeich				13.070			
Cranzer Hauptdeich							
Einzahlungen							
Auszahlungen				300	350	5.320	6.210
Saldo Cranzer Hauptdeich				-300	-350	-5.320	-6.210
Verpflichtungsermächtigung Cranzer Hauptdeich				17.970			
Tiefstackschleuse							
Einzahlungen							
Auszahlungen				5.000	5.000		
Saldo Tiefstackschleuse				-5.000	-5.000		
Verpflichtungsermächtigung Tiefstackschleuse				5.000			
Saldo Einzelinvestitionen				-9.428	-12.866	-16.806	-15.591
Verpflichtungsermächtigungen Einzelinvestitionen				58.203			
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen				36	41	42	42
Saldo sonstige Investitionen				-36	-41	-42	-42
Verpflichtungsermächtigung sonstige Investitionen				41	42		
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Gesamtsaldo Investitionsmittel	-20.088	-15.075	-20.527	-29.420	-30.137	-30.441	-30.573

Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen

Aus dem Investitionsprogramm „Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen“ werden Regenwasserbehandlungsanlagen gemäß Abwasserbeseitigungsplan und weitere prioritär zu errichtenden Anlagen finanziert.

Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL

Mit diesem Investitionsprogramm werden Maßnahmen (z.B. Gewässerstrukturmaßnahmen, Maßnahmen zur Fischdurchgängigkeit) zur Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie (EG WRRL) finanziert, die im Zuständigkeitsbereich der BUE liegen um das gesetzlich festgelegte Ziel „guter chemischer Zustand“ und „gutes ökologisches Potential“ (§27 WHG und HWaG §§ 27a c) zu erreichen. Maßnahmen außerhalb der Zuständigkeit der BUE werden über das ZP EG Wasserrahmenrichtlinie Elbe finanziert.

Grunderwerb Hochwasserschutz

In den Investitionsprogrammen für den „Grunderwerb Hochwasserschutz“ werden Grundstücke für den Hochwasserschutz (Deichgrunderwerb), die im Zusammenhang mit dem Bauprogramm Hochwasserschutz stehen angekauft bzw. Werterstattungen bei Flächentausch zwischen Verwaltungsvermögen verschiedener Behörden und Vermessungskosten, Grunderwerbssteuer und Honorarkosten für den LiG geleistet. Der Mehrbedarf in 2017 resultiert aus einem zwingend notwendigen Ankauf für die neu veranschlagte Einzelinvestition "Schöpfwerk Dove Elbe". Die Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen sind ab 2017 beim Investitionsprogramm Grunderwerb Hochwasserschutz VI veranschlagt, da Grundstücksverkäufe stets beim aktuellsten Programm bewirtschaftet werden. Aufgrund technischer Restriktionen mussten für den Grunderwerb Hochwasserschutz wegen der Vielzahl an

Grunderwerbsfällen sechs Investitionsprogramme ausgeprägt werden. Die Programme „Grunderwerb Hochwasserschutz II bis V werden im Haushaltsplan allerdings nicht abgebildet, da hier keine Ermächtigungen veranschlagt wurden. Die Mittel werden unterjährig bedarfsgerecht per Deckungsfähigkeit vom Programm „Grunderwerb Hochwasserschutz“ auf die anderen Programme übertragen.

Grunderwerb sonst. Maßnahmen

In dem Investitionsprogramm „Grunderwerb sonst. Maßnahmen“ werden Grundstücke für wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Gewässerausbauten und Gestaltungsmaßnahmen angekauft. Aufgrund des Übertrags des überwiegenden Teils der Gewässergrundstücke an die Bezirke werden ab 2017 nur noch in geringem Umfang Ankäufe getätigt. Im Anlagenbestand der BUE verbleiben die Senatsgewässer.

Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanlagen

Aus dem Investitionsprogramm "Bau u. Grundinstands. Entwässerungsanlagen" werden Erneuerungen (im Zuge von Sielerneuerungsarbeiten) bzw. Grundinstandsetzungen von durch Alterungsprozesse schadhaften Trummen und Anschlussleitungen sowie anteilige Herstellungskosten für die Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil), die nicht durch Einnahmen gedeckt sind, finanziert.

Investitionszuschuss für HU

Der investive Zuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt, bislang veranschlagt im Investitionsprogramm "Investitionszuschuss für HU", wird ab 2017 aufgrund von neuen Erkenntnissen hinsichtlich der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Amt für Umweltschutz und dem Institut für Hygiene und Umwelt zukünftig konsumtiv veranschlagt bei mehreren Produkten der Produktgruppen 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sowie 291.12 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst..

Hochwasserschutz und Schleusen

Das bislang veranschlagte Investitionsprogramm Hochwasserschutz wird ab 2017 durch ein neues Investitionsprogramm Hochwasserschutz und Schleusen ersetzt. Das neue Investitionsprogramm enthält sowohl das bisherige Bauprogramm Hochwasserschutz als auch ein Sanierungsprogramm Schleusen. Das Bauprogramm Hochwasserschutz beinhaltet vorwiegend die Erhöhung der Erddeiche (ca. 100 km in den nächsten 50 Jahren) sowie den Bau bzw. die Grundinstandsetzung von Schöpfwerken, Schleusen, Schutztores und Deichsielen der ersten Hochwasserschutz Deichlinie. Das Sanierungsprogramm Schleusen soll den Erhalt der Gewässerinfrastruktur, die Nutzbarkeit der Gewässer und die Funktionalität der Binnenentwässerung garantieren. Hierfür sollen Substanzverluste an sich in den Gewässern befindlichen Bauwerken (Schleusen, Uferwände etc.) ausgeglichen werden. Bestimmte Baumaßnahmen des Investitionsprogramms werden aufgrund ihres Umfangs als Einzelinvestitionen veranschlagt. Siehe hierzu auch die Erläuterungen zu den jeweiligen Einzelinvestitionen.

Altlastensanierung

Im Investitionsprogramm "Altlastensanierung" werden Mittel u.a. für den Messstellenbau im Rahmen der Altlastuntersuchung bereitgestellt. Bei der Sanierung werden Mittel für den Anlagenbau und Sicherungsmaßnahmen eingesetzt. Um den Sanierungserfolg dauerhaft zu gewährleisten, sind auch zukünftig in den Bereichen des Sanierungsbetriebes und der Eigenkontrolle Investitionen zu tätigen. Insbesondere die Alterung der bestehenden Anlagen und Bauwerke führt dazu, dass in den kommenden Jahren vollständige Ersatzbeschaffungen durchgeführt werden müssen. Im Rahmen der Eigenkontrolle bei baulich gesicherten Altlasten und bei Grundwassersanierungen ist es notwendig, zur kontinuierlichen Kontrolle und Überwachung neue Grundwassermessstellen zu bauen.

Beschaffung Geräte etc.

Das bislang veranschlagte Investitionsprogramm "Beschaffung Geräte etc." wird zukünftig als sonstige Investition unter der Bezeichnung "Beschaffung Geräte und Fahrzeuge" veranschlagt.

Instandsetzung öffentliche Toiletten

Aus dem Investitionsprogramm "Instandsetzung öffentliche Toiletten" werden Neu-, Ersatz- und Umbauten sowie notwendige Grundinstandsetzungen finanziert. Das erhöhte Investitionsvolumen in den Haushaltsjahren ab 2017 wird für erforderliche Bauvorhaben zur Schaffung einer ansprechenden und anforderungsgerechten Toiletteninfrastruktur (u.a. Barrierefreiheit) benötigt.

RZ kl. Wasserwirtsch. Baumaßnahmen

Die verringerten Ansätze bei den investiven Rahmenzuweisungen „RZ kl. wasserwirtsch. Baumaßnahmen“ und Zweckzuweisungen „ZZ wasserwirtsch. Baumaßnahmen“ ergeben sich aufgrund von Umschichtungen in den konsumtiven Bereich. Siehe hierzu die Anmerkungen zu den Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe 291.14 Bezirkliche Zuweisungen U (Gliederungsziffer 4.2.2.4.3).

ZP EG Wasserrahmenrichtlinie Elbe

Aus dem zentralen Programm "ZP EG Wasserrahmenrichtlinie werden den Bezirken bedarfsgerecht Mittel für Maßnahmen zur Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie zur Verfügung gestellt. Für weitere Informationen siehe die Erläuterungen zum Investitionsprogramm "Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL".

ZP Grundinstand. Gewässerinfrastruktur

Im investiven zentralen Programm „Grundinstandsetzung Gewässerinfrastruktur“ werden Mittel für die Grundinstandsetzung von Uferbefestigungen bereitgestellt. Durch die FHH müssen an Gewässern im Alster- und Billerevier ca. 25 km Uferwände und ca. 30 km andere konstruktive Uferbefestigungen unterhalten werden. Eine Zustandsbewertung der überwiegend zwischen 1880 und 1950 erbauten, konstruktiven Bauwerke hat ergeben, dass die Mehrzahl grundinstand gesetzt werden muss. Hierzu wurde ein Programmplan aufgestellt, in dem die gefährdetsten Uferbefestigungen priorisiert aufgelistet werden. Bei einigen Uferwandabschnitten ist die Tragfähigkeit und Gebrauchstauglichkeit derart schlecht, dass eine Sperrung von Bauwerken durchgeführt werden musste oder droht. Zurzeit befinden sich Maßnahmen am Eilbek, Osterbek und Isebekkanal sowie an der Unteren Bille in der Planung bzw. Durchführung. Durch die Absenkung der Investitionsmittel in diesem Bereich müssen die Maßnahmen über mehrere Jahre gestreckt werden, ggf. ist mit Sperrungen von Wasserwegen oder angrenzenden Landflächen zu rechnen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über ein zentrales Programm, da hier mehrere Maßnahmenträger der Verwaltung für die Durchführung zuständig sind.

ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen

Aus dem zentralen Programm "ZP Grunderwerb sonstige Maßnahmen" werden den u. a. Bezirken bedarfsgerecht Mittel für Grundstücksankäufe zur Verfügung gestellt. Für weitere Informationen siehe die Erläuterungen zum Investitionsprogramm "Grunderwerb sonst. Maßnahmen".

Klütjenfelder Hauptdeich

Im Rahmen eines Bauprogramms wird die Hamburger Hochwasserschutzlinie sukzessive erhöht. Als eine der ersten Maßnahmen ist die Erhöhung des Klütjenfelder Hauptdeichs vorgesehen. Der Klütjenfelder Hauptdeich ist ein Erddeich mit einer Länge von ca. 2 km, der um ca. 80 cm erhöht wird. Ziel des Bauprogramms ist die Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten für das Hamburger Staatsgebiet. Diese Maßnahme war ursprünglich im Investitionsprogramm „Hochwasserschutz“ geplant.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 6.566 ; Plan 2019: 6.566 ; Plan 2020: 1.181

Schöpfwerk Dove Elbe

Durch den Neubau eines Schöpfwerkes soll die Binnenentwässerung im Bereich Vier- und Marschlande saniert werden.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 600 ; Plan 2019: 4.600 ; Plan 2020: 2.000 ; Plan 2021: 650

Neuenfelder Hauptdeich

Im Rahmen eines Bauprogramms wird die Hamburger Hochwasserschutzlinie sukzessive erhöht. Eine der Maßnahmen ist die Erhöhung des Neuenfelder Hauptdeichs. Der Neuenfelder Hauptdeich ist ein Erddeich mit einer Länge von ca. 1,8 km, der um ca. 30 cm erhöht wird. Die Deichverteidigungsstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Ziel des Bauprogramms ist die Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten für das Hamburger Staatsgebiet.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt (in Tsd. Euro):

Plan 2018: 350 ; Plan 2019: 320 ; Plan 2020: 6.200 ; Plan 2021: 6.200

Tiefstackschleuse

Die Tiefstackschleuse muss grundsaniert und an die zukünftigen Erfordernisse einer zeitgemäßen Wasserwirtschaftsverwaltung angepasst werden. Die Schleuse wird zurzeit von Wasser unterspült. Die Schleusensole von Kammer 1 ist vielfach gerissen und stellenweise abgesackt. Das Außenhaupt hat sich trotz der Pfahlgründung ungleichmäßig gesetzt. Am Drehsegmenttor Kammer 2 treten vermehrt Schäden auf. Erstes Ziel der Sanierungsmaßnahme ist, die Wasserumläufigkeiten zu schließen und die Hohlräume unter den Schleusenkammern kraftschlüssig zu verfüllen. Die Drehsegmenttore müssen an die abgesackte Lage der Schleuse angepasst werden.

Cranzer Hauptdeich

Im Rahmen eines Bauprogramms wird die Hamburger Hochwasserschutzlinie sukzessive erhöht. Eine der Maßnahmen ist die Erhöhung des Cranzer Hauptdeichs. Der Cranzer Hauptdeich ist ein Erddeich mit einer Länge von ca. 1,6 km, der um ca. 50 cm erhöht wird. Die Deichverteidigungsstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Ziel des Bauprogramms ist die Verbesserung des Schutzes vor Sturmfluten für das Hamburger Staatsgebiet.

Die kassenwirksamen Anteile der Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2017 verteilen sich wie folgt

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

(in Tsd. Euro):
Plan 2018: 350 ; Plan 2019: 5.320 ; Plan 2020: 6.210 ; Plan 2021: 6.090

Sonstige Investitionen

Unter sonstigen Investitionen sind Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge, Geräte und Ausstattungsgegenstände veranschlagt. Die Ansatzserhöhung gegenüber den Vorjahren ist auf eine Verteilung des bisherigen Ansatzes im Aufgabenbereich Steuerung und Service auf die übrigen Aufgabenbereiche zurückzuführen.

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

Darlehen sind nicht veranschlagt.

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Trinkwassernotbrunnen							
Erlöse							
Kosten	14	10	10	10	10	10	10
Summe GL Trinkwassernotbrunnen	-14	-10	-10	-10	-10	-10	-10
GL Umsetzung EG-Richtlinie							
Erlöse	77	78					
Kosten	303	229	159	159	159	159	159
GL Umsetzung EG-Richtlinie	-227	-151	-159	-159	-159	-159	-159
Saldo für Gesetzliche Leistungen	-241	-161	-169	-169	-169	-169	-169

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereichs Umweltschutz entstehen im Zusammenhang mit dem vorgeschriebenen Überwachungsprogramm für die Erstellung bzw. Fortschreibung der Maßnahmenpläne gemäß EG Wasserrahmenrichtlinie sowie der Umsetzung der EG Badegewässerrichtlinie und der Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSG) für den Bereich der Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser in Hamburg.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppen 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, 291.12 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst und 291.13 Abfallwirtschaft, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von jeweils 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, Kosten für Transferleistungen zu leisten, sind übertragbar. In der Produktgruppe 291.11 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sind im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" folgende Sachverhalte veranschlagt:

Zuschuss zu den Betriebskosten Wasserkunst Kaltehohe. Die vollständige Auszahlung der Zuwendung erfolgt erst nach Prüfung und Anerkennung des Verwendungsnachweises im 1. Quartal des Folgejahres.

Beiträge, Kostenanteile und Erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen.

Zuweisung Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe

Umsetzung der Meeresstrategie Rahmenrichtlinie (MSRL) / Zuweisungen Hamburgs für die Finanzierung des Sekretariats Meeresschutz

Die Ermächtigung der Produktgruppe 291.15 Zentrales Programm U, Globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar.

Die Ermächtigungen des Investitionsprogramms „Hochwasserschutz und Schleusen“ Auszahlungen zu leisten und die Ermächtigungen der Einzelinvestitionen „Klütjenfelder Hauptdeich“, „Neuenfelder Hauptdeich“, „Cranzer Hauptdeich“, „Tiefstackschleuse“ sowie „Schöpfwerk Dove Elbe“ Auszahlungen zu leisten sind gegenseitig deckungsfähig.

Um flexibel auf Abweichungen vom vorgesehenen Zeitplan einzelner Maßnahmen reagieren zu können, sind die Einzelinvestitionen und das Investitionsprogramm Hochwasserschutz gegenseitig deckungsfähig. Die Einbeziehung des Investitionsprogramms ist erforderlich, da hieraus die Vorplanungskosten für die Erstellung der HU Bau für die Einzelinvestitionen geleistet werden.

Die Ermächtigungen der Investitionsprogramme „Grunderwerb Hochwasserschutz“, „Grunderwerb Hochwasserschutz I“, „Grunderwerb Hochwasserschutz II“, „Grunderwerb Hochwasserschutz III“, „Grunderwerb Hochwasserschutz IV“, „Grunderwerb Hochwasserschutz VI“, „Grunderwerb Hochwasserschutz VII“, „Grunderwerb Hochwasserschutz VIII“ sowie „Grunderwerb Hochwasserschutz IX“ Auszahlungen zu leisten sind gegenseitig deckungsfähig.

Dem LIG liegen Ankaufsaufträge rückführend bis in das Jahr 1999 vor, die vom LIG sukzessive aufgearbeitet werden. Die Grundstücksgeschäfte sind nicht steuerbar, so dass für die einzelnen Haushaltsjahre sehr schlecht voraussehbar ist, wann welcher Ankauf durch das LIG erfolgreich abgeschlossen werden kann. Für den HWS werden jährlich viele kleine Flurstücke u.a. für die binnenseitige Verbreiterung von Deichen erworben. Die Numerik der Investitionsprogramme lässt nur die Ausprägung von 99 „Maßnahmen“ zu. Da für die technische Darstellung des Grunderwerbs Hochwasserschutz wesentlich mehr als 99 Maßnahmen erforderlich sind, sind mehrere Investitionsprogramme ausgebracht.

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

Der Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie umfasst die folgenden Produktgruppen:

292.10 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

292.11 Landschaftsplanung und Stadtgrün

292.12 Energie

292.13 Naturschutz

292.14 Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie (NGE)

292.15 Bezirkliche Zuweisungen NGE

Im Wesentlichen wird dieser Aufgabenbereich durch die nachfolgend dargestellten Aspekte geprägt:

- Strategisch-konzeptionelle Weiterentwicklung der klimapolitischen Gesamtstrategie des Senats. Als klimapolitischer, strategischer Entwicklungsplan wurde 2015 der Hamburger Klimaplan erstellt, der alle zwei Jahre fortgeschrieben wird. Der Hamburger Klimaplan soll einen wirkungsvollen Klimaschutz und eine angemessene Anpassung an den Klimawandel sicherstellen. Es werden Strategien und Maßnahmen im Aktionsprogramm festgelegt, um die klimapolitischen Ziele für 2020, 2030 und 2050 zu erreichen.
- Schaffung der planerischen Voraussetzungen für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum der Stadt unter Berücksichtigung urbaner Belange sowie Schutz und Entwicklung der Grün- und Erholungsanlagen und anderer öffentlicher Freiräume.
- Erarbeitung und konzeptionelle Weiterentwicklung gesamtstädtischer Konzepte zu Landschafts- und Grünplanung und Steuerung der operativen Umsetzung über formelle und informelle Instrumente und Erstellung von informellen teilräumlichen Plänen zur Konkretisierung der Aussagen des Landschaftsprogramms Hamburg (LA-PRO).
- Bezirksübergreifende Fach- und Programmplanungen (z. B. Gartendenkmalpflege, Baumsanierung, Baumkataster sowie nutzerbezogene Programme).
- Entwicklung, Pflege und Unterhaltung des öffentlichen Grüns einschließlich Kleingärten und der Hamburger Friedhöfe.
- Unterstützung der Energiewende durch den Um- und Ausbau flexibler Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen sowie die Effizienzverbesserung bei der Strom- und Wärmenutzung in allen Sektoren des Hamburger Energiemarktes.
- Förderung des freiwilligen Umweltschutzes in Unternehmen und Unterstützung der Unternehmen zur Erreichung weitergehender Umweltziele durch die Umweltpartnerschaft zwischen Senat und Wirtschaft.
- Fachliche Steuerung und Weiterentwicklung der Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme sowie Hamburg Energie; Wahrnehmung der Aufgaben der Energieaufsichts- und Regulierungsbehörde nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).
- Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung sowie zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben sowie des Europarechts.
- Schutz der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume sowie Überwachung des Handels.
- Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft durch konsequente Umsetzung der Eingriffsregelung in Hamburg sowie Renaturierung und langfristige Bewirtschaftung von Flächen des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege.
- Förderung der Umweltbildung, des Freiwilligen Ökologischen Jahres sowie die Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hamburg z.B. durch die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.

Der Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Verantwortung für die Stärkung und Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes in Hamburg u.a. die Grünversorgung zu verbessern, den Naturschutz auszubauen und die Energiewende voranzubringen. Um dies zu erreichen, sollen zusätzliche konkrete Maßnahmen realisiert werden, die auch sichtbare Wirkung entfalten.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

4.3.2.1 Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

Die Produktgruppe 292.10 umfasst die Leitung des Aufgabenbereiches sowie die Leitstelle Klimaschutz.

Wesentliche Aufgabenschwerpunkte der Leitstelle Klimaschutz sind:

- Die strategisch-konzeptionelle Weiterentwicklung der klimapolitischen Gesamtstrategie des Senats und deren Operationalisierung in konkrete Maßnahmen einschließlich der Vergabe von Mitteln aus dem zentralen Programm Hamburger Klimaplan (siehe PG 292.14), eines Maßnahmen- und Finanzcontrollings sowie eines CO2-Monitorings.
- Die rechtzeitige Anpassung an den Klimawandel durch Vernetzung der Maßnahmen, regelmäßige Berichterstattung und langfristige Beobachtung des Klimawandels, seiner Auswirkungen und der getroffenen Maßnahmen (Klimafolgenmonitoring).
- Umsetzung des Leitbildes „Entwicklung Hamburgs zu einer Climate Smart City“ in allen damit verbundenen strategischen Clustern und Handlungsfeldern, wie Stadtentwicklung, Gebäude, Energie, Mobilität etc.
- Fortschreibung des Hamburger Klimaplans alle zwei Jahre.
- Die Wahrnehmung der Grundsatzangelegenheiten der Klimapolitik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in der Metropolregion Hamburg.
- Die Verwendung der CO2-Kompensation für Flugreisen der Bediensteten der Stadt für internationale Klimaschutzprojekte.
- Die Kommunikation der Klimathemen der Stadt sowie Netzwerkarbeit wie die Zusammenarbeit mit städtischen Stakeholdern, die Koordination der Freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie zu betrieblichen CO2-Reduktionen und die Kooperation mit den öffentlichen Unternehmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung.

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	259	303		180	180	180	180
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	631	85	15	224	224	225	225
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten		3		3	3	3	3
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	570	1.142	878	970	994	1.009	950
a) Kosten für Entgelte	281	415	338	318	328	333	280
b) Kosten für Bezüge	167	412	337	368	375	381	387
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	61	168	85	84	86	87	77
e) Kosten für Versorgungsleistungen	62	146	118	200	205	208	206
4. Kosten für Transferleistungen		49					
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen		19					
6. Sonstige Kosten	111	83	10	49	49	50	50
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.054	-1.042	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-1.054	-1.042	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-1.054	-1.042	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 –16 -17)	-1.054	-1.042	-903	-1.063	-1.087	-1.104	-1.045

Erlöse

Die veranschlagten Erlöse werden für die CO2 Kompensation für Dienstreisen von den Dienststellen der FHH eingezahlt. Zum Haushalt 2017/2018 werden diese erstmalig in der erwarteten Höhe veranschlagt. Aus den Erlösen werden größere Klimaschutzprojekte umgesetzt. Die Kosten hierfür sind zum Haushalt 2017/2018 unter Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit (180 Tsd. Euro) ebenfalls erstmals veranschlagt.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit enthalten in geringem Umfang Kosten für die Leitung des Aufgabenbereiches inkl. IT-Kosten. Weiterhin werden aufgrund der Dezentralisierung erstmals anteilig Mittel für Dienstreisen in der Produktgruppe 292.10 veranschlagt, die bisher zentral im Aufgabenbereich Steuerung und Service (AB 290) angefallen sind. Für die Umsetzung von Klimaschutzprojekten, die aus der CO2-Kompensation von Dienstflügen finanziert werden, sind zum Haushalt 2017/2018 erstmals 180 Tsd. Euro veranschlagt. Diesen Kosten stehen Erlöse in gleicher Höhe gegenüber.

Personalkosten

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Personalkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.1.5).

Sonstige Kosten

Aus den sonstigen Kosten werden der Mitgliedsbeitrag für das Klimabündnis und haushaltsrelevante Verrechnungen aufgrund von Versetzungen finanziert.

Die im Zusammenhang mit dem Hamburger Klimaplan entstehenden Globale Mehr- und Minderkosten sind in der Produktgruppe 292.14 Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie (siehe Ziffer 4.3.2.4) veranschlagt.

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			15	15	15		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können.

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

Z 1: Umsetzung und Weiterentwicklung der Hamburger Klimapolitik (Klimaschutz und Klimaanpassung) (Kennzahl B_292_10_009)

Z 2: CO₂-Minderungsziele: Bis 2020: Beitrag Hamburgs zum nationalen 40%-Minderungsziel durch eine CO₂-Einsparung von rund 2 Mio. Tonnen im Vergleich zu 2012. Bis 2030: 50% im Vergleich zu 1990. Bis 2050: Mindestens 80% im Vergleich zu 1990. (Kennzahl B_292_10_010 und B_292_10_011)

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_10_009 Controlling: Maßnahmen gesamt	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	140	140	140	140
B_292_10_010 Minderung des jährlichen CO2 Ausstoßes durch Maßnahmen des Hamburger Klimaplan im Vergleich zum Emissionswert von 2012	t	k.A.	k.A.	k.A.	1.375.000	1.575.000	1.775.000	1.985.000
B_292_10_011 Controlling: Maßnahmen mit CO2 Einsparung	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	35	35	35	35

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu B_292_10_009: Anzahl der Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen aller Behörden in einer Datenbank, bei denen durch die Leitstelle Klimaschutz ein Maßnahmencontrolling durchgeführt wird. Für die aus dem zentralen Programm Hamburger Klimaplan (vgl. PG 292.14) finanzierten Maßnahmen wird zudem ein Finanzcontrolling und für CO2-einsparende Maßnahmen ein CO2-Monitoring durchgeführt.

zu B_292_10_010: Im Gegensatz zur alten Kennzahl B_292_10_005 wird ab 2017 der kumulierte Wert der CO2-Emissionen angegeben. Bis 2020 sollen rund 2 Mio. Tonnen CO2-Emissionen im Vergleich zu 2012 eingespart werden. Der jeweilige Ist-Wert kann erst im Folgejahr ermittelt und rückwirkend angegeben werden.

zu B_292_10_011: Anzahl der Klimaschutzmaßnahmen in der Datenbank, die CO2 einsparen und bei denen neben dem Maßnahmen und ggf. Finanzcontrolling auch ein CO2 Monitoring durchgeführt wird.

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Leitung Aufgabenbereich 292							
Erlöse							
Kosten	326	495	295	498	509	517	523
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung Aufgabenbereich 292	-326	-495	-295	-498	-509	-517	-523
Erlöse							
Kosten		-495		-498	-509	-517	-523
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung Aufgabenbereich 292		0		0	0	0	0
Treibhausgasminderung							
Erlöse	253	292					

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten	264	230	121	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 1 Treibhausgasminde- rung	-12	63	-121	0	0	0	0
Erlöse		38					
Kosten		124					
Saldo Jahresergebnis 2 Treibhausgasminde- rung		-23		0	0	0	0
Hamburger Klimaplan							
Erlöse	7	10		180	180	180	180
Kosten	722	620	487	744	758	767	702
Saldo Jahresergebnis 1 Hamburger Klima- plan	-716	-609	-487	-564	-578	-587	-522
Erlöse		123		110	104	106	96
Kosten		497		957	967	992	935
Saldo Jahresergebnis 2 Hamburger Klima- plan		-984		-1.412	-1.442	-1.473	-1.360

Leitung Aufgabenbereich 292:

Die Erhöhung der Kosten resultiert vorwiegend aus überarbeiteten Zuordnungen von Personal auf die Produkte.

Hamburger Klimaplan/ Treibhausgasminde- rung:

Da das Produkt Treibhausgasminde- rung ein Teilbereich des Produktes Hamburger Klimaplan ist, werden die bei- den Produkte ab 2017 zusammengefasst unter dem Produkt Hamburger Klimaplan geführt.

Das Produkt Hamburger Klimaplan enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzzie- le des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 70 bzw. 72 Tsd. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Um- setzung und Weiterentwicklung des Hamburger Klimaplans, insbesondere durch Ausgestaltung der strategischen und handlungsfeldübergreifenden Cluster Stadt als Vorbild und Klima- Kommunikation.

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29210 Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	11,82	11,42	10,82	11,40	11,40	11,40	11,40

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.2 Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

Der Bereich Landschaftsplanung und Stadtgrün zeichnet sich durch die Kosten für die konzeptionelle Entwicklung und den Erhalt der öffentlichen Erholungsflächen aus.

Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe sind insbesondere:

- Aktualisierung und Präzisierung des Landschaftsprogrammes inkl. des Grünen Netzes sowie des Arten- u. Biotopschutzes als gesamtstädtisches Steuerungsinstrument für freiraumplanerische, naturschutz- bzw. naturhaus-haltsorientierte Belange; Teilräumliche Konkretisierung des Landschaftsprogramms und teilräumliche Planungen u.a. zur Konkretisierung von Landschaftsachsen sowie der Grünen Ringe
- Entwicklung von grün- und freiraumplanerischen Konzepten und Programmen im Rahmen von Stadtentwicklung wie 'Qualitätsoffensive Freiraum' als integraler Bestandteil des Wohnungsbauprogrammes, Hamburger Gründachstrategie als Konzept zur Förderung von Dachbegrünungen und –nutzungen; Mitwirkung an gesamtstädtischen Planungen
- Fachaufsicht Grün- und Erholungsanlagen mit Aufgaben aus dem Grünanlagengesetz und dem Bezirksverwaltungsgesetz wie Entwicklung von Globalrichtlinien und Fachanweisungen sowie fachbehördliche Steuerungsaufgaben der Bestandssicherung und Entwicklung des öffentlichen Grüns mit Konzepten und Fachprogrammen, Beratung der Bezirke zur Umsetzung gesamtstädtischer Entwicklungsziele
- Fachaufsicht Friedhofs- und Bestattungswesen nach bestattungsrechtlichen Vorgaben gegenüber den Hamburger Friedhöfen – AöR und der bezirklichen Friedhofsverwaltung, Konzeptionen und Programme zum Friedhowswesen und zu Friedhofsstandorten
- Grundsatzaufgaben der Landschaftsplanung auf Grundlage naturschutzrechtlicher Vorgaben und bauleitplanerischer Bestimmungen mit der Entwicklung von Globalrichtlinien, Handreichungen wie Handbücher und Leitfäden und von Methoden zur Umsetzung grünrelevanter Ziele
- Fachaufsicht Kleingartenwesen, ministerielle Aufgaben im Kleingartenwesen gem. Bundeskleingartengesetz, Entwicklung und Abstimmung von Konzepten und Programmen
- Stadtbäume, gesamtstädtische Programmen zur Baumpflege, Baumkontrolle und Baumsanierung, Beratung der Bezirke und Fortbildungen, digitales Baumkataster, Betreuung von Baumpflanzaktionen
- Gartendenkmalpflege, Fachprogramme zum Erhalt und Wiederherstellung verlorener Qualitäten, Beratung der Bezirke u.a. bei Pflege- und Entwicklungskonzepten, Betreuung historischer öffentlicher Grünanlagen

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	3.424	2.160	1.812	2.928	4.044	3.084	1.857
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	4.638	5.625	4.321	5.536	5.436	4.531	4.455
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten	2.185	2.567	2.363	2.684	2.758	2.800	2.516
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	1.435	1.417	1.537	1.647	1.694	1.720	1.490

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
b) Kosten für Bezüge	313	611	351	382	392	398	403
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	294	300	316	341	351	356	312
e) Kosten für Versorgungsleistungen	143	238	159	313	322	326	311
4. Kosten für Transferleistungen	848	2.301	878	878	878	878	878
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	1.039	1.080	1.030	1.075	1.070	1.067	1.067
6. Sonstige Kosten	1.288	872		18	18	18	18
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-6.574	-10.285	-6.780	-7.264	-6.116	-6.210	-7.077
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				3.746	3.817	3.945	3.757
10. Finanzergebnis				-3.746	-3.817	-3.945	-3.757
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-6.574	-10.285	-6.780	-11.010	-9.933	-10.155	-10.834
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-6.574	-10.285	-6.780	-11.010	-9.933	-10.155	-10.834
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-6.574	-10.285	-6.780	-11.010	-9.933	-10.155	-10.834

Erlöse

In den geplanten Erlösen sind im Wesentlichen Zuweisungen des Bundes für die Pflege und die Ruherechtsentschädigung für Kriegsgräber enthalten sowie Förderungen des Bundes aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für die Projekte: „Stadt trifft Landschaft: Entwicklung Landschaftsachse Horner Geest im verdichteten Innenbereich Hamburgs“ und „Hamburg-Ohlsdorf - Städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie“.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit

Finanzielle Schwerpunkte sind im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ die Zuweisung an die AöR Hamburger Friedhöfe zur Pflege des öffentlichen Grüns auf den Hauptfriedhöfen Ohlsdorf und Öjendorf sowie für das Projekt „Hamburg-Ohlsdorf - Städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie“.

Die Aufstockung der Ansätze in den Kontenbereichen „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.2.5).

Kosten für Transferleistungen

Der Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ ist in den Planjahren geprägt durch die Zuweisung an die kirchlichen Friedhöfe für die Ruherechtsentschädigung und Pflege von Kriegsgräbern.

Kosten für Abschreibungen

Die Kosten für Abschreibungen beziehen sich auf gewährte Investitionszuschüsse für den Ausbau des Bestattungsforums des Friedhofs Ohlsdorf.

Sonstige Kosten

Aus den sonstigen Kosten wird u.a. die Pflege des Askari Parks (Drs. 20/8148) finanziert.

Kosten des Finanzergebnisses

Die Kosten des Finanzergebnisses beziehen sich auf erwartete außerplanmäßige Abschreibungen auf den Buchwert der Finanzanlage Hamburger Friedhöfe AöR. Der Buchwertverlust resultiert aus kontinuierlich steigenden Kosten, die im Regelfall über den im selben Jahr erzielten Erlösen der AöR aus den aufzulösenden Rechnungsabgrenzungsposten liegen (vgl. Drs. 21/4848).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				5.436	4.531		
VE für Kosten für Transferleistungen				878	878		
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können. Dazu gehören Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Infrastruktur bestehender Kleingärten und der Weiterentwicklung des Grünen Netzes / Freizeittroutennetzes sowie der Pflege von Kriegsgräbern. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen orientiert sich an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

Z1: Sicherung und Entwicklung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen und Freiräume (Kennzahl B_292_11_001 bis B_292_11_011)

Z 2: Gewährleistung einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch Einbringung gesamtstädtischer Grün- und Freiraumbelange auf unterschiedlichen Ebenen von Planung (Kennzahl B_292_11_012 und B_292_11_013)

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_11_001 Anzahl der in Arbeit befindlichen Konzepte, Programme und Steuerungsinstrumente	St.	19	18	16	17	16	15	13
B_292_11_002 Öffentliche Grün und Erholungsanlagen	ha	3.237	3.239	3.326	3.337	3.387	3.421	3.455
B_292_11_003 Kosten Grünanlagenunterhaltung (Sachkosten) per qm	EUR	0,43	0,35	0,46	0,35	0,35	0,28	0,28
B_292_11_004 B_292_11_004 Defizit Grünanlagenunterhaltung (Sachkosten)	%	16,24	11,06	11,19	8,31	9,13	35,51	37,30
B_292_11_007 Anzahl der Straßenbäume	St.	227.712	222.644	227.000	226.000	226.000	226.000	226.000
B_292_11_008 Anzahl Ersatzpflanzungen Straßenbäume	St.	920	1.391	720	720	720	920	720
B_292_11_010 Unterhaltungsmittel (Sachkosten) Bestattungsfläche per	EUR	0,60	0,61	0,58	0,57	0,57	0,57	0,57

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
qm								
B_292_11_011 Unterhaltung öffentl. Grünanteil auf staatlichen Friedhöfen per m ²	EUR	1,62	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45	1,45
B_292_11_012 Landschaftsprogrammmeinzelländerungen	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	30	30	k.A.	k.A.
B_292_11_013 In Arbeit befindliche vorbereitende Landschaftsplanungen	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	7	7	6	6

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu Kennzahl B_292_11_003: Bei der Ermittlung der Kennzahl werden im Übergang vom Doppelhaushalt 2015/2016 auf den Haushalt 2017/2018 besondere Parkanlagen, wie beispielsweise Pflanzen und Blumen, der Wilhelmsburger Inselepark und der Domplatz nicht mehr berücksichtigt, da diese das Ergebnis verfälscht haben. Mit der Kennzahl sollen die Pflege- und Unterhaltungsmittel einer üblichen, stadtweit in etwa gleich ausgestatteten Grünfläche pro m² aufgezeigt werden.

zu Kennzahl B_292_11_012: Die Planzahlen zu den Landschaftsprogrammmeinzelländerungen können für 2019 - 2021 nicht angegeben werden, da nicht einschätzbar ist, in welcher Anzahl diese nach dem Beschluss des neuen Landschaftsprogramms nötig werden. Weiterhin soll für die Durchführung von Landschaftsprogrammänderungen ein neues Verfahren aufgelegt werden.

zu Kennzahl B_292_11_013: Erfasst werden alle vorbereitenden landschaftsplanerischen Tätigkeiten, also neben der Aktualisierung des Landschaftsprogramm-Gesamtwerks auch sonstige Detaillierungsplanungen im Grünen Netz sowie landschaftsplanerische Fachbeiträge.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Vorbereitende Landschaftsplanung							
Erlöse		27					
Kosten	811	936	831	1.095	1.139	1.109	968
Saldo Jahresergebnis 1 Vorbereitende Landschaftsplanung	-811	-909	-831	-1.095	-1.139	-1.109	-968
Erlöse		145		175	163	167	146
Kosten		561		1.312	1.324	1.350	1.203
Saldo Jahresergebnis 2 Vorbereitende Landschaftsplanung		-1.325		-2.233	-2.300	-2.292	-2.025
Planung öffentl. Grünanlagen u.Freiraum							
Erlöse	3.424	2.132	1.812	2.928	4.044	3.084	1.857
Kosten	9.187	11.454	7.761	12.842	12.838	12.130	11.723
Saldo Jahresergebnis 1 Planung öffentl. Grünanlagen u.Freiraum	-5.763	-9.321	-5.949	-9.914	-8.794	-9.046	-9.867
Erlöse		926		229	211	214	200

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten		4.195		1.799	1.805	1.827	1.741
Saldo Jahresergebnis 2 Planung öffentl. Grünanlagen u. Freiraum		-12.590		-11.485	-10.388	-10.659	-11.407

Vorbereitende Landschaftsplanung

Die Erhöhung der Kosten resultiert aus überarbeiteten Zuordnungen von Personal auf die Produkte.

Planung öffentl. Grünanlagen u. Freiraum

Die Erlöse des Produkts Planungen für Grünanlagen und Freiräume enthalten im Wesentlichen Zuweisungen des Bundes für die Pflege und die Ruherechtsentschädigung für Kriegsgräber sowie Förderungen des Bundes aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für die Projekte: „Stadt trifft Landschaft: Entwicklung Landschaftsachse Horner Geest im verdichteten Innenbereich Hamburgs“ und „Hamburg Ohlsdorf Städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie“ und die Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse an die AöR Hamburger Friedhöfe. Aufgrund der unterschiedlichen Maßnahmenplanungen in den jeweiligen Jahren schwanken die Kosten erheblich.

Weiterhin sind Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 120 bzw. 122 Tsd. Euro (2017/2018)) inbegriffen. Maßnahmeninhalte sind die Weiterentwicklung des Grünen Netzes / Freizeitrouthenetzes sowie die Förderung des Stadtbaumbestandes.

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29211 Landschaftsplanung und Stadtgrün

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	31,99	34,00	30,57	33,90	33,90	33,90	30,10

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.3 Produktgruppe 29212 Energie

4.3.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 29212 Energie

Wesentliche Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe 292.12 Energie sind:

- Die federführende Bearbeitung der wesentlichen Themen der Energiepolitik, der Energieversorgung und rationalen Energieverwendung, der Förderung moderner Energietechniken, des Einsatzes der regenerativen Energien im Strom- und Wärmemarkt, des energieeffizienten Bauens sowie der Bereich "Umwelt und Wirtschaft".
- Die umfassende Prüfung und Gestaltung von Grundsatz- und Einzelfragen der Energie in umweltfachlicher, wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Hinsicht.
- Die Bearbeitung quartiersübergreifender Energiekonzepte, Ausbau der Nutzung regenerativer Energien sowie Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs im Gebäudebereich.
- Die Erarbeitung und Weiterentwicklung energetischer Standards bei den öffentlichen Gebäuden Hamburgs sowie die Durchführung des Energieeinkaufs und umfassenden Verbrauchscontrollings.
- Die Unterstützung von Energie- und Ressourceneffizienzmaßnahmen bei Bürgern und Unternehmen durch Investitions-Förderprogramme, Information und Beratung.

- Die Entwicklung, Steuerung und Begleitung von Förderprogrammen.
- Die Förderung der Investitionen in den Ressourcenschutz und in erneuerbare Energien durch Bündnisse mit der Wirtschaft.
- Die Unterstützung der Hamburger Energiewende und des Klimaschutzes auch durch das Einbringen von Energieprojekten in die Hamburger Klimaschutzpolitik.
- Die Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs; dies auch als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klimaschutz und Ressourcenschonung.
- Die Vertretung des Themas Energie innerhalb wie außerhalb Hamburgs in unterschiedlichen Gremien der Länder und des Bundes.

4.3.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29212 Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	1.162	8.098					
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1.427	1.185	1.522	1.508	1.505	1.401	1.441
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	29						
b) davon IT-Kosten		14	15				
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	159	4					
3. Personalkosten	2.921	3.191	3.424	3.684	3.684	3.739	3.538
a) Kosten für Entgelte	1.531	1.700	1.887	1.865	1.919	1.948	1.776
b) Kosten für Bezüge	807	823	812	853	808	820	832
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugsscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	280	354	408	412	420	426	393
e) Kosten für Versorgungsleistungen	304	314	317	554	537	545	537
4. Kosten für Transferleistungen	11.754	16.100	1.544	3.119	3.115	2.784	2.762
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	3.717	2.876	1.664	609	22	22	22
6. Sonstige Kosten	9.271	-1.566	1	1	1	1	1
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-27.928	-13.687	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-27.928	-13.687	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-27.928	-13.687	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-27.928	-13.687	-8.154	-8.921	-8.327	-7.947	-7.764

Die Aufstockung der Ansätze in den Kontenbereichen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Personalkosten und Kosten für Transferleistungen gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.3.5).

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bei den im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ veranschlagten Kosten handelt es sich vor allem um im Zusammenhang mit der Erstellung von Konzepten und Programmen, der Planung und Organisation von Kampagnen sowie Informations- und Beratungsleistungen entstehenden Kosten.

Weitere Kosten entstehen für die Kommunikation der UmweltPartnerschaft Hamburg in die Unternehmen, Verbände und die Öffentlichkeit, für Gutachten und Untersuchungen sowie zur Förderung von Projekten durch direkte Aufträge.

Für den Bereich der öffentlichen Gebäude entstehen Kosten für den Energieeinkauf und die Durchführung eines umfassenden Verbrauchscontrollings.

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Marktüberwachungsbehörde für das Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz entstehen Kosten für Prüfungen durch Prüfinstitute.

Kosten für Transferleistungen:

Die „Kosten für Transferleistungen“ stehen beinahe vollständig mit der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Beziehung.

Kosten aus Abschreibungen:

Die „Kosten aus Abschreibungen“ stehen im Zusammenhang mit bewilligten und geleisteten Investitionszuschüssen für Fördermaßnahmen, die als immaterielle Vermögensgegenstände mit einer Nutzungsdauer von vier Jahren aktiviert wurden und Mitte 2017 abgeschrieben sind (Gliederungsziffer 4.3.3).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.505	1.401		
VE für Kosten für Transferleistungen				3.115	2.784		
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigungen sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung und die Forcierung einzelner Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der UmweltPartnerschaft Hamburg und der Bündelung vorhandener Klimaschutzaktivitäten (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie der Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen (VE für Kosten aus Transferleistungen) möglich. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung orientiert sich an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.3.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 29212 Energie

Z1: Minderung der CO2-Emissionen, die von Hamburgern verursacht werden, durch die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und Anlagen und den Einsatz Erneuerbarer Energien. Versorgung der städtischen Einrichtungen mit kostengünstiger und klimafreundlicher Energie. (Kennzahl B_292_12_003 bis B_292_12_019)

4.3.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29212 Energie

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_12_003 Durch Modernisierung von Nichtwohngebäuden erreichte Energieeinsparungen im Jahr	MWh	1.480	1.018	6.670	2.240	2.240	2.240	2.240
B_292_12_004 Durch Modernisierung von Nichtwohngebäuden erreichte CO2 Einsparung	t	135	221	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000
B_292_12_006 Durch technische Verbesserungen in Betrieben erreichte CO2 Einsparung	t	31.060	16.950	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
B_292_12_010 UmweltPartner	ANZ	963	1.033	1.000	1.050	1.100	1.150	1.200
B_292_12_016 Anzahl an Abnahmestellen Strom	St.	3.920	3.866	3.867	3.900	3.900	3.900	3.900
B_292_12_017 Anzahl der betreuten Liegenschaften	St.	744	744	810	700	700	700	700

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_12_018 Durch den Einsatz erneuerbarer Wärme erreichte CO2 Einsparung	t	k.A.	k.A.	k.A.	1.875	1.875	1.875	1.875
B_292_12_019 Abnahmestellen Wärmeversorgung	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	2.352	2.352	2.352	2.352

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen. Die neuen Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den jeweiligen Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu Kennzahl B_292_12_003 und B_292_12_004: Die Kennzahlen 2017/2018 wurden auf Basis des Mittelwertes aller bislang geförderten Maßnahmen (2013-2014) ermittelt. Die Kennzahlen geben die Zielwerte bei voller Ausschöpfung des Programmvolumens i.H.v. 1 Mio. Euro wieder. Durch die Verdopplung der Förderhöhe von 10% auf 20% der Investitionskosten ab 2016 können rechnerisch nur noch halb so viele Projekte gefördert werden. Dies führt zu einer Verringerung der Zielkennwerte. Durch die höhere Anreizwirkung werden dafür ein höherer Abruf der Fördermittel und eine höhere Gesamteinsparung erwartet. Die hohen Werte im fortgeschriebenen Plan 2016 wurden bereits in der Drucksache 21/2181 erläutert.

zu Kennzahl B_292_12_017: Die Verringerung der Planzahl 2017/18 ist aufgrund der langfristigen Veränderungen im Gebäudebestand der FHH notwendig.

zu Kennzahl B_292_12_018: Zwecks Straffung wurden die bisherigen Kennzahlen B_292_12_007 bis 009 (installierte Leistung und CO2 Einsparung beim Programm Solarthermie und Heizung und installierte Leistung bei Bioenergie) zusammengefasst.

zu Kennzahl B_292_12_019: Zwecks Straffung wurden die bisherigen Kennzahlen B_292_12_014 (Anzahl an Abnahmestellen Gas) und B_292_12_015 (Anzahl an Abnahmestellen Fernwärme) zusammengefasst.

4.3.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29212 Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Verbesserung der Energieeffizienz							
Erlöse	936	6.487					
Kosten	21.541	15.584	4.139	6.055	5.057	5.030	5.152
Saldo Jahresergebnis 1 Verbesserung der Energieeffizienz	-20.605	-9.098	-4.139	-6.055	-5.057	-5.030	-5.152
Erlöse		2.312		247	216	218	213
Kosten		4.385		2.029	1.969	1.975	1.918
Saldo Jahresergebnis 2 Verbesserung der Energieeffizienz		-11.171		-7.838	-6.811	-6.787	-6.857
Einsatz erneuerbarer Energien							
Erlöse	197	930					
Kosten	2.960	1.392	1.171	459	377	381	353

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 Einsatz erneuerbarer Energien	-2.763	-462	-1.171	-459	-377	-381	-353
Erlöse		317		75	69	71	69
Kosten		645		523	518	533	535
Saldo Jahresergebnis 2 Einsatz erneuerbarer Energien		-790		-907	-826	-843	-820
UmweltPartnerschaft und Information							
Erlöse		681					
Kosten	2.388	2.292	1.545	1.439	1.569	1.576	1.490
Saldo Jahresergebnis 1 UmweltPartnerschaft und Information	-2.388	-1.610	-1.545	-1.439	-1.569	-1.576	-1.490
Erlöse		363		88	80	82	72
Kosten		1.051		638	629	642	569
Saldo Jahresergebnis 2 UmweltPartnerschaft und Information		-2.299		-1.989	-2.118	-2.137	-1.986
Einkauf von Energie							
Erlöse	12	3					
Kosten	515	552	512	366	366	370	290
Saldo Jahresergebnis 1 Einkauf von Energie	-503	-549	-512	-366	-366	-370	-290
Erlöse		74		69	65	66	56
Kosten		274		474	472	485	415
Saldo Jahresergebnis 2 Einkauf von Energie		-749		-771	-773	-789	-649
Erfassung und Controlling Energiedaten							
Erlöse	18	32					
Kosten	1.670	1.999	788	602	958	590	479
Saldo Jahresergebnis 1 Erfassung und Controlling Energiedaten	-1.652	-1.968	-788	-602	-958	-590	-479
Erlöse		337		84	77	79	77
Kosten		461		606	599	612	618
Saldo Jahresergebnis 2 Erfassung und Controlling Energiedaten		-2.091		-1.124	-1.479	-1.123	-1.020
...							

Die Zuordnung der Kosten und Erlöse zu den Produkten wurde ab 2017 unter fachlichen Gesichtspunkten überarbeitet. Hierdurch sind die Plan-Verschiebungen 2017 zum fortgeschriebenen Plan 2016 zu erklären.

Verbesserung der Energieeffizienz

Das Produkt Verbesserung der Energieeffizienz enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 683 bzw. 706 Tsd. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Entwicklung eines GIS-basierten Wärmekatasters für die Stadt, das Förderprogramm zur Stärkung des Holzbaus in Hamburg und die Förderung der energetischen Quartierssanierung.

4.3.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29212 Energie

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	38,40	38,71	44,06	44,80	43,80	43,80	40,80

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.4 Produktgruppe 29213 Naturschutz

4.3.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 29213 Naturschutz

Schwerpunkte der Produktgruppe 292.13 Naturschutz sind insbesondere:

- Die Umsetzung der inhaltlichen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes einschließlich der Flora-, Fauna-, Habitat- sowie der Vogelschutzrichtlinie der EU.
- Der Schutz, die Pflege, Entwicklung und Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete Hamburgs sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage der fachlichen Anforderungen sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben.
- Die Erhaltung der Biodiversität im Hamburger Staatsgebiet durch die Entwicklung und Umsetzung von Arten- und Biotopschutzmaßnahmen, die Sicherung eines Biotopverbundes sowie die Nutzung von Kenntnissen über Tier-, Pflanzenarten und Biotopen nach Erfassung in Katastern.
- Die Erhaltung und Entwicklung großer Teile der Kulturlandschaften Hamburgs als Lebensraum für wildwachsende Pflanzen und wildlebende Tiere durch den Vertragsnaturschutz.
- Der Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft durch konsequente Umsetzung der Eingriffsregelung in Hamburg sowie Renaturierung und langfristige Bewirtschaftung von Flächen des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege.
- Die Überwachung des Handels mit geschützten Tier- und Pflanzenarten.
- Die Steigerung des Naturerlebnisses im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer durch naturkundliche Bildungsmaßnahmen.
- Die Förderung der Umweltbildung, das Freiwillige Ökologische Jahr sowie die Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hamburg z.B. durch die „Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.

4.3.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	897	2.229	404	978	969	962	956
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1.758	2.816	1.287	1.238	1.238	1.238	1.238
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und	9	6					

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
<i>Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>	13						
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	145	3					
3. Personalkosten	3.221	3.383	3.127	4.035	4.071	4.072	3.954
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	1.945	1.916	1.941	2.107	2.119	2.151	2.125
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	637	501	516	603	618	592	537
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>		330	44	295	295	295	295
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	377	424	403	574	577	581	573
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	262	214	223	455	463	453	425
4. Kosten für Transferleistungen	1.118	1.674	1.660	1.700	1.700	1.700	1.700
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	1.974	361	1.441	380	378	380	369
6. Sonstige Kosten	1.820	184	238	285	287	287	287
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-8.994	-6.188	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit		45.615					
10. Finanzergebnis		-45.615					
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-8.994	-51.804	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-8.994	-51.804	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-8.994	-51.804	-7.349	-6.660	-6.705	-6.715	-6.593

Erlöse:

Die im Ergebnisplan ausgewiesenen Erlöse werden überwiegend durch die Erstattung von Sach-, Personal- und IT-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege sowie Erstattungen vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) und anderen Einsatzstellen für die pädagogische Begleitung der FÖJ Teilnehmer/innen erzielt. Die übrigen Erlöse entstehen vornehmlich aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, im Zusammenhang mit der Vermietung von Dienst und Werkdienstwohnungen sowie durch Gebühren, Zwangs- und Bußgelder auf Grundlage des § 29 HmbBNatSchAG, § 69 BNatSchG und § 13 BArtSchV. Die Erhöhung der Erlöse resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung der im Zusammenhang mit dem Produkt „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ erzielten Erlöse (die Kosten wurden in gleicher Höhe ebenfalls erstmalig veranschlagt).

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ sind insbesondere veranschlagt:

- Pflege und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten, Verbesserung von Lebensbedingungen in und an Gewässern, Gutachten und Untersuchungen, Betriebskosten und Unterhaltung von Gebäuden einschl. Naturschutzinformationshäuser,
- Pflege /Entwicklungsmaßnahmen und Monitoring im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer,
- Kosten für den Aufbau eines Biotopverbundes und der Fachkonzeption Arten und Biotopschutz,
- Kosten für den Schutz heimischer Tier und Pflanzenarten, v.a. Artenkataster und des Hamburger Biotopkataster,
- Kosten für die Überwachung des Zustandes europaweit seltener und gefährdeter Lebensräume und Arten, einschließlich Bericht gegenüber der EU Kommission,

- Kosten für Naturschutzmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Vertragsnaturschutz,
- Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg.

Personalkosten:

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Personalkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.4.5). Die Erhöhung der Kosten resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung der mit dem Produkt „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ entstehenden Kosten (die Erlöse wurden in gleicher Höhe ebenfalls erstmalig veranschlagt).

Kosten für Transferleistungen:

Die "Kosten für Transferleistungen" entstehen schwerpunktmäßig im Rahmen des Vertragsnaturschutz-Programms "Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen-Extensivierungsprogramm", durch Zuschüsse an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“ und die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“, für Zuwendungen zur Projektförderung und institutionellen Förderung der Naturschutzverbände und Stiftungen sowie Zuschüsse für den Betrieb und die Unterhaltung des Hamburger Guts Karlshöhe und Beiträge zur Unterstützung von Akteuren der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit.

Kosten aus Abschreibungen:

Die „Kosten aus Abschreibungen“ stehen insbesondere mit der Aktivierung von Betriebs- / Verwaltungsgebäuden, Infohäusern und Dienstwohnungen in den Naturschutzgebieten, der internetbasierten Fachanwendung Artenkataster und dem Biotopkartierungsprogramm im Zusammenhang sowie die Aktivierung verschiedener Vermögensgegenstände (wie bspw. Dauerausstellung, Restaurantnutzung, Tagungs- und Verwaltungsräume, Kinderforschungswerkstatt) des Guts Karlshöhe.

Aufgrund der noch ausstehenden Bilanzeröffnung des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege (SVNL) wurden vorsorglich in den Vorjahren Abschreibungen veranschlagt, um außerplanmäßige Abschreibungen nach Aktivierung der Finanzanlage SVNL begleichen zu können. Die Veranschlagung der Abschreibungen für das SVNL entfällt ab 2017.

Sonstige Kosten

Die Erhöhung der Kosten resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung der mit dem Produkt „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ entstehenden Kosten (die Erlöse wurden in gleicher Höhe ebenfalls erstmalig veranschlagt).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.238	1.238		
VE für Kosten für Transferleistungen				1.200	1.200		
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können, und beziehen sich im Wesentlichen auf das Arten- u. Biotopkataster, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten, Betriebskosten und Unterhaltung von Gebäuden einschl. Naturschutzinformationshäuser, allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz, Gutachten und Untersuchungen, Managementplanung und Monitoring sog. Natura 2000 Gebiete, den Aufbau eines Biotopverbundes und der Fachkonzeption Arten und Biotopschutz und anteilig den Vertragsnaturschutz (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie Zuwendungen an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“, die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflan-

zen“ und Vereine und Stiftungen für Naturschutzaufgaben und anteilig den Vertragsnaturschutz (VE für Kosten für Transferleistungen). Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen orientiert sich deshalb an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.3.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 29213 Naturschutz

- Z1: Vollzug des internationalen und nationalen Artenschutzes, des gesetzlichen Biotopschutzes, Erarbeitung fachlicher Grundlagen für den Arten- Biotopschutz, Überwachung der europäischen und nationalen Vorschriften zum Handel geschützter Arten (Kennzahl B_292_13_002)
- Z 2: Ausweisung und Erweiterung von Schutzgebieten sowie Erhaltung eines guten Pflegezustandes und Sicherung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz (Kennzahl B_292_13_003 und B_292_13_004)
- Z3: Gewährleistung natürlicher Dynamik sowie Förderung von naturkundlicher Bildung und Naturerlebnis im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer (Kennzahl B_292_13_016)
- Z 4: Sicherung und Verbesserung des Erhaltungszustandes der Arten- und Lebensräume nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und der Vogelarten nach Vogelschutzrichtlinie in Hamburg (Kennzahl B_292_13_009)
- Z 5: Sicherung und Umsetzung eines Biotopverbundes auf mindestens 15% der Landesfläche (Kennzahl B_292_13_011)
- Z 6: Vermeidung und Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft (naturschutzrechtliche Eingriffsregelung) (Kennzahl B_292_13_012)
- Z 7: Nachhaltige Entwicklung Hamburgs durch Bildung (mit den Schwerpunkten Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung) voranbringen (Kennzahl B_292_13_014)

4.3.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_13_002 Anzahl der erteilten Genehmigungen im Rahmen der EU VO 338/97 Handel mit geschützten Tier und Pflanzenarten	St.	374	333	250	250	250	250	250
B_292_13_002 Anzahl der erteilten Genehmigungen im Rahmen der EU VO 338/97 Handel mit geschützten Tier und Pflanzenarten	%	8,88	8,88	9,40	9,40	9,40	9,40	9,40
B_292_13_004 Anteil der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietsflächen an der Gesamtfläche Hamburgs	%	20,1	20,1	20,0	19,50	19,50	19,40	19,30
B_292_13_009 Anteil der in Hamburg vorkommenden FFH Lebensraumtypen mit einem günstigen Erhaltungszustand an allen in Hamburg vorkommenden FFH Lebensraumtypen	%	36	36	36	36	36	39	42

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_292_13_011 Anteil der gesicherten Flächen des Biotopverbundes an der Gesamtfläche Hamburgs	%	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
B_292_13_012 Flächen, die im Auftrag des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege renaturiert sowie langfristig bewirtschaftet und unterhalten werden	ha	870	900	1.130	1.180	1.230	1.240	1.250
B_292_13_014 Anzahl aller am FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) Teilnehmenden	Pers.	66	69	65	70	70	70	70
B_292_13_016 Veranstaltungen im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer, die von der Nationalpark Verwaltung durchgeführt werden	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	60	60	60	60

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe stellten sich diese als wenig aussagefähig und wenig beeinflussbar heraus. Aus diesem Grund wurden diese Kennzahlen ersetzt oder sind entfallen, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 Kennzahlen dieser Produktgruppe von fünfzehn auf acht zusammengefasst werden konnten. Neue Kennzahlen weisen keine historischen Werte aus. In den Vorjahren sind diese Spalten mit „k.A.“ markiert. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

zu B_292_13_003 und B_292_13_004: Der Anteil der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietsflächen verringert sich ab 2017 in geringem Umfang. Dies steht einerseits in Verbindung mit der Ansiedlung von Flüchtlingen und den damit einhergehenden Wohnungsbau, andererseits wird ab 2017 der Anteil der ausgewiesenen Naturschutzgebietsflächen erhöht.

zu B_292_13_009: Die Verbesserung des Erhaltungszustandes eines weiteren FFH-Lebensraumtyps wird in 2019 erreicht. Entsprechende Naturschutzmaßnahmen befinden sich schon in der Umsetzung, so dass zu erwarten ist, dass bis 2020 noch ein weiterer Lebensraumtyp als günstig eingestuft werden kann.

zu B_292_13_011: Die Erfassung von Kennzahlen kann erst erfolgen, wenn die Integration des Biotopverbundes in das Landschaftsprogramm abgeschlossen und damit planerisch gesichert ist.

zu B_292_13_014: Die Anpassung der Kennzahl für das FÖJ war erforderlich, weil sich aufgrund gesteigener Bedarfe für das FÖJ die Zahl der Einsatzstellen erhöht hat.

zu B_292_13_016: Diese Kennzahl wurde zum Haushalt 2017 neu eingerichtet und erfasst nur noch die Veranstaltungen der Nationalpark Verwaltung. In der bisherigen Kennzahl waren auch die Veranstaltungen des Vereins Jordsand enthalten. In der Bewirtschaftung hat sich gezeigt, dass die bisherige Kennzahl nicht steuerbar war. Die jetzige Kennzahl ist abgesehen von Witterungs- und Saisoneinflüssen von der Nationalpark Verwaltung steuerbar und Ausdruck von Personalverfügbarkeiten.

4.3.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Arten und Biotopschutz							
Erlöse	15	161	8	5	5	5	5
Kosten	1.321	1.143	1.148	1.218	1.226	1.226	1.241

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 Arten und BioBiot-Biotopschutz	-1.306	-982	-1.140	-1.213	-1.221	-1.221	-1.236
Erlöse		293		93	83	83	84
Kosten		859		751	737	732	742
Saldo Jahresergebnis 2 Arten und Bio-topschutz		-1.547		-1.871	-1.875	-1.871	-1.894
Natur und Landschaftsschutz							
Erlöse	64	380	54	51	51	51	51
Kosten	2.229	2.929	1.874	2.164	2.176	2.176	2.123
Saldo Jahresergebnis 1 Natur und Land-schaftsschutz	-2.165	-2.549		-2.113	-2.125	-2.125	-2.072
Erlöse		450		112	99	99	95
Kosten		1.873		920	902	894	854
Saldo Jahresergebnis 2 Natur und Land-schaftsschutz		-3.972		-2.921	-2.928	-2.921	-2.831
Vertragsnaturschutz							
Erlöse		128					
Kosten	1.072	1.001	850	839	841	841	849
Saldo Jahresergebnis 1 Vertragsnaturschutz	-1.072	-873	-850	-839	-841	-841	-849
Erlöse		125		37	35	35	35
Kosten		334		259	260	263	268
Saldo Jahresergebnis 2 Vertragsnaturschutz		-1.082		-1.061	-1.066	-1.069	-1.082
Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer							
Erlöse	4	142	1	1	1	1	1
Kosten	712	649	433	423	423	423	430
Saldo Jahresergebnis 1 Nationalpark Ham-burgisches Wattenmeer	-708	-508	-432	-422	-422	-422	-429
Erlöse		115		47	43	43	43
Kosten		404		344	342	344	346
Saldo Jahresergebnis 2 Nationalpark Ham-burgisches Wattenmeer		-796		-720	-720	-723	-732
FFH und Vogelschutzrichtlinie							
Erlöse							
Kosten	275	264	210	247	249	249	257
Saldo Jahresergebnis 1 FFH und Vogel-schutzrichtlinie	-275	-264	-210	-247	-249	-249	-257
Erlöse		50		39	36	36	36
Kosten		227		272	271	275	280
Saldo Jahresergebnis 2 FFH und Vogel-schutzrichtlinie		-441		-480	-484	-487	-502
Biotopverbund							
Erlöse		11					
Kosten	186	83	187	142	143	143	146
Saldo Jahresergebnis 1 Biotopverbund	-186	-72	-187	-142	-143	-143	-146
Erlöse		16		28	27	28	27
Kosten		72		182	185	190	191
Saldo Jahresergebnis 2 Biotopverbund		-128		-296	-301	-305	-311
Eingriffsregelung							
Erlöse	36	749		5	5	5	5
Kosten	1.150	501	348	386	390	390	347
Saldo Jahresergebnis 1 Eingriffsregelung	-1.113	248	-348	-381	-385	-385	-342

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Erlöse		89		58	53	53	49
Kosten		429		444	439	440	405
Saldo Jahresergebnis 2 Eingriffsregelung		-92		-767	-771	-772	-698
Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS							
Erlöse	259	133	277	360	370	375	381
Kosten	314	45.962	1.427	431	435	435	394
Saldo Jahresergebnis 1 Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS	-55	-45.828	-1.150	-71	-65	-60	-13
Erlöse		23					
Kosten		128					
Saldo Jahresergebnis 2 Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS		-45.934		-71	-65	-60	-13
Umweltbildung u. Bildung f. Nachh. Entw.							
Erlöse	6						
Kosten	303	229	175	190	191	191	203
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltbildung u. Bildung f. Nachh. Entw.	-297	-229	-175	-190	-191	-191	-203
Erlöse		40		34	32	32	32
Kosten		127		229	230	234	242
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltbildung u. Bildung f. Nachh. Entw.		-316		-385	-390	-393	-414
Freiwilliges Ökologisches Jahr							
Erlöse	445	488		532	532	520	508
Kosten	542	405	284	755	757	757	714
Saldo Jahresergebnis 1 Freiwilliges Ökologisches Jahr	-98	83	-284	-223	-225	-237	-206
Erlöse		66		53	48	49	44
Kosten		232		398	393	396	361
Saldo Jahresergebnis 2 Freiwilliges Ökologisches Jahr		-84		-568	-570	-584	-523
Gut Karlshöhe							
Erlöse	68	38	64	24	5	5	5
Kosten	1.802	866	816	842	844	845	844
Saldo Jahresergebnis 1 Gut Karlshöhe	-1.735	-829	-752	-817	-839	-840	-839
Erlöse		118		30	29	30	28
Kosten		159		201	203	208	210
Saldo Jahresergebnis 2 Gut Karlshöhe		-870		-988	-1.013	-1.018	-1.021

Natur- und Landschaftsschutz:

Das Produkt Natur- und Landschaftsschutz enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 70 bzw. 72 Tsd. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen, insbesondere die verbesserte Pflege von Naturschutzgebieten.

Geschäftsbesorgung Sondervermögen NaturS:

Aufgrund der noch ausstehenden Bilanzeröffnung des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege (SVNL) wurden vorsorglich in den Vorjahren Abschreibungen veranschlagt, um außerplanmäßige Abschreibungen nach Aktivierung der Finanzanlage SVNL begleichen zu können. Die Veranschlagung der Abschreibungen für das SVNL entfällt ab 2017.

Freiwilliges Ökologisches Jahr:

Bei den Erlösen im Produkt Freiwilliges Ökologisches Jahr handelt es sich um für die pädagogische Begleitung durch die BUE und für die außerhalb der BUE tätigen FÖJ Teilnehmer/innen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie aus den Einsatzstellen außerhalb der BUE geleistete Erstattungen. Die Erhö-

hung der Erlöse und Kosten in gleicher Höhe resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung im Haushalt 2017/2018.

4.3.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29213 Naturschutz

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	42,11	40,83	40,93	45,35	44,55	43,75	42,10

Vgl. Vorwort zum Einzelplan.

4.3.2.5 Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

4.3.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe 292.14 Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht.

Die veranschlagten Mittel werden unterjährig für Maßnahmen des Hamburger Klimaplanes, für die Förderung der Energiewende, für die Aufwertung öffentlicher Grün- und Freiräume, für die Entwässerung in Grünanlagen, für die Unterhaltung und Durchführung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen sowie für die Pflege und Entwicklung von Naturschutzgebieten per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.3.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			640	95	95	95	95
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			414	289	556	834	1.098
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-1.054	-384	-651	-929	-1.193
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-1.054	-384	-651	-929	-1.193
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-1.054	-384	-651	-929	-1.193
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten			8.248	13.246	15.115	14.107	10.150
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-9.302	-13.629	-15.766	-15.036	-11.342

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ veranschlagten Kosten werden für die Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen sowie die Pflege und Entwicklung von Naturschutzgebieten benötigt. Der Ansatz in Höhe von 200 Tsd. Euro für das zentrale Programm „ZP Pflege und Entwicklung von NSG“ wurde im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ herabgesetzt und im Rahmen der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) im Kontenbereich „Globale Mehr- oder Minderkosten“ veranschlagt.

Kosten aus Abschreibungen

Die Kosten aus Abschreibungen beziehen sich vorwiegend auf die Maßnahmen der Investitionsprogramme „Wohnungsbaufolgekosten“ und „Grün- und Kleingartenanlagen Bau“.

Globale Mehrkosten

Die im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" veranschlagten Kosten stehen überwiegend im Zusammenhang mit Maßnahmen des Hamburger Klimaplanes. Im Rahmen der Prioritätensetzung werden mit den Mitteln des Hamburger Klimaplanes weiterhin verstärkt CO₂-einsparende Maßnahmen gefördert. Daneben sollen auch Maßnahmen gefördert werden, die kein CO₂ einsparen, wie z.B. Anpassungs-, Bildungs-, oder Beratungsprojekte, allerdings in deutlich geringerem Umfang. Weiterhin sind in diesem Kontenbereich maßgeblich Kosten für die Instandhaltung von öffentlichen Grün- und Kleingartenanlagen, für die Entwicklung der „Landschaftsachse Horner Geest“, Planungsmittel für die Landschafts- und Grünplanung, Mittel zur Kostendeckung der Entwässerung von Niederschlagswasser auf Öffentlichen Grünanlagen und für Maßnahmen in Grünanlagen, die als Folge des Wohnungsbauprogramms umzusetzen sind, vorgesehen. In geringem Umfang sind außerdem Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Energiewende veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung sind weder die Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

Die Aufstockung der Ansätze im Kontenbereich Globale Mehrkosten gegenüber den Vorjahren resultiert aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.3.2.5.5).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				50	50		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben				15.115	14.357		

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigungen sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung und die Forcierung einzelner Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie dem Hamburger Klimaplan und der Energiewende (VE für Globale Mehrkosten) möglich. Beim Hamburger Klimaplan und der Energiewende sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder die Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen. Weiterhin sind Verpflichtungsermächtigungen aufgrund der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (VE für Globale Mehrkosten) erforderlich. Die Höhe aller Verpflichtungsermächtigungen orientiert sich grundsätzlich an den Jahresbedarfen der jeweiligen Maßnahmen.

4.3.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen

4.3.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.3.2.5.3).

4.3.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
ZP Hamburger Klimaplan							
Erlöse							
Kosten			7.038	7.655	7.931	7.116	6.166
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Hamburger Klimaplan			-7.038	-7.655	-7.931	-7.116	-6.166
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Hamburger Klimaplan				-7.655	-7.931	-7.116	-6.166
ZP Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahm.							
Erlöse							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Kosten			91	97	100	103	106
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnah.			-91	-97	-100	-103	-106
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnah.				-97	-100	-103	-106
ZP Energiewende							
Erlöse							
Kosten			236	400	400	400	400
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Energiewende			-236	-400	-400	-400	-400
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Energiewende				-400	-400	-400	-400
ZP Pflege und Entwicklung von NSG							
Erlöse							
Kosten			734	773	798	798	97
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Pflege und Entwicklung von NSG			-734	-773	-798	-798	-97
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Pflege und Entwicklung von NSG				-773	-798	-798	-97
ZP Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten							
Erlöse							
Kosten			1.203	3.604	5.437	5.519	3.474
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten			-1.203	-3.604	-5.437	-5.519	-3.474
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten				-3.604	-5.437	-5.519	-3.474
ZP Entwässerung in Grünanlagen							
Erlöse							
Kosten				1.100	1.100	1.100	1.100
Saldo Jahresergebnis 1 ZP Entwässerung in Grünanlagen			0	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 ZP Entwässerung in Grünanlagen				-1.100	-1.100	-1.100	-1.100

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich Naturschutz, Grünplanung und Energie sowie auf andere Aufgabenbereiche des Einzelplans der BUE oder anderer Einzelpläne übertragen.

ZP Hamburger Klimaplan

Das Produkt ZP Hamburger Klimaplan enthält Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 750 bzw. 950 Tsd. Euro (2017/2018)). Diese zusätzlichen Mittel sollen für CO2 einsparende Maßnahmen, als Komplementärmittel für bezirkliche Klimaschutz(teil)konzepte und Klimaschutzmanager sowie für Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche verwendet werden.

ZP Energiewende

Die Erhöhung der Kosten resultiert maßgeblich aus der erstmaligen Veranschlagung von Kosten im Produkt „ZP Energiewende“, die in gleicher Höhe beim Produkt „Verbesserung der Energieeffizienz“ in der Produktgruppe 292.12 Energie reduziert wurden, um flexibler auf kommende Aufgaben reagieren zu können.

ZP Pflege und Entwicklung von NSG

Das Produkt ZP Pflege und Entwicklung von NSG enthält ebenfalls Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 773 bzw. 798 Tsd. Euro (2017/2018)). Die veranschlagten Kosten stehen in Zusammenhang mit der Umsetzung zusätzlicher Aufgaben wie die Aufstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen, verbesserte Pflege von Naturschutzgebieten, Unterhaltung von Ausgleichsmaßnahmen aus B-Plänen sowie Umsetzung der FFH Strategie und Biotopverbund sowie Erhöhungen der Zuwendungen an die Naturschutzverbände.

ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten

Das Produkt ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten enthält ebenfalls Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats gemäß der Koalitionsvereinbarung (vgl. Drs. 21/3932 in Höhe von 400 Tsd. Euro bzw. 1,12 Mio. Euro (2017/2018)). Maßnahmeninhalte sind die Förderung des Stadtbaumbestandes (Sonderprogramm mit Beginn 2016) und die Entwicklung der „Landschaftsachse Horner Geest“. Aufgrund der unterschiedlichen Maßnahmenplanungen in den jeweiligen Jahren schwanken die Kosten erheblich.

ZP Entwässerung in Grünanlagen

Von den bisher im Aufgabenbereich 291 Umweltschutz veranschlagten Mitteln für Sichelgebühren wird ein Betrag in Höhe von 1,1 Mio. Euro ab dem Haushaltsjahr 2017ff. im Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie im neu eingerichteten Zentralen Programm "ZP Entwässerung in Grünanlagen" veranschlagt. In den Bezirken sind die Fachämter Management des öffentl. Raumes (MR) für die Flächengestaltung (Versiegelungsgrad) und für die Prüfung der Bescheide sowie das Verwaltungsvermögen verantwortlich. Die Gebühren für die Entwässerung von Niederschlagswasser dienen unter anderem zur Unterhaltung der öffentlichen Siele, die immer stärker ausgelastet sind. Mit dem Sichelgebührensplitting soll auch ein Anreiz zu Entsiegelung und örtlichen Versickerung geschaffen werden. Die FHH hat mit dem Projekt RegenInfraStrukturAnpassung (RISA) ein Konzept für das Regenwassermanagement aufgestellt. Dort stehen die öffentlichen Grünanlagen im Fokus als Flächen mit Potential zu Versickerung und Rückhaltung.

4.3.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29214 Zentrale Programme NGE

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Naturschutz, Grünplanung und Energie sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.

4.3.2.6 Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

4.3.2.6.1 Vorwort der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

In der Produktgruppe 292.15 Bezirkliche Zuweisungen NGE sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen, Zweck und Einzelzuweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Produktgruppe enthält Mittel für die Rahmenezuweisungen „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz“ und „Öffentliches Grün“ sowie Zweckzuweisungen für "Bestattungen nach § 10 Bestattungsgesetz“.

Die veranschlagten Beträge 2017 und 2018 für die Rahmenzuweisungen „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz“ in Höhe von jeweils 90 Tsd. EUR werden wie folgt auf die Bezirke verteilt (im Bezirk Eimsbüttel befindet sich kein Naturschutzgebiet):

Hamburg-Mitte = 16,67% = 15 Tsd. EUR,

Altona = 15,56% = 14 Tsd. EUR,

Hamburg-Nord = 12,22% = 11 Tsd. EUR,

Wandsbek = 17,78% = 16 Tsd. EUR,

Bergedorf = 26,67% = 24 Tsd. EUR,

Harburg = 11,11% = 10 Tsd. EUR.

Die Rahmenzuweisung „öffentliches Grün“ enthält Mittel für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze, Pflege der Straßenbäume, Betriebskosten für die bezirklichen Friedhöfe in Hamburg-Mitte, Altona, Bergedorf und Harburg sowie Mittel für ökologische Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im öffentlichen Grün. Neu aufgenommen wurden gem. Drs. 21/1980 die Kosten für den Winterdienst an Kleingärten. Die Verteilung erfolgt überwiegend unter Berücksichtigung der Flächengröße und der Anzahl der Straßenbäume. Die Ansätze wurden gegenüber den Vorjahren durch Aufstockung der Mittel sowie durch die in die Rahmenzuweisung übernommenen Mittel für den Winterdienst an Kleingärten erhöht.

Die veranschlagten Beträge für 2017/2018 in Höhe von 20.973 Tsd. Euro / 21.154 Tsd. Euro werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte	=	32,10 / 31,96 %	=	6.732 / 6.761 Tsd. EUR,
Altona	=	14,35 / 14,38 %	=	3.010 / 3.042 Tsd. EUR,
Eimsbüttel	=	8,52 / 8,54 %	=	1.787 / 1.806 Tsd. EUR,
Hamburg-Nord	=	13,49 / 13,52 %	=	2.829 / 2.859 Tsd. EUR,
Wandsbek	=	14,74 / 14,77 %	=	3.092 / 3.125 Tsd. EUR,
Bergedorf	=	8,72 / 8,74 %	=	1.829 / 1.849 Tsd. EUR,
Harburg	=	8,08/8,09 %	=	1.694 / 1.712 Tsd. EUR.

Die Zweckzuweisung „Bestattungen nach § 10 Bestattungsgesetz“ enthält Mittel für die Bestattung Verstorbener ohne Angehörige oder mit Angehörigen, die nicht tätig werden. Die veranschlagten Beträge für 2017 und 2018 in Höhe von jeweils 1.300 Tsd. Euro werden in Anlehnung an die Vorjahresbedarfe wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte	=	33,08%	=	430 Tsd. EUR,
Altona	=	13,85%	=	180 Tsd. EUR,
Eimsbüttel	=	7,69%	=	100 Tsd. EUR,
Hamburg-Nord	=	17,69%	=	230 Tsd. EUR,
Wandsbek	=	16,92%	=	220 Tsd. EUR,
Bergedorf	=	3,85%	=	50 Tsd. EUR,
Harburg	=	6,92%	=	90 Tsd. EUR.

4.3.2.6.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			20.563	23.664	22.105	18.212	18.212
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen			1.300	0	0	0	0
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			162	64	223	287	353
6. Sonstige Kosten				439	439	439	439
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-22.025	-24.167	-22.767	-18.938	-19.004

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Kosten für Transferleistungen, Sonstige Kosten

Die Bestattungen nach §10 Bestattungsgesetz werden ab dem Haushaltsjahr 2017ff. nicht mehr bei den Kosten für Transferleistungen, sondern bei den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit geplant.

Die Rahmenezuweisung „öffentliches Grün“ wird in den Kontenbereichen Sonstige Kosten und Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit geplant. In den Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit sind außerdem die Zuweisungen für die Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, die Zuweisung an die Bezirksämter für den Leistungszweck "Bestattungen Verstorbener ohne Angehörige" sowie die Kosten für die Einzelzuweisung "Sanierung Eisbahn" enthalten.

Im Übrigen siehe die Erläuterungen im Vorwort der Produktgruppe.

4.3.2.6.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ für den Naturschutz Fachämter MR			90	90	90	90	90
Kosten RZ Grün Fachämter MR			20.473	20.973	21.154	17.261	17.261
Zweckzuweisung							
Kosten ZZ Bestattungen Fachämter GS			1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
Einzelzuweisungen							
Kosten EZ Sanierung Eisbahn Planten un Blo- menMR			92	1.740			
Abschreibungen							
Abschreibungen			162	64	223	287	353
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			92	24.167	22.767	18.938	19.004

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.3.2.6.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29215 Bezirkliche Zuweisungen NGE

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
Rahmenzuweisungen							
Kosten RZ für den Naturschutz Fachämter MR				90	90		
Kosten RZ Grün Fachämter MR				10.359	8.413		
Zweckzuweisung							
Kosten ZZ Bestattungen Fachämter GS				650	650		
Summe VE für Kosten aus Verwaltungstätig- keit				11.099	9.153		

Die Verpflichtungsermächtigung ermöglicht den Bezirken, jahresübergreifende Verträge für Planungs- und Unterhaltungsleistungen zu schließen.

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Einbind. v. Untern. i. d. Energieversorg. EFRE							
Einzahlungen							
Auszahlungen				0			
Saldo Einbind. v. Untern. i. d. Energieversorg. EFRE				0			
Verpflichtungsermächtigung Ein- bind. v. Untern. i. d. Energieversorg. EFRE							
Baumaßnahmen i. R. d. Naturschutzes						-/-	-/-
Einzahlungen		0					

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Auszahlungen	18	0	20				
Saldo Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes	-18	0	-20				
Verpflichtungsermächtigung Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes						-/-	-/-
Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	125	-125	76	0	0	0	0
Saldo Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen	-125	125	-76	0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen			78	0	0	-/-	-/-
Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.		8					
Einzahlungen							
Auszahlungen	567	452	365	365	365	365	365
Saldo Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.	-567	-443	-365	-365	-365	-365	-365
Verpflichtungsermächtigung Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.				365	365	-/-	-/-
ZP Grunderwerb Grün	104	-502	700				
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.184	1.010	1.025	300	300	300	300
Saldo ZP Grunderwerb Grün	-2.080	-1.513	-325	-300	-300	-300	-300
Verpflichtungsermächtigung für ZP Grunderwerb Grün			1.000	300	300	-/-	-/-
ZP Wohnungsbaufolgekosten							
Einzahlungen							
Auszahlungen			6.944	4.397	3.000	4.045	4.636
Saldo ZP Wohnungsbaufolgekosten			-6.944	-4.397	-3.000	-4.045	-4.636
Verpflichtungsermächtigung ZP Wohnungsbaufolgekosten			3.000	3.000	4.045	-/-	-/-
ZP Grün und Kleingartenanlagen Bau							
Einzahlungen							
Auszahlungen			2.285	1.328	1.552	1.485	1.522
Saldo ZP Grün und Kleingartenanlagen Bau			-2.285	-1.328	-1.552	-1.485	-1.522
Verpflichtungsermächtigung ZP Grün und Kleingartenanlagen Bau			2.500	1.552	1.485	-/-	-/-
ZP Große Kleingartenanlagen Bau							
Einzahlungen							
Auszahlungen			420	640	728	560	0
Saldo ZP Große Kleingartenanlagen Bau			-420	-640	-728	-560	0
Verpflichtungsermächtigung für ZP Große Kleingartenanlagen Bau				728	560	-/-	-/-
ZP Natursch. Ausgleichsmaßn. Bauleitpl.1							
Einzahlungen							
Auszahlungen			49	127	138	143	145
Saldo für ZP Natursch. Ausgleichsmaßn. Bauleitpl.			-49	-127	-138	-143	-145
Verpflichtungsermächtigung ZP Natursch. Ausgleichsmaßn. Bauleitpl.				138	143	-/-	-/-
ZP Landschaftsachse Horner Geest							
Einzahlungen							
Auszahlungen					581	611	
Saldo ZP Landschaftsachse Horner Geest					-581	-611	
Verpflichtungsermächtigung ZP Landschaftsachse Horner Geest				581	611	-/-	-/-
ZP Besondere Einzelmaßnahmen Grün							
Einzahlungen							

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Auszahlungen				980	930	1.260	830
Saldo ZP Besondere Einzelmaßnahmen Grün				-980	-930	-1.260	-830
Verpflichtungsermächtigung ZP Besondere Einzelmaßnahmen Grün				930	1.260	-/-	-/-
RZ Öffentliche Grünanlagen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	1.324		969	969	969	969	969
Saldo für RZ Öffentliche Grünanlagen	-1.324		-969	-969	-969	-969	-1.003
Verpflichtungsermächtigung RZ Öffentliche Grünanlagen			969	969	969	-/-	-/-
EZ Pflanzen un Blumen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	724		450				
Saldo EZ Pflanzen un Blumen	-724		-450				
Verpflichtungsermächtigung EZ Pflanzen un Blumen						-/-	-/-
EZ Erweiterung Eisbahn Pflanzen un Blumen							
Einzahlungen							
Auszahlungen				4.407			
Saldo EZ Erweiterung Eisbahn Pflanzen un Blumen				-4.407			
Verpflichtungsermächtigung EZ Erweiterung Eisbahn Pflanzen un Blumen						-/-	-/-
Summe Investitionsprogramme	-4.838	-1.831	-11.903	-13.513	-8.563	-9.738	8.801
Verpflichtungsermächtigungen Investitionsprogramme				8.563	9.738	-/-	-/-

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen				30	30	30	30
Summe sonstige Investitionen				-30	-30	-30	-30
Verpflichtungsermächtigung sonstige Investitionen				30	30	-/-	-/-

Summe Investitionsmittel	-4.838	-1.831	-11.903	-13.543	-8.593	-9.768	-8.831
---------------------------------	---------------	---------------	----------------	----------------	---------------	---------------	---------------

Energieeffizienz

Neben den dargestellten Investitionsprogrammen besteht im Aufgabenbereich NGE noch das mit der Drucksache 21/711 eingerichtete Investitionsprogramm „Intelligente Einbindung von Unternehmen in die Energieversorgung (EFRE)“. Dieses Investitionsprogramm dient der Gewährung von Zuschüssen für Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen durch die Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen und der Einbindung von Unternehmen in die Energieversorgung mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2014 – 2020. Die EU-Mittel werden von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (AB 271) im Laufe des Haushaltsjahres durch Sollübertragung dem AB 292 zur Auszahlung bereitgestellt. Da der von der EU geforderte Komplementäranteil vom Empfänger der Fördermittel – den Unternehmen – zu erbringen ist, ist es nicht erforderlich, zusätzliche Mittel im Haushaltsplan der BUE zu veranschlagen. Alle Förderfälle sind gleichartig und unterscheiden sich nur in der Höhe des Zuschussbetrags; sie werden einheitlich nach der Förderrichtlinie „Energieeffizienz in Unternehmen“ bewilligt.

Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen und Grunderwerb Naturschutz

Die Abweichungen zwischen den einzelnen Jahren für Investitionsmittel sind darin begründet, dass sich die Flächenankäufe für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen nicht kontinuierlich vollziehen, sondern von der Ausweisung in Bauleitplänen, dem aktuellen Stand der Unterschützstellung und der Verkaufsbereitschaft der Grundeigentümer abhängen.

Grunderwerb Grün

Im Rahmen der Entflechtung wurden mit der Drucksache 21/1980 im Aufgabenbereich 292 "Naturschutz, Grünplanung und Energie" die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils 700 Tsd. Euro abgesenkt. Die Einzahlungen und Auszahlungen werden jetzt direkt in den Einzelplänen der Bezirksamter veranschlagt und stehen dort für den Grunderwerb unmittelbar zur Verfügung. Die im AB 292 verbleibenden Auszahlungen in Höhe von 325 Tsd. Euro werden unterjährig nach Bedarf so auf die Bezirksamter aufgeteilt, dass damit ebenfalls Ankäufe planrechtlich entsprechend ausgewiesener Flächen möglich sind.

Wohnungsbauaufolgekosten

Im Rahmen der Wohnungsbauoffensive des Senats sollen jährlich 10.000 neue Wohnungen in Hamburg geschaffen werden. Für die mit der Entwicklung von Wohngebieten verbundenen erforderlichen Investitionen der sozialen Infrastruktur (Neubau, Qualitätsverbesserung von Grünanlagen, Spielplätzen und sonstigen Freiräumen) sind Mittel in diesem Investitionsprogramm vorgesehen. Der Mittelbedarf ist insbesondere darin begründet, dass die Notwendigkeit einer weiteren, sehr raschen Verdichtung der Stadt durch die Migrationsbewegungen der letzten Zeit die Nutzungsintensität im öffentlichen Raum erheblich steigen lässt. Um Konflikten zu begegnen, sind die vorhandenen Freiflächen zu ertüchtigen bzw. in Teilbereichen neu anzulegen. Die Qualifizierung des öffentlichen Freiraumes kann damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag im städtischen Miteinander leisten, da der öffentliche Freiraum der Bewegungsraum aller ist.

Grün- und Kleingartenanlagen Bau

Mit den veranschlagten Mitteln sollen vorrangig in Bereichen des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms und in Neubaugebieten sowie in dicht bebauten und unterversorgten Stadtteilen Grünanlagen und Spielplätze hergerichtet bzw. bedarfsgerecht umgestaltet werden. In dem Ansatz sind Mittel für gartendenkmalpflegerische Maßnahmen, Realisierungswettbewerbe sowie die für Baumaßnahmen erforderlichen Architektenhonorare, Kosten für Baugrunduntersuchung, Vermessung und sonstige vorbereitende Tätigkeiten enthalten. Geplant ist außerdem der Bau von Kleingartenparzellen, um die Ersatzlandverpflichtung nach dem Bundeskleingartengesetz für geräumte Kleingärten zu erfüllen. Dies geschieht auch durch Nachverdichtung in vorhandenen Kleingartenanlagen.

Große Kleingartenanlagen Bau

Auf dem Gelände südlich Brookdeich soll eine Logistikfläche entwickelt werden. Ein entsprechendes B-Plan-Verfahren ist eingeleitet (Bergedorf 99). Zum Ersatz der entfallenden 88 Kleingärten ist die FHH gemäß Bundeskleingartengesetz und dem sog. „10.000er-Vertrag“ verpflichtet. Gleichzeitig ist eine Kompensation für die ebenfalls entfallenden Grabelandparzellen zugesagt worden, die in Form von auf das städtische Liefersoll anrechenbaren Ersatzkleingärten erfolgen wird. Für die Sicherung der Ersatzkleingärten wurde der B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11 (Entwurf) eingeleitet. Hier sollen in 8 Bauabschnitten insgesamt 230-250 Parzellen geschaffen werden, die über die 88 Parzellen hinaus einen Beitrag zum Abbau des gesamtstädtischen Liefersolls leisten. Der Gesamtmittelbedarf in Höhe von 3.110 Tsd. Euro verteilt sich auf die Jahre 2013-2019.

Im Zusammenhang mit der igs 2013 sind für die entfallenen Kleingärten 193 Ersatzkleingärten herzustellen. Ein Teil der Ersatzkleingärten wurde aus den Infrastrukturmitteln „Sprung über die Elbe“ parallel zur igs 2013 hergestellt. Im Zuge der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße werden ca. 70-90 Kleingartenparzellen entfallen (Stand Planfeststellungsunterlagen 2011). Der Gesamtmittelbedarf für die in Wilhelmsburg entstandenen Bedarfe für Ersatzkleingärten in Höhe von 2.780 Tsd. Euro verteilt sich auf die Jahre 2014-2019.

ZP Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen Bauleitplanung

Die Herrichtung von Ausgleichsflächen und -maßnahmen wird in Abhängigkeit der Grundverhältnisse, der jeweiligen Art der Maßnahmen und deren Umfang sowie der beteiligten Dienststellen innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg haushaltstechnisch sehr vielschichtig abgewickelt. Bislang wurden alle Maßnahmen ausschließlich konsumtiv im Haushalt abgebildet. Um die Möglichkeit zu schaffen, alle Aktivitäten im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen zu gewährleisten, war die Einrichtung eines Investitionsprogramms erforderlich,

um auch im investiven Bereich sowohl Sollübertragungen als auch aufgabenbereichseigene Bewirtschaftungen im Ist zu gewährleisten.

Landschaftsachse Horner Geest

Die Entwicklung und der Bau der Landschaftsachse Horner Geest ist ein Pilotvorhaben und Auftakt zur Realisierung des ‚Grünen Netzes‘. Es umfasst die planerische Freiraumstruktur Hamburgs, die sich aus den geographischen Begabungen der Stadt heraus entwickelte und als strategisches und kontinuierlich wirksames Instrument zur Steuerung einer integrierten Stadtentwicklung durch grüne Infrastruktur dient. Die Landschaftsachse Horner Geest bietet angesichts der geplanten städtischen Verdichtung im Hamburger Osten zukünftig die Chance, auf einer Länge von über 8 km, eine durchgängige Grün-, Biotop-, Erlebnis- und Mobilitätsverbindung von der Innenstadt bis in die ‚freie Landschaft‘ zu realisieren. Zugleich sollen innovative Wege in der Planungskultur beschränkt werden, die aufbauend auf bereits bestehenden Beteiligungsstrukturen die Akteure vor Ort von Anfang an in den Mittelpunkt der Planung stellen.

Mit dem erstmaligen ‚Bau‘ einer Landschaftsachse wird das in einigen Teilen nur auf dem Papier existierende Modell des Grünen Netzes in die Zukunft fortgeschrieben und pilothaft in die Praxis überführt. Mit dieser Maßnahme soll der investive Anteil (1,192 Mio. Euro) des Eigenfinanzierungsanteils der FHH (1,65 Mio. Euro) zur Realisierung des Projekts im Rahmen des Bundesprogramms ‚Nationale Projekte des Städtebaus‘ umgesetzt werden.

Besondere Einzelmaßnahmen Grün/ Einzelzuweisung Pflanzen und Blumen

Die Veranschlagung dient der Beteiligung an Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung im Bereich Stadtgrün, deren Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt ist. Insbesondere sollen die Mittel notwendige Baumaßnahmen in Pflanzen und Blumen unterstützen. Pflanzen und Blumen ist Hamburgs prominenteste Grünanlage. In einer langen Tradition stehend ermöglicht sie in der verdichteten Innenstadt der Bevölkerung das Erleben von Jahreszeiten in einer intensiv gepflegten gärtnerischen Anlage von hoher Qualität. Die Anlage besteht aus einer Vielzahl unterschiedlich gestalteter Teilbereiche, die zum Teil einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen (zum Beispiel: Wassertreppe; Teepavillon; Cafe Seeterrassen; Wasserlichtorgel). Auch stellt sich immer wieder das Erfordernis, Anpassungen an städtebauliche Veränderungen an den Rändern des Parks vorzunehmen, die zum Teil erheblichen Aufwand erfordern (zum Beispiel Folgen des Rückbaus der Marseiller Straße und die Umgestaltung des Dag-Hammarskjöld-Platzes im Zusammenhang mit der Revitalisierung des CCH). Im Gegenzug wird auf die Veranschlagung einer Einzelzuweisung Pflanzen und Blumen an den Bezirk Hamburg-Mitte verzichtet.

Einzelzuweisung Erweiterung Eisbahn Pflanzen und Blumen

Die Sanierung und Erweiterung der Eisbahn Pflanzen und Blumen setzt sich aus konsumtiven und investiven Teilmaßnahmen zusammen. Von den investiven Teilmaßnahmen in Höhe von 5.583 Tsd. Euro wurde ein 2016 benötigter Anteil in Höhe von 1.176 Tsd. Euro mit der Drucksache 21/3653 nachgefordert. Der verbleibende Anteil von 4.407 Tsd. Euro ist 2017 im Aufgabenbereich 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie veranschlagt. Die Finanzierung sowie die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme sind in der Drucksache 21/3653 dargestellt.

Rahmenzuweisung Öffentliche Grünanlagen

Veranschlagt ist die Rahmenzuweisung an die Bezirke für kleinere gestalterische Maßnahmen in Grünanlagen und auf Spielplätzen, Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten sowie die Grundinstandsetzung der Betriebsgebäude für den Gartenbaubereich. Aus der Zuweisung werden des Weiteren Investitionsmaßnahmen auf bezirklichen Friedhöfen für Fahrzeuge, Geräte, Hochbaumaßnahmen sowie Tiefbaumaßnahmen (Wege, Wasserleitung und Herrichtung von Belegungsflächen) finanziert. Die Anmeldung entspricht als Ausgangsbasis der geltenden Finanzplanung.

Hamburg-Mitte = 17,23% = 167 Tsd. EUR,
Altona = 18,27% = 177 Tsd. EUR,
Eimsbüttel = 6,4% = 62 Tsd. EUR,
Hamburg-Nord = 12,59% = 122 Tsd. EUR,
Wandsbek = 20,02% = 194 Tsd. EUR,
Bergedorf = 11,56% = 112 Tsd. EUR,
Harburg = 13,93% = 135 Tsd. EUR

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

Sonstige Investitionen

Die sonstigen Investitionen setzen sich zusammen aus der Maßnahme „Baumaßnahmen i.R.d. Naturschutzes“ in Höhe von 20 Tsd. Euro (ehemals Investitionsprogramm) und der Maßnahme „Fahrzeuge, Geräte etc. f. d. Naturschutz“ in Höhe von 10 Tsd. Euro. Veranschlagt sind in der Maßnahme „Fahrzeuge, Geräte etc. f. d. Naturschutz“ Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen, Geräten, Maschinen und Ausstattungsgegenständen mit einem Wert von mehr als 5.000 Euro im Einzelfall. Bei den nur schwer planbaren Anschaffungen handelt es sich beispielsweise um die kurzfristige Neubeschaffung eines nicht mehr reparablen Dienstfahrzeuges, Ersatzbeschaffungen defekter Geräte und Maschinen für die Durchführung von Pflegemaßnahmen in den Naturschutzgebieten (wie z.B. Häcksler, Mulcher, Balkenmäher, evtl. Zusatzgeräte für den Trecker etc).

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

Darlehen sind nicht veranschlagt.

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Bestattungen							
Erlöse			2	2	2	2	2
Kosten	264		264	264	184	184	184
Saldo GL Bestattungen	-264		-262	-262	-182	-182	-182
GL Enteignungen und Entschädigungen							
Erlöse							
Kosten	7	3	10	10	10	10	10
Saldo Enteignungen und Entschädigungen	-7	-3	-10	-10	-10	-10	-10
GL Kriegsgräber							
Erlöse	1.081		967	967	967	967	967
Kosten	845		878	878	878	878	878
Saldo GL Kriegsgräber	236		89	89	89	89	89
GL Öffentliches Grün auf Friedhöfen							
Erlöse	0						
Kosten	3.800		3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
Saldo GL Öffentliches Grün auf Friedhöfen	-3.800		-3.400	-3.400	-3.400	-3.400	-3.400
ZP GL Kriegsgräber							
Erlöse							
Kosten	0		70	70	70	70	70
Saldo ZP GL Kriegsgräber	0		-70	-70	-70	-70	-70
ZP GL Verbindliche Ausgleichsmaßnahmen							
Erlöse							
Kosten	0		90	90	90	90	90
Saldo ZP GL Verbindliche Ausgleichsmaßnahmen	0		-90	-90	-90	-90	-90
Summe Gesetzliche Leistungen	-3.835		-3.743	-4.143	-4.063	-4.063	-4.063

In den gesetzlichen Leistungen sind die Kosten für die Unterhaltung des öffentlichen Grüns für die Friedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf in Höhe von 3,8 Mio. Euro, Kosten für Altgrabverträge auf den Flächen der Hamburger Friedhöfe AöR und für Gräber im öffentlichen Interesse sowie für Kriegsgräber enthalten. Ferner gibt es gesetzliche Leistungen im Zusammenhang mit der Enteignung und Entschädigung nach §§ 19 und 20 Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz sowie der Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen.

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

Aus den Ermächtigungen der Produktgruppen 292.10 "Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz", 292.12 "Energie" und 292.13 "Naturschutz", Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung des Zentralen Programms "ZP Entwässerung in Grünanlagen" Kosten zu verursachen ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Zentralen Programms "ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten" (PG 292.14). Die Gebühren für die Entwässerung von Niederschlagswasser dienen unter anderem der Unterhaltung der öffentlichen Siele, die immer stärker ausgelastet sind. Mit dem Siegelgebührensplitting soll auch Anreiz zu Entsiegelung und örtlichen Versickerung geschaffen werden. Die FHH hat mit dem Projekt RegenInfraStrukturAnpassung (RISA) ein Konzept für das Regenwassermanagement aufgestellt. Dort stehen die öffentlichen Grünanlagen im Fokus als Flächen mit Potential zu Versickerung und Rückhaltung. Um nicht benötigte Mittel für Siegelgebühren im Bereich öffentlicher Grünanlagen auch für Maßnahmen zur Erhöhung des Versickerungspotential, der Regenwasserrückhaltung und der Entsiegelung in öffentlichen Grünanlagen verwenden zu können, ist die Verwendung der Mittel zugunsten des Zentralen Programms "ZP Aufwertung ö. Freiräume u. Kleingärten" erforderlich.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 292.10 "Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz", Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar. In der Produktgruppe 292.10 "Leitung AB und Leitstelle Klimaschutz" sind Kosten für Transferleistungen im Zusammenhang mit Erlösen aus der Kompensationsabgabe für Flugreisen veranschlagt. Die Mittel werden über einen gewissen Zeitraum angesammelt, um das notwendige Volumen für sinnvolle Projekte zu erreichen.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 292.12 "Energie", Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sowie der Produktgruppe 292.14 "Zentrale Programme NGE", Globale Mehrkosten zu verursachen, sind übertragbar. In der Produktgruppe 292.12 "Energie" sowie in der Produktgruppe 292.14 "Zentrale Programme NGE" sind im Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ folgende Sachverhalte veranschlagt bzw. werden durchgeführt:

1. Förderprogramme der BUE, die in der Investitions- u. Förderbank Hamburg (IFB) durchgeführt werden. Diese werden überwiegend aus Mitteln des Hamburger Klimaplan finanziert,
2. EFRE-Fördermittel der Förderperiode 2014 - 2020 in Höhe von insgesamt rd. 24 Mio. Euro,
3. Mittel für weitergehende Untersuchungen als möglichen Handlungsauftrag im Rahmen der Erstellung und der Ergebnisse des Wärmekonzeptes zur Zukunftsfähigkeit der Wärmeversorgung in Hamburg,
4. Maßnahmen des Umweltmanagements langfristige Weiterführung (Ökoprofit und Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe – QuB).
5. Für den Bereich der öffentlichen Gebäude entstehen Kosten für den Energieeinkauf und die Durchführung eines umfassenden Verbrauchscontrollings.
6. Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Marktüberwachungsbehörde für das Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz entstehen Kosten für Prüfungen durch Prüfinstitute.

Nicht abgeflossene Mittel werden im Folgejahr dringend benötigt, um die eingegangenen Verpflichtungen z.B. zum Hamburger Klimaplan, gegenüber der Investitions- und Förderbank Hamburg sowie der EFRE-Verwaltungsbehörde einhalten zu können.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz", Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar. In der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz" sind Kosten für Transferleistungen für das Vertragsnaturschutz-Programm „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen – Extensivierungsprogramm“ veranschlagt. Die Höhe der Kosten schwankt von Jahr zu Jahr in Abhängigkeit von dem Umfang der abgeschlossenen Verträge und der zu verrechnenden Parallelförderung der BWVI. Eine Ermächtigungsübertragung ist zur Abwicklung des gesamten Verfahrens zwingend erforderlich.

In der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz" sind ferner im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen Mittel für Leistungen nach §§ 19 und 20 Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Enteignungen und Entschädigung) veranschlagt. Die Kosten für Entschädigungen werden zum Ausgleich erlittener Nachteile oder Einschränkungen geleistet. Die Verfahren können sich bis zur Entscheidung über mehrere Jahre hinziehen. Eine Erstattung der gesetzlichen Leistungen ist dann zu gewährleisten.

In der Produktgruppe 292.13 "Naturschutz" sind im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen Mittel für Zuwendungen für Projektförderung und institutionelle Förderung der Naturschutzverbände und Stiftungen sowie Zuschüsse an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“ und die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ veranschlagt. Diese werden teilweise über das laufende Haushaltsjahr hinaus bewilligt. Für die eingegangenen Verpflichtungen durch Zuwendungsbescheide ist eine Ermächtigungsübertragung zwingend erforderlich.

Die Ermächtigung der Produktgruppe 292.11 „Landschafts- und Grünplanung“, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, und die Ermächtigung der Produktgruppe 292.14 "Zentrale Programme NGE“, Globale Mehrkosten zu verursachen, ist übertragbar. Für die Pflege und Ruherechtsentschädigung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, werden Haushaltsmittel durch den Bund zur Verfügung gestellt und an Hamburger kirchliche und staatliche Friedhöfe weitergeleitet. Für jahresübergreifende Abrechnungen und die Bildung einer Landesreserve für unvorhersehbare Bedarfe ist die Übertragbarkeit erforderlich.

Die Ermächtigungen in den Produktgruppen 292.11 „Landschafts- und Grünplanung“ und 292.13 "Naturschutz", Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar. Die Sonstigen Kosten erreichen in den genannten Produktgruppen nennenswerte Größenordnungen. Sie sind für eine Reihe unterschiedlicher Sachverhalte veranschlagt; dazu zählen z.B. Mitgliedsbeiträge und Fortbildungsmaßnahmen. Erfahrungsgemäß sind deutlich verzögerte Rechnungsstellungen (nach Abschluss des vorigen Geschäftsjahres) nicht auszuschließen. Fortbildungsmaßnahmen werden nur nach Bedarf und unter Berücksichtigung der dienstlichen Möglichkeiten durchgeführt. Aus diesem Grund ist eine Übertragbarkeit der Ermächtigungen geboten.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe 292.11 „Landschafts- und Grünplanung“, Kosten des Finanzergebnisses zu verursachen, sind übertragbar. Es ist davon auszugehen, dass die Hamburger Friedhöfe AöR zum Jahresende einen Fehlbetrag ausweist. Der Buchwertverlust resultiert aus kontinuierlich steigenden Kosten, die im Regelfall über den im selben Jahr erzielten Erlösen der AöR aus den aufzulösenden Rechnungsabgrenzungsposten liegen (vgl. Drs. 21/4848). Der Buchwertverlust und somit auch die auf den Buchwert bezogenen außerplanmäßigen Abschreibungen sind der Höhe nach ungewiss und schwer zu planen.

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 293 Immissionsschutz und Betriebe

Der Aufgabenbereich 293 Immissionsschutz und Betriebe besteht aus folgenden Produktgruppen:

- Produktgruppe 293.11 Immissionsschutz und Betriebe;
- Produktgruppe 293.12 Bezirkliche Zuweisungen IB.

Der Aufgabenbereich ist für den Technischen Umweltschutz zuständig und hierbei insbesondere für den betrieblichen und anlagenbezogenen Umweltschutz. Ziel des Aufgabenbereichs ist es, ein hohes Umweltschutzniveau

unter Beachtung vorhandener Rechtsgrundlagen zu erreichen. Er ist durch folgende Aufgabenschwerpunkte geprägt:

- Gewährleisten des ordnungsgemäßen medienübergreifenden Umweltschutzes in Betrieben, u.a. durch Zulassung von Anlagen, Genehmigungen, Erlaubnisse und Befreiungen, Überwachung von Betrieben zur Einhaltung von Umweltvorschriften, Prävention und Gefahrenabwehr, Aufklärung und Beratung zur Lösung von betrieblichen Umweltproblemen;
- Weiterentwicklung von anlagen- und betriebsbezogenen Standards im Umweltschutz;
- Schutz vor schädlichen Auswirkungen gentechnischer Verfahren und Produkte;
- Umsetzung der Umweltschutzvorschriften im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes;
- Gewährleisten der ordnungsgemäßen Abwasserbehandlung, -beseitigung und -einleitung von öffentlichen Flächen und privaten Wohngrundstücken;
- Sofortige Bekämpfung von akuten Schadensfällen für die Umwelt und umweltgerechte Sanierung nach Bränden und Schadensfällen mit Chemikalien;
- Anlagenbezogener Lärmschutz, Lärmaktionsplanung für den Ballungsraum Hamburg, Fluglärmschutz;
- Atomrechtliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Kernenergienutzung, Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlung und elektromagnetischer Felder,
- Registrierung von Schadstoffemissionen und Abfallverbringungen bei industriellen Tätigkeiten;
- Luftreinhaltungsplanung;

Der Mittel und Stellenbedarf wird dabei insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Anzahl, Umfang und Schwierigkeitsgrad von Verfahren zu Anlagengenehmigungen und Einleitungserlaubnissen,
- Umfang und Intensität der Überwachung und daraus resultierende Handlungsbedarfe,
- Anzahl und Ausmaß der Umweltschadensfälle, zu denen Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen
- Intensität und Umfang der Vorsorgeplanungen.

Der Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Verantwortung für die Stärkung und Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes in Hamburg u.a. den ökologischen Zustand der Hamburg prägenden Wasser und Grünflächen sowie die Luftreinhaltung zu verbessern und den Lärmschutz voranzubringen. Um dies zu erreichen, sollen zusätzliche konkrete Maßnahmen realisiert werden, die auch sichtbare Wirkung entfalten.

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

4.4.2.1 Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

Die Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe sind im Vorwort zum Aufgabenbereich beschrieben. Alle Abteilungen des Amtes sind an der Erstellung dieser Produkte beteiligt.

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse	7.956	10.932	8.251	10.723	10.699	10.687	10.685
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.397	5.172	1.060	7.145	7.070	6.137	5.768
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	0	3					
b) davon IT-Kosten	9	12					

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	5.539	4.617	330	4.113	3.883	3.558	3.569
3. Personalkosten	9.656	10.141	9.752	10.641	10.807	10.453	10.336
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	5.345	5.644	4.989	5.403	5.437	5.140	5.057
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	2.238	2.357	2.654	2.450	2.530	2.547	2.538
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>	2	1					
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	1.182	1.217	1.109	1.192	1.203	1.146	1.130
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	888	924	1.000	1.596	1.637	1.621	1.610
4. Kosten für Transferleistungen	498	1.254	747	1.447	1.237	2.127	2.140
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	161	161	278	829	758	709	680
6. Sonstige Kosten	339	461	12	31	57	21	19
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-9.096	-6.257	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)	-9.096	-6.257	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-9.096	-6.257	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)	-9.096	-6.257	-3.598	-9.370	-9.230	-8.760	-8.257

Erlöse:

Erlöse werden insbesondere erzielt aus Abwasserabgaben, Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Erstattungen von Verwaltungskosten sowie Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe RESY. Dieses DV gestützte Rufbereitschafts- und Ersteinsatz Informationssystem ist eine Gefahrstoffdatenbank zur überregionalen Nutzung für die Bereiche Wasser, Boden und Luft.

Die Kostenseite der Produktgruppe 293.11 wird zu mehr als 50% durch Personalkosten geprägt.

Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Die Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden maßgeblich geprägt durch eine Rückstellung für einen erwarteten Rechtsstreit im Zusammenhang mit einer wasserrechtlichen Erlaubnis (3.500 Tsd. Euro p.a.), dessen Klärung frühestens zum Ende dieses Jahrzehnts erwartet wird. Ferner fallen Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren und für die Erarbeitung von Lärminderungsmaßnahmen und Luftreinhalteplanung (je 100 Tsd. Euro p.a.) an.

Kosten für Transferleistungen:

Kosten für Transferleistungen beinhalten neben Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan im Wesentlichen die Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund /Länder Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen. Diese Zuweisungen waren bis 2016 teilweise investiv veranschlagt. Auf Grund der Neufassung der VV Bewirtschaftung ab 2015 erfolgt jetzt eine vollständig konsumtive Veranschlagung im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen.

Kosten aus Abschreibungen:

Die Kosten für Abnutzungen - Abschreibungen entstehen schwerpunktmäßig durch Abschreibungen auf in der Vergangenheit gewährte Investitionszuschüsse, die pauschal aktiviert worden sind und in der Produktgruppe 290.11 Steuerung und Service verortet waren. Der Bestand an aktivierten Investitionszuschüssen wurde von 2015 zu 2016 durch die Übertragung an andere Verwaltungseinheiten neu zugeordnet. Entsprechend der Bestandsveränderungen erhöhen sich die geplanten Kosten für Abschreibung. Die neu zugehenden Investitionszuschüsse werden nach doppischen Grundsätzen dezentral in den jeweils zuständigen Fachproduktgruppen aktiviert und ersetzen sukzessive die alten, pauschalen Ansätze.

Sonstige Kosten:

Die Sonstigen Kosten beinhalten die Bedarfe aufgrund zweier Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarungen (Prioritäre Stoffe in kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen sowie Rohrfernleitungsvereinbarungen). Der Anteil Hamburgs wird auf Basis des Königsteiner Schlüssels berechnet.

Im Übrigen resultieren die Aufstockungen der Ansätze in den Kontenbereichen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit, Personalkosten und Kosten für Transferleistungen aus der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats gemäß der Koalitionsvereinbarung (vgl. Drs. 21/3932). Detailliertere Angaben dazu enthalten die Erläuterungen zu Kosten und Erlösen der einzelnen Produkte (Gliederungsziffer 4.4.2.1.5).

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.810	800		
VE für Kosten für Transferleistungen				3.410	2.700		
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrausgaben							

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für die Folgejahre eingehen zu können. Sie beziehen sich einerseits auf allgemeine Betriebsausgaben und Betriebsausgaben im Rahmen gesetzlicher Leistungen für Lärminderungsmaßnahmen und die Luftreinhalteplanung. Andererseits wird in zunehmendem Maß eine Verpflichtungsermächtigung zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen an das Wasser- und Schiffsamt Cuxhaven sowie das Land Schleswig Holstein für den Betrieb und die Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen benötigt, um diesen Dienststellen Planungssicherheit zu gewähren. Die Erhöhung gegenüber Vorjahren steht im Zusammenhang mit der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932).

Die Kassenwirksamkeit verteilt sich wie folgt (in Tsd. Euro):

VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit:

Plan 2017: 2018: 1.220, 2019: 590

Plan 2018: 2019: 590, 2020: 210

VE für Kosten für Transferleistungen:

Plan 2017: 2018: 710, 2019: 1.600, 2020: 1.100

Plan 2018: 2019: 1.600, 2020: 1.100

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

Z1: Sicherstellung des ordnungsgemäßen Anlagen-, betriebs- und grundstücksbezogenen Umweltschutzes im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben; Abwehr von Gefahren durch gentechnische Verfahren und bei akuten Schadensfällen (B_293_11_030 B_293_11_032)

Z 2: Lärm und Fluglärmschutz (B_293_11_033, B_293_11_034)

Z 3: Luftreinhaltung (B_293_11_035)

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Einheit	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
B_293_11_030 Abgeschlossene Zulassungsverfahren und -entscheidungen nach Immissionsschutz , Gentechnik-, Abfall-, Wasser-, Abwasser- und Chemikalienrecht	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	1.209	1.209	1.210	1.210
B_293_11_031 Überwachte Anlagen vor Ort nach Immissionsschutz , Gentechnik-, Abfall-, Wasser-, Abwasser- und Chemikalienrecht	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	2.436	2.416	2.390	2.370
B_293_11_032 Anteil der auf Abwassermissstände kontrollierten Parzellen in Kleingartenvereinen (36.000 Parzellen)	%	k.A.	k.A.	k.A.	28,91	33,97	39,03	44,09
B_293_11_033 Verspätungen am Flughafen Hamburg zwischen 23:00 und 24:00 Uhr	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	550	550	550	550
B_293_11_034 Mittelabfluss beim Förderprogramm für passiven Schallschutz an stark lärmbelasteten Straßen	Tsd. EUR	k.A.	k.A.	k.A.	1.100	2.200	1.100	1.100
B_293_11_035 Luftgütepartner, die die Umsetzung von Maßnahmen der Luftgütepartnerschaft dokumentiert haben	ANZ	k.A.	k.A.	k.A.	250	250	250	250

Nach den ersten Erfahrungen mit den bisherigen Kennzahlen der Produktgruppe 293.11 waren diese nur bedingt aussagefähig und wenig beeinflussbar. Aus diesem Grund wurde die Kennzahlenstruktur der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe grundlegend modifiziert, so dass ab dem Geschäftsjahr 2017 die Ziele der Produktgruppe von zehn auf drei und die Anzahl der Kennzahlen von 26 auf sechs zusammengefasst werden konnten. Mit den neuen Kennzahlen ist die Hoffnung verbunden, Ziele besser zu operationalisieren und deren Erreichungsgrad und den erforderlichen Ressourcenbedarf deutlicher darstellen zu können.

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Immissionsschutz und Gentechnikrecht							
Erlöse	1.319	2.188	2.383				
Kosten	3.769	3.890	3.536				
Saldo Jahresergebnis 1 Immissionsschutz und Gentechnikrecht<	-2.450	-1.702	-1.154				
Erlöse		918					
Kosten		3.627					
Saldo Jahresergebnis 2 Immissionsschutz und Gentechnikrecht		-4.411					

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Wasser -und Abwasserrecht							
Erlöse	5.491	7.350	4.424				
Kosten	9.033	8.239	3.390				
Saldo Jahresergebnis 1 Wasser- und Abwasserrecht	-3.543	-889	1.035				
Erlöse		1.379					
Kosten		3.571					
Saldo Jahresergebnis 2 Wasser- und Abwasserrecht		-3.080					
Überwachungen nach dem Abfallrecht							
Erlöse	3	1	50				
Kosten	415	432	426				
Saldo Jahresergebnis 1 Überwachungen nach dem Abfallrecht	-413	-431	-376				
Erlöse		101					
Kosten		398					
Saldo Jahresergebnis 2 Überwachungen nach dem Abfallrecht		-729					
Erhebung Abwasserabgabe							
Erlöse	828	906	1.235				
Kosten	46	7	134				
Saldo Jahresergebnis 1 Erhebung Abwasserabgabe	782	899	1.101				
Erlöse		2					
Kosten		6					
Saldo Jahresergebnis 2 Erhebung Abwasserabgabe		895					
Lärmaktionsplanung, Fluglärm							
Erlöse	20	31	10				
Kosten	854	964	840				
Saldo Jahresergebnis 1 Lärmaktionsplanung, Fluglärm	-833	-934	-830				
Erlöse		206					
Kosten		821					
Saldo Jahresergebnis 2 Lärmaktionsplanung, Fluglärm		-1.549					
Umweltschadensfälle							
Erlöse	292	451	141				
Kosten	1.991	2.757	1.573				
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltschadensfälle	-1.699	-2.306	-1.432				
Erlöse		285					
Kosten		2.107					
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltschadensfälle		-4.128					
Kernenergienutzung							
Erlöse	3	4	8				
Kosten	251	172	237				
Saldo Jahresergebnis 1 Kernenergienutzung	-249	-168	-229				
Erlöse		32					
Kosten		115					

Einzelplan der Behörde für Umwelt und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 2 Kernenergienutzung		-251					
Berichtspflichten							
Erlöse	0	0	0				
Kosten	171	160	209				
Saldo Jahresergebnis 1 Berichtspflichten	-171	-160	-209				
Erlöse		38					
Kosten		148					
Saldo Jahresergebnis 2 Berichtspflichten		-270					
Luftqualitätspläne							
Erlöse	0	0	0				
Kosten	521	567	596				
Saldo Jahresergebnis 1 Luftqualitätspläne	-521	-567	-596				
Erlöse		129					
Kosten		497					
Saldo Jahresergebnis 2 Luftqualitätspläne		-935					
Betriebl.Umweltschutz medienübergreifend							
Erlöse				10.711	10.688	10.677	10.675
Kosten				15.673	15.511	14.679	14.567
Saldo Jahresergebnis 1 Be- triebl.Umweltschutz medienübergreifend				-4.962	-4.823	-4.002	-3.892
Erlöse				1.179	1.068	1.036	1.038
Kosten				8.263	8.126	7.833	7.725
Saldo Jahresergebnis 2 Be- triebl.Umweltschutz medienübergreifend				-12.046	-11.881	-10.799	-10.579
Lärmaktionsplanung und Fluglärm							
Erlöse				12	11	10	10
Kosten				1.646	1.436	2.284	2.175
Saldo Jahresergebnis 1 Lärmaktionsplanung und Fluglärm				-1.634	-1.425	-2.274	-2.165
Erlöse				297	285	279	269
Kosten				1.950	1.980	1.957	1.962
Saldo Jahresergebnis 2 Lärmaktionsplanung und Fluglärm				-3.287	-3.121	-3.952	-3.858
Luftreinhaltung							
Erlöse				0	0	0	0
Kosten				2.774	2.982	2.485	2.200
Saldo Jahresergebnis 1 Luftreinhaltung				-2.774	-2.982	-2.485	-2.200
Erlöse				287	276	271	261
Kosten				1.862	1.894	1.875	1.882
Saldo Jahresergebnis 2 Luftreinhaltung				-4.349	-4.599	-4.089	-3.821

Mit der Strukturanpassung der Ziele wurde entsprechend auch die Zahl der Produkte reduziert. Die Veränderungen betreffen vor allem die bisherigen Produkte "Immissionsschutz und Gentechnikrecht", "Wasser und Abwasserrecht", "Überwachungen nach dem Abfallrecht", "Erhebung Abwasserabgabe", "Umweltschadensfälle" "Kernenergienutzung" und "Berichtspflichten", die jetzt im Produkt "Betrieblicher Umweltschutz medienübergreifend" konzentriert werden.

Das Produkt Betriebl. Umweltschutz medienübergreifend enthält u.a. Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 1.080 bzw. 843 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten sind vorgesehen für die folgenden Maßnahmen:

- Erarbeitung eines Konzepts „Finanzierung, Bau und Betrieb von Behandlungsanlagen für belastetes Niederschlagswasser von öffentlichen Straßenverkehrsflächen“;
- Strukturelle Verbesserung des Antrags- und Verfahrensmanagements im Rahmen des Wohnungsbauprogramms mit Blick auf die Anforderungen der Regeninfrastrukturanpassung (RISA), der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und des Klimaschutzes;
- Beschleunigte Beseitigung der Abwassermissstände in Kleingartenvereinen;
- Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie (IED) im Bereich Wasser/Abwasser;
- Großstadtstrategie: Auf gute Nachbarschaft! Seveso ist nicht überall;
- Prüfung der Sicherheitsberichte von Störfallbetriebsbereichen.
- zeitnahe Umsetzung der TA Luft und IE –Richtlinie

Das Produkt Lärmaktionsplan und Fluglärm enthält u.a. Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 540 bzw. 320 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten verteilen sich auf die folgenden Maßnahmen:

- Errechnung der Strategischen Lärmkartierung 2017 und Fortschreibung der strategischen Lärmkartierung;
- Förderprogramm für passiven Schallschutz an stark lärmbelasteten Straßen.

Das Produkt Luftreinhaltung enthält u.a. Kosten für Maßnahmen zur Erreichung der Umwelt- und Klimaschutzziele des Senats (vgl. Drs. 21/3932) in Höhe von 420 bzw. 679 Tsd. Euro (2017/2018). Die Kosten verteilen sich auf die folgenden Maßnahmen:

- Emissionsreduzierung bei mobilen Maschinen als Beitrag zur Luftreinhaltung in Hamburg;
- Betriebliche Mobilität zukunftsfähig gestalten.

Auf der Erlösseite sind beim Produkt „Betrieblicher Umweltschutz medienübergreifend“ vor allem Abwasserabgaben, Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Erstattungen von Verwaltungskosten sowie Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe RESY veranschlagt.

Die sonstigen Veranschlagungen auf der Kostenseite resultieren bei allen Produkten hauptsächlich aus Personalkosten. Ferner sind Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sowie für Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund Länder Vereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Produkt „Betrieblicher Umweltschutz medienübergreifend“), Kosten für die Erarbeitung von Lärminderungsmaßnahmen (Produkt Lärmaktionsplanung und Fluglärm“) und die Luftreinhalteplanung geplant.

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 29311 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014	Ist 2015	Fortg. Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020
Gesamtanzahl VZÄ	132,85	130,15	126,32	136,31	134,34	127,64	124,07

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.4.2.2 Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB 2

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Derzeit besteht diese Produktgruppe aus zwei Zweckzuweisungen. Die jährlich veranschlagten Beträge Höhe von je 22 Tsd. Euro für Gutachten und Untersuchungen sowie je 37 Tsd. Euro für die Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Kosten für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Gutachten und Untersuchungen

Hamburg Mitte = 9,09% = 2 Tsd. Euro,
Altona = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Bezirk Eimsbüttel = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Hamburg Nord = 22,72% = 5 Tsd. Euro,
Wandsbek = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Bergedorf = 13,64% = 3 Tsd. Euro,
Harburg = 13,64% = 3 Tsd. Euro.

Beseitigung von Schäden/Geräte und Instrumente

Hamburg Mitte = 5,41% = 2 Tsd. Euro,
Altona = 2,70% = 1 Tsd. Euro,
Bezirk Eimsbüttel = 35,14% = 13 Tsd. Euro,
Hamburg Nord = 8,11% = 3 Tsd. Euro,
Wandsbek = 8,11% = 3 Tsd. Euro,
Bergedorf = 35,14% = 13 Tsd. Euro,
Harburg = 5,41% = 2 Tsd. Euro.

4.4.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit			52	59	59	59	59
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>			15	22	22	22	22
3. Personalkosten							
<i>a) Kosten für Entgelte</i>							
<i>b) Kosten für Bezüge</i>							
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>							
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit			-52	-59	-59	-59	-59
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7 + 10)			-52	-59	-59	-59	-59
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis			-52	-59	-59	-59	-59
16. Globale Minderkosten							
17. Globale Mehrkosten							
18. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 -16 -17)			-52	-59	-59	-59	-59

Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe

4.4.2.2.3 Zuweisung von Kosten der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Rahmenzuweisungen							
Kosten							
Zweckzuweisung							
Kosten ZZ Gutachten u. Untersuch. Fachämter VS			15	22	22	22	22
Kosten ZZ Schadenbeseitigungen Fachämter MR			37	37	37	37	37
Einzelzuweisungen							
Kosten							
Abschreibungen							
Abschreibungen							
Summe der Zuweisungen von Kosten der Produktgruppe			52	59	59	59	59

Die veranschlagten Beträge für Gutachten und Untersuchungen wurden gegenüber früheren Geschäftsjahren auf Grund eines von den Bezirken nachgewiesenen Bedarfs jährlich um 1.000 Euro je Bezirk angehoben. Die Ansätze für die Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Kosten für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben orientieren sich in der Höhe und Aufteilung an der Praxis der Vorjahre.

4.4.2.2.4 Zuweisungen von Verpflichtungsermächtigungen (VE) für Kosten der Produktgruppe 29312 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Zweckzuweisungen							
Kosten ZZ Schadenbeseitigungen Fachämter MR				37	37		

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigung ist ein flexibler und jahresübergreifender Mitteleinsatz für die Bezirke möglich. Der Aufwand für die Beseitigung von Schäden ist nicht planbar und erfordert ggf. die Inanspruchnahme eines Vorgriffs auf das Folgejahr.

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
> Zuweisung Schadstoffbekämpfungsgeräte							
Einzahlungen							
Auszahlungen	304	-304	490				
Saldo für Zuweisung Schadstoffbekämpfungs- geräte	-304	304	-490				
Verpflichtungsermächtigung für Zuweisung Schadstoffbekämpfungsgeräte							
Saldo für Einzelinvestitionen	-304	304	-490				
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			15	25	25	25	25
Saldo für sonstige Investitionen			-15	-25	-25	-25	-25
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen				25	25		
Gesamtsaldo für Investitionsmittel	-304	304	-505	-25	-25	-25	-25

Eine Einzelinvestition zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Rahmen einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der fünf norddeutschen Küstenländer wird ab 2017 nicht mehr veranschlagt. Die Neufassung der VV Bilanzierung in der Fassung von 2015 erfordert eine konsumtive Veranschlagung (siehe hierzu auch die Erläuterungen zu Punkt 4.4.2.1.2, Verwaltungsvereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen).

Unter sonstigen Investitionen sind Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge, Geräte und Ausstattungsgegenstände veranschlagt. Bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2016 wurden die Auszahlungsermächtigungen für die „Kfz-Ersatzbeschaffung“ im AB 290 Steuerung und Service geplant. Ab dem Haushaltsjahr 2017 werden diese Auszahlungsermächtigungen dezentralisiert und in den einzelnen Aufgabenbereichen geplant.

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

Für den Aufgabenbereich Immissionsschutz und Betriebe sind keine Darlehen veranschlagt.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
GL Lärmaktionsplanung							
Erlöse							
Kosten		36	100	685	465	1.345	1.245
Saldo GL Lärmaktionsplanung		-36	-100	-685	-465	-1.345	-1.245
GL Luftreinhaltung							
Erlöse							
Kosten		3	70	395	590	385	105
Saldo GL Luftreinhaltung		-3	-70	-395	-590	-385	-105
Saldo für Gesetzliche Leistungen		-40	-170	-1.080	-1.055	-1.730	-1.350

Gesetzliche Leistung Lärmaktionsplanung

Nach dem Gesetz zur Umsetzung der EU Umgebungslärmrichtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm vom 24.06.2005 sind die Länder verpflichtet, strategische Lärmkarten für die Hauptlärm-Quellgruppen Straßenverkehr, Schienenverkehr, Luftverkehr sowie Industrie/Hafen zu erstellen und alle fünf Jahre zu aktualisieren. Der EU Kommission ist über das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit entsprechend zu berichten. Auf der Grundlage dieser Lärmkarten wurde für den Ballungsraum Hamburg ein Aktionsplan erstellt, der Vorschläge für Lärminderungsmaßnahmen und Handlungskonzepte enthält, die nun schrittweise umgesetzt werden sollen. Für die Bearbeitung und Durchführung der dort aufgeführten konkreten Maßnahmen und Abarbeitung einzelner Handlungskonzepte sind externe / gutachterliche Hilfestellungen notwendig. Neben Gutachtenkosten sollen auch weitere Sachkosten bezahlt werden können, die jetzt noch nicht konkret absehbar sind (Verbrauchsmaterialien, Schulungen, spezielle Software, Moderation von Öffentlichkeitsveranstaltungen, Anmietungen von Veranstaltungsräumen u.ä.).

Gesetzliche Leistung Luftreinhaltung

Nach der Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft in Europa, umgesetzt mit der 39. BImSchV, ist bei Überschreitung von festgelegten Luftschadstoff Grenzwerten ein Luftreinhalteplan aufzustellen. Dieser hat, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, die erforderlichen Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung von Luftverunreinigungen festzulegen. Über das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ist der EU Kommission fortlaufend über die Luftqualität, den aktuellen Luftreinhalteplan sowie die darin enthaltene Maßnahmen zu berichten.

Aufgrund dauerhafter Grenzwertüberschreitungen an den verkehrsnahen Messstationen in Hamburg wird die 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans für Hamburg aufgestellt. Dafür muss die Wirksamkeit der Maßnahmen gutachterlich ermittelt und eine umfängliche Immissionsprognose erstellt werden. Darüber hinaus können weitere, vertiefende Untersuchungen notwendig werden, bspw. Erstellung eines Emissionskatasters oder kleinräumige Immissionsberechnungen. Neben Gutachtenkosten sollen auch Sachkosten bezahlt werden können (Kauf spezieller Eingangsdaten für Gutachtererstellung, Druckerzeugnisse für die Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Öffentlichkeitsveranstaltungen, Verbrauchsmaterialien, Schulungskosten, spezielle Software u.ä.).

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

Aus der Ermächtigung der Produktgruppe 293.11 Immissionsschutz und Betriebe, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit zu verursachen, dürfen Kosten bis zur Höhe von 20 Tsd. Euro aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe sind Kosten für Transferleistungen für die Zuweisung an das Wasser und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. an das Land Schleswig Holstein und den Bund veranschlagt. Es besteht zwischen den fünf norddeutschen Küstenländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg Vorpommern Niedersachsen und Schleswig Holstein und dem Bund eine Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Bürgerschaftsdrucksache 17/1083). Es werden Mittel entsprechend dem zwischen den Partnern abgestimmten Betriebs- und Unterhaltungskostenplan veranschlagt. Die Verwaltungsvereinbarung gilt bis auf weiteres. Aufgrund der komplexen Thematik und der Beteiligung mehrerer Länder können die im gemeinsamen Kostenplan beschlossenen Maßnahmen teilweise über das laufende Haushaltsjahr hinausgehen. Eine jahresscharfe Erfüllung der Verbindlichkeiten kann nicht gewährleistet werden, somit ist eine Übertragbarkeit der Transferleistungen notwendig.

Die Ermächtigungen, Sonstige Kosten zu verursachen, sind übertragbar.

Bei den Sonstigen Kosten handelt es sich um Beiträge zu Mitgliedschaften bzw. Zahlungsverpflichtungen aus diversen Verwaltungsvereinbarungen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Kosten wegen der späten Rechnungsstellung der anderen Länder und des Bundes oft nicht mehr im Planjahr gebucht werden können.

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.1 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	1.061	356	896	277	281	285	289
2. Erlöse aus Transferleistungen	14	241					
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	47.480	44.548	224	642	177	151	146
6. Erlöse aus Verrechnungen	23	7	1.446	2.452	2.491	2.475	2.483
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	9.125	24.854	9.076	8.346	8.464	8.781	8.612
8. Personalkosten	8.823	8.356	9.203	9.471	9.607	9.638	9.562
a) Kosten für Entgelte	2.807	2.053	2.949	2.935	2.939	3.040	3.039
b) Kosten für Bezüge	4.040	4.110	3.707	3.707	3.792	3.729	3.680
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugs- charakter		7	43	44	44	44	44
d) Kosten für Sozialleistungen	656	801	789	790	796	811	808
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.320	1.385	1.381	1.996	2.036	2.014	1.991
9. Kosten für Transferleistungen		313	236	236	236	236	236
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	16.762	14.328	12.803	4.571	3.402	2.191	1.354
12. Sonstige Kosten	2.577	61.134	427	5.341	4.826	4.507	4.450
13. Kosten aus Verrechnungen		98	2.182	3.621	3.698	3.723	3.780
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätig- keit	11.291	-63.931	-31.360	-28.216	-27.285	-26.166	-25.077
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Auslei- hungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Fi- nanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens				4.291	3.290	2.459	1.863
20. Zinsen und ähnliche Kosten	1			2	2	2	2
21. Finanzergebnis	-1			-4.293	-3.292	-2.461	-1.865
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	11.290	-63.931	-31.360	-32.508	-30.576	-28.626	-26.942
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	11.290	-63.931	-31.360	-32.508	-30.576	-28.626	-26.942
27. Globale Minderkosten				-5.646	-5.653	-8.119	-7.922
28. Globale Mehrkosten			-182	5.545	5.001	4.236	6.327
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	11.290	-63.931	-31.177	-32.407	-29.924	-24.743	-25.347

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 290.11, 290.12 und 290.14.

5.1.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 290 Steuerung und Service (BUE)

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.477	498	2.566	390	394	398	402
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.675	29.454	19.338	16.505	16.162	13.305	15.375
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.198	-28.956	-16.771	-16.115	-15.768	-12.908	-14.973
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen			23	23	24	24	24
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden		8					
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	131	59	15				
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	221	188					
14. Globale Minderauszahlungen				-1.121	-996	-1.538	-1.137
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-352	-255	-38	1.098	972	1.514	1.113
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		2					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		2					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-9.550	-29.209	-16.809	-15.017	-14.796	-11.394	-13.860

Die Abweichungen bei den Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit erklären sich im Wesentlichen aus der Umstellung der Haushaltsrelevanten Verrechnungen von zahlungswirksam (bis 2016) auf nicht zahlungswirksam (ab 2017).

5.2 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	19.404	19.999	18.349	19.442	19.771	20.107	20.449
2. Erlöse aus Transferleistungen	68	262	18	18	18	18	18
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	12.286	2.765	777	10.975	10.498	9.838	9.225
6. Erlöse aus Verrechnungen		286					
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	94.923	104.847	94.649	98.153	98.806	96.059	94.588
8. Personalkosten	12.124	13.397	12.727	13.491	13.741	13.866	13.641
a) Kosten für Entgelte	7.428	8.498	7.545	7.388	7.492	7.536	7.331
b) Kosten für Bezüge	2.117	2.225	2.545	2.676	2.752	2.792	2.836
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugs- charakter	0	0		0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	1.652	1.708	1.595	1.569	1.591	1.610	1.544
e) Kosten für Versorgungsleistungen	927	967	1.042	1.858	1.905	1.929	1.930
9. Kosten für Transferleistungen	631	734	197	279	279	279	279
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	155.822	37.085	27.959	39.268	40.062	40.622	41.030
12. Sonstige Kosten	22.698	5.635		0	0	0	0
13. Kosten aus Verrechnungen				2	2	2	2
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-254.440	-138.385	-116.388	-120.757	-122.603	-120.866	-119.849
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Auslei- hungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Fi- nanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens				0	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Kosten	1	0		0	0	0	0
21. Finanzergebnis							
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-254.441	-138.385	-116.388	-120.757	-122.603	-120.866	-119.849
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-254.441	-138.385	-116.388	-120.757	-122.603	-120.866	-119.849
27. Globale Minderkosten							
28. Globale Mehrkosten			1.010	1.250	1.750	1.250	750
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-254.441	-138.385	-117.398	-122.007	-124.353	-122.116	-120.599

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 291.11, 291.12, 291.13, 291.14 sowie 291.15.

5.2.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 291 Umweltschutz

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.182	21.503	18.472	19.561	19.890	20.226	20.568
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.553	112.134	107.401	111.155	112.506	109.358	107.158
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-97.370	-90.631	-88.929	-91.594	-92.616	-89.132	-86.590
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen	13.456	15.693	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	209	40	20	20	20	20
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	3.318	1.129	3.068	2.150	2.150	2.150	2.150
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	113	2.382	953	2.019	1.119	1.119	1.119
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	44.746	27.438	27.521	36.235	37.847	38.150	38.282
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	624		25	36	41	42	42
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen		28					
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-35.345	-15.075	-20.527	-29.420	-30.137	-30.441	-30.573
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-132.716	-105.706	-109.456	-121.014	-122.753	-119.573	-117.163

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 291.11, 291.12, 291.13, 291.14 und 291.15 sowie zu den Investitionen des Aufgabenbereichs 291.

5.3 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	1.894	345	401	438	429	434	440
2. Erlöse aus Transferleistungen	1.433	1.713	1.037	2.549	3.669	2.697	1.462
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	2.515	9.572	777	1.099	1.095	1.095	1.091
6. Erlöse aus Verrechnungen		1.159					
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	8.454	9.711	28.347	32.265	30.603	25.702	25.666
8. Personalkosten	8.897	10.281	9.791	11.373	11.508	11.621	10.959
a) Kosten für Entgelte	5.192	5.446	5.703	5.938	6.061	6.152	5.670
b) Kosten für Bezüge	1.924	2.346	2.016	2.207	2.192	2.190	2.159
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter		330	44	295	295	295	295
d) Kosten für Sozialleistungen	1.012	1.247	1.212	1.410	1.433	1.451	1.356
e) Kosten für Versorgungsleistungen	771	911	816	1.523	1.526	1.533	1.479
9. Kosten für Transferleistungen	13.720	20.123	5.382	5.697	5.693	5.362	5.340
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	6.730	4.336	4.712	2.416	2.249	2.590	2.909
12. Sonstige Kosten	12.490	-645	249	721	722	722	722
13. Kosten aus Verrechnungen	0	218		71	72	73	73
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-44.549	-31.235	-46.266	-48.458	-45.654	-41.843	-42.676
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens		45.615		3.746	3.817	3.945	3.757
20. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
21. Finanzergebnis	0	-45.615		-3.746	-3.817	-3.945	-3.757
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-44.549	-76.850	-46.266	-52.204	-49.471	-45.788	-46.433
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis	-44.549						
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-44.549	-76.850	-46.266	-52.204	-49.471	-45.788	-46.433
27. Globale Minderkosten							
28. Globale Mehrkosten			8.248	13.246	15.115	14.107	10.150
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-44.549	-76.850	-54.514	-65.449	-64.585	-59.895	-56.582

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 292.10, 292.11, 292.12, 292.13, 292.14 sowie 292.15.

5.3.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 292 Naturschutz, Grünplanung und Energie

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.120	5.078	1.439	3.273	4.384	3.417	2.188
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.637	37.524	51.091	61.644	61.981	55.847	51.226
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-26.518	-32.447	-49.653	-58.371	-57.597	-52.430	-49.038
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	104	-201	700				
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen		10		0			
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	2.875	5.022	1.466	665	665	665	665
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	688		10.168	12.093	7.143	8.318	7.354
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			969	785	785	785	812
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen		19					
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-3.439	-5.252	-11.903	-13.543	-8.593	-9.768	-8.831
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten		23					
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten		23					
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-29.956	-38.514	-61.556	-71.914	-66.190	-62.198	-57.869

Siehe Erläuterungen zu den Produktgruppen 292.10, 292.11, 292.12, 292.13, 292.14 sowie 292.15.

5.4 Ergebnis und doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	5.208	8.733	7.043	9.475	9.475	9.475	9.475
2. Erlöse aus Transferleistungen	7	3	1.208	1.208	1.208	1.208	1.208
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	2.740	2.195		40	16	4	2
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.397	5.172	1.112	7.204	7.129	6.196	5.827
8. Personalkosten	9.656	10.141	9.752	10.641	10.807	10.453	10.336
a) Kosten für Entgelte	5.345	5.644	4.989	5.403	5.437	5.140	5.057
b) Kosten für Bezüge	2.238	2.357	2.654	2.450	2.530	2.547	2.538
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	2	1					
d) Kosten für Sozialleistungen	1.182	1.217	1.109	1.192	1.203	1.146	1.130
e) Kosten für Versorgungsleistungen	888	924	1.000	1.596	1.637	1.621	1.610
9. Kosten für Transferleistungen	498	1.254	747	1.447	1.237	2.127	2.140
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	161	161	278	829	758	709	680
12. Sonstige Kosten	339	460	12	31	57	21	19
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-9.096	-6.257	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
20. Zinsen und ähnliche Kosten							
21. Finanzergebnis							
22. Ordentliches Ergebnis (14 + 21)	-9.096	-6.257	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
23. Außerordentliche Erlöse							
24. Außerordentliche Kosten							
25. Außerordentliches Ergebnis							
26. Jahresergebnis (22 + 25)	-9.096	-6.257	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316
27. Globale Minderkosten							
28. Globale Mehrkosten							
29. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (26 - 27 - 28)	-9.096	-6.257	-3.650	-9.429	-9.289	-8.819	-8.316

Der Ergebnisplan des Aufgabenbereichs Immissionsschutz und Betriebe wird beherrscht durch die Ansätze der gleichnamigen Produktgruppe 293.11 Hinsichtlich der Ansätze einzelner Kontenbereiche und den Veränderungen der Planjahre gegenüber dem Vergleichsjahr 2016 siehe die Erläuterungen zu Gliederungsziffer 4.4.2.1.2.

5.4.2 Doppischer Finanzplan des Aufgabenbereichs 293 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2014 Tsd. EUR	Ist 2015 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Plan 2019 Tsd. EUR	Plan 2020 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.157	10.963	8.251	10.683	10.683	10.683	10.683
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.517	11.069	10.477	14.080	13.942	13.524	13.059
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.360	-106	-2.226	-3.397	-3.259	-2.841	-2.376
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	304	-304	490				
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen			15	25	25	25	25
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus laufender Investitionstätigkeit	-304	304	-505	-25	-25	-25	-25
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Saldo gegebene Darlehen							
19. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und aus Rückzahlung von Liquiditätshilfen							
20. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und aus Gewährung von Liquiditätshilfen							
21. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
22. Einzahlungen aus durchlaufenden Posten							
23. Auszahlungen aus durchlaufenden Posten							
24. Saldo aus durchlaufenden Posten							
25. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-1.665	198	-2.731	-3.422	-3.284	-2.866	-2.401

Der Finanzplan des Aufgabenbereichs Immissionsschutz und Betriebe wird beherrscht durch die zahlungswirksamen Ansätze der gleichnamigen Produktgruppe 293.11 (Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit; siehe auch die Erläuterungen zu Gliederungsziffer 4.4.2.1.2).

Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund /Länder Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen werden künftig auf Grund der Neufassung der VV Bewirtschaftung nicht mehr für Auszahlungen für Rechte aus geleisteten Zuschüssen (investiv) sondern konsumtiv als Kosten aus Transferleistungen veranschlagt (enthalten in Position 2 "Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit"). Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen betreffen die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten und wurden gegenüber dem Vergleichsjahr 2016 um 10 auf 25 Tsd. Euro p.a. aufgestockt. Im Gegenzug entfällt eine entsprechende Veranschlagung im Aufgabenbereich Steuerung und Service.